REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 498 · 16.9.2005

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 40 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. ak 500 - ein Grund zum Feiern! Achtung, vormerken: 19. November 2005
2. Was hat dich bloß so ruiniert? Vom Aufstieg und Fall der Christopher Street Days - writing worstfear queens
3. Die Bundeswehr im Häuserkampf. Städte als Gefechtsräume und Krieg als Computerspiel - Kamil Majchrzak
4. Im Dienst der Militärregierung. EU-Berater helfen bei der Niederschlagung der Opposition im Kongo - Tobias Pflüger, Christoph Marischka
5. 20. August 2005: Wunsiedel ohne Hess-Gedenkmarsch - Kampagne
6. Er oder sie. Pseudo-Wahlkampf und politische Verblödung - Js.
7. Von "Farbanschlägen" und "Hotelattentätern". Widerstand gegen Luxushotel mit §129 überzogen - Antirepressionsgruppe
8. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen
9. Gegen die Kriminalisierung antifaschistischen Engagements! Für ein entschlossenes Eintreten gegen rassistische NPD-Parolen im Wahlkampf!
10. "Die Polizei betreibt aktiv Politik." Interview mit der Antifaschistischen Linke Berlin - Interview: mb.
11. Leidkultur. Eine Gerichtsreportage - OZ
12. Das Erwachen des afroamerikanischen Widerstands. Carsons monumentale Studie auf deutsch erschienen - Philipp Dorestal
13. Recht auf Gesundheit? Find ich gut! Oder? Kritische Anmerkungen zu einer populären Forderung - Erika Feyerabend
14. Operaistische Figurensuche. "Klassenzusammensetzung" in Steve Wrights "Theoriegeschichte des Operaismus" - Arndt Neumann
15. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit
16. Handreichungen zum Klassenkampf. Aus dem Innenleben eines Hochlohnlandes - dk
17. Avantgarde und Nabelschau. Der Weg zu einer Bewegung der Prekären ist für die Linke steinig - Dirk Hauer
18. Spannende Suchprozesse rund um Prekarisierung. Mehr als eine Replik auf Dirk Hauer - Hagen Kopp
19. "Heil im ewigen Gestern." Der Familienaufsteller Bert Hellinger und sein reaktionär-patriarchales Weltbild - Interview: Susann Witt-Stahl
20. Paranoia als Prinzip. Wolfgang Benz und Lars Rensmann über Antisemitismus in Deutschland - Js.
21. Umworbene Jugend. Putin investiert in Kreml-treue Jugendliche - Ute Weinmann
22. Ein erster Schritt - aber wohin? Der Nahost-Konflikt nach dem Rückzug Israels aus dem Gaza-Streifen - Achim Rohde
23. "Gerechtigkeit heilt - Kampf gegen Straflosigkeit." Aufruf zum Kongress vom 14. bis 16. Oktober 2005 in Bochum - Knut Rauchfuss
24. Chile in guter Verfassung? Schlussstrich unter die Diktaturverbrechen: noch ein Versuch - Knut Rauchfuss
25. Nach dem Tsunami endlich Aussicht auf Frieden. In der indonesischen Provinz Aceh startet ein neuer Friedensprozess - Vo
26. New Orleans heißt jetzt "Lake George". Hurrikan Katrina und die Vorgeschichte - Max Böhnel, New York
27. Tagebuch aus New Orleans - Jordan Flaherty
28. A free paper for free people. The Indypendent - eine Alternative im New Yorker Mediendschungel. Interview mit Ellen Davidson - Interview: Georg Wissmeier
29. Jagd auf ein Phantom? Algerien, die "antiterroristische Allianz" und "Al-Qaida in der Wüste" - Bernhard Schmid
30. Zwischen Tabubrüchen und Herrschaft der Politbüros. Ein Bericht zur aktuellen Entwicklung in Irakisch-Kurdistan - Haukari e.V.
31. Die geheimnisvolle BIZ. Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich wird 75 - Gian Trepp
32. ... scheiß auf deutsche Texte. Musiksampler gegen ein entspanntes Verhältnis zu Deutschland - Jonas Füllner

33. Archäologe und Archivar der Revolution. Ausstellung des peruanischen Künstlers Fernando Bryce in Berlin - Matthias Reichelt
34. Stell dich an und das Handy aus. Eine Ausstellung in Berlin zeigt Werke der US-Künstlerin Martha Rosler - Bettina Klix
35. Die "dritte Transformation" der deutschen Sozialdemokratie - Martin Dieckmann
36. Vorsicht Linksdings. Die neue Linkspartei und die außerparlamentarische Linke - Henrik Lebuhn, Ingo Stützle
37. "Sei guten Muts, kleiner Kamerad..." Ursel Hochmuth veröffentlicht Biogramme und Briefe von Hamburger Widerstandskämpfern - Susann Witt-Stahl
38. AUFGEBLÄTTERT
39. KALENDER
40. EDITORIAL

1. ak 500 - ein Grund zum Feiern! Achtung, vormerken: 19. November 2005

Rubrik: ak und Fantômas · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:41

Die meisten unserer LeserInnen wissen: ak gibt es nicht erst seit gestern oder vorgestern. ak hat eine ganz schön lange Geschichte. Und wie das mit langen Geschichten so ist: Da gibt es viel Auf und Ab, Hin und Her, da gibt es Highlights, Krisen, Brüche, Erneuerungen, Weiterentwicklung. Und wieder von vorn. Nicht gerade üblich in der linken Medien- und Projektewelt ist, dass so eine Geschichte mehr als drei Jahrzehnte lang nicht abbricht. Sondern dass sich die Beteiligten, ganz im Gegenteil, auf die Zukunft freuen. Zunächst mal auf die allernächste. Von einer "500-Jahr-Feier" ist seit einiger Zeit etwas unpräzise im internen Redaktions-Talk die Rede. ak wird natürlich nicht 500 Jahre alt. Aber die 500. Ausgabe steht ins Haus! Wir können es selbst kaum glauben. Und dabei ist uns völlig klar, dass wir, die wir derzeit das Blatt produzieren, nur ein winziger Teil all jener sind, die über die Jahre mit ihren Ideen, ihrer Zeit, ihren Spenden, ihren vielfältigen Aktivitäten und, last not least, ihrem (Lese-)Interesse dieses Jubiläum möglich gemacht haben. Und zukünftig möglich machen werden. Genau deshalb meinen wir:

500 Ausgaben ak - wenn das kein Grund zum Feiern ist!

Und eben das wollen wir tun. Feiern. Tanzen. Trinken. Und so weiter. Mit euch. Unmittelbar nachdem die 500. Ausgabe in den Briefkästen gelandet ist:

Am 19. November in Hamburg. In der Werkstatt 3, Nernstweg 32-34 in Hamburg-Altona.

Wir freuen uns drauf!

Eure ak-Redaktion

2. Was hat dich bloß so ruiniert? Vom Aufstieg und Fall der Christopher Street Days

Autor: writing worstfear queens · Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:13

Auch im Sommer diesen Jahres flackerten wieder Bilder über die Fernsehschirme, die in glamouröse Partyzonen verwandelte Innenstädte zeigen: Christopher Street Day (CSD). Kommerzialisierbarkeit und Entpolitisierbarkeit des CSD scheinen nahezu grenzenlos zu sein. Ein trauriger Höhepunkt war diesbezüglich die Organisation des CSD 2004 in Bremen durch eine bayerische Event-Agentur. Doch diese Entwicklung ist ausgesprochen umstritten - in Bremen (1994) und Hamburg (2001) kam es zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Community. Letztlich geht es bei diesem Streit um nicht weniger als um die Frage, wie sich queere Lebensweisen wirksam und politisch artikulieren können - wider die Integration in die "Normalität" der Dominanzgesellschaft. Queere Politiken fordern einen Perspektivenwechsel. Die von einigen anti-rassistischen Gruppen aufgestellte Forderung "No integration" könnte auch für die queere Bewegung richtungweisend sein.

Der CSD geht zurück auf die Riots in der Christopher Street, 1969 in New York: "Die Stonewall Riots waren ein Aufstand gegen massive staatliche Repressionen queerer Lebensweisen. Drag queens, butches und femmes, größtenteils aus der Unterschicht oder aufgrund ihres nicht-normgerechten Verhaltens verarmt und obdachlos geworden, People of Color, Stricher, diejenigen, die überall sonst ausgeschlossen wurden und sich keine anderen Orte leisten konnten, lieferten sich anlässlich einer Razzia im Stonewall Inn eine dreitägige Straßenschlacht mit der Polizei." (1) Damals war es ein Kampf ums Überleben. Später stand der CSD - zum Beispiel in Deutschland - für den Kampf gegen Kriminalisierung und Berufsverbote sowie für die Aneignung des öffentlichen Raums.

Die Live Übertragung der großen CSDs unserer Tage lösen sehr gemischte Gefühle bei uns aus. Wir lieben es, wir hassen es, schütteln unsere Köpfe, fangen an zu kreischen oder wenden uns mit Grausen ab. Das, was sich dort abbildet, hat kaum etwas mit uns oder anderen zu tun, die wir kennen. Unsichtbar werden die, die nicht fröhlich/überdreht sind und alle, die nicht als schwul/lesbisch bzw. Mann/Frau kategorisiert werden (können), sei es in Bezug auf Identitäten, sei es im Begehren. Dass Medien auf diese Weise funktionieren, ist nicht neu. Problematisch ist aber, dass kommerzialisierte CSDs diese Bilder erschaffen, bedienen und verkaufen. Dies geschieht z.B., indem die OrganisatorInnen bestimmen, welche Wagen mit welchen Themen am Anfang fahren und welche Reden gehalten werden. Die in vielen Städten übliche Gebühr für die Teilnahme von Wagen sorgt dafür, dass nur zahlungskräftige Gruppen mitfahren können. Auf den Paraden und Kundgebungen sprechen PolitikerInnen und schwullesbische VIPs. Beiträge von Menschen, die bei der Arbeit diskriminiert werden, weil sie nicht dem normierten Geschlecht angehören oder von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus sind nicht zu hören.

I am what I am and what I am

Die von Medien, Werbung und der Szene selbst entworfenen Bilder wirken zurück in die Community und in die "Heterowelt". Während Lesben bisher in der medialen Abbildung noch keinen klaren Stereotypen unterworfen sind, funktionieren die Ideen über "knackige Schwule" mit einem Doppelsixpack als Bauchmuskulatur oder der "schrillen Tunte" mit dem extravaganten Modegeschmack auf zwei Ebenen:

Zum einen sollen sie Identifikationsangebote bieten und die so "angerufenen" Personen dazu bringen, sich repräsentiert zu fühlen und der repräsentierenden Instanz (MTV, Firmen, Rathaus) Loyalität zu erweisen. Zum anderen stellen sie ein Feld der Zuschreibungen dar. Sie bieten verschiedene Varianten ein und desselben Abziehbildes. Hetero-Mainstream und Gaystream können schließlich wissend darüber urteilen, wer dazu gehört und wer nicht und aus dieser abgesicherten Position Anerkennung zu- oder absprechen. Die Repräsentationsmacht, die sich aus dem Zusammenspiel von Medien und CSD-Organisation ergibt, grenzt aus und überblendet in schrillster Form.

Es geht uns im Gegenzug nicht darum, eine "angemessene Repräsentation" aller zu fordern, da Repräsentation für uns bedeutet passiv zu sein, ein Objekt Anderer. Wir wollen uns stattdessen Möglichkeiten des Ausdrucks jenseits von "Repräsentation" nehmen: weg von den durch andere bestimmten Bildern und Rahmengrößen, hin zu selbst definierten Artikulationen. Eine sich selbst gestaltende und nicht zugeschriebene Differenz, in der sich vielfältige Konfliktlinien widerspiegeln, die widersprüchlich und unvereinbar bleiben. Sich

dieser Herausforderung zu stellen, bedeutet einen Umgang mit Differenz als Produkt und Ausdruck von Machtverhältnissen neu zu denken.

Obwohl von Beginn an kritisch beäugt, hat die erste auf eine überwiegend schwule Zielgruppe orientierte Werbung oft noch ein überrascht-erfreutes Lächeln hervorgezaubert. Mittlerweile wird die Gesellschaft der Kaffeetanten und Fischstäbchen-Verzehrer jedoch unangenehm: Beide verdanken ihre Existenz weniger dem hehren Inhalt, als dem Umsatzinteresse großer Firmen. Und ein unter skrupellosen ausbeuterischen Bedingungen hergestellter Kaffee wird nicht genießbarer, wenn ein metrosexuelles (2) Wesen ihn serviert. Auch beim CSD ist die aufdringliche Angewohnheit der Konsumgut-DealerInnen, auf den großen Wagen der Paraden Platz zu nehmen, mehr als lästig. Logos und Werbeschnäppchen überdecken auch noch die letzten politischen Inhalte und Transparente. Innerhalb der meisten CSD-Vereine ist der Gedanke üblich, man nehme Werbung und Sponsoring in Kauf, um der Community eine möglichst schöne, sprich teure, laute, große Parade oder Party bieten zu können. Dass auch Firmen nicht nur Geschenke machen, sondern auch mal eben die Getränkepreise in Schwindel erregende Höhen steigen lassen, wird szeneknirschend hingenommen, genauso wie die potenzielle Ausgrenzung aller, die sich dies nicht leisten können.

Diamonds are forever

Auch innerhalb der Community klafft die Schere in Bezug auf Privilegien, gesellschaftliche Macht, Zugang zu sozialen und politischen Rechten und Geld immer weiter auseinander: auf der einen Seite die, die richtig großen Profit mit dem schwullesbischen Markt machen; auf der anderen die, die mit ihrer schwullesbischen Nischen-Existenz gerade mal genug zum Leben haben und schließlich die, die sich ihre Teilnahme an schwullesbischen Veranstaltungen mühsam ansparen oder gar nicht leisten können.

Ein CSD ist außerdem ein beliebtes Aushängeschild für die aufstrebende Stadt von heute. Er wird zur Bühne für die (wohl überwiegend schwullesbischen) Lobby-PolitikerInnen, deren frommer Wunsch die Anerkennung der eigenen Lebensweise durch die Dominanzgesellschaft ist. Mit diesem Bemühen um Integration schließt die Community stillschweigend eine Menge Leute aus, die sich nicht integrieren lassen wollen oder können: Polygame Liebe wird nicht zur Ehe, Müllmänner keine Bürgermeister, der illegale Aufenthalt nicht zum deutschen Pass und HIV nicht zur Cellulite. Integriert werden diejenigen, die die Werte der dominanten Gesellschaft nicht in Frage stellen bzw. keine Kosten verursachen. Das gemeinsame CSD-Programm der CSD-Hochburgen in 2004 war einer solchen Integrationspolitik verschrieben, andere politische Inhalte gingen darin vollständig unter.

Baby you can drive my car

Seit Jahren jedoch fahren ungeliebte Gäste den CSD-OrganisatorInnen immer wieder in die Parade: 1994 wurde der CSD in Bremen im Wesentlichen von den Besitzern der großen Bremer schwulen Discos und Kneipen veranstaltet. Einige Schwule organisierten daraufhin kurzfristig einen Wagen, um die Kommerzialisierung des CSD anzuprangern und an die politischen und vor allem radikalen Ursprünge des CSD zu erinnern. Schon nach kurzer Zeit wurde der - nicht angemeldete - Wagen auf Aufforderung der Veranstalter von der Polizei aus dem Demozug geholt. Es kam zu Verhaftungen mit anschließendem Gerichtsverfahren. Ähnliches spielte sich auch 2001 in Hamburg auf dem CSD ab, als die OrganisatorInnen die Polizei riefen, um zwei unangemeldete Wagen der Gruppe "Abnormals Anonymous" aus der Parade zu entfernen. Auch hier kam es zu einem Gerichtsprozess (der mit Freispruch endete).

Eine Konsequenz aus der Begegnung mit der Staatsgewalt und der Ignoranz der offiziellen CSD Vereine gegenüber Kritik war die Organisation von alternativen Veranstaltungen in Städten wie Bremen (Initiative für einen anderen CSD, 1995; QUEERDANCE,1995-1998) und Hamburg (u.a. Queerrr Street Days, 2002; Allein unter Homos, 2004). Ansatzpunkt dieser Veranstaltungen war es, eigene inhaltliche Veranstaltungen zu präsentieren und sich nicht auf das Stören ungeliebter Kommerzveranstaltungen zu beschränken. Dabei ging es immer darum, Geschlecht und Sexualität zum Ausgangspunkt einer Gesellschaftskritik zu machen, ohne dabei die Verquickung sozialer Kategorien wie race, class, gender und sexuality, die sich gegenseitig bedingen und hervorbringen, aus den Augen zu verlieren. Selbstorganisierung ohne ExpertInnenranking und Profis, DIY (Do it yourself) statt Promis, Prunk und Promotion und kein Sponsoring von Firmen sind die ungeschützten Markenzeichen dieser "no label" Veranstaltungen gewesen.

Die queere Bewegung sucht seit einigen Jahren nach Aktionsformen, die politische Inhalte vermitteln, Spaß machen und dabei den historische Bezug auf die Stonewall Riots nicht verlieren. Der CSD ist und bleibt dafür ein spannendes Übungsfeld. In Masse auf der Straße zu sein, anders sichtbar zu sein, die (Werbe-)Bilder in den Köpfen zurecht zu rücken, angstbesetzte Räume selbstbewusst betreten zu können, sie umzudefinieren, in ihnen handeln zu können, sich auszutauschen, Kontakte zu knüpfen, Bevölkerung aufzuklären oder zu irritieren, Rathäuser/Redaktionen/Ausländerbehörden zu besetzen, das alles könnte ein CSD sein.

Der Niedergang der firmengesponserten großen CSD-Paraden wird von uns deshalb mit Genugtuung erwartet. In unseren kühnsten Träumen werden Sponsoren-Gelder nicht mehr so üppig fließen, weil die CSDs mit ihrer Kommerzialisierung nicht nur einen Teil ihres subversiven, wilden und - nur damit letztlich auch für die Wirtschaft - interessanten Charmes verloren haben. Ohne "Ursprünglichkeit" hat die Community keinen Marketingreiz und damit wohl in naher Zukunft auch keine Firmengelder mehr. Wir dürfen gespannt sein, wann der erste CSD nicht mehr von der Stadtverwaltung, sondern von der Interessengemeinschaft der Kaufleute untersagt wird.

Nur einmal noch deine Lippen spür`n

Sich in der Vielfalt selbstgewählt auszudrücken, verlangt in Bewegung zu bleiben: aktuelle, politische Veränderungen zu beobachten; queer-feministische Analyse- und Politikinstrumente auf ihre Genauigkeit hin zu überprüfen, sich auf den lokalen Kontext zu konzentrieren und dennoch nicht internationale Entwicklungen aus den Augen zu verlieren; Miniaktionen zu entwerfen, die eine subversive Tagesgestaltung bestärken und uns so aus unserer Isoliertheit katapultieren; im Alltag anzusetzen und darauf hin zu arbeiten, es sich bei der kommenden Revolution leisten zu können, das Tanzbein zu schwingen, zu einer beispiellosen Musik und mit nie geahnten Tanzschritten, deren Abfolge nicht vorbestimmt ist.

writing worstfear queens

Die writing worstfear queens sind eine in Bezug auf Alter, Geschlecht und Sexualität heterogene, in Bezug auf Weiß-Sein und deutsche StaatsbürgerInnenschaft homogene Gruppe von Menschen, die in der Vergangenheit queere Politik gemacht und/oder Theorie produziert haben, dies in der Gegenwart immer noch tun und/oder anstreben, dieses in Zukunft zu betreiben. Ferner eint sie ein Unbehagen an der derzeitigen Praxis von CSDs. Kontakt: www.queerrr-hamburg.org. Dieser Artikel ist zuerst in der femina politica Heft 1/2005, 14.Jg. "Queere Politik: Analysen, Kritik, Perspektiven" erschienen. Wir veröffentlichen ihn in einer gekürzten und bearbeiteten Fassung. Der gesamte Text ist im Internet unter www.queerrr-hamburg.org zu finden.

Anmerkungen:

1) www.queerrrstreetdays.de

2) Metrosexuell ist ein Mitte der 1990er Jahre im englischsprachigen Raum entstandener Begriff für Männer jeglicher sexueller Orientierung, die viel Zeit und Geld auf ihr äußeres Erscheinungsbild verwenden. Im engeren Sinne wird er oft für heterosexuelle Männer verwendet, denen eine "typisch schwule" Ästhetik attestiert wird.

3. Die Bundeswehr im Häuserkampf. Städte als Gefechtsräume und Krieg als Computerspiel

Autor: Kamil Majchrzak · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:09

Die dauerhafte Präsenz deutscher Soldaten "am Hindukusch" scheint mittlerweile als ganz normaler Bundeswehreinsatz weitgehend akzeptiert. Derweil rechtfertigen Wissenschaftler Angriffe auf zivile Ziele als legitimen Zweck von Auslandseinsätzen. Aktuell geht es um die Forderung, die Fähigkeiten der Bundeswehr zur "Kriegführung in Städten" deutlich zu verbessern.

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) gilt bei FriedensforscherInnen nicht gerade als kritisch, dafür war sie bislang für solide Arbeiten geschätzt. Dass sie auch abenteuerliche Militäroperationen propagiert, zeigt das neue Diskussionspapier "Falludscha und die Transformation der Streitkräfte - Häuserkampf als dominante Kernfähigkeit der Zukunft?" von Sascha Lange, dem wissenschaftlichen Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik. In dem Papier fordert Lange den Ausbau der "Fähigkeiten der Bundeswehr zur Kriegführung in Städten" ("Häuserkampf"), um "Deutschland im militärischen Rahmen von EU (Battlegroups) und NATO (NATO Response Forces/NRF) deutlich attraktiver" zu machen und so "das militär- und sicherheitspolitische Gewicht (Deutschlands) zu vergrößern."

Bei den Kämpfen in Falludscha im November 2004 haben die US-Truppen mehr Verluste erlitten als in der anfänglichen intensiven Kriegsphase von März bis April 2003. Ausgehend davon fragt der Autor, ob das "Kampfumfeld Stadt bislang noch nicht ausreichend bei der Transformation von Ausrüstung und Taktik berücksichtigt" wurde; er befürchtet auch bei vergleichbaren Einsätzen "in dieser an Bedeutung weiter zunehmenden Konfliktumgebung (...) beachtliche Gefechtsverluste der führenden NATO-Nation", also ggf. auch für die Bundeswehr. Lange fordert substanzielle Investitionen in militärische Anlagen und Ausrüstung, "die weltweit führende Fähigkeiten darstellen, (und) einen wichtigen Beitrag liefern würden, um der Bundeswehr eine konzeptionelle Führungsrolle bei MOUT zu ermöglichen." (MOUT ist die Abkürzung für Military Operations in Urban Terrain) Mögliche Einsatzgebiete von EU-Operationen sind dem Papier zufolge die Hauptstädte afrikanischer Staaten. Dort sind "neben politischen und geschäftlichen Auslandsvertretungen auch meist wichtige Flug- oder Seehäfen vorhanden".

Der urbane Krieg westlicher High-Tech-Legionen soll die Infrastruktur des "Gefechtsraumes Stadt" vernichten: "Die Bedeutung des städtischen Siedlungsraumes mit seinen Medienzentren, Industrieanlagen, seiner komplexen Infrastruktur sowie seinen kulturellen und politischen Einrichtungen wird weiter zunehmen". Dabei unterscheidet der Autor nicht zwischen Zivilbevölkerung und Militär und verschweigt, dass ein Angriff auf Städte grundsätzlich einen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung und die Genfer Abkommen darstellt. Lange vervielfältigt dabei den Kriegs-Diskurs der US-Militärs, indem er das offensive Vorgehen der US-Truppen gegen die irakische Stadt Falludscha ("seit langem ausgesprochene Hochburg des Widerstandes") zum "wesentlichen Beitrag zur Sicherung der für Januar 2005 vorgesehenen freien Wahlen" umdefiniert.

Bei der Transformation der Streitkräfte setzt Lange auf Taktiken und Strategien des israelisch-palästinensischen Konflikts. Nur haben diese erkennbar zu dessen Eskalation beigetragen. Fraglich ist, inwieweit die Transformation der Streitkräfte für den Autor überhaupt noch mit einer politischen und zivilen Bearbeitung von Konflikten einhergeht. Es scheint, als ob die Einsatzziele allein durch die technischen und militärischen Handlungsmöglichkeiten bestimmt werden sollen. Der reale Krieg wird so auf ein virtuelles Problem reduziert: "Militarisierte Versionen von speziellen Computerprogrammen, sogenannten ‚Ego-Shootern` (z.B. Counter Strike)" würden "dazu beitragen, ein verbessertes Grundverständnis vom Kampf der Gruppen im komplexen städtischen Gelände zu erlernen. (...) Auf diese Weise könnte auch die Attraktivität der Bundeswehr bezüglich der Personalgewinnung gesteigert werden".

Die Bundeswehr, die bereits in der Ortskampfanlage Bonnland in Hammelburg und Lehnin, in der Nähe von Berlin den Häuserkampf einübt, fordert Lange auf, diese Übungen um die "Integration von dosierter Artillerie, Luftnahunterstützung und (Kampf-)Logistik" zu erweitern. Aber nicht nur das. Um eine "realistische integrierte Ausbildung von Kampf- und Unterstützungstruppen zu gewährleisten, müssen deutlich mehr Gebäude

geschaffen werden, die die verwinkelte Topographie von Stadtgebieten in potenziellen Einsatzgebieten widerspiegeln". Counter-Strike-Spiel unter "realistischen" Häuserkampf-Bedingungen - bei diesem Angebot muss die Bundeswehr sich in der Tat keine Sorgen um die "Personalgewinnung" machen.

Kamil Majchrzak

4. Im Dienst der Militärregierung. EU-Berater helfen bei der Niederschlagung der Opposition im Kongo

Autor: Tobias Pflüger, Christoph Marischka · Rubrik: Zaire, Republik Kongo; Europa allgemein und EU-Politik · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:20

Mit Gewalt waren Armee und Polizei Ende Juni 2005 in der kongolesischen Hauptstadt Kinshasa gegen Demonstranten vorgegangen, die einem Aufruf von Oppositionsparteien zu friedlichen Protesten gegen die Verschiebung der Wahlen gefolgt waren. Über die Beteiligung von EU-Militärberatern an den Polizei-Einsätzen läuft derzeit eine Untersuchung im Europäischen Parlament.

Auf der Sitzung des Unterausschusses Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments musste der Vorsitzende der deutschen Christdemokraten, Karl von Wogau, auf wiederholte Anfrage erklären, die Verantwortlichen des EU-Polizeieinsatzes im Kongo hätten sich wieder einmal nicht gemeldet. Alle Versuche, sie nach Brüssel zu laden, seien bisher vergeblich geblieben. Vielleicht würden sie bei der nächsten Sitzung im Oktober erscheinen.

Vor der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste war von offizieller Seite das Gerücht lanciert worden, die Demonstranten hätten sich mit Macheten bewaffnet. Von den kongolesischen Polizeikräften wurden mehre Menschen getötet, Journalisten verhaftet und Beweismaterial vernichtet. Zudem wurde der Ausnahmezustand verhängt. Es deutet einiges darauf hin, dass die beteiligten Einheiten zuvor von EU-Personal ausgebildet wurden. Sicher ist zumindest, dass zur fraglichen Zeit EU-Militärberater nahezu an allen wichtigen Schaltstellen der offiziellen kongolesischen Sicherheitskräfte ihren Dienst versahen.

EU-Berater an den Schaltstellen der Sicherheitskräfte

Die Europäische Union bildet gegenwärtig im Kongo Polizeitruppen (EUPOL Kinshasa) aus, die auch in der Hauptstadt Kinshasa eingesetzt werden. Außerdem sind seit dem 8. Juni 2005 EU-Militärberater (EUSEC D.R. Kongo) unter anderen im "Büro des Verteidigungsministers" und "im Generalstab" tätig. Praktisch sitzen im Rahmen der EUSEC-Mission EU-Militärberater an wichtigen Schaltstellen der kongolesischen Sicherheitsbehörden. Ihre Aufgabe lautet offiziell "Rat und Hilfe für eine Reform des Sicherheitssektors".

Mit beiden Einsätzen leistet die EU Aufbauhilfe für Armee und Polizei, die der Regierung unterstellt sind. Gebildet wurde diese Regierung 2003 im Rahmen des "Friedensprozesses" von den Führern der größten Milizen, die zuvor einen blutigen Bürgerkrieg um die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen geführt hatten. Der Krieg hat mittlerweile an Intensität nachgelassen, wird aber im stillen Einverständnis der Regierungsmitglieder und unter Beteiligung ihrer Milizen weitergeführt. Die nun verschobenen Wahlen waren in der Übergangsverfassung vorgesehen, um die Warlords durch gewählte Repräsentanten zu ersetzen. Die Regierung, die die Wahlen vorbereiten soll, hat aber kein Interesse daran. Zuletzt verhinderte sie Anfang September per Intervention beim Medienrat, dass sich die antretenden Parteien in den Medien darstellen können. Am ernsthaftesten setzt sich die UN für die Wahlen ein, bemängelt aber fehlende Unterstützung dieses Projektes unter anderem durch die Europäische Union. Statt dessen trainiert die EU neue kongolesische Polizeieinheiten und bewaffnet sie. Bemerkenswert ist, das dies alles auch noch teilweise mit Geldern aus dem EU-Entwicklungshilfetopf finanziert wird.

Postkoloniale Rohstoffsicherung

Eine sofortige Untersuchung des Europäischen Parlaments, ob beim gewaltsamen Vorgehen gegen Oppositionelle in Kinshasa auch von der EU ausgebildete Polizeitruppen beteiligt waren, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Die Tatsache, dass eine solche Untersuchung verzögert wird, erhärtet den Verdacht gegen die EU-Verantwortlichen. Zudem müssten jetzt, gerade nach der Verhängung des Ausnahmezustandes, die EU-Militärberater abgezogen werden. Die EU darf sich nicht an der Aufrechterhaltung einer Militärregierung im Kongo und an der Niederschlagung der demokratischen Proteste im Kongo beteiligen.

Was macht die EU eigentlich im Kongo? Offiziell ist der EU-Polizei-Einsatz die Fortsetzung der EU-Militär-Operation Artemis; er soll der Ausbildung der kongolesischen Sicherheitskräfte dienen, stellt also eine Polizeimission dar, die jedoch in den Rahmen der EU-"Verteidigungs- und Sicherheitspolitik" eingebunden

ist. Im Ausschuss wurde das Konzept seinerzeit als eng an die Idee der italienischen Carabinieri angelehnt beschrieben; die Carabinieri sind eine militärische Polizei. Überhaupt gibt es einen Trend, bei Auslandseinsätzen verstärkt auf Polizisten zurückzugreifen. Das hat für die Regierungen unter anderem den Vorteil, dass die Bestimmungen nicht so strikt sind wie im Falle des Einsatzes von Soldaten.

Im Kongo geht es klar um EU-Interessenpolitik. Als Rohstofflieferant ist dieses Land einfach attraktiv für die Mitgliedstaaten der EU. Wie so oft werden die Menschenrechte als Argument nur vorgeschoben. Belgische Konzerne sind mit viel Tradition weiter aktiv bei der Rohstoffausbeutung. Die französische Ölfirma Total-Elf hat sich die Rechte vor der schmalen Küste gesichert. Als Kriegsgewinnler beutete die deutsche Firma "Gesellschaft für Elektrometallurgie" bzw. später ihr früherer Geschäftsführer Karl-Heinz Albers jahrelang Erzbergwerke nach Pyrochlor aus, die Firma H. C. Starck gewann hier Coltan. Heute geht es vor allem um Zinnerz. Wie in den deutschen "Verteidigungspolitischen Richtlinien" und dem "European Defense Paper" beschrieben, deutet alles darauf hin, dass die EU und die EU-Staaten sich hier zur postkolonialen Rohstoffsicherung einschreiben. Dabei arbeiten sie offensichtlich gut mit der Regierung des Kongo zusammen und schützen sie vor Protest.

Tobias Pflüger/Christoph Marischka

5. 20. August 2005: Wunsiedel ohne Hess-Gedenkmarsch

Autor: Kampagne · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:36

Unter dem Motto "NS-Verherrlichung stoppen - gegen deutsche Opfermythen" nahmen am 20. August etwa 2.000 Personen im oberfränkischen Wunsiedel am Antifaschistischen Aktionstag gegen die Verherrlichung des NS-Kriegsverbrechers Rudolf Hess teil. Zwei Tage zuvor hatte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe den Widerspruch des Anmelders des Hess-Gedenkmarsches, Jürgen Rieger, zurückgewiesen und somit das vom Landratsamt Wunsiedel verhängte Verbot der Veranstaltung bestätigt.

Damit fand in diesem Jahr das erste Mal seit der Neuauflage der Hess-Demonstrationen im Jahr 2001 kein Nazi-Aufmarsch in Wunsiedel statt. Statt dessen nutzten AntifaschistInnen den Tag, um vor Ort ihre Inhalte zu präsentieren. Doch von vorn ...

Die Kampagne "NS-Verherrlichung stoppen!" arbeitete mit dem Ziel, ein Zeichen zu setzen "gegen den alljährlichen Rudolf-Hess-Marsch, bei dem Faschisten aus ganz Europa zusammenkommen, um den Hitlerstellvertreter und damit stellvertretend das nationalsozialistische Regime zu verherrlichen." Im Aufruf zum Antifaschistischen Aktionstag hieß es weiter: "Wir wollen ... diesem Spuk ein Ende bereiten und darauf hinwirken, dass der 20. August in Wunsiedel als Tag breiten antifaschistischen Widerstands erlebt wird." Dass diese Planung schon im Vorfeld bei den Nazis für Irritation gesorgt hat, zeigte ihr Aufruf, antifaschistische Mobilisierungsveranstaltungen für den 20. August zu "besuchen".

Erfolgreiche Mobilisierung der Antifa

Auch nach dem Verbot der Nazi-Demonstration durch das Landratsamt Wunsiedel Anfang Juli hielt die Kampagne am ursprünglichen Plan fest und mobilisierte weiter nach Oberfranken. Entgegen dem Motto "Antifa heißt Busfahren" sollte in Wunsiedel breite antifaschistische Präsenz gezeigt werden. Wunsiedel steht dabei als ein Ort, an dem jährlich NS-Verbrechen relativiert werden, der Nationalsozialismus verherrlicht und die deutsche Geschichte umgedeutet wird. Besonders 60 Jahre nach dem Sieg über den deutschen Faschismus sollte hier an die Opfer des Naziregimes erinnert werden, sowie an alle AntifaschistInnen, die gegen den Nationalsozialismus gekämpft haben.

Am Ende kamen etwa 2.000 Personen auf Grund der antifaschistischen Mobilisierung aus ganz Deutschland und Europa nach Wunsiedel. Das musikalische Rahmenprogramm der Auftaktveranstaltung gestalteten u.a. Teile der Band Irie Révolté und Der Tante Renate. Martin Löwenberg, Überlebender des KZ Flossenbürg, schilderte aus seiner Sicht die Situation 60 Jahre nach der Befreiung vom NS-Faschismus. Der AK Angreifbare Traditionspflege verdeutlichte in seinem Beitrag, dass und wie revanchistisch bis offen faschistische Veranstaltungen wie das Treffen der Gebirgsjäger in Mittenwald sehr wohl angegriffen werden können.

Den Höhepunkt bildete für viele TeilnehmerInnen die Demonstration durch Wunsiedel, die zeigte, dass die - bisweilen schon totgesagte - Antifa-Mobilisierung auch in Wunsiedel ein nicht zu unterschätzender Faktor ist. Besonders angesichts des zeitgleich stattfindenden und von der Bürgerinitiative Wunsiedel organisierten "Tag der Demokratie" stießen Formen und Inhalte jedoch nicht bei allen in Wunsiedel auf Sympathie. Stellvertretend dafür steht der stellvertretende Bürgermeister, Matthias Popp, der - ganz Totalitarismus-Theoretiker - mit allen Extremisten nichts zu tun haben möchte, "egal ob rechts oder links". Eine solche Position wird in künftigen Kooperationsgesprächen mit den Verantwortlichen vor Ort stärker zu thematisieren sein.

Spätestens mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts am 18. August war klar, dass es in diesem Jahr keinen Hess-Marsch in Wunsiedel geben würde. Hatte der Anmelder Jürgen Rieger vorher noch vollmundig angekündigt, er gehe davon aus, dass das Bundesverfassungsgericht zu seinen Gunsten entscheide, brach nach dem Urteil Chaos unter dem Nazis aus. Während das Wunsiedel-Komitee, darunter Rieger und Thomas "Steiner" Wulff, für den 20. August zur zentralen NPD-Ersatzveranstaltung nach Nürnberg mobilisierte, riefen die Freien Nationalisten zu einer Demonstration in Berlin auf. Ca. 500 Personen aus dem Kameradschaftsspektrum nutzten die Bustour zu einer kurzfristig verbotenen Demo in Magdeburg, fuhren kurzerhand in die Innenstadt von Peine und führten dort eine dritte "Gedenkveranstaltung" durch.

Streit in der extremen Rechten

Die Zusammenarbeit von NPD und Kameradschaften scheint damit wieder einmal an ihre eigenen Grenzen gestoßen zu sein. So hielt bei der NPD-Kundgebung in Nürnberg lediglich die "Kameradschaft Northeim" die Fahne der freien Nationalisten hoch. Christian Worch, der zu einer Ersatzveranstaltung nach Dänemark aufgerufen hatte, schrieb noch am selben Tag auf der Website des Freien Widerstandes: "Erkennbar ist geworden, dass durch den Wegfall eines einigenden Moments - der Ort Wunsiedel als letzte Ruhestätte von Rudolf Hess - Regionalisierung oder Zersplitterung eingetreten ist; einen echten Konsens über eine gemeinsame, zentrale Protestveranstaltung gegen das Verbot gab es nicht ... Eine Art von ‚copyright` auf den Namen oder auf das Gedenken an Rudolf Hess hat niemand; das hat sich am heutigen Tag gezeigt." Ein Statement, dem mensch nur zustimmen kann: Durch den Ausfall des Hess-Marsches fehlte den Nazis eine zentrale Veranstaltung. Auch auf den "Event-Charakter" des Hess-Marsches als Schnittstelle für verschiedene Generationen und Spektren musste die extreme Rechte im August verzichten.

Bestätigung erfuhr leider auch die Position, dass mensch die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten nicht der Justiz überlassen kann: Denn unter Federführung des bayrischen NPD-Landesverbandes und mit richterlichem Segen konnten rund 100 FaschistInnen doch noch am 4. September durch Wunsiedel demonstrieren. Deshalb gilt auch hier: Nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Ob Wunsiedel, Halbe oder Mittenwald: kein Raum für die Verdrehung der Geschichte und kein Ort für die Verherrlichung des Nationalsozialismus!

Kampagne "NS-Verherrlichung stoppen!"

6. Er oder sie. Pseudo-Wahlkampf und politische Verblödung

Autor: Js. · Rubrik: Wahlen; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:28

Sind die Deutschen noch zu retten? 21 Millionen Menschen verfolgten am Abend des 4. Septembers das "TV-Duell" Schröder gegen Merkel, um zu erfahren, warum der Kanzler seine Frau liebt und dass die Kandidatin stolz ist auf ihre ostdeutschen Wurzeln. Kaum zu glauben, dass danach viele ZuschauerInnen erklärten, das Streitgespräch sei wichtig für ihre Wahlentscheidung gewesen.

Auf die Frage der Demoskopen "Wer war alles in allem überzeugender?" votierten 49% für Schröder; 33% sahen Merkel vorn. Die Niederlage der SPD und der rotgrünen Koalition wird das allenfalls mildern, aber nicht verhindern. Wer sich in den 90 Minuten auf die politischen Inhalte zu konzentrieren versuchte, konnte, Kirchhof hin oder her, von der angeblichen "Richtungswahl" wenig bis gar nichts entdecken - und auch kein "kleineres Übel".

Mag sein, dass die konservative Offensive im Kulturkampf noch kommt, wenn CDU/CSU und FDP die Wahlen gewinnen sollten. Die Chance, dem im Wahlkampf etwas entgegenzusetzen, hat die SPD versäumt. Mehr noch: Die Attacke der Kanzlergattin auf die kinderlose Frau Merkel und die demonstrative Zustimmung der sozialdemokratischen Führungsspitze zeigen, dass auch leicht links von der Union eine als vollwertig akzeptierte Frau vor allem Mutter sein muss. Ein weiterer Ausdruck dieser zutiefst reaktionären Sicht ist die Betonung männlicher Stärke auf den Wahlplakaten der SPD: "kraftvoll", "mutig" und "standhaft" hat das Regierungsoberhaupt zu sein. Der Spiegel (5.9.) zitiert einen Schröder-Berater mit den Worten: "Wir wollen, dass sich die Menschen eine Frage stellen: Kann die das?" Was Schröder auf dem Wahlparteitag sogleich in leicht abgewandelter Form aufgriff: "Kann man einer solchen Frau ... das Kanzleramt anvertrauen? Man kann es nicht."

Während der Spiegel solche persönlichen Attacken als Zeichen eines "Pöbelwahlkampfs" wertet, kommt die Frankfurter Rundschau (27.8.) der Wahrheit näher, wenn sie von einem "ungewöhnlich passiven Wahlkampf" spricht, in dem es eher "um die Deutungshoheit zur Lage des Landes" gehe. In der Tat werfen SPD und Grüne den ChristdemokratInnen penetrant vor, sie würden "unser Land schlecht reden"; diese kontern empört mit Bekenntnissen zum Dienst am "Vaterland".

So könnte man sich denn, wie viele Linke, angewidert ab- und angenehmeren Dingen zuwenden Aber war da nicht was? Richtig, die Linkspartei. Über sie schreibt die Sozialistische Zeitung (SoZ 9/2005) in ihrem Aufmacher: "Wir haben eine Wahl: Erstmals geht etwas anderes als Schwarz-Gelb oder Rosa-Grün. Es gibt Die Linkspartei. PDS. Und wie kritisch man sie auch immer beurteilen mag: Die Möglichkeit, mal nicht zwischen Pest und Cholera entscheiden zu müssen, ist an sich schon ein Grund, sie zu wählen." Zwar konnte man "erstmals" schon 1990 die PDS wählen, aber egal. Überzeugender wäre der Wahlaufruf, wenn die SoZ nicht gleichzeitig linke Kritik an Oskar Lafontaines rechten Tiraden als Teil einer allgemeinen "Hetzkampagne" und die KritikerInnen als "Denunzianten" brandmarken würde. (Christoph Jünke in SoZ 8/2005)

Auf Thomas Ebermanns Lafontaine-Artikel in konkret 9/2005 mag zwar Jünkes Vorwurf zutreffen, "Zitate und Zitatfetzen werden hemmungslos aus ihrem Zusammenhang gerissen"; dass diese "zum Zwecke übelster Denunziation in ihrer Bedeutung vollkommen verdreht" würden, ist aber schlicht falsch. Denn auch Lafontaines "Fremdarbeiter"-Rhetorik ist weder eine verbale Entgleisung noch bloße "Taktik" (was schlimm genug wäre) - sie bringt eine in sich stimmige und seit vielen Jahren im Wesentlichen unveränderte Sicht auf das wieder, was in Deutschland "Ausländerpolitik" heißt. Lafontaine war es, der im Bundestagswahlkampf 1990 als sozialdemokratischer Kanzlerkandidat gegen die Zuwanderung von "Aussiedlern" hetzte und eine erneute Asyldiskussion vom Zaun brach - mit dem Ziel, den Grundgesetzartikel 16 ("Politisch Verfolgte genießen Asyl") durch eine "Ergänzung" außer Kraft zu setzen - was ja dann 1993 auch geschah. Den damaligen REP-Vorsitzenden Franz Schönhuber veranlasste diese Kampagne zu dem Ausspruch, Lafontaine habe ihn "in der Asylfrage längst rechts überholt". (vgl. ak 322)

Mit diesem Spitzenkandidaten wird die Fraktion der Linkspartei noch einige Kämpfe auszufechten haben. "In die Fraktionsdisziplin einbinden" kann sie ihn wohl kaum. Und dennoch, scheint mir, hat Waldemar Hammel

recht, der in seinem Leserbrief an die taz (29.8.) schreibt: "Selbst, falls der Linkspartei zwei leibhaftige Teufel vorsitzen würden, würde ich dieses Mal die Linkspartei wählen" - um der Opposition gegen die staatliche Verarmungspolitik eine deutlich hörbare Stimme zu geben. Von Teufeln ist zwar in Hermann L. Gremlizas "traditioneller Enzyklika zur Wahl" (konkret-Eigenwerbung) explizit nicht die Rede; wohl aber warnt Papst Hermann vor den teuflischen Machenschaften des Hamburger Spitzenkandidaten der Linkspartei, Norman Paech. Aus der Ankündigung des renommierten Völkerrechtlers, die Menschenrechtsfrage, auch in Bezug auf Israel/Palästina, zu seinem Arbeitsschwerpunkt zu machen, macht er: "Die erste Aufgabe der Linkspartei ist es, in Israel die Menschenrechte durchzusetzen. Schon um die Lösung der Judenfrage nicht den Rechten zu überlassen."

Dass Wahlkampfzeiten die kollektive politische Verblödung auf die Spitze treiben, ist keine neue Erkenntnis. Schade nur, dass auch Teile der Linken es immer wieder schaffen, das bei der jeweils letzten Wahl erreichte Niveau noch zu unterschreiten.

Js.

7. Von "Farbanschlägen" und "Hotelattentätern". Widerstand gegen Luxushotel mit §129 überzogen

Autor: Antirepressionsgruppe · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:11

Zur Zeit laufen in Hamburg wegen Aktionen gegen den Umbau des Wasserturms im Schanzenpark zum Luxushotel mindestens 30 Verfahren. Die Vorwürfe reichen von Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Sachbeschädigung und Beleidigung über Widerstand bis zu gefährlicher Körperverletzung und schwerem Landfriedensbruch. Ein erster Prozess wegen Sachbeschädigung endete am 8. Juni mit einem Freispruch.

Am 16. März 2005 kam es in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern zu insgesamt elf Hausdurchsuchungen, bei denen sieben Leute unter dem Vorwurf der "Bildung einer kriminellen Vereinigung" (§129 StGB) festgenommen wurden. Alle wurden ED-behandelt, zur Abgabe von DNA-Material gezwungen und nach einigen Stunden wieder freigelassen.

Anlass für diese seit zehn Jahren größte Durchsuchungswelle in Hamburg waren mehrere Aktionen gegen Luxushotels in Hamburg und Lübeck und das Bezirksamt Hamburg-Eimsbüttel am 3./4. März, bei denen es in erster Linie zu Glasbruch und farbigen Veränderungen, in einem Fall zu abgebrannten elektrischen Golfkarren kam. In Lübeck waren in der Nähe des Mövenpick Hotels zwei Leute festgenommen worden.

Seit im vergangenen Jahr immer deutlicher wurde, dass das seit Jahren angedachte Hotelprojekt tatsächlich konkret werden sollte, begann sich im Schanzenviertel erster organisierter Widerstand zu regen. Dieser basierte in erster Linie auf den Sorgen hier lebender Menschen, dass der Schanzenpark als einzige Grünfläche in dieser Gegend durch die Baustelle und ein Luxushotel verloren gehen würde. Seit Ende letzten Jahres wurde dieser Protest mehrfach mit militanten Aktionen unterstrichen. Ab dem Tag X, dem tatsächlichen Baubeginn im Januar, wurde der Widerstand für einige Wochen zusehends breiter. Die abendlichen Spontandemos waren geprägt von einer Mischung aus Viertelbevölkerung und Leuten aus linken Strukturen. Im Park selbst kam es zu fantasievollen Spaß- und mehreren militanten Aktionen.

Die Menschen im Schanzenviertel sind seit Jahren mit einer Umstrukturierungspolitik des Senates konfrontiert, die aus dem ursprünglichen Wohn- und Kleingewerbegebiet ein lukratives Vergnügungsviertel macht. Diese Politik geht einher mit der Vertreibung z.B. der offenen Drogenszene und der Menschen, die sich zunehmend die steigenden Mieten im Viertel nicht mehr leisten können.

Das Projekt eines Luxushotels hat auch eine über die Grenzen des Schanzenviertels hinausweisende Bedeutung als Teil des vom Senat proklamierten Projektes einer wachsenden Stadt und als Teil der Messeerweiterung, die seit einiger Zeit mehr oder weniger unbeachtet vorangetrieben wird. Vor diesem Hintergrund präsentiert sich Hamburg gerne als Stadt der "Sicherheit", in der Widerständigkeit auf jeder Ebene und Abweichungen von einer von oben erzwungenen gesellschaftlichen Norm mit massiver Repression beantwortet wird. Das neue Hamburger Polizeigesetz gibt dem Repressionsapparat weitere Instrumente in die Hand, diese Politik durchzusetzen. Die Einführung z.B. des zweiwöchigen Unterbindungsgewahrsams, der Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen oder verdachtsunabhängiger Kontrollen gibt der Polizei Möglichkeiten in die Hand, politische Interessen repressiv durchzusetzen, ohne einen konkreten Anlass zu benötigen. Alle Menschen stehen zukünftig unter Generalverdacht, die so genannte Innere Sicherheit zu gefährden.

Proteste gegen Umstrukturierung

Vor dem Hintergrund Hamburger Standortpolitik ist auch die massive Reaktion des Repressionsapparates auf die Aktionen gegen verschiedene Hotels zu verstehen. Auch wenn es kleine punktuelle Angriffe waren, hat der Senat sie ganz offensichtlich als Gefährdung seines Projektes begriffen. Der Versuch der Innenbehörde, der Presse nach den Aktionen einen Maulkorb zu verpassen, scheiterte und Begrifflichkeiten der Hamburger Zeitungen wie "Terror gegen Hotels" und Wortneuschöpfungen wie "Farbanschläge" für Würfe mit Farbeiern verursachten vermutlich weiteren Druck. Schließlich mussten Polizei und auch der Hamburger Verfassungsschutz zugeben, dass sie von der Intensität des Widerstands überrascht waren und ganz offensichtlich die Situation um die Hotelbaustelle vollkommen falsch eingeschätzt hatten.

Aber das ist nur ein Teil der Erklärung, warum Polizei und Staatsanwaltschaft auf diese Aktionen mit dem Vorwurf "Bildung einer kriminellen Vereinigung" reagiert haben. Eine Reaktion, die vollkommen unverhältnismäßig ist. Die §§129 (Bildung krimineller Vereinigungen)/129a (Bildung terroristischer Vereinigungen) und neuerdings auch 129b (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland) zielen in ihrer Anwendung eben nicht auf bestimmte Aktionsformen ab, sondern sind in ihrer Funktion als Staatsschutzparagrafen auf politische Inhalte gerichtet, eigentlich immer auf Formen kollektiven Widerstands.

Wir gehen davon aus, dass der Repressionsapparat ein Interesse hat, das Verfahren in die Länge zu ziehen. Die Wahrscheinlichkeit, dass gegen noch weitere Menschen ermittelt wird, ist außerordentlich hoch und es ist sicher, dass für mehrere Menschen Überwachungsmaßnahmen angeordnet sind. Durch den §129 ist es den Ermittlungsbehörden jetzt möglich, lange und ausführlich in unseren Zusammenhängen zu ermitteln, zu observieren, abzuhören usw. Die Erfahrung mit §129/129a-Verfahren zeigt, dass solche Verfahren das Einfallstor für massive Ausforschungen von politischen Zusammenhängen sind und je nach Bedarf weitere Verfahren wegen Mitgliedschaft in, Werbung oder Unterstützung für eine angebliche kriminelle oder terroristische Vereinigung nach sich ziehen, egal ob dabei jemals ein Prozess herauskommt oder nicht. Genau wie auch die massiven Aufmärsche des Apparates bei Demos, die Darstellung eines Teils des Widerstandes als gefährlich und kriminell, soll Kriminalisierung von Widerstand spalten, schwächen und einschüchtern.

Mit dem §129 hat der Staatsschutz sich die Möglichkeit verschafft, seine Ermittlungsmöglichkeiten ganz erheblich auszuweiten. Ein Teil der Beschuldigten wurde schon vor den Aktionen ganz offensiv von P-Schicht Zivis der Lerchenstraßenwache (eine spezielle Einheit, deren Hauptaufgabe die Beobachtung von linken Zusammenhängen ist) observiert. Diese offenen Einschüchterungsobservationen sind vermutlich eine der Grundlagen für dieses Verfahren. Im Zuge des §129-Ermittlungsverfahrens ist es für den Staatsschutz leicht, auf dieses Material zurückgreifen zu können. Die Hausdurchsuchungen und die erzwungene Abgabe von DNA-Proben wären nur auf der Grundlage eines Vorwurfes wegen "Sachbeschädigung" auf keinen Fall durchsetzbar gewesen.

Es ist wichtig im Kopf zu behalten, dass dieser Angriff real ist. Trotzdem darf es kein Grund für uns sein, sich angesichts der Masse laufender Verfahren in der politischen Arbeit lähmen zu lassen. Das würde bedeuten, auf das Kalkül der Repression einzugehen. Es geht gerade jetzt darum, den Widerstand auch gegen das Hotel weiter zu organisieren und in einen größeren politischen Zusammenhang zu stellen, neue Strukturen zu schaffen und Repression in diesem Kontext zu thematisieren.

Antirepressionsgruppe "Wasserturm"

8. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:29

Beugehaft: Bis zum bitteren Ende

Anberaumt waren in dem im April begonnenen Revisionsprozess gegen Daniel W. ursprünglich nur einige wenige Prozesstage. Im Dezember 2003 war der Magdeburger zusammen mit Marco H. und Carsten Sch. zwar vom Vorwurf der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" nach § 129a StGB freigesprochen, zusammen mit Marco wegen Anschlägen in Magdeburg auf Fahrzeuge des BGS, der Deutschen Telekom und einer DaimlerChrysler-Niederlassung sowie das Gebäude des Landeskriminalamts Sachsen-Anhalt zu Haftstrafen verurteilt worden. (vgl. ak 480) Inzwischen ist der Revisionsprozess gegen Daniel bis Anfang November terminiert - jeden Monat ein Verhandlungstag. Ganz offensichtlich wird der Prozess mit allen Mitteln in die Länge gezogen, damit Marco und Carsten bis zur gesetzlich zulässigen Höchstdauer von sechs Monaten in Beugehaft sitzen müssen. Beide hatten sich geweigert, gegen ihren Freund und Genossen auszusagen. Sie sitzen inzwischen seit April bzw. Juni in Halle im Knast. Nach Prozessende drohen Marco weitere eineinhalb Jahre und Daniel ein Jahr Haft. Informationen: www.soligruppe.de

Durchsuchung bei anti atom aktuell

Am 11. August wurden im Wendland die Redaktionsräume der Zeitschrift anti atom aktuell und Privaträume von ca. 50 PolizistInnen und Angehörigen der Staatsschutzabteilung durchsucht. Vorwurf: Aufruf zu Straftaten. Beschlagnahmt wurden drei Computer und zahlreiche Datenträger. Anlass der Durchsuchung ist die Internetseite des Prekär-Camps, das vom 6. bis 12. August bei Lüchow stattfand. Dort waren eine Yomango-Modenschau und ein Workshop "Yomango auf Deutsch" angekündigt worden. Einer der Redakteure der anti atom aktuell hatte die Seite angemeldet. Unter ähnlich fadenscheinigen Gründen waren erst vor wenigen Wochen die Durchsuchungen und Beschlagnahme bei MitarbeiterInnen von Labournet erfolgt. Wie in diesem Fall soll anscheinend auch im Wendland mit konstruierten Vorwürfen einem kritischen Forum der außerparlamentarischen Linken die Arbeitsgrundlage entzogen werden.

Internetsicherheit: Mao ohne Tsetung

Rund 95 Prozent aller Passwörter sind unsicher oder völlig unbrauchbar. Bei einer Untersuchung von u.a. 1.122 Accounts eines registrierungspflichtigen Internetportals entsprachen nur 5,1 Prozent der Passwörter gängigen Sicherheitsanforderungen und bestanden aus Großbuchstaben, Kleinbuchstaben, Ziffern sowie Sonderzeichen. Mit Abstand die beliebtesten Kennwörter sind die Namen nahe stehender Personen. 99 bekannte Vornamen (8,8 Prozent der Passwörter) fanden sich im Test, mit großem Abstand folgen Filmcharaktere von Gandalf bis Kenobi. Schlecht auch, wenn man das Kennwort leicht erraten kann: Wer Romeo als Login-Namen wählt, sollte nicht ausgerechnet Julia als Passwort benutzen. Ebenso fatal sieht es bei der Mehrfachnutzung der Zugangsdaten aus - 29,4 Prozent der UserInnen verwenden das gleiche Passwort für mehrere Zwecke. 2,7 Prozent der Passwörter stimmten sogar mit dem Usernamen überein.

Die Welt zu Gast bei "Freunden"?

Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Heribert Rech (CDU), hat sich mit Blick auf die Fußball-WM für ein neues Sicherheitspaket zur "Terrorismusbekämpfung" ausgesprochen. Von verstärkter Videoüberwachung, über Flugverbote für Privatmaschinen über Fußballstadien bis hin zu Taschenkontrollen sowohl in den Sportstätten selbst als auch an Orten mit Großbildleinwänden reicht die Palette. Zu dem Sicherheitspaket gehört für den baden-württembergischen Innenminister der Einsatz der Bundeswehr im Innern, die Kronzeugenregelung, eine zwölfmonatige Aufbewahrungsfrist von Kommunikationsdaten und die gemeinsame Datei aller Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern. Auch eine Ausweitung des Sicherungsgewahrsams müsse laut Rech sorgfältig geprüft werden. Ebenso hält er Eingriffe in das Mobilfunknetz für denkbar, da so möglicherweise das Zünden von Bomben durch Handys verhindert werden könnte. Zum flächendeckenden Einsatz soll zudem das Fingerabdrucksystem "Fast Identification System" kommen, das momentan in Frankfurt am Main, Karlsruhe und Nürnberg getestet wird. Dabei handelt es sich um ein mobiles biometrisches Terminal zur Identifizierung von Menschen durch Fingerabdrücke. Zwar hält

Rech einen Terroranschlag während der WM für unwahrscheinlich, gleichwohl ist er gewillt, die Chance zum Ausbau der Repressionsorgane zu nutzen: "Um trotzdem gewappnet zu sein, ist auf Bundesebene eine zentrale Unterstützungsgruppe eingerichtet worden, deren Hilfe die Länder anfordern können."

Özgür Politika verboten

Pünktlich zur Bundestagswahl demonstriert Otto Schily seine Entschlossenheit im Kampf gegen den weltweiten Terrorismus. Am Morgen des 5. September wurden gleichzeitig die E. Xani Presse- und Verlags-GmbH, die die türkischsprachige Europaausgabe von Özgür Politika herausgibt, die MHA (Mezopotamische Nachrichtenagentur) in Frankfurt am Main, der Musikverlag MIR in Düsseldorf und der Mezopotamia Verlag in Köln von Einheiten der Polizei gestürmt. Insgesamt waren mehr als 300 BeamtInnen im Einsatz. Grundlage der Stürmungen waren Schließungsverfahren gegen die Institutionen, die seitens des Bundesinnenministeriums wegen vermeintlicher Unterstützung einer kriminellen Vereinigung eingeleitet wurden. Laut Innenministerium sei die in einer Auflage von etwa 10.000 Exemplaren erscheinende Zeitung nachweislich in die Organisationsstruktur der PKK eingebunden. Bei der Polizeiaktion wurden JournalistInnen, SchriftstellerInnen und Angestellte verhaftet sowie Computer und Schriftstücke beschlagnahmt. Die Deutsche Journalisten Union (dju) kritisierte die Schließung von Özgür Politika als "völlig überzogen". Sie gefährde den grundgesetzlich garantierten Schutz der Presse. Die Zeitung habe zwar politische Grundsatzpositionen der PKK dokumentiert. "Dies ist nicht gleichzusetzen mit der Einbindung in eine Befehls- und Kommandostruktur", sagte der hessische dju-Geschäftsführer Manfred Moos.

Berufsverbot jetzt auch in Hessen

Michael Csaszkóczy, der in Baden-Württemberg aus politischen Gründen seinen Beruf als Realschullehrer nicht ausüben darf (vgl. ak 487), darf nun auch in Hessen kein Lehrer werden. Der Grund für Csaszkóczys erzwungene Arbeitslosigkeit ist seine Aktivität in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg (AIHD). Zwar hatten sich die Leitung einer Schule in Heppenheim und das zuständige Staatliche Schulamt für seine Anstellung ausgesprochen, doch auf Weisung des hessischen Innenministeriums wurde sie ihm Anfang September versagt.

9. Gegen die Kriminalisierung antifaschistischen Engagements! Für ein entschlossenes Eintreten gegen rassistische NPD-Parolen im Wahlkampf!

Rubrik: Wahlen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:39

Als unverhältnismäßig und grundrechtswidrig verurteilen die Unterzeichner die auf Betreiben der Staatsanwaltschaft vom Amtsgericht Tiergarten angeordneten Hausdurchsuchungen am 27. August 2005. In einer groß angelegten Razzia hat die Berliner Polizei bei den Betreibern der Website www.antifa.de Hausdurchsuchungen vorgenommen. Über 300 Polizisten beschlagnahmten an sieben verschiedenen Orten Computer, Datenträger und Dokumente. Begründung: Dringender Tatverdacht der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten.

Hintergrund war ein Aufruf auf der Website der Antifa, sich dem rassistischen Wahlkampf der NPD entgegenzustellen. "Neonazis aus der gesamten BRD sind zur Zeit im Wahlkampf aktiv: wir auch! NPD-Plakate einsammeln, Kundgebungen blockieren oder Nazi-Material von Infotischen in blauen Müllsäcken entsorgen." (Aufruf unter www.antifa.de)

Wir, die Unterzeichner, halten dieses Vorgehen der Polizei für skandalös. Wir sehen darin einen Versuch, AntifaschistInnen einzuschüchtern und das Recht auf freie Meinungsäußerung zu beschneiden. Der Staatsanwaltschaft und dem verantwortlichen Richter scheint jeder Maßstab für die Verhältnismäßigkeit der Mittel abhanden gekommen zu sein. Im Anordnungsbeschluss heißt es, "mildere Maßnahmen" seien nicht ersichtlich. Der massive Eingriff in das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung ist allerdings angesichts der allenfalls geringfügigen Vergehen völlig unverhältnismäßig.

Der Beschluss führt weiter aus, dass Beweismittel gesucht würden, die Auskunft über "politische Aktivitäten außerhalb der freiheitlich demokratischen Grundordnung und den übersteigerten Hass der Beschuldigten auf die NPD" geben sollen. Spätestens mit dieser Ausführung stellt sich die Frage, ob die Staatsvertreter selbst noch mit beiden Beinen auf der (FD)GO stehen. Die Ablehnung faschistischer Positionen ist Grundlage unserer Verfassung. "Hass" auf die NPD kann kein Straftatbestand sein und wann sollte dieser "übersteigert" sein? Das Grundgesetz garantiert das Recht auf freie Meinungsäußerung . Der politische Meinungskampf gegen die NPD ist geradezu lebensnotwendig für eine Demokratie. Hierzu gehört, dass die Bürger und Bürgerinnen sich gegen antidemokratische und rassistische Organisationen wie die NPD zur Wehr setzen. Wer antifaschistisches Engagement mit staatlicher Repression bestraft, beschädigt die Demokratie und den Rechtsstaat!

Wir protestieren gegen willkürliche und unverhältnismäßige Hausdurchsuchungen! Es darf weder Zensur noch Einschüchterung antifaschistischen Engagements geben!

Wir erwarten vom Berliner Innensenator eine umfassende Aufklärung der Hintergründe dieses Einsatzes. Die Verantwortlichen sind zur Rechenschaft zu ziehen. Wir fordern die sofortige Herausgabe der beschlagnahmten Computer, Datenträger und Dokumente. Vor dem Hintergrund dieses Polizeieinsatzes und den jüngsten Erfolgen faschistischer Parteien bei Landtagswahlen rufen wir dazu auf, jedweder faschistischer und rassistischer Propaganda entgegenzutreten!

ErstunterzeichnerInnen: Björn Böhning (Bundesvorsitzender Jungsozialisten in der SPD), Martin Budich (Bürgerrechtler), Prof. Dr. Peter Grottian, Friedel Grützmacher (Vizepräsidentin des rheinland-pfälzischen Landtags, B90/Die Grünen), Benjamin Hoff (MdA, Die Linkspartei.PDS), Till Heyer-Stuffer (Landesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Berlin), JungdemokratINNen/Junge Linke Berlin, Sibyll Klotz (Fraktionsvorsitzende, MdA, B90/Die Grünen Berlin), Komitee für Grundrechte und Demokratie, Ralf Krämer, (Bundestagskandidat, WASG), Gesine Lötzsch (MdB, Linkspartei.PDS), Helge Meves (WASG), Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr, Petra Pau (MdB, Linkspartei.PDS), Volker Ratzmann (Fraktionsvorsitzender, MdA, B90/Die Grünen Berlin), Cornelia Reinauer (Bezirksbürgermeisterin Kreuzberg/Friedrichshain, Die Linkspartei.PDS), Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Dr. Albert Scharenberg (Komitee für Grundrechte und Demokratie), Carsten Schatz (Landesgeschäftsführer Berlin, Die Linkspartei.PDS), Fabian Schmitz (Landesvorsitzender Jungsozialisten in der SPD), Tobias Schulze (Direktkandidat Berlin-Mitte, Die Linkspartei.PDS), Almuth Tharan

(Landesvorsitzende B90/Die Grünen Berlin), Halina Wawzyniak (stellvertretende Landesvorsitzende Berlin, Die Linkspartei.PDS)

10. "Die Polizei betreibt aktiv Politik." Interview mit der Antifaschistischen Linke Berlin

Interview mit der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB)

Autor: Interview: mb. · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:38

Die Polizeiübergriffe gegen Strukturen der außerparlamentarischen und radikalen Linken häufen sich - seien es die Durchsuchungen bei Labournet oder der anti atom aktuell, der Polizeieinsatz auf dem Prekär Camp oder das §129-Verfahren im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Hotelbau in Hamburg. (s. S. 6) Auch in Berlin schlug die Polizei in den letzten Wochen zu - im Visier: die Antifa-Szene der Hauptstadt.

ak: In der Nacht zum 28. August sprengte die Polizei eine Antifa-Party und durchsuchte Wohnungen und Büros. Was ist passiert?

ALB: Offiziell wurden die Durchsuchungen, an denen mehr als 300 Polizeibeamte beteiligt waren, mit der Einladung zu einer Antifa-Party begründet, die auf www.antifa.de veröffentlicht war. Die recht junge Berliner Gruppe Antifaschistische Brigaden Berlin hatte zu der Party eingeladen und jedem ein Freigetränk versprochen, der Nazi-Wahlkampf-Material mitbringt. Die Polizei bewertete dies als Aufruf zu Straftaten und besorgte sich Durchsuchungsbeschlüsse für die Wohn- und Büroräume der technischen Betreuer der Website und für die Partyräumlichkeiten selbst, um dann während Party, also am Wochenende und nachts, zeitgleich in die Objekte einzureiten. Letztlich waren von der Durchsuchung neben der Party zwei Privatwohnungen, zwei Büroetagen sowie der Laden "Fusion" betroffen, in dem der Antifa-Versand Red Stuff, das Musik-Kollektiv Lucha Armada und FelS residieren. Im Anschluss an die Polizeiaktionen hat es eine spontane Solidemo gegeben, bei der es auch zu Festnahmen kam. Einer der Betroffenen sitzt immer noch in U-Haft, ihm wird vorgeworfen, die Polizei mit einer Flasche beworfen zu haben.

Hattet ihr mit einer Polizeiaktion zu diesem Zeitpunkt gerechnet?

Wir wissen, dass sich Teile der Polizei mit uns beschäftigen. Vor allem nach den Hausdurchsuchungen am 6. Juli wussten wir, woher momentan der Wind weht. Damals wurden Wohnungen von aktiven Antifaschisten wegen einer angeblichen Schlägerei mit Nazis am Ostbahnhof durchsucht. Die Genossinnen und Genossen sind mit einem immensen Observations- und Ermittlungsaufwand überzogen worden. Auch wenn man gesehen hat, mit welchem martialischem Polizeiaufgebot der Wunsiedel-Ersatz-Aufmarsch in Berlin geleitet wurde, war das eine relativ klare Ansage.

Am 6. Juli die Durchsuchungen von 15 Wohnungen von Antifas in Berlin, Potsdam und Eisenhüttenstadt, jetzt die Aktion gegen die Jugendantifa-Party, das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz) und euren Laden . Wie erklärt ihr euch, dass die Berliner Polizei nun schon zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen so massiv gegen die Antifa-Szene der Hauptstadt vorgeht?

Diese Aktivitäten stehen unter anderem im Zusammenhang mit einer Umstrukturierung im Berliner Landeskriminalamt. Seit Mitte Juni gibt es dort eine neue Sonderkommission mit Namen AG Links-Rechts-Auseinandersetzungen, was Ausdruck der Tatsache ist, dass sich bei der Berliner Polizei die These der Gewaltaufschaukelung zwischen rechten und linken Gruppen erneuter Popularität erfreut. Eine Entwicklung, die allerdings nicht nur auf Berlin beschränkt ist. In Potsdam, wo in letzter Zeit die Zahl rechter Übergriffe massiv zugenommen hat, wird beispielsweise nach einem Überfall auf einen stadtbekannten Nazi gegen vier Antifas wegen Mordversuchs ermittelt. Die Polizei tut momentan alles, um die Auseinandersetzung zwischen Antifas und Nazis als eine Art Bandenkrieg erscheinen zu lassen. Auf einmal ist in den Medien - bis hin zur taz wurde diese Sichtweise vertreten - wieder ganz unreflektiert von der Spirale der Gewalt zwischen Rechts und Links die Rede.

Auf der einen Seite werden also auf diese Art die politischen Auseinandersetzungen entpolitisiert, auf der anderen Seite betreibt die Polizei selbst aktiv Politik. Die Durchsuchungen in der Nacht zum 28. August sollten laut richterlichem Beschluss dem Auffinden von Unterlagen dienen, die "Auskunft über politische Aktivitäten außerhalb der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und den übersteigerten Hass der Beschuldigten auf die NPD geben" könnten. Diese Ausführungen zeigen doch deutlich, dass hier von polizeilicher Seite

versucht wird, diejenigen, die Nazi-Plakate abreißen, außerhalb der demokratischen Grundordnung zu stellen, wodurch umgekehrt der Eindruck vermittelt wird, die Nazis seien Bestandteil dieser demokratischen Grundordnung. Man kommt nicht umhin, festzustellen, dass die Berliner Polizei wenn auch nicht aktive, dann doch passive Wahlkampfhilfe für die NPD geleistet hat. Gleichzeitig ist nun ein beträchtlicher Teil der Antifa-Szene in Berlin von Repression überzogen, und anstatt sich damit beschäftigen zu können, was anderer Orts Zivilcourage gegen Rechts heißt, und beispielsweise am 8. Mai von staatlicher Seite auch willkommen ist, wird nun kriminalisiert.

Vielleicht ist ja der diesjährige 8. Mai ein wichtiges Stichwort. Hängt die aktuelle Repression gegen die Antifa vielleicht mit ihrem erfolgreichem Agieren an diesem Tag zusammen?

Einen direkten Zusammenhang können wir nicht erkennen. Klar, der diesjährige 8. Mai in Berlin war ein politischer Erfolg. Sicherlich gab es den politischen Willen von Staatsseite aus, sich an diesem Tag möglichst zivilgesellschaftlich zu geben und den Nazi-Aufmarsch nicht stattfinden zu lassen, aber das traf sich an diesem Punkt mit unserem eigenen Interesse. Man darf sich seine eigenen politischen Erfolge nicht klein reden: Am 8. Mai gab es eine der größten linken, antifaschistischen Demonstrationen der letzten zehn bis 15 Jahre.

Aber auch wenn wir keinen direkten Zusammengang sehen, zielt die momentane Repression gleichwohl auf eine erfolgreiche Antifa-Politik. In diesem Fall trifft es vor allem den Jugendantifa-Bereich. Es ist der Polizei sicherlich nicht entgangen, dass sich in letzter Zeit neue Gruppen in Berlin gegründet haben. Das harte Eingreifen auch bei relativ geringfügigen Delikten ist aus polizeistrategischer Sicht Vorfeldbekämpfung militanter Antifapolitik.

Davon abgesehen, gibt es natürlich das Interesse, politische Strukturen, die eine gewisse Wirkung entfalten und wahrnehmbar sind, stärker unter die Lupe zu nehmen. Es geht nicht nur um Einschüchterung, sondern angesichts des zunehmenden sozialen Widerstands will man sich auch durch Beschlagnahme von Computern, Akten und Adressenlisten einen aktuellen Überblick über die linke Szene verschaffen. Das deckt sich momentan mit einer weiteren Entwicklung. Erst vor zwei Wochen gab es einen massiven SEK-Einsatz in der Berliner Diskothek Jeton, der sich angeblich gegen die Berliner Hooligan-Szene richtete. Die Polizei ist mit äußerster Brutalität vorgegangen und hat an die 150 Menschen stundenlang festgehalten. Dieser Einsatz, aber auch die ganze Diskussion um Überwachung und die Sicherheitslage im Vorfeld der Fußball-WM 2006, stehen für eine generelle Verschiebung in diesem Bereich. Die persönlichen Handlungsspielräume, aber auch die Spielräume politischer Artikulation und sozialer Organisierung, wie gering sie in Deutschland auch sein mag, sollen eingeschränkt werden.

Dass heute Plakateabreißen zu einer Straftat wird, die den Polizeieinsatz von 300 Beamten legitimiert, das ist doch relativ lächerlich. Weniger lächerlich ist, dass seit zehn Tagen einer der Party-Besucher wegen eines angeblichen Flaschenwurfs in U-Haft sitzt.

In NRW werden Antifas wegen Straßenblockade mit Verfahren überzogen, ebenso ergeht es Antifas z.B. aus Gera. Wir haben es also mit einem bundesweiten Trend zu tun?

Ja, das ist sicherlich ein bundesweiter Trend, aber mit ein paar Berliner Eigenheiten wie etwa der hohen Eigenständigkeit der Polizei. Mit großer Kaltschnäuzigkeit wurde von Innensenator Körting der Einsatz gegen die Disko-Besucher gedeckt und als ganz normaler Polizeieinsatz verteidigt, obwohl er angeblich von dem Einsatz im Vorfeld nicht informiert worden war.

Ihr seht also Verselbstständigungstendenzen innerhalb der Berliner Polizei?

Das wäre ja in Berlin nicht das erste Mal. In der Stadt gab es immer wieder Teile der Polizei, die auf eigene Faust gehandelt haben, oder ihrem übersteigerten Hass gegen die Linke nachgegangen sind. Wenn nicht mal mehr große SEK-Einsätze mit dem Innensenator abgesprochen werden, muss das sicherlich als Indiz gewertet werden, dass es Kräfte innerhalb der Polizei gibt, die eigenständige Interessen verfolgen. Zumal aus dem Abgeordnetenhaus zu hören ist, das, was gewisse Polizeieinsätze angeht, absolute Intransparenz herrscht, und selbst Parlamentarier der Regierungsfraktionen anscheinend keine Informationen mehr erhalten.

Auf der einen Seite haben wir es also mit solchen Verselbstständigungstendenzen zu tun, auf der anderen Seite erleben wir die Renaissance dieser Rechts-Links-Gewaltspirale-Ideologie und all dem, was totalitarismus-theoretisch dahinter steht und die politisch-ideologisch eine solche Polizeipraktik flankiert.

Wie fällt eure vorläufige politische Bewertung der Polizeiaktion aus?

Seit der Durchsuchungsaktion erfahren wir eine große solidarische Resonanz und spüren viel politischen Rückhalt. Bei all dem Stress, den die Durchsuchungen für die Betroffenen bedeuten, politisch waren sie für die Polizei sicherlich nicht erfolgreich. Im Endeffekt beschäftigen sich jetzt viel mehr Leute mit dem Thema, wie man sich aktiv gegen NPD-Wahlpropaganda wehren kann - und zwar auch ein Teil der zivilgesellschaftlichen, bürgerlichen Öffentlichkeit, also genau der Teil, der am 8. Mai mit uns auf die Straße gegangen war. Mit ihrer Unterstützung wird nun eine große Gala am 16. September stattfinden, auf der das Konzept der Jugendantifa-Party im großen Stil noch einmal wiederholt werden soll.

Interview: mb., Berlin

11. Leidkultur. Eine Gerichtsreportage

Autor: OZ · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Zeitgeschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:06

Drei Männer und ein Jugendlicher sind wegen versuchten Mordes, gefährlicher Körperverletzung, Freiheitsberaubung und unerlaubtem Waffenbesitz angeklagt. Die Anklage wirft den berufslosen Marcel Gi. (35), Thomas G. (35) und Mike S. (19), sowie dem Schüler Sven Sch. (17) vor, im Juni 2004 den seinerzeit 14-jährigen Bianco L. mehr als 24 Stunden lang körperlich und seelisch misshandelt und versucht zu haben, den Jungen umzubringen, um diese Taten zu vertuschen.

Die beiden 35-Jährigen schweigen zunächst vor Gericht, Mike S. hatte bereits bei seiner polizeilichen Vernehmung umfangreich ausgesagt. Richter P. passt sich bei seiner Befragung dem Sprachstil und Jargon des kurz geschorenen 19-Jährigen an. "Und hat denn dann Thommy oder Marcel zujetret'n?" Aus Fragen, Nachfragen und Vorhalten aus den Akten entsteht so ein Bild des Geschehens aus der Sicht des Mike S.

Marcel Gi. und Thomas G. hatten seit einigen Wochen in der von Mike S. bewohnten Wohnung gelebt. Man habe sich bei Trinkgelagen vor einer Kaufhalle kennen gelernt. Am frühen Abend des 22. Juni sei Bianco "einfach so" vorbeigekommen. Thomas G. habe erzählt, dass er gehört habe, wie Bianco herumgeprahlt habe, er habe schon mal anderthalb Jahre im Knast gesessen. Marcel Gi., der Wortführer der Gruppe, beschimpft, schlägt und tritt den Jungen. Nachdem der am Boden liegt, fordert Gi. die anderen auf, es ihm gleich zu tun. "Du traust dich nicht, ihn mit dem Messer zu stechen", stachelt Marcel Gi. Mike S. an. Der nimmt das auf dem Tisch liegende Butterfly-Messer des Marcel Gi., legt Bianco "wegen dem Blut" eine Decke unter das Bein und sticht ihm die Waffe bis zum Anschlag in den Oberschenkel, während ihn die beiden Älteren festhalten. Bianco L. schreit vor Schmerzen auf. Und Marcel Gi. hat noch mehr "Ideen".

Die drei versuchen, dem 14-Jährigen einen Feuerwerkskörper anal einzuführen. Der Plan scheitert und sie zünden den Explosivkörper auf seinem Gesäß. Wieder schreit der Junge vor Schmerzen. Die drei treten weiter auf Bianco ein, wobei sich Marcel Gi. den Fuß verstaucht. Gi. ist wütend: "Das wirst Du büßen." Er nimmt einen Aluminium-Stiel und schlägt auf sein Opfer ein. Bianco L. wird an Händen und Füßen gefesselt auf eine Matratze im Flur gelegt, die Wohnungstür wird abgeschlossen, zeitweise wird ihm eine alte Socke in den Mund gestopft.

Tagelanges Martyrium

Die drei trinken wie schon den ganzen Tag über weiter Wein, Bier und süßen Schnaps. Im weiteren Verlauf des Abends erhält Bianco weitere Tritte und Schläge. Seine Peiniger zwingen ihn aufzustehen und die Wohnung mit einer Zahnbürste zu reinigen. Vorher jedoch soll er sich das Blut abwaschen, da er sonst "alles schmutzig macht". Anschließend zwingen sie den Jungen, das schmutzige Geschirr abzuwaschen. Als Bianco L. dabei ein Glas kaputtgeht, hat Marcel Gi. eine weitere "Idee": "Das brauchst du gar nicht erst wegräumen, das kannst du gleich essen." Und tatsächlich zwingen sie Bianco L., Glasscherben zu essen. Mike S. hat nach eigenen Angaben Bedenken: "Macht das nicht alles innen drin kaputt?" Doch Gi. wischt die Bedenken beiseite: "Stell dich nicht so an." "Marcel hat immer einen großen Einfluss auf mich gehabt", sagt Mike S. leise. Nachdem Bianco wieder gefesselt wurde, gehen die drei spät in der Nacht schlafen.

Am Mittag des 23. Juni erscheint der 17-jährige Sven Sch. in der Wohnung. Marcel Gi. fordert ihn auf, Bianco L. ebenfalls zu schlagen und zu treten, und Sven Sch. schlägt und tritt zu. Mike S. schlägt dem Gefesselten eine metallene Müllschippe drei Mal auf den Hinterkopf. Eine Platzwunde ist die Folge. Auch Marcel Gi. und Thomas G. beteiligen sich nun wieder an Schlägen und Tritten gegen den Wehrlosen. Nachdem Bianco L. noch mehrfach mit dem Messer ins Gesäß gestochen wurde, hat Marcel Gi. eine weitere "Idee". Bianco L. soll sich mit einem Beil selbst einen Finger abhacken. Der Junge schlägt sich daraufhin mit der stumpfen Seite des Beils auf die linke Hand. Das Beil wird ihm aus der Hand genommen und alle vier weiteren Anwesenden schlagen ihm mit der stumpfen Seite auf die Finger beider Hände. Wieder schreit Bianco L. auf.

Im weiteren Verlauf des Nachmittags leiht sich Mike S. die Springerstiefel des Sven Sch. aus, um Bianco damit zu treten. Zwischenzeitlich verläßt Sven Sch. die Wohnung, kommt später mit Freunden wieder, die bleiben nur kurz. Auch der Vater von Mike S. erscheint zwischendurch, die Wohnung läuft auf seinen Namen und wird

vom Sozialamt bezahlt. "Halt dich da raus", bekommt er von seinem Sohn gesagt und das tut er. Marcel Gi. zieht Bianco L. einen Ring vom Finger und schenkt ihn dem Vater. Der nimmt ihn und geht.

Während einer Verhandlungspause sucht die zahlreich vertretene Presse Erklärungen bei Staatsanwalt K. "Es hat den Schwächsten unter den Schwachen getroffen", resümiert der. "Hat einer der Angeklagten nicht ein Hakenkreuz tätowiert?", möchte ein Journalist wissen. "Ja, schon, einer der Männer soll sich auch in der rechten Szene bewegt haben, aber das spielt hier alles keine Rolle." Die PressevertreterInnen nicken zustimmend.

Am Abend des 23. Juni 2004 findet das EM-Fußballspiel zwischen Tschechien und Deutschland statt, und wieder wird reichlich Alkohol getrunken. "Wenn Deutschland verliert, bringe ich dich um", bekommt der bereits halb in Agonie liegende Bianco zu hören. Die deutsche Nationalmannschaft verliert das Spiel und scheidet damit aus dem Turnier aus. "Bianco konnte sich da schon gar nicht mehr wehren, selbst wenn er gewollt hätte", sagt Mike S. Wieder hagelt es Schläge und Tritte gegen Kopf und Oberkörper des Jungen. Ein weiterer Feuerwerkskörper wird auf seinem Gesäß gezündet. Auch Sven Sch. ist wieder dabei und tritt dem Wehrlosen ins Gesicht. Marcel Gi. bewirft ihn mit einem Glas, Mike S. drückt eine brennende Zigarette auf seinem Knie aus. Anschließend geht Mike S. baden, die anderen trinken weiter.

Aus dem Bad zurück, "diskutieren" sie die Lage. Marcel Gi. will "nach Holland abhauen" und überredet Mike S. mitzukommen. Der will eigentlich nicht, denn seine Freundin ist hochschwanger. "Erinnere dich, was du alles durch Bianco verlierst", stachelt ihn Marcel Gi. an; es wird ein Plan gefasst.

Marcel Gi. und Mike S. schleppen den Wehrlosen ins Bad, setzen ihn in die knöchelhoch mit Wasser gefüllte Badewanne. Thomas G. und Sven Sch. sitzen im Wohnzimmer und trinken weiter. Mike S. holt einen Fön, schließt ihn an und wirft ihn in die Wanne. Der Plan schlägt fehl, denn die Sicherung fliegt raus; die Wohnung ist dunkel. Mike S. drückt die Sicherung wieder rein, versucht es noch zwei weitere Male, aber jedes Mal springt die Sicherung raus. Sie gehen zurück ins Wohnzimmer, um die Lage erneut zu "diskutieren".

Und wieder hat Marcel Gi. eine "Idee". Ein Stromkabel wird abisoliert, dem auf dem Rücken gefesselten Bianco L. in die Hände gedrückt und das andere Ende in die Steckdose gesteckt. "Bianco hat durch den Stromschlag gezuckt", erzählt Mike S. Dadurch habe er die Kabelenden aus den Händen verloren. Sie seien ins Wohnzimmer gegangen, hätten weiter getrunken und beraten, was nun zu tun sei, so der Angeklagte. Marcel habe vorgeschlagen, die Kabelenden mit Klebestreifen an den Schläfen von Bianco festzukleben und Mike S. sei Klebeband holen gegangen, als es an der Wohnungstür geklingelt habe.

Vor der Tür standen Polizeibeamte. Sie hätten eine Meldung über eine Schlägerei erhalten. Mike S. versucht, die Beamten abzuwimmeln. Nein, das wäre schon eine Weile her, der Betroffene sei bereits gegangen. Die Beamten sehen sich in der Wohnung um, einer öffnet die Badezimmertür und schaltet das Licht an. "Hier ist einer, sofort alle festnehmen", ruft er seinen Kollegen zu. Bianco L. ist kaum noch ansprechbar. Marcel Gi., Thomas G., Mike S. und Sven Sch. werden festgenommen, Bianco L. kommt für eine Woche auf eine Intensivstation. Tagelang schwebt er in Lebensgefahr. Die Ärzte diagnostizieren ein Hirnödem, eine lebensgefährliche Lungenprellung, zahlreiche Platzwunden am Kopf, Prellungen, Hämatome und Schürfwunden am ganzen Körper, acht Stich- und Schnittverletzungen, gebrochene Finger und so genannte Strommarken. Bei Röntgenaufnahmen entdecken die Mediziner eine Knopfzellen-Batterie im Magen des Patienten.

"Halt dich da raus"

"Hattest Du denn kein Mitgefühl für Bianco, dit muss doch schrecklich für den jewesen sein?", versucht Richter P. Gefühlslagen bei Mike S. auszuleuchten. Der denkt sekundenlang nach, als ob es das erste Mal wäre. "Nö" bleibt die ganze Antwort.

Während der mehrstündigen Befragung des Angeklagten tritt - fast zufällig - ein weiterer Fall von Misshandlung und Freiheitsberaubung zu Tage. Als der Vorsitzende Mike S. fragt, ob sie Bianco denn auch gezwungen hätten, Kerzen zu essen, antwortet der ganz lapidar: "Nee, dit war die Jeschichte mit Jan N." Richter P. hakt nach und Mike S. erzählt: Er sei selbst nicht in der Wohnung gewesen, als bereits zwei Wochen zuvor sein Bekannter Jan N. vorbeigekommen sei. Marcel Gi. und Thomas G. hätten den Jugendlichen hereingelassen. Jan N. sei Punker gewesen, und das hätte wohl den Zorn der beiden erregt. Sie hätten Jan geschlagen und

getreten, hätten ihm einen Ohrring herausgerissen, ihn gezwungen, eine Kerze zu essen und das schmutzige Geschirr abzuwaschen. Dabei hätte Thomas G. Jan mit dem Kopf in das Abwaschwasser gedrückt und gesagt: "Dich Zeckensau bringe ich um." Thomas G. hätte sich anschließend beim Einschlagen auf Jan die Hand verletzt. Deshalb sei er bei der Sache mit Bianco nicht so aktiv gewesen. Auch Jan wurde gezwungen, sich mit einem Hammer auf die eigenen Hände zu schlagen. Er sei von den beiden eine Nacht lang festgehalten worden und unter Drohungen am nächsten Tag laufen gelassen worden.

Der Angeklagte Sven Sch. macht eingeschränkt Aussagen. Der 17-jährige, schmale Junge wirkt fast noch wie ein Kind. Seine Aussprache ist lispelnd behindert. "Der Ex-Freund meiner Mutti war mit Mikes Vater befreundet, so habe ich Mike kennen gelernt." Er räumt die ihm vorgeworfenen Taten ein, will aber nichts zu den Taten der anderen sagen. Richter P. möchte wissen, wie er sich seine Tatbeteiligung erklärt. "Ich verstehe das selber nicht. Mir ist erst danach richtig klar geworden, was ich gemacht habe. Seitdem kann ich nur noch mit laufendem Fernseher einschlafen. Es tut mir wirklich sehr leid." Sven Sch. ist als einziger der vier Angeklagten von der Untersuchungshaft verschont worden.

Der zweite Verhandlungstag beginnt mit dem Antrag der Nebenklagevertreterin, bei der Vernehmung ihres Mandanten Bianco L. sowohl die Angeklagten als auch die Öffentlichkeit auszuschließen. Den Ausschluss der Angeklagten begründet sie mit der "massiven Angst" ihres Mandanten, den Ausschluss der Öffentlichkeit mit dem Schutz der Intimsphäre von Bianco L.. Die "oberflächliche Berichterstattung" erzeuge für ihren Mandanten eine "zusätzliche Drucksituation". Dem schließt sich die Kammer an und entspricht dem Antrag. Während einer Pause ist nur so viel zu erfahren, dass die Aussage des Opfers von der der Angeklagten in wichtigen Punkten abweicht.

Die Jugendlichen Robert F. (16), Isabelle M. (15), Andre Z. (22), die seinerzeit 14-jährige, hochschwangere Freundin von Mike S. sowie dessen Vater sind als ZeugInnen geladen. Sie alle waren am 22. und 23. Juni zeitweise AugenzeugInnen des Geschehens. Vater Günther S. (44) verweigert die Aussage, Robert F. antwortet auf die Frage, warum er keine Anzeige erstattet hat, dass er Angst gehabt habe, dann "selbst dran zu sein". Andre Z. sagt, man habe ihm mit Gleichem gedroht, falls er jemandem davon erzählt. Die Freundin erzählt, dass Bianco ein Angeber sei, der alle mit seiner arroganten Art ständig provoziert habe. Gegen alle laufen Ermittlungsverfahren wegen unterlassener Hilfeleistung.

"Verliert Deutschland, bring ich dich um"

Gegen alle, mit Ausnahme von Isabelle M. Das Mädchen hatte die Anzeige erstattet. "Es hat in der Wohnung gestunken", sagt sie vor Gericht. Bianco sei nur mit einer Unterhose bekleidet gewesen, Kopf und Körper seien mit Schwellungen, blauen Flecken und Wunden übersät gewesen. Im Flur, im Wohnzimmer und auf der Matratze habe es Blutflecken gegeben. Marcel Gi. habe den Jungen gezwungen aufzustehen. "Na, wie findest Du die?", habe er ihn gefragt. Die Angeklagten hätten sich über Bianco lustig gemacht. Der habe durch die geschwollenen Augen gar nicht richtig sehen können, seine Antwort sei unverständlich gewesen. Die Angeklagten seien daraufhin "über Bianco hergefallen". Sie sei auf den Balkon gegangen und habe seine Schreie gehört. "Ich habe Angst gehabt, dort nicht mehr lebend rauszukommen, wollte nur noch weg."

Die Spurensicherung der Kriminalpolizei stellte Blutspuren auf dem Boden, der Matratze, an den Wänden, an Regalen und einem Zeitungsständer, einem Tisch, an Türen und Gardinen fest. Bei ihrer ersten polizeilichen Vernehmung räumen Thomas G., Mike S. und Sven Sch. ihre Tatbeteiligung ein, spielen jedoch ihren individuellen Tatbeitrag herunter. "Ich hab' nur mitgemacht, um nicht als Weichei dazustehen", sagt Thomas G. "Ich habe mehrfach versucht, die Taten zu verhindern", gibt Mike S. zu Protokoll. "Ich hab' Bianco nur zwei Mal gegen die Gürtelschnalle geschlagen", erzählt Sven Sch. den Beamten. "Und wie kommt dann das Blut an deine Hose?", wollen die wissen. Sven Sch. kann sich "nicht erinnern". Als Thomas G. und Mike S. bei ihren polizeilichen Vernehmungen erzählt wird, dass Bianco L. in Lebensgefahr schwebt, beginnen sie zu weinen.

Bei der Vernehmung einer Nachbarin stellt sich heraus, dass auch sie die Schreie gehört hatte. "Wissen Sie, ich bin allein stehend und wollte keinen Ärger", sagt sie kleinlaut. Polizeibeamte sagen aus, dass es bereits am Abend des 22. Juni eine Anzeige von Nachbarn gegeben hatte. Wegen zu lauter Musik.

Am fünften Verhandlungstag ist Marcel Gi. zu einer Aussage bereit. Etwa einen Monat vor der Tat sei er aus der Haft entlassen worden. Dort habe er wegen einer nicht bezahlten Geldstrafe gesessen. Es habe Schwierigkeiten mit den Ämtern gegeben, deshalb habe er die Strafe nicht bezahlen können und sei in

Ersatzhaft genommen worden. Thomas G. sei für ihn "wie ein Bruder", mit dem er zusammen "durch dick und dünnen gegangen" sei. Thomas habe es im Bezirk Neukölln "wegen der vielen Ausländer" nicht gefallen, deshalb seien sie nach Marzahn gegangen. Sie hätten aber schon in Neukölln den Plan gefasst, nach Holland zu gehen, da sie für sich "in Deutschland keine Chance mehr" gesehen hätten. Sie hätten eigentlich nur noch auf die Sozialhilfe von Thomas G. gewartet. Die Zeit hätten sie sich mit fernsehen und "trinken von früh bis spät" vertrieben.

Es falle ihm "nicht leicht, über die Sache mit Bianco zu reden". Er schäme sich dafür und habe früher niemandem etwas zuleide tun können, "aber jedes Mal, wenn ich im Knast war, kam ich brutaler wieder raus". Bianco habe gegenüber Thomas G. erwähnt, dass er "Marcel umhauen" könne. Er habe ihn daraufhin "zur Rede gestellt" und Bianco habe anfangs behauptet, er habe "schon anderthalb Jahre im Knast gesessen". Er habe Bianco zuerst geohrfeigt und ihn provoziert. "Na dann zeig' doch mal, was Du kannst." Der habe angefangen zu weinen. "Dass hat mich noch wütender gemacht."

Unterlassene Hilfeleistung

Richter P. möchte wissen, wie aus einem derart nichtigen Anlass derart viel Gewalt entstehen kann. "Mir ist das heute auch unbegreiflich, aber damals habe ich nicht darüber nachgedacht. Ich wollte mich in den Mittelpunkt stellen, wollte mich wichtig machen. Und der ganze Frust mit den Ämtern und dem Knast hat sich da entladen." Richter P. merkt an, dass sich die Misshandlungen aber über zwei Tage hingezogen hätten. "Das stimmt", erklärt Gi., "am Morgen des zweiten Tages habe ich Schiss bekommen, dass Bianco uns anzeigt. Deshalb habe ich das mit Alkohol weggedrückt und dann fing alles von vorne an."

Die Aussage von Marcel Gi. zu den einzelnen Taten macht einen erstaunlich glaubwürdigen Eindruck, glaubwürdiger als die Aussagen der Mitangeklagten. Er belastet sowohl sich als auch die Anderen nur dort, wo er sich erinnern kann. An den Punkten, von denen er sagt, dass er sich auf Grund des Alkohols nur noch lückenhaft erinnern kann, lautet die Standardantwort: "Das weiß ich nicht mehr genau." Als ihm Vorwürfe seiner Mitangeklagten vorgehalten werden, erklärt er, dass "das durchaus so sein kann". Er sei "für Thommy und Mikie" "eine Art Vorbild gewesen". Wenn er im Knast gewesen sei, hätten die Beiden "kein Mist gebaut, nur wenn ich draußen war". Ohne ihn wäre es "mit Sicherheit nicht dazu gekommen". Auf Nachfrage bestreitet er, die Beiden als "meine Pitbulls" bezeichnet zu haben. Er bestreitet ebenfalls, anderen gedroht zu haben, dass ihnen "das Gleiche passiert". Auch habe Mike S. das Messer von sich aus genommen und zugestochen, er habe ihm noch gesagt, dass er ihm "das nicht zugetraut hätte". Die Schläge und Tritte nach dem Besuch der Freundin von Mike S. seien ebenfalls von ihm ausgegangen. "Mikie ist wütend gewesen, als er mit seiner Freundin aus dem Zimmer kam." Er räumt ein, dass die Ideen mit den Knallkörpern, den Glasscherben und dem Festkleben des Stromkabels an den Schläfen von ihm stammen. Der Plan, Bianco umzubringen, sei erst nach dem Fußballspiel entstanden. "Wir haben darüber nicht großartig diskutiert, wir haben es einfach gemacht." Zur Misshandlung des Jan N. möchte er sich nicht äußern. Er hat viel Erfahrung mit Gerichtsverfahren.

Der Vorsitzende fragt die Angeklagten, ob sie bereit seien, etwas über ihre Lebensläufe zu erzählen, und alle vier sind dazu bereit. Mike S. berichtet, er sei ein Einzelkind. Seine Eltern hätten sich getrennt und er sei bei seinem Vater geblieben. Einen Schulabschluss habe er nicht und habe eigentlich "immer nur rumgehangen und gesoffen". Sein Vater sei auch Alkoholiker. "Der hat immer mitgetrunken." Sein Strafregisterauszug enthält Einträge wegen Sachbeschädigung, Einbruch und Körperverletzung. Drei weitere Verfahren wurden in Hinblick auf den hiesigen Prozess vorläufig eingestellt.

Sven Sch. hat nicht viel von seinem Vater gehabt. Der sei Alkoholiker gewesen und habe ihn geschlagen und seine Schwestern missbraucht. Dafür habe er viereinhalb Jahre im Gefängnis gesessen und sei kurze Zeit nach seiner Entlassung gestorben. Sein Sprachfehler, so Sch., könne auch von den Schlägen kommen. Mit dem Ex-Freund seiner Mutter hätte er sich nicht verstanden. "Ich hab' auch erst später erfahren, dass die durch eine Wette zusammen gekommen sind." Sven Sch. ist bisher nur einmal wegen Missbrauchs von Notrufanlagen aufgefallen. Ein Jugendgerichtshelfer beschreibt ihn als "unauffällig, hilfsbereit, sportbegeistert und tierlieb".

Zum ersten Mal in diesem Verfahren äußert sich Thomas G. Sein Tonfall ist belanglos, fast desinteressiert. Der Inhalt dessen, was er erzählt, ist das nicht. Er habe als Kind einen Wasserkopf gehabt und sei auf die

Sonderschule gegangen. Seine Mutter habe ihn zu seinem Vater "abgeschoben, weil ich immer besoffen nach Hause kam". Der Vater habe ihn dafür verprügelt und schließlich sei er abgehauen, habe sich in verschiedenen Städten herumgetrieben. Drei Mal habe er Entgiftungskuren mitgemacht, "weil ich nichts mehr essen konnte, wegen dem Würgereiz". Danach habe er immer weiter getrunken. Schon lange vor der Tat habe er angefangen Stimmen zu hören, die "Schlechtes über mich geredet haben und mich verfolgten". Er sei deshalb manchmal mit der S-Bahn gefahren, um denen zu entkommen. Fünf Mal sei er deshalb schon im Krankenhaus gewesen. "Jetzt in der Zelle geht mir immer wieder die Zahl 14 durch den Kopf. Immer und immer wieder sagen die Stimmen: ‚Er war erst vierzehn`." G. ist wegen Sachbeschädigung, Betruges, versuchter räuberischer Erpressung in einem minderschweren Fall und Falschaussage vorbestraft. Drei weitere Verfahren sind in Hinblick auf das hiesige Verfahren vorläufig eingestellt worden.

Marcel Gi.s Eltern "waren beide Alkoholiker". Er habe vier Geschwister. Er und seine ältere Schwester hätten immer die Hausarbeit erledigen müssen und seien mit einer Reitpeitsche geschlagen worden. Er habe ein Jahr in einer Kinderklinik verbracht, wisse heute aber nicht mehr, warum. Mit 14 sei er von Zuhause abgehauen und dann bis zu seinem 16. Lebensjahr in ein Heim gekommen. In der Schule sei er "auffällig" gewesen und habe keinen Abschluss erreicht. Er habe von Hilfsarbeiten gelebt und in Obdachlosenheimen gewohnt. Ein halbes Jahr lang habe er auch in Holland gearbeitet, sei aber aus allen Jobs wegen seines Alkoholkonsums wieder rausgeflogen und habe mehrere Entgiftungen hinter sich. Beim Strafregisterauszug stellt Richter P. fest, dass "das eine ganze Menge zu lesen" ist. Von 1985 bis zum Jahr 2002 zählt der Auszug 17 Einträge wegen Diebstahls, Sachbeschädigung, Freiheitsberaubung, Raubes, Beleidigung, Bedrohung, Körperverletzung und falscher Anschuldigung auf. 1997 hatte Marcel Gi. seine Wohnung auch an illegale Ausländer vermietet, um seinen Alkoholkonsum zu finanzieren. Drei aktuelle Verfahren wurden im Hinblick auf den hiesigen Prozess vorläufig eingestellt, darunter eine "Strafaktion" gegen einen Homosexuellen.

Der psychiatrische Gutachter Dr. L. bezeichnet Thomas G. "bei einem Intelligenzquotienten von 59" als "schwachsinnig". Durch den jahrelangen Alkoholmissbrauchbrauch habe sich eine "Alko-Halluzinose" gebildet, die in ihrer Erscheinung einer Schizophrenie ähnlich sei. Dr. L. diagnostiziert unter Berücksichtigung eines rückgerechneten Blutalkoholwertes von 3,4 Promille zum Tatzeitpunkt eine "erhebliche Einschränkung der Steuerungsfähigkeit " bei G. Marcel Gi. nennt er "einen intelligenten Mann", der durch die Unberechenbarkeit und den Sadismus seiner Eltern "eine dissoziale Persönlichkeitsstörung" mit psychopathisch-manipulativen Zügen herausgebildet habe. Zentrales Motiv für die Tat sei "die Machtdemonstration durch Demütigung" gewesen. Dabei habe er es geschickt verstanden, die Mitangeklagten in die Taten zu involvieren. Bei der Exploration seien Gi. Tränen in die Augen gestiegen, als es um seinen Lebensweg ging. Im Gegensatz zu Thomas G. bescheinigt er Marcel Gi. "lediglich einen habituellen Alkoholmissbrauch" ohne besondere Einschränkung der Steuerungsfähigkeit.

"Ich wollte keinen Ärger"

Dies zieht prompt einen Befangenheitsantrag der Verteidigung gegen den Sachverständigen sowie einen Antrag auf Neubegutachtung nach sich. In Krankenhausunterlagen seien nach einem Selbstmordversuch im März 2004 eindeutige Entzugssymptome dokumentiert, so die Begründung.

Drei der vier Pflichtverteidigerinnen und -verteidiger sind wenig mehr als nur anwesend. Rechtsanwältin K.-D. aber, die Verteidigerin Marcel G.s, nimmt ihre Arbeit seriös und kämpft um jeden Zentimeter juristischen Terrains. Sie stellt reihenweise Anträge, unterzieht ZeugInnen und Sachverständige intensiven Befragungen und widerspricht der Verwertung polizeilicher Vernehmungen. Dabei steht die Frage der Steuerungsfähigkeit des Marcel G. auf Grund des Alkoholeinflusses im Mittelpunkt. Auf diese Weise werden aus den ursprünglich geplanten sechs Verhandlungsterminen am Ende vierzehn Prozesstage.

Nach der Ladung und Vernehmung verschiedener Ärzte signalisiert die Kammer, dass sie gewillt ist, nun eine Alkoholkrankheit des Hauptangeklagten anzunehmen. Prompt revidiert Gutachter Dr. L. sein Gutachten teilweise in die gleiche Richtung.

Staatsanwalt K. leitet sein Plädoyer mit der Feststellung ein, dass ihm ein solches Ausmaß an Gewalt in seiner Laufbahn noch nicht begegnet sei. Auch Sven Sch. habe sich "nur allzu gern an den Misshandlungen beteiligt". Zeugen der Tat hätten "keine Courage gezeigt". Er fordert für Marcel Gi. eine lebenslange Freiheitsstrafe mit anschließender Sicherheitsverwahrung. Für Thomas G. beantragt er achteinhalb Jahre Haft,

für Mike S. sechs Jahre und für Sven Sch. eine Jugendstrafe von zwei Jahren auf Bewährung. Das Verfahren gegen die Angeklagten in der Sache Jan N. werde im Hinblick auf den hiesigen Prozess eingestellt.

Auch in den Plädoyers der Verteidigerinnen kommt zum Ausdruck, dass es unglaublich sei, "was Menschen anderen Menschen zufügen können". Die Verteidigerin des Hauptangeklagten betont, dass Mike S. seine Tatbeteiligung "geschönt" habe und auch der Verteidiger von Thomas G. erwähnt, dass Marcel Gi. und Mike S. "die Hauptakteure" gewesen seien.

Die Kammer folgt mit ihrem Urteil im Wesentlichen der Staatsanwaltschaft. Marcel Gi., Thomas G. und Mike S. werden wegen versuchtem Mord, Geiselnahme und gefährlicher Körperverletzung zu fünfzehn, siebeneinhalb und sechs Jahren Haft verurteilt. Sven Sch. erhält eine Bewährungsstrafe von zwei Jahren und muss 40 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten sowie ein Anti-Gewalt-Seminar besuchen. Gruppendynamik und Machtgehabe seien, durch Alkohol beeinflusst, die zentralen Motive der Tat. Die Täter hätten mit dem großspurig auftretenden Bianco L. "ein Opfer gefunden, an dem sie ihren Frust ausleben konnten", so der Vorsitzende. Thomas G. habe nicht "als Weichei dastehen" wollen und deshalb, wie alle anderen auch, mitgemacht. Es sei nur der Courage der Zeugin M., die den Fall angezeigt habe, zu verdanken, dass Bianco L. noch lebe.

"Wir haben es einfach gemacht."

Das Stigmatisieren eines vermeintlich Schwachen zum Sündenbock, das bewusste Involvieren von Mitläufern zu Mittätern, das Ausnutzen niederer Instinkte zur Anstachelung, die perfide Fantasie beim Ersinnen von Demütigungen und Grausamkeiten, die Feigheit der Mehrheit gegen eine Minderheit, die Rohheit im Vorgehen, das Hochgefühl an der Macht über Ausgelieferte, das Verantwortlichmachen des Opfers für seine Lage, all das sind typische Merkmale faschistoider Gewalttätigkeit. Bianco L. sagte, nachdem die PressevertreterInnen gegangen waren: "Die waren alle in der rechten Szene. In der Gegend gibt's gar nichts anderes. Ich hab' auch ne rechte Meinung." Er hatte, wie etliche andere auch, von den Miss-handlungen des Jan. N. gewusst und geschwiegen - bis es ihn selbst traf.

"Folter ohne Motiv", grausam, unfassbar, unerklärlich, lautet der Tenor der Berichterstattung. In einem Leserbrief schreibt eine Leserin: "Die Höchststrafe wäre in diesem Fall noch zu milde. Die Täter sollten spüren, wie es dem Opfer erging."

Wenn diese Frau einen Sohn hat, könnte er der nächste Täter sein.

OZ

12. Das Erwachen des afroamerikanischen Widerstands. Carsons monumentale Studie auf deutsch erschienen

Clayborn Carsons monumentale Studie auf deutsch erschienen

Autor: Philipp Dorestal · Rubrik: USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:18

Obwohl das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC, sprich "Snick") eine der bedeutendsten afroamerikanischen Bürgerrechtsorganisationen des 20. Jahrhunderts war, ist es in Deutschland bisher relativ unbekannt. Mit dem Buch des Stanforder Geschichtsprofessors und früheren SNCC-Mitglieds Clayborn Carson ist es nun jedoch auch hierzulande möglich, sich eingehend mit der wechselvollen Entwicklung des SNCC vertraut zu machen.

Den ersten Teil seiner Studie widmet Carson der Beschreibung der Gründungsphase des SNCC. Die BürgerrechtaktivistInnen, die im April 1960 in Raleigh, North Carolina, zur Gründungskonferenz zusammentrafen, einte die Empörung über die eklatante Diskriminierung, denen AfroamerikanerInnen ausgesetzt waren. Besonders im Süden der USA waren seit den 1880er Jahren öffentliche Einrichtungen und Plätze wie Restaurants, Kinos und Schulen nach Hautfarben segregiert. Darüber hinaus wurde den Schwarzen ihr verfassungsmäßig garantiertes Wahlrecht systematisch verweigert: Um in den USA wählen zu können, ist es notwendig, sich in das Wahlregister seines Wahlkreises einzutragen. Allerlei Schikanen und die Einschüchterung durch rassistische Wahlhelfer, Ku Klux Klan und Polizei bewirkten aber, dass sich ein Großteil der AfroamerikanerInnen nicht registrieren lassen konnte.

Die StudentInnen, die sich deshalb im SNCC organisierten, strebten eine Organisation an, die die Protestaktivitäten der BürgerrechtsaktivistInnen koordinieren sollte. Sehr großer Wert wurde von Anfang an darauf gelegt, dass diejenigen, die in die verschiedenen Städte des Südens fuhren, um dort Aktionen gegen den institutionalisierten Rassismus durchzuführen und die ansässige Bevölkerung zu mobilisieren, nicht als abgehobene politische Avantgarde agierten. Vielmehr verband die im SNCC Organisierten ein basisdemokratischer Anspruch; die Aktionen sollten im Einklang mit den in den jeweiligen Communities lebenden Menschen stehen. Die Protestformen waren äußerst vielfältig, kreativ und dabei von den Grundsätzen der Gewaltfreiheit und der Strategie des zivilen Ungehorsams inspiriert.

Wellen von Sit-Ins und Freedom-Rides

Am 1. Februar 1960 starteten vier Studenten die Protestbewegung, die dann zur Gründung des SNCC führen sollte, als sie sich in Greensboro, North Carolina, in ein nur für Weiße vorgesehenes Restaurant setzten und darauf warteten, bedient zu werden. Dieses erste Sit-In löste eine ganze Welle weiterer Sit-Ins in anderen Südstaaten aus, so dass sich Mitte April um die 50.000 Aktive an den diversen Protestaktionen beteiligten. Rassisten reagierten darauf mit physischer Gewalt; die jeweiligen Landesregierungen der Südstaaten versuchten mit polizeilicher Repression die AktivistInnen einzuschüchtern. Diese intensivierten daraufhin jedoch den praktizierten zivilen Ungehorsam, war dies doch Teil ihrer Strategie. Durch die von Presse und Fernsehen dokumentierte enorme Brutalität des rassistischen Mobs, oftmals flankiert von den nicht weniger rassistischen Polizeikräften, die die TeilnehmerInnen der Sit-Ins inhaftierten, wurde die Bundesregierung unter Kennedy großem Druck, auch auf internationaler Ebene, ausgesetzt.

Die Kritik an der Bundesregierung wurde schärfer, als die Gewalt gegen die BürgerrechtlerInnen anlässlich der sogenannten Freedom-Rides (Freiheitsfahrten) im Jahr 1961 weiter eskalierte. Die Freedom-Rides hatten zum Ziel, lokale Protestaktionen in den Südstaaten zu unterstützen, indem StudentInnen aus dem Norden dorthin fuhren und sich an direkten gewaltfreien Aktionen beteiligten. Die ersten Busse der Freedom-Riders nach Montgomery und Birmingham in Alabama wurden bei ihrer Ankunft vom rassistischen Pöbel sogleich demoliert und die AktivistInnen brutal verprügelt, während die Polizei untätig zusah. Aber obgleich nur wenige hundert Menschen das Risiko der Freiheitsfahrten auf sich nahmen, war diese Protestform ungemein öffentlichkeitswirksam und bewog viele Menschen, sich aktiv in der Bürgerrechtsbewegung zu engagieren.

Carson zeichnet in seiner Studie die kontroversen Diskussionen innerhalb des SNCC nach, die von den Mitgliedern über die zukünftige organisatorische und ideologische Ausrichtung geführt wurden. Die Gründungsmitglieder James Lawson und Bob Moses wollten sowohl den anfänglich stark von religiös-gandhianischen Motiven geprägten Charakter wie auch die dezentral- basisdemokratische Organisationsstruktur beibehalten. Andere verlangten nach einer Kaderorganisation, die die wachsende Zahl der BürgerrechtsaktivistInnen effektiver einsetzen könnte. Schließlich obsiegten die Adepten der Effektivität gegenüber den Leuten, für die das Festhalten an den in der Gründungsphase formulierten Prinzipien oberste Priorität hatte. Diese Spannung zwischen Prinzipientreue und Effektivität kennzeichnete die gesamte Geschichte des SNCC. Der Autor sieht in der mangelnden Vermittlung beider Pole eine wesentliche Ursache für dessen späteren Niedergang.

Zwischen Prinzipientreue und Effektivität

Wie Carson anschließend darstellt, war ein wesentliches Element der Arbeit des SNCC seine Kooperation mit anderen Organisationen wie der NAACP(National Organisation for the Advancement of Colored People), CORE (Congress for Racial Equality) oder der SCLC (Southern Christian Leadership Conference), Martin Luther Kings Organisation. Selbst wenn die Zusammenarbeit infolge der unterschiedlichen politischen Ansichten auch nicht immer ohne Friktionen ablief, konnte die Bürgerrechtsbewegung ihren Einfluss durch die Bündelung der Kräfte doch erheblich steigern.

An der im Herbst 1960 in Atlanta stattfindenden SNCC-Konferenz nahmen auch Vertreter radikaler sozialistischer Gruppen teil und leiteten eine weitere Vernetzung mit linken Gruppen ein. Die Radikalisierung des SNCC setzte sich Anfang des Jahres 1963 fort, als die AktivistInnen sich vermehrt auf die Mobilisierung von Schwarzen aus der Unterschicht mit geringer Schulbildung im ländlichen Süden konzentrierten. Viele im SNCC Organisierte sahen die moderaten Bürgerrechtsgruppen wie NAACP und SCLC mit zunehmender Skepsis, weil diese nach wie vor unkritisch auf eine Zusammenarbeit mit der Bundesregierung setzten. Demgegenüber wurden im SNCC nun stärker soziale Fragen und der Zusammenhang zwischen Rassismus und Klassengegensätzen debattiert.

Von "Nonviolent" zu "National"

Mitte der 1960er Jahre machte der SNCC-Kader und spätere Vorsitzende Stokely Carmichael den Slogan "Black Power" populär. Darunter verstand er die Notwendigkeit, die kulturelle und politische Autonomie der Schwarzen in ihren Communities zu erlangen. Wann immer Carmichael auch betonte, dass "Black Power" kein Bekenntnis zu einem anti-weißen "reverse racism" sei, wurde er in der konservativen US-amerikanischen Presse dafür scharf angegangen. Bewusst ausgeblendet wurde, dass Carmichael sich von der Gruppe der schwarzen Separatisten unter Bill Ware aus Atlanta distanzierte, die den Ausschluss der Weißen aus dem SNCC forderten. Die BefürworterInnen des Ausschlusses kritisierten, dass einige weiße BürgerrechtlerInnen aufgrund ihres privilegierten Bildungshintergrundes eine dominierende Stellung in Führungspositionen eingenommen hätten. Darüber hinaus wurde moniert, dass die ohnehin schon existierende Einschüchterung der schwarzen ländlichen EinwohnerInnen des Südens durch die SNCC-Kader mit Universitätsabschluss infolge der Präsenz von Weißen noch größer wurde.

Doch trotz des Umstandes, dass diejenigen, die sich für einen Rauswurf der Weißen einsetzten, nur eine zahlenmäßig unbedeutende und lediglich medial gepushte Minderheit waren und die Zahl der weißen SNCC-Mitglieder ohnehin gering und rückläufig war, wurde auf einem Treffen der hauptamtlichen Mitarbeiter in New York im Dezember 1966 deren Ausschluss beschlossen. Diese sehr knappe Entscheidung kam allerdings auch nur dadurch zustande, dass die meisten TeilnehmerInnen aufgrund der sich mehrere Tage hinziehenden enervierenden Diskussionen frustriert abreisten und somit bei der Abstimmung nicht mehr anwesend waren. Ironischerweise wurden die schwarzen Separatisten kurze Zeit später selbst aus dem SNCC verbannt.

Anfang 1967 wurde Hubert "Rap" Brown zum neuen Vorsitzenden gewählt. Unter seinem Vorsitz wurde die stetige Radikalisierung vieler AktivistInnen in Bezug auf die Gewaltfrage dadurch deutlich, dass das "Nonviolent" im Namen der Organisation gestrichen und durch "National" ersetzt wurde. Von Rassisten begangene Morde und Polizeibrutalität hatten bei vielen Schwarzen Wut erzeugt - und das Bedürfnis, sich zur Selbstverteidigung zu bewaffnen. Die Ende 1966 von Huey Newton und Bobby Seale gegründete Black Panther Party for Self-Defense (BPP) genoss durch das ostentative Gewehre Tragen schnell große

Sympathien in weiten Teilen der Black Community. Die vor allem von Stokely Carmichael forcierten Versuche der Fusion zwischen SNCC und BPP scheiterten jedoch.

Richtungskämpfe erleichtern FBI die Arbeit

Neben internen Differenzen des SNCC über die weitere ideologische und organisatorische Zielsetzung war nicht zuletzt die massive Repression von Seiten staatlicher Behörden wie dem FBI ein wichtiger Faktor für die Schwächung und den schließlichen Niedergang der radikalen Schwarzengruppen. Das geheime "Counter Intelligence Programm" (COINTELPRO) des FBI sah allerlei perfide und illegale Maßnahmen gegen SNCC und BPP vor: verdeckte Ermittler wurden eingeschleust, Anklagen gegen Führungskader fingiert, Zwietracht zwischen den verschiedenen Gruppen gesät und sogar Mord war Teil des Programms. Clayborn Carson hat für sein Buch einige Archive der Bundesregierung mit COINTELPRO-Akten durchforstet, kommt jedoch zu dem Schluss, dass das Ausmaß an Verheerungen, welches dieses Programm angerichtet hat, bisher noch schwer abgeschätzt werden kann.

Was Carson in seiner 1996 im Original erschienenen Studie leider nicht mehr berücksichtigen konnte, ist der im Jahre 2000 von dem Historiker Ward Churchill herausgegebene Dokumentenband The COINTELPRO Papers, in dem der Grad der staatlichen Repression noch deutlicher zu Tage tritt. Vor diesem Hintergrund müssen wohl auch viele interne Differenzen des SNCC als vom FBI noch massiver beeinflusst angesehen werden, als dies Carson angenommen hatte. Dem Autor ist indessen darin zuzustimmen, dass politische Richtungskämpfe und Autoritarismus zur politischen Marginalisierung und dem schließlichen Niedergang des SNCC in nicht unerheblichem Maße beitrugen und die Arbeit des FBI bei der Zerstörung der radikalen schwarzen Organisationen erleichterten.

Insgesamt ist "Zeiten des Kampfes" also ein sehr lohnendes Buch, weil es ein wichtiges Kapitel der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung kenntnisreich aus einer kritisch-solidarischen Perspektive anschaulich und spannend darstellt.

Philipp Dorestal

Clayborn Carson: Zeiten des Kampfes. Das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) und das Erwachen des afro-amerikanischen Widerstands in den sechziger Jahren. Verlag Graswurzelrevolution 2004. 642 Seiten, 29,80 Euro

13. Recht auf Gesundheit? Find ich gut! Oder? Kritische Anmerkungen zu einer populären Forderung

Autor: Erika Feyerabend · Rubrik: Sozialpolitik; Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:14

Gesundheit als soziales, als Menschenrecht - das klingt auf den ersten Blick so plausibel, wie es auf den zweiten diskussionswürdig ist. Umso mehr, als die Forderung nach Anerkennung von Gesundheit als Recht sich offenbar auf einen breiten Konsens stützt. Nicht nur Pharmakonzerne, Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder Vereinte Nationen, auch NGOs und Basisbewegungen, wie medico international oder das internationale People's Health Movement formulieren diese Forderung - unter anderem auch in der letzten Ausgabe von ak. (1) Der folgende Text von Erika Feyerabend nimmt dazu - kritisch - Stellung.

Es gibt Forderungen, die auf den ersten Blick plausibel erscheinen und von den unterschiedlichsten Akteuren propagiert werden. Der Slogan "Recht auf Gesundheit" gehört dazu. WHO und UN buchstabieren ihn als "Menschenrecht" aus und deklarieren "Gesundheit" als umfassendes körperliches, seelisches, psychisches und soziales Wohlergehen. Dabei geht es nicht allein um den subjektiven Anspruch auf ärztliche Versorgung und Medikamente, sondern um angemessenen Lebensstandard und soziale "Sicherheit".

Im Fahrwasser dieser "humanitären" Institutionen und im Sog der These von Gesundheit als einem quasi jedem Menschen innewohnenden Rechtsanspruch entsteht ein monströser Konsens. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung investiert unter diesem Dach in Gesundheit. Der Pharma-Multi Novartis beklagt, dass 2,5 Milliarden Arme an behandelbaren Krankheiten leiden, dass Geld für Militär statt für Erziehung, Hygiene und Präventivmedizin ausgegeben wird. Das "Recht auf Gesundheit" ist ihnen "Inspiration" bei der Entwicklung innovativer Medikamente. Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung propagiert ein "Menschenrecht Familienplanung" und bietet internationale Projekte zur Bewältigung eines "Problems" - die Überbevölkerung im Süden - als "Lösung" an.

"Menschenfreude" statt "Menschenpflicht"?

Konsens stiftend ist die Parole auch, wenn gesellschaftliche Kontroversen drohen. Eugenische Projekte im Inland - Pränataldiagnostik, künstliche Befruchtung, Stammzellforschungen oder Euthanasie - werden regelmäßig von Wissenschaftlern, Selbsthilfeorganisationen und Gesundheitsmanagern mit dem Verweis auf den "Wert" von und das "Recht auf Gesundheit" bzw. "Reproduktion" bzw. "Sterben" legitimiert. Auch der "Berufsverband Deutscher Präventologen" positioniert sich in diesem Diskursfeld: "Jetzt leben! Gesundheit ist ein Menschenrecht". Gemeint ist damit vor allem die Erziehung der Individuen hin zu gesunder Ernährung, täglicher Leibesübung sowie zu einem stress- und angstfreiem Leben. Forsch wird hier gar ein neuer Gesellschaftsentwurf gefordert, indem "das ‚Menschenrecht Gesundheit` keine ‚Menschenpflicht`, sondern eine ‚Menschenfreude`sein" wird. Spaß muss sein - in der Erlebnisgesellschaft von morgen, selbst wenn die Zielperspektive nur mit modernen Formen der Selbstgeißelung erreichbar sein sollte.

Wenn Politik immer auch eine Politik der Sprache ist, dann muss es mindestens irritieren, das auch oppositionelle Gruppen wie attac, medico international oder das People's Health Movement sich begrifflich diesem globalen Konsens fügen. Aber meinen sie nicht etwas ganz anderes als der - hier nur auszugsweise skizzierte - Potpourri an Akteuren, wenn sie vom "erreichbaren Höchstmaß an Gesundheit" als "Menschenrecht" sprechen? Und sollte es etwa nicht richtig sein, Gesundheitsreformen und Privatisierungen zu kritisieren? Soziale Gerechtigkeit und medizinische Behandlung für alle zu fordern?

Gegenfrage: Kann man sich der "Barbarei" nur in Begriffen der "Menschenrechte" nähern (Alain Badiou) - und noch problematischer - kombiniert mit einem totalitären Mythos namens "Gesundheit"? Stecken in den beiden Universalbegriffen nicht möglicherweise politische Perspektiven, die so von Ambivalenzen und Widersprüchen gereinigt sind, dass sie sich zwar für globale Konsense eignen, aber nicht für politisches Praxis-Denken?

Menschenrechte verstehen sich scheinbar wie von selbst. Erklärungspflichtig ist nur, wer sie in Frage stellt. Geschichte und Gegenwart dieser Rechte sind aber weder unproblematisch noch eindeutig. Einerseits präsentieren sie eine Art "Universalität des Idealen" und sind damit so abstrakt, dass sie wenig handlungsleitende Bindung entfalten. Ministerien, Konzerne oder auch Nicht-Regierungsorganisationen

können sich darauf berufen - ohne dass es den gesellschaftlichen Gang der Dinge oder wildwüchsige Globalisierungstendenzen stören würde. Andererseits zeigen neue "Menschenrechtsabkommen", wie beispielsweise das zur Biomedizin des Europarates und die im Oktober zur Verabschiedung stehende "universelle Erklärung der UNESCO über Bioethik und Menschenrechte", dass inflationär postulierte "universelle Werte" keinesfalls stabil sind, sondern sich gemäß der wesentlich stärkeren "Überzeugungskraft" des Geldes, des wissenschaftlichen Wissens und politischer Macht formen lassen. Beide Texte präsentieren Minimalstandards zum "Schutz" von Kranken. Darunter wird aber auch verstanden, Komapatienten, Altersverwirrte und Kinder unter interpretationsoffenen Kriterien der fremdnützigen Forschung übergeben zu können. Ohnehin sind in der wechselvollen Geschichte, die gerade mit der Nationalstaatsbildung begann, die Menschenrechte im gesellschaftlichen Gebrauch zu einer Art Ausnahmerecht geschrumpft, wenn wachsende Staatsmacht und soziale Ungerechtigkeiten Individuen bedroh(t)en. Eine Art Minimum an Recht für Entrechtete - mit Staatsangehörigkeit und das auch nur, wenn die "öffentliche Ordnung" und die "allgemeine Gesundheit" nicht gefährdet sind. (2)

Pharmaforschung ist ja so gesund!

Welche Denk- und Praxismöglichkeiten eröffnet das Postulat einer abstrakten Kategorie wie die der "universeller Menschenrechte"? Möglicherweise einen Konsens mit internationalen Agenturen wie der UNO und der WHO, auf deren Deklarationen sich auch von NGO-Seite gerne berufen wird und deren wohl klingender Sprachduktus längst übernommen ist. Das allerdings versperrt schnell den Blick auf die konkrete politische Praxis beider Weltorganisationen. Die nämlich sind gerade dabei im Rahmen von "Public-Private-Partnerships", koordiniert mit Multinationalen Konzernen und Vertretern von Regierungen und NGOs, öffentliche Aufgaben zu privatisieren und globale Marketingzonen für Vitaminpräparate und anderes mehr zu schaffen. Auch die Pharmaforschungsprogramme der WHO verschwinden im Nebel allgemeiner Verweise auf den Zusammenhang von Armut, Bildung und Gesundheit. Beispielsweise unterstützt die WHO Menschenversuche an Frauen im Süden mit einem Anti-Schwangerschaftsimpfstoff, der bequem im Rahmen der internationalen Impfprogramme und Mutter-Kind-Projekte bevölkerungspolitisch einsetzbar ist. Ist das auch "Recht auf Gesundheit"?

Gesundheit gilt in westlichen Gesellschaften als uneingeschränkter Wert, der sich von selbst zu verstehen scheint. Ideologisch gestützt von der Gesundheitsdefinition der WHO, fühlt sich mittlerweile jede/r dem großen Ziel verpflichtet. Krankheitsursachen und Risiken lauern überall zwischen Genen und Biosphäre. Das erweitert den Wissens-, Interventions- und Wirtschaftsraum verschiedenster Expertengruppen enorm. In zahllosen "Kompetenznetzwerken" durchsuchen interdisziplinäre Teams von Geburt bis ins hohe Alter Körper, Geist, Seele und Verhalten von Individuen und Bevölkerungsgruppen. Medizinische und genetische Datenbanken mit ergänzenden Informationen zu Lebensstil und Umweltbedingungen schaffen "gesunde Kranke", die in das Regime der Prävention eingeordnet werden können. Ihnen werden medizinische Interventionen und richtiges Verhalten im Alltag und Beruf wie in Fragen der Fortpflanzung angeraten.

Sozialdisziplin und Bevölkerungspolitik

Gesundheit wird eine Frage des eigenen Tuns und des frühzeitigen Intervenierens zuständiger Experten; Krankheit eine Frage des schuldhaften Unterlassens. Eine ältere Disziplin erstarkt in diesem Kontext und eine neue entsteht gerade. Beide wollen solche Präventionsempfehlungen systematisieren: "Public Health" und "Public Health Genetics". Öffentliche Gesundheit und Gesundheitserziehung fusionieren bei letzterer mit der biopolitischen Perspektive einer genetisch aufgebesserten Bevölkerung. Das ist Eugenik pur - und das erstmalig seit dem Faschismus ungeschminkt. Nicht nur an dieser Stelle diffundieren Grenzen zwischen Gesundheit und Norm. Lifestyle-Medizin und Schönheitschirurgie, Ganzkörperchecks im Supermarkt und selbstbezahlte Diagnosetests sind Teil eines Gesundheitsmarktes, der mittlerweile auch ästhetische Normen schafft und bedient. Übrigens nicht nur im reichen Norden Weltmeister in Sachen Schönheitschirurgie ist Brasilien. Wer es sich leisten kann, investiert in sich.

Über Krankheit wird in einer Gesellschaft der Gesundheitskassen und Gesundheitschancen aber nicht so gerne geredet. Wenn, dann in Formen der Vermeidbarkeit und der Kosten. Chronisch Kranke, die am "Recht auf Gesundheit" scheitern, müssen sich mit standardisierten Behandlungsprogrammen und Schuldzuweisungen auseinander setzen, unheilbar Kranke oder Schwerstbehinderte mit öffentlichen Fragen nach ihrer Existenzberechtigung. Aber auch jene, bei denen die Hoffnung auf wiederherstellbare

Arbeitsfähigkeit noch nicht versiegt ist, profitieren nicht uneingeschränkt vom System der Krankenbehandlung. Als vor kurzem das Medizinpersonal in Israel streikte, fiel die Sterberate signifikant. Damit soll nicht der Abschaffung öffentlicher Gesundheitsdienste das Wort geredet werden. Aber die schlichte Existenz einer staatlich sanktionierten Gesundheitsindustrie ist nicht gleich bedeutend mit dem Wohl der Kranken.

Weil es diese bevölkerungspolitische und ordnungspolitische Praxis gibt, weil das bestehende System von wachstums- und ökonomisch orientierten Logiken durchzogen ist, ist ein rein positiver Begriff von "Gesundheit" problematisch und auch Teilhabe am medizinisch Möglichen nicht ohne Widersprüche.

Ein Mythos geht um die Welt

Die im Gesundheitsbegriff enthaltene Doppelung sozialer Kontrolle und individueller Selbstverwaltung ist historisch angelegt. Mit dem Hygienediskurs und der medizinischen "Polizey" des 18. und 19. Jahrhunderts begann der erfolgreiche, ärztliche Kampf um Deutungs- und Behandlungsmonopol und eine innere Staatsbildung, die den Leitwert Gesundheit in staatlichen Bürokratien und Institutionen verankerte. An der Achse Wissen/Macht wurden die Normalisierungsanstrengungen der Medizin in den Alltag übersetzt. Gesundheit war ein bürgerlicher Kampfbegriff gegenüber Adel und Unterklassen. Gesundheit wurde Teil kollektivstaatlicher Verantwortung, im Sinne bevölkerungspolitischer und sozialdisziplinierender Maßnahmen, um politische Harmonie zu sichern. Bedenken bei weitgehenden Eingriffen in private Lebensführungen gab es in dieser Zeit für die bürgerlichen Schichten - nur bei den Armen nicht. Sie wurden zwangsmedikalisiert, denn Krankheit wurde als wichtige Ursache sozialer Destabilisierung und politischer Unruhen wahrgenommen. Dass aus dieser Politisierung von Gesundheit und Krankheit Sozialversicherung und Krankenversicherungssysteme hervorgingen, verringert die Ambivalenzen im Prozess der Medikalisierung von Armut nicht.

Gesundheit ist ein biopolitisch überaus wirksamer Mythos. Mythen haben es an sich, geschichtslos zu sein und durch die Einsparung von Komplexität und Widersprüchen eine Welt glücklicher Klarheit zu schaffen. Ein Bruch mit den bestehenden Verhältnissen lässt sich damit nicht erreichen. Es ist allerdings keine Kleinigkeit, sich vom Verbrauch eines Mythos auszuschließen, besonders wenn er - wie im Falle der Gesundheit - die ganze Gesellschaften befällt. Wer ihn freilegen will, muss sich erst einmal von mittlerweile global wirksamen Sprech- und Denkgewohnheiten entfernen.

Erika Feyerabend

Anmerkungen:

1) siehe ak 497: "Globale Gesundheit, globales Desaster. Erster alternativer Weltgesundheitsbericht veröffentlicht" und "Alles, was recht ist. Soziale Rechte schließen Gesundheit ein".

2) Diese "Ausnahmen" sind in der Menschenrechtserklärung der UNO zu finden.

14. Operaistische Figurensuche. "Klassenzusammensetzung" in Steve Wrights "Theoriegeschichte des Operaismus"

Autor: Arndt Neumann · Rubrik: Arbeiterbewegung; Italien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:03

Gut drei Jahre nach der englischen Erstveröffentlichung liegt die derzeit umfassendste Darstellung des Operaismus nun auch auf deutsch vor: Steve Wrights "Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operaismus" (vgl. auch ak 464). Die folgende Rezension knüpft somit nahtlos an den Schwerpunkt von ak 497 an.

In den Mittelpunkt seiner Untersuchung rückt Wright vor allem den Begriff der Klassenzusammensetzung. Damit brechen die italienischen OperaistInnen Anfang der 1960er Jahre mit der Vorstellung einer unveränderlichen Arbeiterklasse und betonen stattdessen die Abfolge unterschiedlicher "Arbeiterfiguren" in der Geschichte des Kapitalverhältnisses. Die massive Industrialisierung Norditaliens in den 1950er Jahren und die grundlegenden technischen Veränderungen hätten den "Massenarbeiter" hervorgebracht, eine neue Figur, die "materiell homogenisiert wird durch eine bestimmte Beziehung zur kapitalistischen Technologie (dem Fließband) und einem daraus folgenden politischen Verhalten: Forderung nach Lohn als Einkommen, Verweigerung der Arbeit, Sabotage." (1) Der Blick wird so einerseits auf bestimmte dominante "Arbeiterfiguren" verengt. Zugleich erscheint der Übergang von der Zusammenballung am Fließband zur Verweigerung der Arbeit, von der technischen zur politischen Klassenzusammensetzung, als zwangsläufiger Vorgang.

Auch wenn andere OperaistInnen durchaus differenziertere Antworten auf die Neuzusammensetzungen in den industriellen Ballungszentren gefunden hatten: Das Verständnis von den Klassenbeziehungen außerhalb der Fabrik wurde dadurch blockiert, dass im Prinzip ganz Italien auf das Industriedreieck im Norden und die Arbeiterklasse auf die produktiven ArbeiterInnen in den großen Fabriken Norditaliens reduziert wurden. Gerade im Verhältnis zur StudentInnenbewegung zeigen sich die problematischen Folgen dieser Auffassung. Wright macht deutlich, wie die Kämpfe der StudentInnen in der Perspektive der OperaistInnen den Auseinandersetzungen der Massenarbeiter untergeordnet werden.

Dabei gab es durchaus Versuche, eine gemeinsame Perspektive jenseits von Unterordnung und Hierarchisierung zu entwickeln. Anknüpfungspunkt war vor allem die Figur des Technikers und die zukünftige studentische Perspektive, Techniker-ArbeiterInnen zu sein. (2) Auch wenn man bei ihnen nicht von einem verbreiteten Hass auf die Arbeit ausgehen könne, so seien eigenständige Kämpfe durchaus möglich: Obwohl für selbstständigere Arbeit ausgebildet, finden sich TechnikerInnen häufig in rein passiven, repetetiven Kontrollfunktionen wieder. "Der Widerspruch zwischen den vermeintlichen Werten und der realen Praxis ist eine der treibenden Kräfte in den Kämpfen der Techniker". (3)

Massenarbeiter und Fabrikzentralität

Während Wright den Versuch der OperaistInnen, mit der TechnikerInnen-Debatte der Sackgasse der externen Avantgarde zu entkommen, ausführlich darstellt, erwähnt er den Ansatz des operaistischen Feminismus von Lotta Feminista nur am Rande (vgl. den Beitrag von Mariarosa Dalla Costa in ak 497). Gerade hier werden jedoch die Grenzen des operaistischen Mainstreams und seines Verständnisses von Klassenzusammensetzung besonders deutlich: "Wo die Frauen zusammen mit den Männern einen ‚Sieg' beanspruchen könnten - nämlich, wenn sie während der Arbeitslosigkeit überleben oder während des Streiks überleben und siegen -, gehören die Eroberungen immer der Klasse ‚im allgemeinen'. Selten, wenn überhaupt, erhalten die Frauen etwas für sich, hat der Kampf ein Ziel, das in irgendeiner Weise die Machtstrukturen des Haushalts und seine Beziehungen zur Fabrik verändert". (4) Ausgehend von dieser Kritik gilt Hausarbeit als "die Arbeit, die Arbeitskraft für die Produktion zu gebären, aufzuziehen, zu disziplinieren und zu bedienen." Die Position der Frau in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sei durch die Isolierung im Haushalt und durch die Abhängigkeit von dem Lohn des Mannes bestimmt, und die spezifische Situation der Frau mache spezifische Kämpfe notwendig.

Frauen, TechnikerInnen, Klasse

Steve Wrights Buch zeigt, dass der Begriff der Klassenzusammensetzung auch heute ein nützliches Werkzeug sein kann. Dabei übersieht er nicht die Schwächen dieses Begriffes. Weder "irgendeine Art schlichter Einheit noch die Unterwerfung unter die Hegemonie einer Schicht der Klasse" seien eine Perspektive. Gerade an diesem Punkt zeigen sich aber auch die Grenzen einer Theoriegeschichte des Operaismus, die dessen zentralen Strang in den Mittelpunkt stellt und damit zwangsläufig die Auseinandersetzung mit dem operaistischen Feminismus vernachlässigt. Dabei besteht die Bedeutung der Debatten über die Hausarbeit wie auch der über die TechnikerInnen nicht darin, eine dominante Arbeiterfigur durch eine andere zu ersetzen, sondern in dem Versuch, die Kämpfe von verschiedenen Teilen der Klasse aufeinander zu beziehen. Vor allem unter diesem Aspekt kann der Begriff der Klassenzusammensetzung dazu beitragen, das Projekt, den Himmel zu stürmen, wieder aufzunehmen.

Arndt Neumann

Anmerkungen:

1) Roberto Battaggia: Massenarbeiter und gesellschaftlicher Arbeiter. Einige Bemerkungen über die "neue Klassenzusammensetzung", auf: www.wildcat-www.de/dossiers/operaismus/operaismus_dossier.htm

2) In der italienischen "Bildungsoffensive" der 1960er Jahre entstanden insbesondere fachhochschulartige Technikerschulen, in denen vor allem junge ProletarierInnen einen Hochschulabschluss erwerben konnten.

3) Sergio Bologna/Francesco Ciafaloni: Techniker als Produzenten und als Produkt, Berlin 1973, S. 15

4) Mariarosa Dalla Costa/Selma James: Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, Berlin 1973, S. 36

Steve Wright: Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operaismus, Berlin/Hamburg (Assoziation A) 2005, 277 S., 18 Euro

15. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen; Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:05

Länger und härter arbeiten

Immer mehr ArbeiterInnen und Angestellte in Deutschland müssen in Wochenend- und Nachtschichten arbeiten. Nahezu jede/r zweite Beschäftigte ist davon betroffen. Während 1991 39 Prozent der männlichen und 32 Prozent der weiblichen Berufstätigen samstags und sonntags arbeiten mussten, liegen die Zahlen nach WSI-Angaben inzwischen bei 47 Prozent und 40 Prozent. Insgesamt sind es heute 51 Prozent, die zu "atypischen" Arbeitszeiten arbeiten müssen. 1991 lag dieser Anteil noch bei 38 Prozent. Etwa 14 Prozent aller Beschäftigten arbeiten sogar regelmäßig an Sonn- und Feiertagen, gut neun Prozent regelmäßig nachts.

Dieser Trend wird begleitet durch die allgemeine Ausdehnung der Arbeitszeit. Ende 2004 lag die durchschnittliche tarifliche Arbeitszeit im Westen bei 37,4 und im Osten bei 39 Stunden, Tendenz steigend. Für die tatsächlich geleistete Arbeit hatte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschug (DIW) schon für 2003 eine 42,4-Stunden-Woche errechnet, vier Stunden mehr, als in Tarif- und anderen Arbeitsverträgen fixiert war.

Dabei bedeutet die Ausweitung der regulären Arbeitszeit gleichzeitig einen Rückgang der bezahlten Überstunden, nach IAB-Angaben um 15,4 Prozent gegenüber dem Jahr 2000. Mehrarbeit ist inzwischen regulärer Bestandteil der Arbeitszeitflexibilisierung und wird einfach nicht mehr bezahlt oder aber auf Arbeitszeitkonten gutgeschrieben. Allerdings verfallen diese Gutschriften in jedem dritten Betrieb, die Beschäftigten kommen nicht mehr dazu, sie abzubauen. Von der oft versprochenen "Zeitsouveränität", so das WSI, bleibt in der betrieblichen Praxis nicht viel übrig.

Die Welt, Spiegel-Online

Zur Nachahmung empfohlen

So manche/r wird sie inzwischen aus eigener Anschauung kennen: so genannte Informationsveranstaltungen der Arbeitsagenturen bzw. ARGE, zu denen Alg-II-EmpfängerInnen zitiert werden, um sie im Handumdrehen und in Massenabfertigung in irgendwelche Maßnahmen - in aller Regel 1-Euro-Pflichtarbeit - zu pressen.

Dass solche Veranstaltungen auch umgedreht werden können, hat Mitte August Walter Wengorz, Mitglied im Erwerbslosenausschuss im ver.di-Bezirk Sachsen-Anhalt Süd, bewiesen. Wengorz war wie so viele andere auch am 9.8. zu einer Informationsveranstaltung der ARGE SGB II Halle bestellt worden. Doch statt sich lang und breit über seine Pflichten belehren und bedrohen zu lassen, informierte Wengorz selbst: Er verteilte ein Flugblatt, in dem er ausführlich und genau beschrieb, warum er die aufoktroyierte 1-Euro-Maßnahme ablehnt: wegen Sittenwidrigkeit der Eingliederungsvereinbarung, weil die Maßnahme nicht der Integration in den ersten Arbeitsmarkt dient, weil die Arbeitsgelegenheit weder zusätzlich noch im öffentlichen Interesse ist. Anschließend begründete Wengholz seine grundsätzliche Kritik an den Schikanen der Pflichtarbeit und des SGB II.

Das Beispiel von Walter Wengorz sollte Schule machen: Warum sollten nur ARGE-SachbearbeiterInnen von Widersprüchen und Klagen erfahren? Warum sie nicht in den Fluren und bei den Massenveranstaltungen der ARGE verteilen?

www.labournet.de

Trucker-Riots in Kanada

Ein regelrechter Trucker-Krieg tobt seit Juni in der westkanadischen Stadt Vancouver. Aus Solidarität mit ihren streikenden Kollegen der Firma Lower Mainland waren Trucker von Pro West Transport für einen Tag in den Ausstand getreten, worauf die Geschäftsleitung prompt den Lohn einbehalten hatte - allerdings für den gesamten Monat, insgesamt zwischen 400.000 und 500.000 kanadische Dollar. 40 Pro-West-Fahrer hatten deshalb am 26. Juli das Betriebsgelände und die Fahrzeugdepots von Pro West Transport gestürmt. Die Firmenleitung ließ daraufhin bewaffnete Polizei anrücken und das Gelände räumen.

Am 22. Juli sind mehrere Pro-West-LKWs beschossen worden, als sie nachts auf den Betriebshof fuhren. Manche interpretieren das als Vergeltungsaktion dafür, dass Pro West während des Trucker-Streiks im Juni Streikbrecher-Arbeit geleistet hatte. Auch eine andere Streikbrecherfirma, Target-Transport, fürchtet offensichtlich die momentane Stimmung. Angeblich sind Target Fahrer massiv bedroht worden, als sie versucht haben, Streikketten zu durchbrechen. In Langley in der Nähe von Vancouver waren vier LKWs von Unbekannten verwüstet worden, 20.000 Dollar Sachschaden war die Bilanz.

www.labournet.de

Polen streiken in Frankreich

Sechs Tage lang waren Anfang August 13 polnische Werftarbeiter aus Szczecin in einem Hungerstreik, drei von ihnen sogar in einem Durststreik - aber nicht etwa in Polen, sondern im französischen Saint-Nazaire. Auf der dortigen Atlantikwerft hatten sie für ein polnisches Subunternehmen gearbeitet, das seinerseits für die französische Firma Gestal tätig war, die wiederum als Subcontractor des italienischen Unternehmens MCS das Kreuzfahrtschiff "Musica" baut.

Doch der polnische Sub-Sub-Unternehmer hat sich als Ein-Personen-Briefkastenfirma entpuppt: Nachdem der Geschäftsführer die polnischen Werkvertragsarbeiter auf einem sieben Kilometer entfernten Campingplatz untergebracht hatte, zwei Monate lang die Löhne nicht ausbezahlt und statt dessen die Arbeiter und ihre Familien in Polen bedroht hatte, verschwand er schließlich spurlos.

Soweit ein klassisches Schicksal rechtloser ArbeitsmigrantInnen, doch die Arbeiter setzten sich zur Wehr und die französische Gestal unter Druck. Nachdem diese sich zunächst nur bereit erklärte, einen Abschlag von 13.700 Euro auf die gesamte ausstehende Lohnsumme von 33.000 Euro zu zahlen, entschied sich die Gestal unter dem Eindruck des Hungerstreiks und drohender rechtlicher Konsequenzen schließlich, die ausstehenden Löhne komplett zu übernehmen.

Der Streik auf der Atlantikwerft, unterstützt von der örtlichen CGT und einem Solidaritätskomitee von EinwohnerInnen aus Saint-Nazaire, war kein Einzelfall. Seit Jahren müssen Werkvertragsarbeiter aus Indien, Griechenland und Rumänien immer wieder um ihre Löhne kämpfen. Im Rahmen des Plans "Marine 2010" streben die Werfteigner eine Senkung der Produktionskosten um 15 Prozent an - auf Kosten der Beschäftigten, die von den jeweiligen Sub-Unternehmen für extrem kurze Fristen und zu Niedriglöhnen angeheuert, in Containern untergebracht und in überlangen Arbeitswochen verheizt werden.

www.labournet.de

Die für den Frieden sorgen

Wenn Gewerkschaften von WirtschaftswissenschafterInnen gelobt werden, dann stimmt was nicht. So auch im jüngsten Fall, in dem das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit den Gewerkschaften und dem deutschen Tarifsystem folgendes Lob ausspricht: "Deutschland (nimmt) in Sachen Arbeitsfrieden durchwegs einen Spitzenplatz ein ... Deshalb sollte der Vorteil eines korporatistischen Tarifsystems in der Diskussion hinreichend gewürdigt werden."

Hintergrund für dieses Lob ist eine aktuelle internationale Streikstatistik von 17 OECD-Ländern. Danach sind zwischen 1991 und 2000 in Deutschland durchschnittlich gerade mal 9,3 Arbeitstage im Jahr streikbedingt ausgefallen. Nur in Österreich, Japan und der Schweiz wurde weniger gestreikt. An der Spitze liegen Kanada (189 Tage), Dänemark (169,2), Finnland (135,8) und Italien (129,6). Aber auch in Australien, Norwegen, Neuseeland, den USA, Schweden und den Niederlanden wird deutlich mehr gestreikt als hier. Von 1970 bis 2000 liegen die Streikaktivitäten in Deutschland kontinuierlich unter den Durchschnittswerten der OECD-Länder.

Die IAB-Studie betont dabei ausdrücklich den Einfluss eines korporatistischen Tarifsystems: "Länder mit stark koordinierten Tarifverhandlungen weisen insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren geringere Streikvolumina auf als andere." Die PolitikberaterInnen warnen gleichzeitig davor, eine rückläufige Streiktendenz als allgemeine Abkehr vom Arbeitskonflikt zu interpretieren und "friedensstiftende" Tarifsysteme für überflüssig zu erklären: Die "Abkehr von koordinierten Tarifverhandlungen" könne sich bei einer Umkehr des aktuellen Trends "leicht rächen".

IAB-Kurzbericht

Schnüffeln im Clement-Auftrag

Seit Anfang August lassen die Hartz-IV-Behörden Erwerbslose durch kommerzielle Callcenter ausforschen. Völlig unlegitimiert und nicht überprüfbar rufen unbekannte Callcenter-Agents der Vivendo Customer Service, einer Telekom-Tochter, Erwerbslose an und fragen diese Löcher in den Bauch. Dass die Beantwortung der Fragen absolut freiwillig ist, wird dabei tunlichst verschwiegen. Allein in den ersten zwei August-Wochen sind 380.000 Erwerbslose angerufen worden. Obwohl der Bundesdatenschutzbeauftragte diese Befragung für rechtswidrig hält, will die Bundesagentur für Arbeit die Telefonaktion noch ausweiten.

Erwerbslosenorganisationen sehen darin vor allem den Versuch, Handhabungen für Leistungskürzungen zu produzieren. So will die BA offenkundig angeblichen "Missbrauch" aufdecken und heimlichen "UrlauberInnen" auf die Spur kommen: Alg-II-EmpfängerInnen dürfen offiziell nicht ganztägig abwesend sein.

Vereinzelt haben Alg-II-EmpfängerInnen gegen die telefonische Aushorchung mit "konsequenter Pflichterfüllung" protestiert: Per Telefon, Fax, E-Mail oder Postbrief haben sie Bundeswirtschaftsminister Clement bombardiert und ihm lückenlos die Abwesenheitszeiten mitgeteilt, vom Arztbesuch bis zum Toilettengang. "Dass infolge des Eingangs zigtausender Faxe, E-Mails, Briefe und Anrufe das Bundeswirtschaftsministerium ... etwas überlastet sein sollte, ist als bedauerliche Nebenerscheinung leider hinzunehmen", heißt es in einem Aufruf.

www.labournet.de

16. Handreichungen zum Klassenkampf. Aus dem Innenleben eines Hochlohnlandes

Autor: dk · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:04

Dass die Bundesrepublik ein Hochlohnland sei, wird von allen Seiten, immer wieder und mit aller Kraft in die Gegend posaunt. Was gemessen an einigen Trikont-Staaten auf den ersten Blick plausibel erscheint, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als handfester, neoliberaler Mythos.

Dass inzwischen jedes dritte ganz normale Vollzeitarbeitsverhältnis in Deutschland auf der Zahlung von Niedriglöhnen basiert, ist offenbar ebenso wenig zur Kenntnis genommen worden wie der Umstand, dass hier zu Lande über zwei Millionen Menschen in Minijobs schuften und ca. 200.000 1-Euro-PflichtarbeiterInnen gar keinen Lohn erhalten. Wer sich den real existierenden Niedriglohnsektor nicht anschauen mag, dem sei ein Blick auf die Statistik der EU-Kommission empfohlen.

Neoliberale Hochlohnmythen

Die hat jüngst Daten zur Entwicklung der Reallöhne in den Jahren 1995 bis 2004 in 13 ausgewählten Ländern veröffentlicht. Überall sind in diesem Zeitraum die Reallöhne gestiegen - in Spanien wie in den USA, Österreich wie in Irland. Einzige Ausnahme: die Bundesrepublik Deutschland. Hier sind die Reallöhne in den letzten neun Jahren um 0,9 Prozent gesunken. Während die Reallöhne in Schweden (25,4 Prozent) und Großbritannien (25,2 Prozent) angestiegen sind, waren es in den USA 19,8 Prozent, in Irland 19,4 Prozent und in Dänemark 15,6 Prozent. Die niedrigsten Reallohnzuwächse verzeichnen Spanien (5,5 Prozent), Österreich (2,8 Prozent) und Italien (2,0 Prozent).

Die Mär von den hohen Löhnen in Deutschland geht in aller Regel einher mit einem unternehmerischen Gejammere über zu hohe Lohnstückkosten. Doch auch hier straft die Statistik das Unternehmerlager und ihre Ideologen Lügen. In der Tat hat es von 1995 bis 2004 in Deutschland einen Anstieg der Lohnkosten pro Outputeinheit gegeben - um sage und schreibe 2,5 Prozent. Damit liegt Deutschland im internationalen Vergleich einsam und allein - am Tabellenende. Allein in den Euro-Ländern sind die Lohnstückkosten um durchschnittlich 12,6 Prozent gestiegen. Absolute Spitzenreiter in der Lohnkostenentwicklung sind jedoch Polen (75,3 Prozent) und die Tschechische Republik (65,5 Prozent), gefolgt von Griechenland (44,0 Prozent) und Großbritannien (28,7 Prozent).

Jahrzehntelange Umverteilung

Kein Wunder, dass angesichts solcher Entwicklungen auch die Lohnquote in Deutschland kontinuierlich sinkt. Sie misst den Anteil der Löhne und Einkommen am gesamten Bruttoinlandsprodukt, ihr Pendant ist die Profitquote, d.h. der entsprechende Anteil der Unternehmensgewinne und Vermögensrenditen. In den Jahren 1961 bis 1970 lag die Lohnquote in Deutschland bei durchschnittlich 71,6 Prozent. D.h. umgekehrt entfielen 28,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukt auf Gewinne. Nachdem die Lohnquote in Deutschland von 1971 bis 1980 auf ein Hoch von 73,7 Prozent gestiegen war, sinkt sie seitdem stetig: Von 1981 bis 1990 auf 70,9 Prozent und von 1991 bis 1997 noch einmal um 3,2 Prozent auf 67,7 Prozent. Seit den 1980er Jahren bewegt sich somit der Anteil der Löhne konstant unterhalb des Durchschnitts der 1960er Jahre. Nebenbei: Die Lohnquote in Deutschland hat im Dekadendurchschnitt immer unter derjenigen der Gesamtheit der EU-Länder gelegen.

Selbst die Wirtschaftsforschungsinstitute - bei weitem keine Freunde gewerkschaftlicher Positionen - prognostizieren für die Jahre 2004 und 2005 einen weiteren Rückgang der Lohnquote. Der Verteilungsspielraum, der sich nach der Logik der bürgerlichen Wirtschaftspolitik für Tariflöhne ergibt, setzt sich aus der Produktivitätsentwicklung sowie der Preissteigerungsrate zusammen. Für die Jahre von 2003 bis 2005 wird dieser Spielraum hochoffiziell mit 7,4 Prozent angegeben. Dem steht eine durchschnittliche Tariflohnentwicklung von 3,8 Prozent gegenüber.

Während die Löhne in Deutschland im internationalen Vergleich sinken, die Lohnstückkosten deutlich unterdurchschnittlich steigen und sich die Einkommensverteilung kontinuierlich zu Lasten der Löhne verschiebt, steigt zumindest eines: die Bruttowertschöpfung aus der eingesetzten Arbeit. In den letzten 24 Jahren ist die Wertschöpfung je Beschäftigter/em im Durchschnitt kontinuierlich angestiegen. Je 100 Euro

Lohnkosten hatten ArbeiterInnen und Angestellte 1980 Werte von 153 Euro produziert. Im Jahr 2004 waren es 171 Euro Wertschöpfung je 100 Euro Lohnkosten - ein Anstieg um fast 12 Prozent! Und ein Anstieg, der sich seit 24 Jahren kontinuierlich vollzieht.

dk

Quellen: WSI, ver.di-Bundesvorstand (Hg.): Wirtschaftspolitik aktuell, DGB (Hg): Einblick

17. Avantgarde und Nabelschau. Der Weg zu einer Bewegung der Prekären ist für die Linke steinig

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Sozialpolitik; Sozialbewegung; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:02

Die Diskussionen um Prekarität und die Frage, wie und ob sich eine "Bewegung der Prekären" bildet, treibt viele Linke um. Die Sichtweisen darauf, wen wundert es, sind dabei durchaus unterschiedlich. Am 26. Mai fand in der Hamburger Universität ein Tagesseminar zum Thema "Prekarisierung" mit Antonio Negri statt. Es diskutierten dabei Bewegungslinke mit Menschen aus dem universitären Bereich. Wir drucken im folgenden das Referat von Dirk Hauer, der in seinem Beitrag eine vorschnelle linke Selbststilisierung zu einer "Bewegung der Prekären" kritisiert. Dieser ebenfalls im express, der Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit abgedruckte Beitrag forderte Hagen Kopp zu einer Replik heraus, in der er die Vorwürfe des "Identitären" zurückweist, die wir ebenfalls dokumentieren.

Es ist davon gesprochen worden, man wolle den Kämpfen der Zukunft auf die Spur kommen. Ich werde mich hier vorerst auf die Kämpfe der Gegenwart beziehen. Das vergangene Jahr war in Deutschland durchaus eines der sozialen Unruhe. Zwei Momente stechen dabei heraus: die Montagsdemos und die Streiks bei DaimlerChrysler und bei GM/Opel; aus der Hamburger Perspektive wären vielleicht noch die Kämpfe der Kita-Beschäftigten zu erwähnen.

Diese Kämpfe sind unter mehreren Gesichtspunkten bemerkenswert, doch vor allem zwei Aspekte scheinen mir für unsere Diskussion besonders wichtig: Zum einen sind sie u.a. deswegen so bedeutsam, weil sie in einem Prozess stattfinden, in dem neu definiert wird, was als Normalarbeit und als "normale" proletarische Reproduktionsbedingungen zu gelten hat. Diese Kämpfe zeigen, dass diese Neudefinition immer noch ein tatsächlich umkämpftes Terrain ist. Zum zweiten sind beide Kämpfe an der Mehrheit der (radikalen) Linken vorbeigegangen, auch an der Mehrheit derjenigen, die hier zu Lande den Prekarisierungsdiskurs bestimmen. Die innerlinken Debatten um Prekarisierung und - noch wichtiger - die meisten der momentanen linken Praxen im Feld des prekären Lebens und Arbeitens haben sich nicht auf diese realen Kämpfe bezogen. Beide Aspekte werde ich im Folgenden etwas genauer diskutieren.

Ich erspare mir hier den Hinweis darauf, dass das so genannte fordistische Normalarbeitsverhältnis weder allgemein gültig noch tatsächlich "garantiert" war, dass das, was wir heute Prekarisierung nennen, also keineswegs etwas so fundamental Neues ist. Das ist oft genug betont worden. Wenn heute über Prekarisierung diskutiert wird, so macht das nur Sinn, wenn es um die Reflexion jener ökonomischen, sozialen und politischen Umbauprozesse der letzten 10, 20 Jahre geht, mit denen die "Normen" proletarischer Arbeits- und Reproduktionsbedingungen umfassend neu festgelegt werden. Prekarisierungs- und Flexibilisierungsprozesse entfalten ihre soziale Bedeutung also weniger als Charakteristika bestimmter Beschäftigtengruppen, sondern vor allem als verallgemeinerte Normen für alle proletarischen Lebens- und Arbeitsrealitäten.

Neudefinition von proletarischer "Normalität"

Prekarität ist vor allem die prinzipielle und fundamentale Verunsicherung aller Lebens- und Arbeitsbereiche. Für immer mehr Menschen wird die Zukunft und die Existenzsicherung unter Vorbehalt gestellt. Diese Verunsicherung ist die eigentliche Botschaft der Agenda 2010. Wie ein roter Faden durchzieht die Strategie der Verunsicherung den Umbau der sozialen Sicherungssysteme, die Repression gegenüber Erwerbslosen, die Mobilisierung von Arbeit in Niedriglohnbereichen und die Attacken auf die tarifierten Arbeitsverhältnisse.

Vieles von dem, was sich auf der Ebene der öffentlichen Verlautbarungen als eine permanente Abfolge neuer Drohszenarien, Rücknahmen und neuer Ankündigungen darstellt, kann als Signal einer andauernden Instabilität interpretiert werden. Eine solche öffentliche Darstellung wäre dann auch Teil eines bewussten Verunsicherungsprogramms. Wenn es mit der Agenda 2010 darum geht, die Verwertungsbedingungen für das Kapital am "Standort Deutschland" zu verbessern, so liegt der eigentliche Inhalt dieses Programms genau hier, in der materiellen und subjektiven Destabilisierung der sozialen Reproduktion.

Das heißt nicht, dass auf Regulierungsformen und -instanzen wie Tarife, Sozialstaatlichkeit und Gewerkschaften verzichtet würde. Aber die Regulierung der Agenda 2010 verzichtet definitiv auf soziale Existenzgarantien. Es geht darum, soziale Sicherheitsbedürfnisse nachhaltig als "Vollkaskomentalität" zu diskreditieren und durch permanente und lebenslange Flexibilisierungsanforderungen zu ersetzen.

Wenn irgendetwas das umfassende politische Herrschaftsprojekt der Prekarität augenfällig symbolisiert hat, dann war es die Gleichzeitigkeit des sozialen Angriffs im letzten Jahr: Hartz IV mit staatlicher Zwangsflexibilisierung und Zwangsprekarisierung auf der einen Seite und die nahezu geschlossenen Attacken des Kapitals auf die (groß-)industriellen Beschäftigungsverhältnisse auf der anderen. Die Tarifverträge und Standortsicherungsvereinbarungen bei Siemens, DaimlerChrysler, Opel, Karstadt/Quelle, VW usw. folgen alle einem Muster: länger und härter arbeiten, weniger Geld und - vor allem - hochoffizielle Aufkündigung einer Beschäftigungs"garantie". Der so genannte "Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen" bis zum Jahre X sagt ja vor allem eines, nämlich dass alle Arbeitsplätze in den nächsten Jahren neu zur Disposition stehen. Wenn man so will, handelt es sich um eine grundsätzliche Befristung von Arbeitsverhältnissen.

Faktisch und genauer wird es dabei nicht darum gehen, tatsächlich alle paar Jahre ganze Belegschaften oder Belegschaftsteile auszuwechseln. Es geht vielmehr darum, dass mit der zyklischen Drohkulisse betriebsbedingter Kündigungen jedes Mal neu über Arbeits- und Entlohnungsbedingungen verhandelt werden kann. Diese Bedingungen werden befristet und jedes Mal neu in Frage gestellt. In einem solchen Szenario ist es überhaupt nicht ausgeschlossen, dass einem Projekt und einem Auftrag durchaus das/der nächste folgt, dass also sowohl abhängig Beschäftigte als auch selbstständige AuftragnehmerInnen durchaus lange in bzw. für ein Unternehmen arbeiten - allerdings zu jeweils immer neuen, schlechteren Bedingungen.

Die Montagsdemonstrationen wie auch die Streiks und Straßenblockaden der AutomobilarbeiterInnen sind vor diesem Hintergrund alles andere als marginalisierte Abwehrkämpfe gewesen. Es waren Kämpfe gegen die Zumutungen von Prekarisierung, Flexibilisierung und Kämpfe für soziale Sicherheit trotz fehlender Verwertbarkeit. Es waren Kämpfe, die dem Verwertungszugriff Grenzen setzen wollten. Wenn man so will, scheint in ihnen der Anspruch auf, schön und gut zu leben, auch wenn man nach heutigen Verwertungsgesichtspunkten unflexibel, unproduktiv und unkreativ ist. Es waren Kämpfe dagegen, Prekariat sein zu sollen, und es waren auch Kämpfe gegen so etwas wie Flexicurity - (selbstgewählte) Flexibilität plus Sicherheit. Flexibilität ist weder für die MontagsdemonstrantInnen noch für die Streikenden in Bochum oder Mettingen ein Wert gewesen, eher schon Ziel ihres Hasses.

Das Jahr 2004 hat schlagend demonstriert, dass die prekäre (Tarif-)Wirklichkeit kleinerer und mittlerer Betriebe flächendeckend und Branchen übergreifend die Norm auch in den industriellen Kernbereichen geworden ist. Prekarität ist inzwischen längst in der Mitte des Arbeitsmarktes angekommen, und zwar nicht nur im Sinne einer Ausweitung "atypischer Beschäftigungsverhältnisse". Ein Blick auf die real existierende Arbeit belegt das: die Patchworkrealität unterschiedlichster Tarife, Sondertarife und Tariföffnungsklauseln für unterschiedliche Beschäftigtengruppen innerhalb eines Betriebs; kontinuierliche und durchaus tariflich regulierte Lohnsenkung bis weit in offizielle Niedriglohnbereiche hinein, massenhafte, reguläre Vollzeitbeschäftigung zu Niedriglöhnen quer durch alle Branchen und Berufsgruppen, um nur ein paar Stichworte zu geben. Der alte Blickwinkel von den fein säuberlich trennbaren Kern- und Randbelegschaften wird genauso obsolet wie die Vorstellung, es gäbe einen klar abgrenzbaren Niedriglohnsektor.

Prekarität ist ein anderer Begriff dafür, dass in ungeheurem Umfang Arbeit neu mobilisiert wird (ganz im Gegensatz zu den immer noch beliebten Phrasen vom "Ende der Arbeitsgesellschaft"). Prekarität beschreibt damit aber auch, dass die proletarische Existenz in allen ihren Segmenten eingekreist und angegriffen wird.

Das hat auch erhebliche Konsequenzen für das, was man "Prekarisierung von unten" nennen kann: die Flucht vor den Zwängen und der Repression des Betriebs- oder Büroalltags oder vor den Verfolgungen durch Arbeits- und Sozialämter in eine selbst gewählte Prekarität von Selbstständigkeit, Jobberei, Schwarzarbeit und Ausnutzen sozialstaatlicher Nischen. In noch geringerem Maße als in den 1970er und 1980er Jahren existieren diese kleinen Fluchten und Nischen - von der Alternativ-Klitsche und dem akademische Forschungs-/Publikationsprojekt über die Ich-AG bis zum jobbenden Taxi-Fahrer - jenseits der (Selbst-)Verwertungslogik. Sie können sich deren Zwängen nicht entziehen. Und sie können vor allem nicht darüber hinwegtäuschen, dass die selbst gewählte prekäre Existenz nur für wenige eine lebbare Perspektive bedeutet.

Die - selbst prekäre - Subversion einer Prekarisierung von unten ist sowohl diskursiv wie auch ganz materiell zunehmend von dieser (Selbst-)Verwertungslogik umgedreht worden. Das zeigt sich nicht zuletzt auch an der Zweischneidigkeit einer Parole wie der der "Flexicurity". Immerhin sind die momentanen Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme genau die neoliberal-autoritäre Variante einer solchen Flexicurity: Pflicht zur Flexibilität und zur eigenverantwortlichen Selbstverwertung auf der Basis von "Grundsicherungselementen" an und unter der Armutsgrenze - das SGB II heißt nicht umsonst "Grundsicherungsgesetz (für erwerbsfähige Hilfebedürftige)".

Der Umstand, dass die Kämpfe des Jahres 2004 von einem linken Prekarisierungsdiskurs so vollständig ignoriert wurden, ist auch vor dem Hintergrund erstaunlich, dass es genau solche Kämpfe waren, die in den letzten zehn Jahren in Europa durchaus für Furore gesorgt hatten und Andockstellen für viele andere Bewegungen waren: von der französischen Streikbewegung 1995/96 über den Kampf der Liverpooler Hafenarbeiter bis hin zum Kampf gegen die Streichung der Lohnfortzahlung in Deutschland 1998, den FIAT-Kampf bei Melfi oder jetzt die Auseinandersetzungen in der Automobilindustrie.

Das Ausblenden solcher Auseinandersetzungen verweist m.E. auf mindest zwei, mit einander verkoppelte Schwächen: Zum einen ist die linke Debatte in Deutschland zu dem Thema hochgradig identitär geprägt, obwohl Prekarisierung als weite und verallgemeinerte Klammer sozialer Verhältnisse proklamiert wird. Zum anderen gibt es in Deutschland kaum eine Tradition einer autonom-undogmatisch-linksradikalen Klassenlinken, d.h. einer linken Praxis, die die eigene soziale Reproduktion und Eingebundenheit in das Kapitalverhältnis zum Ausgangspunkt der eigenen Praxis machen würde.

Entgegen aller theoretischen Proklamation wird Prekarisierung faktisch, in der praktischen Politik, in aller Regel in Abgrenzung definiert. In Abgrenzung nämlich vom klassischen Normalarbeitsverhältnis: Kerne - Ränder, garantiert - entgarantiert, typisch - atypisch; diese dichotomischen Gegenüberstellungen waren schon Anfang der 1990er Jahre, in der "ersten" Prekarisierungsdebatte - damals vor allem innerhalb der Gewerkschaftslinken - falsch und politisch irreführend. Sie sind es heute erst recht.

Der linke Prekarisierungsdiskurs bezieht sich faktisch auf bestimmte Bereiche der proletarischen Wirklichkeit, vor allem auf (illegalisierte) MigrantInnen und den ganzen Kosmos des prekären, in aller Regel akademischen Projekte- und Selbstständigenproletariats. Manchmal, aber schon deutlich seltener auf NiedriglöhnerInnen und das Heer der neuen PflichtarbeiterInnen. So gut wie gar nicht auf die prekarisierten Lebens- und Arbeitsverhältnisse in der regulierten Lohnabhängigkeit, auf die ganz normale Realität von Sozialhilfe- bzw. Alg-II-EmpfängerInnen usw. usw. Prekarisierung wird so unter der Hand wieder zu einer Definition von Teilarbeitsmärkten und Teilen der Klasse. Der Begriff des "Prekariats" ist der deutlichste Ausdruck eines solchen neuen identitären Selbstverständnisses, häufig genug mit dem Subtext einer neuen sozialen und politischen Avantgarde.

Der identitäre Charakter der meisten politischen Praxen im Feld der Prekarisierung spricht indirekt und sehr verquer einen durchaus bedeutsamen Aspekt an. Der vereinheitlichenden Verunsicherung und Entgarantierung von Lebens- und Arbeitsbedingungen stehen nämlich jede Menge reale Zerklüftungen, Spaltungen und soziale Hierarchien in den Lebenswirklichkeiten gegenüber. Das gilt zum einen auf der objektiven Ebene, was die - um mit Bordieu zu sprechen - Zugänge zu kulturellem, sozialen und auch ökonomischem Kapital angeht. Die objektiven Rahmenbedingungen und die Chancen, mit diesen Realitäten umzugehen, sind für einen freien Grafikdesigner, eine akademische Projektorganisatorin, eine Lidl-Verkäuferin, einen 53-jährigen Handwerker oder Industriefacharbeiter, eine illegalisierte Reinigungsfrau oder einen erwerbslosen proletarischen Jugendlichen in der Pflichtarbeit einfach nicht dieselben. Die Vereinheitlichung von Laptop und Putzmob ist also in höchstem Maße voluntaristisch.

Sie ist das erst recht, wenn man die subjektive Ebene berücksichtigt. Die Erfahrungen verunsicherter und entgarantierter Existenz werden eben durchaus sehr unterschiedlich erlebt und sehr unterschiedlich ver- und bearbeitet. Daraus leiten sich u.U. auch sehr unterschiedliche Bedürfnisse und Interessen ab. Ein "Flexicurity"-Interesse einer/eines jungen, gut ausgebildeten Intellektuellen ohne Familie, aber mit hohem sozialem und kulturellem Kapital kann von relativ "altmodischen" Re-Regulierungsinteressen (fester Dauerjob, Tarifbindung, Betriebsrat etc.) einer Verkäuferin im Einzelhandel oder eines Pflichtarbeiters abweichen. Ein

Leben am seidenen Faden führt noch lange nicht zu gemeinsamen Forderungen oder Kämpfen. Daraus folgt u.a. auch, dass in der momentanen Debatte um eine "Bewegung der Prekatrisierten" viel stärker als bisher der eigene soziale Standort der ProtagonistInnen klar gemacht werden muss.

Alles prekär: Identität und Hierarchie

Diese Vereinheitlichung - oder um mit dem alten operaistischen Vokabular zu sprechen - eine neue politische Klassenzusammensetzung ist immer das Ergebnis realer Kämpfe und der Verarbeitung realer Siege und Niederlagen. Jede Art von Klassenbildung und Neuzusammensetzung ist vor allem ein Prozess, ein Prozess der kollektiven Subjektivierung, ein "Making of the working class", wie es E.P. Thompson ausgedrückt hatte. Aus diesem Prozess des "Making" hat sich die autonome, radikale Linke in Deutschland weitestgehend herausgehalten. Objektiv und in aller Regel auch nach ihrem eigenen Selbstverständnis ist sie eine eher sub-, bestenfalls gegenkulturelle Erscheinung gewesen. Das Problem sind dabei nicht die autonomen Räume und Nischen der Sub- und Gegenkultur und erst recht nicht die Ideen und Praxen alternativer Lebensentwürfe - ganz im Gegenteil. Ich möchte auf keinen Fall einem populistischen Massenopportunismus das Wort reden. Das Problem ist vielmehr, dass es in der bundesdeutschen radikalen Linken keine lebendige Auseinandersetzung mit den vorherrschenden, alltäglich praktizierten Umgangsweisen mit den sozialen Realitäten mehr gibt.

Der Bezug auf die eigenen subkulturellen Nischen ist davon begleitet, dass die radikale Linke im sozialen Alltag politisch nicht mehr auftaucht. Bewusste und organisierte Versuche, die eigene soziale Reproduktion politisch zu begreifen, kollektiv zu bearbeiten und mit anderen alltäglichen Deutungs-, Bearbeitungs-, Rebellions- wie Unterwerfungsmechanismen zu konfrontieren, hat es m.W. seit dem Anfang der 1990er Jahre kaum mehr gegeben. Stattdessen dominierte eine zunehmend rigidere Trennung von einerseits entpolitisierter sozialer Reproduktion, individualistischem Durchwurschteln durch die Tücken von lohnabhängiger Arbeit, Auftragsakquise, Ämterstress etc. und politischem Engagement zu den diversen "Themen" der Linken andererseits.

Der neue Prekarisierungsdiskurs der letzten ein, zwei Jahre reproduziert viele Momente einer sozial entpolitisierten Linken, einer Linken, die inzwischen oft genug regelrecht sprachlos ist, wenn sie sich mit anderen sozialen und kulturellen Milieus konfrontieren muss oder will. Die augenblickliche Diskussion hat jedoch zumindest den einen wichtigen, hoffnungsvollen Aspekt, dass die Fragen von Arbeit, Nicht-Arbeit, sozialer Reproduktion, Klasse und Klassenkampf in der radikalen Linken überhaupt wieder diskutiert werden. Darüber hinaus entfaltet die Debatte um Prekarisierung ihre Chancen aber vor allem dann, wenn sie zur Konfrontation mit und zur Reflexion über das eigene Verhalten auf diesem Terrain führen würde und damit zur Re-Politisierung des eigenen prekären Alltags.

Dirk Hauer

18. Spannende Suchprozesse rund um Prekarisierung. Mehr als eine Replik auf Dirk Hauer

Autor: Hagen Kopp · Rubrik: Sozialpolitik; Sozialbewegung; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:26

Im Juni letzten Jahres fand in Dortmund unter dem Titel "Die Kosten rebellieren" eine Konferenz zu Prekarisierung und Migration statt. Initiiert von LabourNet- und kein-mensch-ist-illegal-AktivistInnen erbrachte dieses Zusammentreffen von rund 200 Leuten sicher keine schnellen sensationellen Ergebnisse. Aber es verdichteten sich Kontakte zwischen gewerkschaftlicher und antirassistischer Linke, und vertieft wurden doch einige zentrale Fragestellungen wie z.B. über neue Formen von Organisierung angesichts fragmentierter und ethnisch gespaltener Beschäftigungsverhältnisse.

Am 1. Mai diesen Jahres fand in Hamburg und damit erstmals in Deutschland der sog. Euromayday statt. In 18 Städten in 13 europäischen Ländern gab es zeitgleich Paraden und Aktionen zur Thematisierung prekärer Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Mit bis zu 4.000 TeilnehmerInnen sorgte schon die Größe der Demo in Hamburg für eine positive Überraschung. Doch es war vor allem die gelungene Zusammensetzung, die den Erfolg dieser Mobilisierung ausmachte: Selbstorganisierte Flüchtlinge an der Spitze des Zuges und migrationspolitische Forderungen überall präsent, hunderte von StudentInnen in gelben "Summer of resistance"-T-Shirts und mehrere stimmungsvolle Samba-Bands, Erwerbsloseninitiativen und sich spontan anschließende Menschen auf der Reeperbahn. (...)

Es zeugt entweder von einer guten Portion Arroganz oder schlichter Ignoranz, wenn in Dirk Hauers Kritiktext all diese Ansätze, die sich ja zudem in zahlreichen Veranstaltungen sowie Zeitungen und Artikeln der vergangenen Monate widergespiegelt haben, keinerlei Erwähnung finden. "Der neue Prekarisierungsdiskurs der letzten ein, zwei Jahre reproduziert viele Momente einer sozial entpolitisierten Linken, einer Linken, die inzwischen oft genug regelrecht sprachlos ist, wenn sie sich mit anderen sozialen und kulturellen Milieus konfrontieren muss oder will." Völlig pauschalisiert wird diese Kritik vor allem mit dem Vorwurf eines "identitären Selbstverständnisses" gekoppelt und zu Beginn des Textes daran festgemacht, dass der Prekarisierungsdiskurs die beiden bedeutendsten sozialen Kämpfe der letzten Zeit ignoriert hätte: die Montagsdemonstrationen und die Kämpfe der AutomobilarbeiterInnen. Nun, ich stimme zunächst zu, dass diese Kämpfe besondere Bedeutung haben, ich würde sie allerdings in und mit ihren Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen nicht zur emanzipativen Speerspitze verklären.

Damit gehöre ich weder zu denen, die die Montagsdemos als nationalistisch-protektionistische Versammlungen abtun noch die Opelstreiks auf einen marginalisierten Abwehrkampf reduzieren. Beide Kampfzyklen folg(t)en berechtigten partikularen Interessen, was gleichzeitig aber auch ihre Grenzen markiert, die es wiederum zu überwinden gilt. Insofern greife ich die Kritik von Dirk Hauer auf, erweitere sie allerdings in beide Richtungen: dass nämlich die mangelnde Verbindung und Bezugnahme unterschiedlicher Kämpfe ein übergreifendes Problem ist, was genau auf die erwähnte "Multiplicity" anspricht, auf die Unterschiedlichkeit der Ausgangsbedingungen und subjektiven Interessen. Und der Begriff des "Prekariats", der im Rahmen des Euromayday vor allem in Italien und Spanien Verwendung findet, war vor diesem Hintergrund nicht nur im Prekarisierungsdiskurs in Deutschland schnell in Kritik geraten: eben weil damit ein komplexer Prozess in eine vereinfachte Identität zu zwingen versucht würde.

Auf solche Auseinandersetzungen geht aber Dirk Hauer gar nicht erst ein, würde doch damit die völlig verallgemeinerte Kritik schnell fragwürdig. Und diese Pauschalisierungen korrespondieren offensichtlich nicht zufällig mit einem zentralen blinden Fleck in seinem Rundumschlag. Die Worte Mobilität und Migration tauchen in seinem Text nicht einmal auf! Doch wer angesichts so genannter Osterweiterung und zugespitztem Ausbeutungsgefälle bis nach China, wer angesichts eines globalisierten Apartheidsystems den Prekarisierungsdiskurs ohne offensiven Bezug zu Mobilität und Migration diskutieren will, kann gleich einpacken. Hätte Dirk Hauer allerdings diese zentralen Fragen in seine Bilanz einbezogen, hätte er zumindest auf die eingangs erwähnten Ansätze eingehen müssen, und dann wäre eine pauschale Abkanzelung der Prekarisierungsdebatten als "identitär und entpolitisiert" kaum möglich gewesen.

Doch versuchen wir den Blick nach vorne. Das Aktionsbündnis soziale Bewegung, in dem auch die ostdeutschen Montagsdemo-Initiativen vertreten sind, mobilisiert für den 5. September zu einem bundesweiten Hartzschluss-Aktionstag. Im Aufruf dazu werden auch migrationspolitische Forderungen aufgegriffen, sogar der kein-mensch-ist-illegal-Slogan wurde übernommen. Dies ist u.a. Ausdruck eines Zusammentreffens auf dem Sozialforum in Erfurt und ließe sich in gegenseitigen Bemühungen sicherlich weiter ausbauen. Mittelfristiger gibt es zur Zeit erste Überlegungen, im kommenden Jahr eine Folgekonferenz von "Die Kosten rebellieren" mit einem neuen Euromayday in Hamburg zu verknüpfen. Damit verbunden wäre die Absicht, den Prekarisierungsdiskurs in inhaltlicher wie personeller Erweiterung voranzubringen, im hoffentlich produktiven Streit auch um oben genannte Fragen; aber vor allem mit dem Ziel, unterschiedliche Widerstandsansätze und Suchprozesse zueinander zu vermitteln und verstärkt in gemeinsamen alltäglichen sozialen Kämpfen weiterzuentwickeln.

Hagen Kopp, kein mensch ist illegal/Hanau

19. "Heil im ewigen Gestern." Der Familienaufsteller Bert Hellinger und sein reaktionär-patriarchales Weltbild

Autor: Interview: Susann Witt-Stahl · Rubrik: Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:22

Die Psycho- und Esoterikszene feiert den Erfinder der "phänomenologisch-systemischen Aufstellungsarbeit" seit Mitte der 1990er Jahre wie einen Superstar. Dass Bert Hellinger den Beruf des Psychotherapeuten ohne formale Zulassung ausübt, stört seine AnhängerInnen offenbar nicht - wenn der Meister persönlich Hand anlegt, kommen gut und gerne bis zu 500 Fans zusammen.

In seinen Büchern, auf Hörkassetten und CDs mit Titeln wie "Wenn ihr wüsstet, wie ich euch liebe" oder "Anerkennen, was ist" - sein uvre umfasst mehr als 50 Veröffentlichungen -, präsentiert Hellinger seine Lehren von den "Schicksalsmächten" und der "schöpferischen Urkraft" längst nicht mehr nur als therapeutischen Ansatz: Er begreift sie als "angewandte Philosophie" und radikale Absage an die "hehren Ziele" all derer, "die die Welt retten wollen".

Bevor er sich der Psycho-Stellwerkerei zuwandte, brachte Anton Hellinger eine abenteuerliche Laufbahn als Bruder Suitbert für die Mariannhiller Missionare bei den Zulus in Afrika hinter sich. 1971 verließ er den katholischen Orden, um sich unter dem Namen "Bert" Hellinger der Psychoanalyse zu widmen. Nach eigenen Angaben entwickelte er "unter dem Einfluss der Gruppendynamik, der Primärtherapie, der Transaktionsanalyse und verschiedener hypnotherapeutischer Verfahren" die ihm eigene Form des Familienaufstellens.

In der Annahme, dass durch eine Aufstellung ein "wissendes Feld" entsteht, in dem Menschen, die in die Rolle von Familienmitgliedern schlüpfen, ebenso fühlen und handeln wie die echten Angehörigen, lässt Hellinger seine KlientInnen StellvertreterInnen in dem Verhältnis zueinander aufstellen, wie die Hilfesuchenden ihre Familienkonstellation wahr nehmen. Die Aufgestellten finden sich zusammen, berühren sich, wenden sich von einander ab. Meist übernimmt der Therapeut die Regie: Er rückt die Formationen zurecht, interpretiert, arrangiert. Bis sich Menschen zu Boden schmeißen, hemmungslos weinen und sich gegenseitig in die Arme fallen - für Hellinger ein untrügliches Zeichen, dass "die Liebe fließt".

Das stetig expandierende Hellinger-Imperium, zu dem ein riesiger Vermarktungsapparat gehört und das sich über die USA nach Argentinien, über Israel bis nach Korea erstreckt, bereitet kritischen PsychologInnen Kopfzerbrechen. Susann Witt-Stahl führte für ak ein E-mail-Interview mit Colin Goldner, der Leiter des Forums Kritische Psychologie e.V., einer Beratungsstelle für Therapiegeschädigte in München ist. 2003 hat Goldner den Band "Der Wille zum Schicksal" mit hellingerkritischen Aufsätzen herausgeben.

Susann Witt-Stahl: Sie bescheinigen Bert Hellinger eine "reaktionäre Weltsicht" - warum?

Colin Goldner: Der Welt ist nach Hellinger zuzustimmen, wie sie ist. Ziel dieser bedingungslosen Zustimmung ist das Aufrechterhalten "naturgegebener" Ordnungen, deren Nicht-Anerkennung krankmachende Folgen habe. Innerhalb der Familie ist "natürliche Ordnung" gleich bedeutend mit "natürlicher Hierarchie". Hellingers Denkwelt und Sprache ist durchzogen von religiösen Repressionsbegriffen wie Schuld, Demut, Sühne, Strafe, Fluch, von niederknien, ehren, sich verneigen, sich einfügen, verzeihen, erretten usw. Er ist auch nach dem Abschied aus seinem Missionsorden das geblieben, was er immer war: ein Heilskünder, dessen Heil im ewigen Gestern liegt. Die radikale Rückwärtsgewandtheit Hellingers bringt sich auf den Begriff in seiner besonderen Affinität zu Adolf Hitler. In seinem 2004 im Kösel-Verlag erschienenen Buch "Gottesgedanken", auf dessen Cover bezeichnenderweise die von der SS als Symbol verwendete "Schwarze Sonne" zu sehen ist, lässt Hellinger sich zunächst über einschlägig verquaste Begriffe wie Vorsehung, Schuld, Demut und Hingabe aus, wie auch zu tiefstem Verlangen, Selbsterkenntnis und Tod.

In einem eigenen Kapitel spricht er in lyrisch gestelzten Worten seinen Seelenfreund Hitler direkt an: "Manche betrachten dich als einen Unmenschen, als ob es je jemanden gegeben hätte, den man so nennen darf." Und: "Wenn ich dich achte, achte ich auch mich. Wenn ich dich verabscheue, verabscheue ich auch mich. Darf ich dich dann lieben? Muss ich dich vielleicht lieben, weil ich sonst auch mich nicht lieben darf?" Als wolle er letzte

Zweifel an seiner Gesinnung ausräumen, bezog Hellinger Anfang 2004 die ehemalige "Kleine Reichskanzlei" der Nazis in Berchtesgaden, die während der Aufenthalte Hitlers auf dem Obersalzberg als politische Zentrale des Verbrecherregimes gedient hatte (inzwischen ist er wieder ausgezogen).

Es passt auch ins Bild, dass er sich nicht scheut, selbst in abgründigsten Magazinen der rechten Esoterikszene zu publizieren. Er ist unter anderem als Autor des Vierteljahresheftes Matrix3000 tätig, dessen Herausgeber Ulrich Heerd Mitte der 1990er bundesweite Bekanntheit erlangte durch den Vertrieb der beiden Bände "Geheimgesellschaften", die der Heilbronner Autor Jan Udo Holey unter dem Pseudonym Jan van Helsing veröffentlicht hatte. Unter ausdrücklich esoterischen Vorzeichen wird in diesen Bänden rassistische und vor allem antisemitische Hetzpropaganda betrieben. Holey ist bis heute als Autor einschlägiger Machwerke tätig, selbstredend taucht er auch auf der Autorenliste von Matrix3000 auf. Daneben alles, was in der rechten Esoterikszene Rang und Namen hat, mithin auch: Bert Hellinger samt seinem Meisterschüler Franz Ruppert, Professor an der Katholischen Stiftungsfachhochschule München.

Hellinger rühmt sich damit, "Versöhnungsarbeit" zwischen dem jüdischen Opfer- und dem deutschen Täter-Kollektiv zu leisten. In einem seiner Vorträge "Das Judentum in unserer Seele" - der übrigens vom ORF übertragen wurde - berichtet er von einer Aufstellung von je sieben Stellvertretern für Opfer und Täter: "Die Täter sind zusammengebrochen vor Scham und Schmerz. Am Ende waren sie in dem Schmerz, den sie erlebt haben, mehr Opfer als die Opfer, die sie umgebracht hatten. Sie haben erlebt, dass sie als Täter von einer höheren Macht in Dienst genommen waren, gegen die sie sich nicht wehren konnten. (...) Am Ende müssen wir uns alle vor dieser höheren Macht verneigen." In einer Zeit, in der Ex-BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel in seinem Buch "Die Kraft des Neubeginns - Deutschland ist machbar" zur Verdrängung des Holocausts aufruft, damit unser Schuldkomplex nicht weiter die deutsche Wirtschaft lähme - ist die nachträglich entlastende Viktimisierung des Täter-Kollektivs eine wichtige Zutat für Hellingers Erfolgsrezept in Deutschland?

Hellinger postuliert die Existenz einer "höheren Ordnung", deren Gesetzen sich jeder Mensch gleichermaßen zu unterstellen habe. Diese Ordnung, über die er dem Menschen jede individuelle Entscheidungsfreiheit abspricht, überträgt er auch auf gesellschaftspolitische Zusammenhänge. Der Nationalsozialismus etwa sei schicksalhaft und damit unvermeidbar über uns gekommen. Und: "Wir wären in Europa weit zurück, wenn das alles nicht geschehen wäre." Neben dieser Generalamnestie für den Nationalsozialismus entlastet er insbesondere die Wehrmacht: es "schwächt unsere Generation, dass das jetzt alles so verteufelt wird". Man müsse die Nazi-Vorväter anerkennen und ehren, dann "fließt von ihnen zu uns eine besondere Kraft". Ob dies die "Kraft des Neubeginns" ist, von der Henkel fabuliert, steht dahin.

Hellingers Aufstellungsarbeit erfährt im letzten Jahrzehnt eine große Resonanz vor allem bei Menschen, die psychotherapeutische Hilfe suchen - was macht seine autoritär-patriarchalen Methoden so attraktiv?

Eine mögliche Erklärung wäre die: In einer immer komplexer werdenden Welt sehnen viele Menschen sich nach einfachen Orientierungsmöglichkeiten und vor allem nach unwandelbaren Wertesystemen, die nicht morgen schon wieder über den Haufen geworfen werden. Ex-Missionspriester Hellinger bietet derlei einfach gestrickte Welterklärungsmodelle an: Zurück hinter alles, was zu komplex und damit konfliktär erscheint: hinter alles, was die Frauenbewegung erkämpft hat, hinter '68, hinter die bürgerlichen Errungenschaften des 19. und 18. Jahrhunderts, hinter Humanismus und Aufklärung - zurück zu alttestamentarisch-mosaischen Welt- und Werteordnungen, in denen patriarchale Sippen- und Familienhierarchien noch unhinterfragt Geltung hatten. Und vor allem: in der Frauen nichts zu melden hatten. Hellingers esoterische Anwandlungen, seine Kontaktnahme etwa mit toten Ahnen oder sein Eintreten in ein "wissendes Feld", aus dem er seine ewig gültigen Wahrheiten herleitet, biedern sich dem aktuellen Zeitgeist zusätzlich an.

Bei den Familienaufstellungen bilden Frauen ganz klar die Mehrheit. Dabei soll es zu grotesken Szenen kommen: Feministinnen, die sich ihren männlichen Ahnen weinend zu Füßen schmeißen oder gar dem Vater danken, der sie sexuell missbraucht hat. Woher diese Lust emanzipierter Frauen an der freiwilligen Unterwerfung und Selbsterniedrigung?

Dass auch Feministinnen an den Hellingerschen Inszenierungen teilnehmen und dabei den ihren männlichen Vorfahren beziehungsweise deren Stellvertretern tränenüberströmt zu Füssen sinken, ist ein in der Szene viel kolportierter Mythos, mit dessen Hilfe feministische Selbstfreisetzung als Farce diskreditiert und Hellingers reaktionäre Ordnungsvorstellungen zugleich als unhintergehbar "wahr" ausgewiesen werden. Ich selbst habe

nie eine Feministin bei Aufstellungen von oder nach Hellinger in solcher Weise erlebt. Dagegen zahllose Frauen, die sich für ungeheuer emanzipiert hielten, tatsächlich aber mit fliegenden Fahnen zur gattungsgeschichtlich konditionierten Selbstunterwerfung bereit waren, wenn ihnen jemand mit dem Versprechen irgendwelcher Konfliktlösung die Erlaubnis dazu erteilte; zudem wird derlei Regression ganz offenkundig an sich schon als lustbesetzt erlebt.

Wie positionieren sich die Berufsverbände der PsychologInnen und PsychotherapeutInnen zu Hellinger?

Sämtliche namhaften Psychotherapeutenverbände haben sich inzwischen mit Vehemenz von Hellinger distanziert, allerdings erst nachdem der von mir herausgegebene Sammelband "Der Wille zum Schicksal" auf den Markt gekommen war. Zuvor hatte man dem Geschehen an den eigenen Rändern keine kritische Aufmerksamkeit zugemessen und damit den kometenhaften Aufstieg Hellingers zum mit Abstand bekanntesten Psycho-Guru der Jetztzeit entscheidend mitbegünstigt. Nach jahrelangem notorischen Wegsehen rang auch der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) sich dazu durch, die Kontroverse um Hellinger zumindest einmal im Verbandsorgan zu thematisieren. Ein klare Positionierung gab es allerdings nicht. Der Grund: nicht wenige BDP-Mitglieder zählen zur engeren oder weiteren Anhängerschaft Hellingers.

Angesichts zunehmender Kritik an Hellinger will indes manch prominenter Weggefährte ganz plötzlich nicht mehr mit diesem in einem Satz genannt werden: Matthias Varga von Kibed etwa, Logik-Professor an der Universität München und der Hellinger-Szene über Jahre hinweg als Autor, Referent und Lehrtherapeut eng verbunden, strengt ein gerichtliches Verfahren nach dem anderen an, um jene mundtot zu machen - mithin den AStA der eigenen Hochschule und bevorzugt mich selbst -, die kritisch eben darauf hinweisen. Auch der Osnabrücker Systemiker Arist von Schlippe, der Hellinger jahrelang als Vorzeigewissenschaftler zu Diensten war, kündigte in einem Aufsehen erregenden "Offenen Brief" jede Freundschaft und Nähe zu diesem auf. Eine Vielzahl prominenter "Hellingerianer" folgte dem Schritt Schlippes - um zu retten, was zu retten war. Mehr und mehr scheint sich auch unter Psychologinnen und Psychologen herumzusprechen, dass mit Hellinger kein Staat mehr zu machen ist.

Literatur:

Colin Goldner (Hg.): Der Wille zum Schicksal. Die Heilslehre des Bert Hellinger. Verlag Carl Ueberreuter, Wien 2003, 300 Seiten, 22,95 EUR

Studentischer Sprecherrat der Universität München (Hg.): "Niemand kann seinem Schicksal entgehen ..." Kritik an Weltbild und Methode des Bert Hellinger. Alibri Verlag, Aschaffenburg 2005, 250 Seiten, 15 EUR

20. Paranoia als Prinzip. Wolfgang Benz und Lars Rensmann über Antisemitismus in Deutschland

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Zeitgeschichte; Diskussion; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:08

Um Antisemitismus in Deutschland, vor allem in der "Mitte" der Gesellschaft, geht es in zwei neueren Büchern von Wolfgang Benz und Lars Rensmann. Benz verwendet die Frage "Was ist Antisemitismus?" als Buchtitel; Rensmanns Buch "Demokratie und Judenbild" trägt den erklärenden Untertitel "Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland".

Natürlich kann Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin, die Frage, was denn Antisemitismus sei, nicht mit einer knappen Definition beantworten. Er unterscheidet vier "Grundphänomene": den christlichen Antijudaismus; den biologistisch argumentierenden Rassenantisemitismus; den sekundären Antisemitismus nach dem Holocaust; den Antizionismus. Dabei interessiert ihn weniger der manifeste Antisemitismus vor allem der extremen Rechten als vielmehr der latente Antisemitismus, der sich in Andeutungen ergeht und auf das Vorverständnis des Publikums setzt. Als ein Beispiel von vielen nennt Benz die Intervention Klaus von Dohnanyis in die Walser-Bubis-Debatte. Um Walser zu unterstützen, hatte der Sozialdemokrat und ehemalige Hamburger Bürgermeister vom "Versuch anderer" geschrieben, "aus unserem Gewissen eigenen Vorteil zu schlagen"; gemeint hatte er: "Die Juden machen aus allem Geld, sogar aus dem schlechten Gewissen der Deutschen" - so brachte es Ignatz Bubis damals auf den Punkt.

Wie weit antijüdische Stereotype auch bei Menschen anzutreffen sind, die den Vorwurf des Antisemitismus mit Entrüstung von sich weisen würden, zeigt Benz an Zuschriften an den Zentralrat der Juden in Deutschland, aber auch an Kommentaren der Mainstream-Medien. Dabei nennt er eine Reihe unterschiedlicher Motive der SchreiberInnen: gekränkten Nationalstolz, Schuldabwehr, "kleinbürgerliche Existenzängste und paranoide Fremdenfurcht". Die Betonung angeblicher jüdischer Privilegien nennt er "Paranoia als Prinzip"; dass sich dabei auch uralte christliche Traditionen als erstaunlich langlebig erweisen, zeigt er am Topos der "alttestamentarischen Rachsucht", das u.a. Oskar Lafontaine in seiner Bild-Kolumne verwendete. Deren Thema, den Nahost-Konflikt, behandelt Benz in dem Kapitel "Wie viel Israel-Kritik ist erlaubt?" Ob "Antizionismus" generell zum "Parameter der Judenfeindschaft" und zum "Schlachtruf gegen Israel" geworden ist, wäre noch zu diskutieren. (vgl. auch ak 476) Zuzustimmen ist dem Autor, wenn er vor einer Israelkritik warnt, die in Judenfeindschaft übergeht: "Erlaubt und selbstverständlich ist die kritische Bewertung jeder Politik, unerlaubt ist aber das Bestreiten des Existenzrechts eines Staates, das mit der Diffamierung seiner Bürger argumentiert."

Nationalstolz, Schuldabwehr, Fremdenfurcht

Im Schlusskapitel "Folgerungen: Was also ist Antisemitismus?" widerspricht Benz monokausalen Erklärungen ebenso wie der These vom "ewigen Antisemitismus". Diese stehe rationaler Auseinandersetzung im Wege: "Die Motive des Ressentiments und der Feindschaft gegen Juden sind aber bei aller gemeinsamen Tradition in der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft unterschiedlich begründet, und die Erkenntnis, dass Judenfeindschaft keine Reaktion auf jüdische Existenz ist, dass vielmehr Juden als Projektionsfläche benutzt werden für Probleme, Ängste, Sorgen der Mehrheit, für patriotische Projekte, zur Stabilisierung des Selbstbewusstseins, zur Erklärung krisenhafter Erscheinungen, zur Zuweisung von Schuld - diese Erkenntnis trägt zur Antwort auf die Frage ‚Was ist Antisemitismus?` entscheidend bei: Judenfeindlichkeit ist zuerst und vor allem anderen ein Symptom für Probleme der Mehrheitsgesellschaft."

Fazit: Wolfgang Benz liefert in seinem Buch eine Menge Belege für das Fortleben des Antisemitismus in Deutschland. Seine unaufgeregte Argumentation und klare Sprache lassen das Buch auch als Einstiegslektüre geeignet erscheinen.

Im Unterschied zu Wolfgang Benz hat Lars Rensmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, ein eher sperriges und streckenweise nicht einfach zu lesendes Buch vorgelegt. "Demokratie und Judenbild" ist die gekürzte und aktualisierte Fassung seiner Dissertation über "Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland". Für die

Buchveröffentlichung hat der Autor die empirische Analyse bis auf das Jahr 2002 ausgedehnt, und das aus gutem Grund: In das Bundestagswahljahr fiel der Versuch der FDP, mit antisemitischen Ressentiments Stimmen zu fischen. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung misslang diese kalkulierte Neuauflage eines politischen Antisemitismus nur teilweise: In NRW, wo die - von Möllemann organisierte und von Westerwelle zumindest tolerierte - Kampagne ihren Schwerpunkt hatte, konnte die FDP 2,1% hinzugewinnen.

Als weitere Belege für "Antisemitismus in öffentlichen Konflikten der ‚Berliner Republik`" (so die Überschrift des 7. Kapitels) zeigt Rensmann die Debatte um Daniel Jonah Goldhagens "willige Vollstrecker"; die öffentliche Auseinandersetzung um Martin Walser ("Moralkeule Auschwitz"), die er treffend als "ersten Antisemitismusstreit" der Berliner Republik bezeichnet; die zehn Jahre dauernde Diskussion um das Berliner Holocaust-Mahnmal; die Debatte um die Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen. Bei der Analyse dieser Kontroversen in der "Mitte" der Gesellschaft lassen sich, so Rensmann, "ansatzweise Grenzverschiebungen des Sagbaren oder Veränderungen im Umgang mit Antisemitismus in der demokratischen politischen Kultur empirisch bestimmen."

Die Behauptung einer "insgesamt gestiegenen politischen Opportunität von antijüdischen Stereotypen", in der sich eine allgemeine "Radikalisierung der Mitte" ausdrücke, erscheint dagegen diskussionsbedürftig. Dass die von vielen als Bedrohung empfundenen gesellschaftlichen Umbrüche "die allgemeine Gelegenheitsstruktur des Antisemitismus als nationale Identitätsfolie und verdinglicht-stereotype Weltdeutung in der politischen Kultur ‚verbessert`" haben, ist zwar plausibel. Offen bleibt, in welchem Umfang die "erfahrenen ‚Krisen` als ‚jüdische Verschwörung` personifiziert" werden. Dass einer solchen "Krisenverarbeitung" entgegengetreten werden kann und muss, räumt Rensmann ein; sein ganz am Ende formuliertes Plädoyer für die "negative Sanktionierung, Skandalisierung und Ausgrenzung von Antisemitismus" wirkt allerdings floskelhaft.

Krise als "jüdische Verschwörung"

Die Stärke des Buches liegt in der wissenschaftlichen Analyse, vor allem im zweiten Teil, der theoretische Modelle über "Motive, Ursachen und Formen zeitgenössischer Judenfeindlichkeit nach dem Holocaust" vorstellt und diskutiert. Als "Typen" des "Post-Holocaust-Antisemitismus" nennt Rensmann "Philosemitismus, Israelfeindschaft, sekundären Antisemitismus und Bagatellisierung des Holocaust". Warum er Philosemitismus als "Antisemitismus unter umgekehrten Vorzeichen" bezeichnet, erklärt er mit der Idealisierung von Juden zu "moralischen Autoritäten", der die konkreten Personen kaum gerecht werden könnten; bei Enttäuschungen der falschen, "übermenschlichen" Erwartungen setze "dann meist der tradierte Antisemitismus ein, der das Ideal sozialpsychologisch umso wütender vom selbst konstruierten Sockel stößt". Das kann geschehen, ob es "meist" geschieht, ist aber ebenso fraglich wie Rensmanns Behauptung einer weitgehenden Deckungsgleichheit von Antizionismus und Antisemitismus.

Die vom Autor angeführten Beispiele für die Dämonisierung Israels (als "Völkermordstaat", das einen "Vernichtungskrieg" führe etc.) und die Verherrlichung von palästinensischen Selbstmordattentätern als "Befreiungskämpfer" stützen zwar den Befund, dass "vermeintliche Kritik an Israel durchaus als Medium von Antisemitismus fungieren" kann; wenn Rensmann Israel generell gegen den Vorwurf des "Staatsterrorismus" in Schutz nimmt, engt er den Rahmen zulässiger Kritik allzu sehr ein. Auch erweckt er den Eindruck, (überzogene) Israel-Kritik sei so gut wie immer Beweis für "sekundären Antisemitismus aus Erinnerungsabwehr". Als dessen Extremform nennt er die "Bagatellisierung des Holocaust", etwa durch die Gleichsetzung Israels mit Nazi-Deutschland.

Dass daran auch deutsche Linke beteiligt waren und sind, ist leider wahr. Auf den 25 Seiten, die Rensmann dem linken Antisemitismus widmet, liefert er dafür reichlich Belege. Gleichzeitig beschuldigt er aber auch allzu sorglos - um nicht zu sagen: verantwortungslos - Israel-KritikerInnen, "antisemitischem Antizionismus" anzuhängen, namentlich die linken PublizistInnen Klaus Holz, Elfriede Müller und Enzo Traverso. Kurz vor Beginn des Irak-Krieges hatten die drei mit ihrem Dossier "Schuld und Erinnerung" in der Jungle World eine erregte Nahost-Debatte ausgelöst. (vgl. ak 469) Den linken AnhängerInnen einer repressiven Politik Israels gegenüber den PalästinenserInnen warfen sie eine "vielleicht gut gemeinte, aber fatale Instrumentalisierung der Shoah" vor: "Sie setzen der antisemitischen Täter-Opfer-Umkehr eine Verabsolutierung des Täter-Opfer-Modells entgegen", schreiben sie weiter und folgerten : "Auschwitz aber taugt nicht als simplifizierende Welterklärungsformel."

Indem Rensmann diese Meinungsäußerung als antisemitisch brandmarkt, verstößt er nicht nur gegen seine eigene Warnung vor der "Gefahr eines inflationären Gebrauchs von ‚Antisemitismus-Kritik`"; er nutzt auch sein - durchaus verdientes - Ansehen als kritischer Wissenschaftler, um eine legitime Position auszugrenzen.

Js.

Wolfgang Benz: Was ist Antisemitismus? C.H. Beck, München 2004, 272 Seiten, 19,90 EUR

Lars Rensmann: Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, 540 Seiten, 44,90 EUR

21. Umworbene Jugend. Putin investiert in Kreml-treue Jugendliche

Autor: Ute Weinmann · Rubrik: Russland · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:31

Wer in Russland unter 30 ist, sich auf Grund fehlender Finanzpolster keinen Urlaub leisten kann und gerne seine Freizeit im Kollektiv verbringt, dem bot sich in diesem Sommer eine reiche Auswahl an Alternativen. Im ganzen Land verstreut, organisierten politische Parteien und Bewegungen Sommercamps für aktive Jugendliche oder solche, die sich nicht allein von der unvermeidlichen Präsenz der einen oder anderen Veranstalter abschrecken lassen. Mit von der Partie waren sowohl Kremltreue als auch Oppositionelle. Der Großteil des für derartige Events ungewohnten medialen Interesses galt allerdings dem Lager der vom Kreml ins Leben gerufenen Demokratischen, antifaschistischen Jugendbewegung NASCHI (die Unsrigen). Mit über 1.000 TeilnehmerInnen und prominenten Gästen aus der Präsidialadministration und der Riege bekannter Polittechnologen scheint sich der Aufwand damit gelohnt zu haben.

Den Jugendlichen wurde in allen Ferienlagern einiges an Disziplin und Durchhaltevermögen abverlangt. Diskussionen, Rollenspiele, PR-Fortbildungen und militärisch-sportliche Ertüchtigung standen praktisch überall auf dem Programm. Allein die inhaltliche Ausrichtung wies spürbare Unterschiede auf. Denn wo beispielsweise die Linke Jugendfront (MLF) - ein Zusammenschluss diverser kommunistischer und teils stalinistischer Jugendorganisationen - einen Schwerpunkt auf marxistische Theorie und die in ferner oder womöglich gar naher Zukunft bevorstehende Revolution setzte, besteht die Aufgabe der Kreml-treuen Jugendorganisation NASCHI ganz abstrakt darin, den Status Quo zu halten. So weit die Theorie.

Erfolglose Verjüngungsspritzen

Noch im vergangenen Jahr bildeten Jugendliche und junge Erwachsene im politischen Alltagsgeschäft eher eine Randerscheinung. Kaum eine politische Partei oder Vereinigung definierte sie als Zielgruppe. Eine Ausnahme bildet die größte unter den Kommunistischen Parteien, die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF). Für sie stellt sich schon seit längerem auf Grund deutlicher Überalterung sowohl der WählerInnenbasis als auch der aktiven Mitglieder das Problem der Nachfolge. Junge Leute gelten in Russland allgemein als apolitisch. Die vom vorherrschenden Verhaltenstyp abweichende Minderheit der "politisch interessierten Jugendlichen" tendiert zu radikalen Ansätzen und schließt sich demnach eher extrem linken Gruppen an oder aber der rechten Szene.

Grundsätzlich hat sich an diesem Phänomen in den vergangenen Monaten zwar kaum etwas geändert, doch die Welle an Massenprotesten in Georgien, Kirgisien und allen voran in der Ukraine haben das gesamte politische Establishment aufschrecken lassen. Das Straßenbild bei den Protesten sah in allen Ländern ähnlich aus: Überall stellten junge Leute den auffälligsten Teil der StatistInnen. Auf einen Schlag mussten Strategien zur effektiven Einbindung einer bislang komplett vernachlässigten Generation in das parteipolitische Kalkül ausgearbeitet werden. Plötzlich wird die Jugend umworben wie noch nie im postsowjetischen Russland.

Doch braucht es andererseits auch die Bereitschaft sich überhaupt werben zu lassen. Dabei spielt sicherlich die veränderte Sozialisation derjenigen eine Rolle, die heute kaum älter als 20 Jahre sind. In den 1990er Jahren unterschied sich die reale Politik gewaltig von dem, wie sie sich heute präsentiert. Unter Präsident Wladimir Putins Vorgänger, Boris Jelzin, wurde privatisiert, Vermögen umverteilt und Politik wurde gleichgesetzt mit dem Agieren einer neuen Kaste von Oligarchen. Erst jetzt wird in Russland unter dem Vorzeichen einer neuen Ordnung überhaupt Politik gemacht. Dabei geht es weniger um tatsächlich stattfindende demokratische Prozesse oder die Unterstützung durch WählerInnen als um einen Imagewechsel. Putin erklärte unlängst bei einem Treffen mit zahlreichen Führungskadern der NASCHI - den so genannten Kommissaren -, sie seien in der Lage auf die reale Lage im Land Einfluss auszuüben. Zwar denkt im Kreml derzeit niemand daran, auch nur einen Bruchteil seiner Macht abzugeben, aber allein das Versprechen soll Glauben machen, die Zeit sei reif für kommende Generationen.

Exportschlager Orange

In zwei Jahren finden in Russland Parlamentswahlen statt und die Polittechnologen im Kreml arbeiten bereits seit letztem Herbst an Konzepten zur Verhinderung ähnlicher Szenarien wie in den Nachbarländern. Die

NASCHI mit ihrem aufgeblähten Apparat sind ein Ergebnis davon. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, Jugendliche bis ins Studentenalter hinein zu beschäftigen und damit eigenständige Aktionen zu unterbinden. Die Masse soll gar nicht erst auf die Idee kommen gegen die herrschende Politik zu demonstrieren. Dennoch wird sich, sollte es auch in Russland nach den Wahlen zu Protesten kommen, die Unzufriedenheit am ehesten auf der Straße entladen. Dem wird durchaus Rechnung getragen. Die AktivistInnen der NASCHI haben längst grünes Licht bekommen für gewalttätige Übergriffe auf oppositionell gestimmte Gruppen, allen voran auf Anhänger der rechtsextremen Nationalbolschewistischen Partei. Selbst bei der Miliz regt sich bereits Unmut, dass sie gegen sanktionierte Schläger der NASCHI, wie unlängst vor einem Büro der KPRF, nicht vorgehen dürfen.

Auch die liberalen Parteien wie Jabloko oder die Union der Rechten Kräfte versuchen sich ein jüngeres Gesicht zu geben, allerdings ohne sichtbare Resultate. Aufstrebende, erfolgreiche HeldInnen wie Mascha Gaidar, die Tochter eines der bis heute unbeliebten Chefprivatisierer Anfang der 1990er Jahre, sind eben nur für die Elite wirklich attraktiv. Im Zuge der bislang gescheiterten Versuche, eine übergreifende Koalition oppositioneller Liberaler ins Leben zu rufen, wurde gar allen ernstes darüber diskutiert, die Nationalbolschewiki als politische Kampfeinheit an der Jugendfront mit aufzunehmen. Denn weder die Jabloko-Jugend noch der Zusammenschluss Oborona (Verteidigung), dem verschiedene oppositionelle Jugendorganisationen angehören, wurden bislang der in sie gesetzten Hoffnungen und Erwartungen gerecht. Geradezu lächerlich wirken solche linkischen Verwertungsversuche der in der Ukraine popularisierten orangenen Symbolik wie bei der Russischen demokratischen Bewegung My (Wir). Auf fast jeder Kundgebung schwenken junge Leute orangene Fahnen mit der in Schwarz gehaltenen Aufschrift MY. Was die Jugendlichen selber wollen, ist indes eine Frage, die man oft gar nicht erst zu stellen braucht, man erhält doch keine befriedigende Antwort.

Ute Weinmann

22. Ein erster Schritt - aber wohin? Der Nahost-Konflikt nach dem Rückzug Israels aus dem Gaza-Streifen

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:37

Die Räumung israelischer Siedlungen im Gaza-Streifen verlief relativ reibungslos. Sharon hat sich durchgesetzt, dagegen haben sich die lautstärksten Wortführer und Fürsprecher der Siedler mit ihrem Verratsgeschrei isoliert. Eine Gesamtlösung des israelisch-palästinensischen Konflikts ist dennoch nicht in Sicht. Vieles spricht dafür, dass auch unter zukünftigen Premierministern eine Art "Sharonismus" ohne Sharon die israelische Politik bestimmen wird.

Der Rückzug Israels aus dem Gazastreifen stellt unabhängig von der Frage nach den Motiven dieser Frontbegradigung einen Fortschritt auf dem Weg zur Befreiung der palästinensischen Gebiete von der Last der Besatzung dar. Allerdings nur einen kleinen. Unter PalästinenserInnen gilt dieser unilateral von Israel beschlossene Schritt als ein Teilsieg, der je nach politischer Couleur als Bestätigung ihrer Überzeugung begriffen wird, dass entweder Israel unter Feuer zu Zugeständnissen gezwungen werden müsse oder aber die unter dem neuen Präsidenten Abbas eingeleiteten Reformen der palästinensischen Autonomiebehörde ein diplomatisches Pfand seien, welches Israel politisch in die Defensive dränge.

Sharon gilt jetzt als moderater Staatsmann

In jedem Fall wird die Evakuierung des Gazastreifens als Präzedenzfall für die zukünftige Räumung auch der Westbank angesehen. Die Forderungen nach der Gründung eines palästinensischen Staates auf den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt sowie einer politischen Lösung des Problems der Flüchtlinge von 1948 sind der Minimalkonsens, hinter den kein palästinensischer Politiker in Verhandlungen mit Israel zurückfallen kann.

Israelische BefürworterInnen des Rückzugsplans haben immer wieder auf die demographische Entwicklung hingewiesen, die eine palästinensische Bevölkerungsmehrheit im historischen Mandatsgebiet Palästina nur noch zu einer Frage der Zeit macht. Das ambivalente Selbstbild Israels als einer jüdischen Demokratie, die zwischen universalen demokratischen Werten und dem Beharren auf einer institutionell verankerten zionistischen "Leitkultur" changiert, wird unweigerlich zerfallen, sobald das israelische Herrschaftssystem durch die demographische Entwicklung zur Apartheid wird.

Hinzu kommen die immensen Kosten für die Aufrechterhaltung der Besatzung sowie der internationale Druck auf Israel, politische Zugeständnisse an die palästinensische Seite zu machen, nachdem diese in zentralen Fragen - wie der Eindämmung der Intifada und einer Reform der Autonomiebehörde - auf israelische Forderungen eingegangen ist. Vor diesem Hintergrund stellt die von Premier Sharon verfolgte Strategie der physischen Trennung Israels von den palästinensischen Bevölkerungszentren (durch Teilräumung und Mauerbau) sowie die anvisierte Gründung eines palästinensischen Rumpfstaates auf etwa 40% der Westbank und möglichst vollständige Erhaltung der jüdischen Siedlungsblöcke im biblischen "Judea und Samaria" einen Versuch dar, die im historischen Zionismus angelegte Ambivalenz aufrecht zu erhalten. Bereits unter Ehud Barak, der gegenwärtig sein politisches Comeback vorbereitet, wurde eine solche Vorgehensweise diskutiert. Viele Beobachter gehen davon aus, die objektiven politischen Rahmenbedingungen versprächen die Fortsetzung des "Sharonismus" auch unter zukünftigen Premierministern.

Gegner dieser Strategie, wie etwa Benjamin Netanjahu, der sich dieser Tage als Kandidat für das Amt des Premiers bei den kommenden Wahlen in Stellung bringt, haben tatsächlich ein Problem: Netanjahus Machtbasis innerhalb des Likud stützt sich auf die national-religiösen Teile der israelischen Bevölkerung, die sich durch ihre teils schrille Opposition gegen den Gaza-Rückzug politisch ins Abseits manövriert haben. Zudem ist der begabte Demagoge durchaus kein ideologisch vernagelter Wirrkopf, sondern ein strategisch denkender Machtpolitiker, der sein ramponiertes Image gerade durch ein von der israelischen Business-Community mit Beifall quittiertes Gastspiel als geschickt und skandalfrei agierender Finanzminister repariert hat. Damit brachte er sich abermals für höhere nationale Weihen in Position. Netanjahu ist ein marktradikaler Globalisierer, der Israel dauerhaft auf der internationalen Bühne etablieren will.

Dieser Anspruch verträgt sich kaum mit dem pseudo-messianisch angehauchten Ethno-Nationalismus der SiedlerInnen und ihrer UnterstützerInnen, die Israel zu einer umkämpften Wagenburg in der Region degradieren würden, die einer Demokratie nur noch sehr entfernt ähnelt. Es bleibt daher abzuwarten, wie Netanjahu in Zukunft agieren wird.

Vor einer dritten Intifada?

In jedem Fall stehen die Zeichen für eine politische Lösung des Konfliktes denkbar schlecht: Die israelische öffentliche Meinung ist seit dem Ausbruch der zweiten Intifada dauerhaft nach rechts gerückt. Wer hätte gedacht, dass der Siedlermäzen und Bulldozer Sharon, der nach eigenen Angaben noch immer den Sieg von 1948 vollenden will, eines Tages als moderater Staatsmann angesehen würde? Auch der als "Sperrwall" titulierte Limes gegen die in Israel weitgehend mit Barbaren assoziierten PalästinenserInnen ist derzeit bis weit in die linksliberale Öffentlichkeit hinein konsensfähig.

Wenn mit Sharon und Peres die alte Garde der israelischen Gründergeneration endgültig abgetreten sein wird, werden Leute wie Barak und Netanjahu in der ersten Reihe stehen. Beide stehen nicht gerade für Verhandlungsgeschick im Umgang mit den PalästinenserInnen. Kein israelischer Politiker hat bislang die Autorität, in der jüdisch-israelischen Öffentlichkeit Veränderungen in der Größenordnung eines Rückzuges aus der Westbank und eines Abbruchs der Mauer durchzusetzen, ohne das Land in einen Bürgerkrieg zu stürzen. Gleichzeitig dürften diejenigen palästinensischen Stimmen Recht haben, die genau solch weitgehende israelische Konzessionen für nötig halten, wenn es nicht eine dritte und dann wohl noch deutlich stärker militarisierte Intifada geben soll; deren Auswirkungen auf die gesamte Region wären nicht abzuschätzen.

Das historische Argument gibt der palästinensischen Seite Recht: Kein koloniales System hat sich auf Dauer gegen den entschlossenen Widerstand der Kolonisierten halten können. Aber der Preis einer fortdauernden Kriegssituation in den besetzten Gebieten ist hoch. Zu hoch auch für die PalästinenserInnen. Die notwendigen internen Reformen, der Aufbau demokratisch legitimierter und handlungsfähiger Institutionen würden dabei auf der Strecke bleiben. Die Warlordisierung der palästinensischen Gebiete und ihre politische Zersplitterung würden voranschreiten, die wirtschaftliche Verelendung würde zementiert. Ohne eine Internationalisierung des Konfliktes wird sich politisch kaum etwas in der Region zum Besseren wenden.

Achim Rohde

23. "Gerechtigkeit heilt - Kampf gegen Straflosigkeit." Aufruf zum Kongress vom 14. bis 16. Oktober 2005 in Bochum

Autor: Knut Rauchfuss · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Asyl- und Migrationspolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:19

Weltweit wird seit der Verhaftung des chilenischen Diktators Augusto Pinochet in London 1998 mit großem Einsatz für eine juristische Aufarbeitung der in der Epoche der Militärdiktaturen begangenen Menschenrechtsverbrechen gestritten. Dabei wurde - und wird - von Menschenrechtsorganisationen und Anwaltsvereinigungen ebenso wie von breiten Teilen der Öffentlichkeit mit großem Trickreichtum, einem hohen Maß an Akribie und viel langem Atem versucht, die Schicksale von Opfern aufzuklären, Überlebende zu rehabilitieren und die TäterInnen ihrer verdienten Strafe zuzuführen.

Der Versuch der gerichtlichen Aufarbeitung von Menschenrechtsverbrechen birgt verschiedene Ansätze der Aufarbeitung von Vergangenheit: Im rein strafrechtlichen Sinn geht es bei der gerichtlichen Verurteilung von Tätern schlichtweg um den Aspekt der Gerechtigkeit, mit dem Ziel, die Schuldigen wie Folterer, Auftragskiller und die politisch Verantwortlichen sowie Kriegsverbrecher ihrer rechtsstaatlichen Strafe zuzuführen.

Im historischen Sinn dient die juristische Verurteilung des Verbrechens einer Neudefinition des moralischen Koordinatensystems der betroffenen Gesellschaften. Überlebende, die in der öffentlichen Wahrnehmung oftmals über Jahrzehnte hinweg nicht als Opfer gesehen, sondern zur gesellschaftlichen Bedrohung umgelogen wurden, erlangen ihren Status als Verfolgte zurück. Und Regierende, Militärs und Polizei - über den gleichen Zeitraum Träger öffentlicher Definitionsgewalt - werden in der prozessbegleitenden öffentlichen Debatte auf ihre Rolle als Verbrecher zurückgeworfen.

Nur zu oft entbehren Opfer politischer Gewalt materieller Fürsorge für die Zeit ihrer Inhaftierung, fallen durch soziale Sicherungssysteme und stehen bis heute unter Berufsverbot oder leiten unter dem Entzug bürgerlicher und politischer Rechte. Von Entschädigungsleistungen für das erlittene Unrecht oder materieller Würdigung widerständiger Aktivitäten ist meist keine Rede. Die juristische Rehabilitierung und eine integrale Entschädigung können dazu beitragen, Lebenssituation von Überlebenden staatlicher Gewalt zu verbessern.

Menschenrechtsorganisationen haben oft beklagt, dass die Straffreiheit von Tätern dazu beiträgt, Menschenrechtsverbrechen ungehemmter begehen zu können. Dabei stützen sie sich ebenso auf Erfahrungen aus der alltäglichen Menschenrechtsarbeit wie auf sozialpsychologische Studien, die eben dies belegen. Die juristische Verurteilung von Tätern wirkt dem entgegen und stellt deshalb einen wesentlichen Schritt der präventiven Menschenrechtsarbeit dar.

Überlebende von Folter leiden vor allem unter der Ohnmacht, die sie während der Verhöre und in der Haft in extremster Weise durchstehen mussten. Der komplette Kontrollverlust in der Foltersituation selbst verlängert sich jedoch über die Haft hinaus in den Alltag, der keinen Platz für eine Wiedererlangung eigener Steuerungsmechanismen und Eingriffsmöglichkeiten bietet, um diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die diese Verbrechen begangen haben.

Neben individuellen Therapieansätzen haben gesellschaftliche Umbrüche mit nachfolgender Demokratisierung jedoch gezeigt, dass Gerechtigkeit heilen kann. Nicht nur diejenigen, die sich unmittelbar als KlägerInnen oder ZeugInnen an Gerichtsverfahren beteiligten, sondern auch Überlebende, die medienvermittelt ihre ehemaligen Folterer später auf der Anklagebank wiedersahen, haben durch die Veränderung ihrer Position erstaunliche Genesungserfolge erfahren. Hierbei spielen vor allem zwei Aspekte eine wesentliche Rolle: Diejenigen, die sich selbst an Sammelklagen beteiligen, verlassen durch diesen Schritt die Opferrolle, in die sie das Erlittene gedrängt hat. Sie werden initiativ, übernehmen erneut Verantwortung bei der Steuerung gesellschaftlicher Prozesse und wehren sich zeitversetzt gegen ihre Wehrlosigkeit in der durchlittenen Situation. Sie werden wieder zu handelnden Subjekten und können damit leichter die erlebten Ausnahmesituationen in die eigene Biografie integrieren. Diejenigen, die sich nicht selbst an Prozessen beteiligen, profitieren indirekt von der Veränderung der gesellschaftlichen Wahrnehmung. Die erfahrene eigene Rehabilitation und die rechtmäßige Kriminalisierung der Täter erleichtern es, sich gegenüber den eigenen schmerzlichen Erfahrungen zu öffnen,

darüber zu reden, u.U. therapeutische Hilfe zu suchen und das Erlittene in die persönliche Biografie zu integrieren.

Die Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum hat sich seit ihrem Bestehen neben praktischer Hilfe stets auch den gesellschaftlichen Dimensionen von Krankheit und Flucht gewidmet. Als sozialmedizinische Menschenrechtsorganisation stellt sie neben der unmittelbaren Behandlung von Flüchtlingen auch den vielschichtigen Komplex von fluchtbedingten Krankheitsursachen in den Kontext ihrer politischen Arbeit.

Im Rahmen der Kampagne "Gerechtigkeit heilt" veranstaltet die Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum in Kooperation mit verschiedenen anderen Organisationen der Menschenrechts- und Flüchtlingsarbeit im Oktober einen internationalen Kongress. Eingeladen sind MenschenrechtsaktivistInnen aus allen Kontinenten, die versuchen Strafprozesse gegen die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen in ihren Ländern oder außerhalb der Landesgrenzen zu eröffnen. Im Rahmen des Kongresses soll die Vielfalt der Erfahrungen aus den unterschiedlichen Ländern und Bewegungen ausgetauscht werden, um für alle TeilnehmerInnen als Inspirationsquelle auf der Suche nach neuen Ideen und Ansätzen zu dienen, die den internationalen Kampf gegen Straflosigkeit in der Zukunft einen weiteren Schritt voran bringen können.

Knut Rauchfuss, Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V.

Kongressprogramm, weitere Informationen und Anmeldung unter www.gerechtigkeit-heilt.de oder unter der Telefonnummer 0234-9041380

24. Chile in guter Verfassung? Schlussstrich unter die Diktaturverbrechen: noch ein Versuch

Autor: Knut Rauchfuss · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:17

Den Überschriften der internationalen Presse zufolge "befreit" sich Chile derzeit, "bricht mit den Hinterlassenschaften" des Militärs; die Verfassung des Landes "verabschiedet" sich von den "Spuren der Diktatur" und "löscht das Erbe Pinochets". Weltweit überschlagen sich KommentatorInnen mit Lob und Zuversicht anlässlich der Verfassungsänderungen, die am 16. August mit breiter Mehrheit die beiden chilenischen Parlamentskammern passierten. Eine in der Tat überfällige Reform - die jedoch keinen Schritt weiter geht als notwendig.

Insgesamt 58 Änderungen enthält der neue Entwurf gegenüber der 1980 von der Diktatur erlassenen Verfassung. Nur 19 Artikel wurden unverändert übernommen. Zu Recht loben die Pressekommentare den damit verbundenen Wegfall einiger antidemokratischer Artikel, die den Fortbestand des autoritären Militärregimes auch nach dem formalen Übergang zu einer zivilen Regierung im Jahr 1990 sicherten.

So wird die neue Verfassung jene knapp 20% der Senatssitze abschaffen, die ohne freie Wahl besetzt wurden. Zu diesen gesetzten Senatoren zählten bislang u. a. die früheren Kommandeure der Streitkräfte und die früheren Präsidenten, denen nach ihrem Ausscheiden ein Senatorenposten auf Lebenszeit zustand. Auf diese Weise hatten sich die Machthaber der Militärdiktatur nicht nur einen fortdauernden politischen Einfluss verschafft, sondern obendrein ihre Immunität abgesichert, was sie vor strafrechtlicher Verfolgung für die zwischen 1973 und 1990 begangenen Verbrechen schützte. Die Straffreiheit für die Menschenrechtsverletzungen der ersten fünf Diktaturjahre wurde zusätzlich durch eine bis heute gültige Amnestieregelung garantiert.

Vorsichtige Entmachtung des Militärs

Der Senatorenposten von Ex-Diktator Pinochet ist allerdings schon seit längerer Zeit leer. Er trat sein Amt nur kurzzeitig an, bevor er es im Jahre 2002 aus taktischen Gründen vorzog, sich der Strafverfolgung durch seinen Rückzug in die geistige Unzurechnungsfähigkeit zu entziehen. Das Militär selbst wird in Zukunft der zivilen Gerichtsbarkeit unterworfen. Bislang war es ehemaligen Militärs vergönnt, auch bei Verbrechen gegen zivile Opfer unter die Zuständigkeit von wohl gesonnenen Militärrichtern zu fallen. So wurden viele Verfahren, so sie überhaupt eröffnet wurden, bald wieder eingestellt.

Mit der Verfassungsreform erhält der Präsident nun einen Teil der Kontrolle über das Militär zurück. Bis dato wurden die Spitzen der Teilstreitkräfte vom Nationalen Sicherheitsrat ernannt oder abgesetzt, dem wiederum die Militärführung selbst angehört. Der Nationale Sicherheitsrat, über den das Militär nach 1990 den Fortbestand seiner Macht über die zivile Politik sicherte, wird zwar nicht abgeschafft, aber in seinen Kompetenzen beschnitten. Konnte er bislang noch den Präsidenten vorladen und mit der Mehrheit des Militärs über die Verhängung des Ausnahmezustandes entscheiden, so wird er dank der neuen Verfassung auf den Status einer Beratungsinstitution zurückgestuft, die nicht länger durch die Kommandierenden der Streitkräfte einberufen werden darf.

Fünf Jahre hatten die Verhandlungen um die Verfassungsreform gedauert, auf die sich das regierende Bündnis der "Concertación" mit den rechten Oppositionsparteien verständigen musste, um die erforderlichen Mehrheiten zu erreichen. Das jetzige Ergebnis ist insofern kleinster gemeinsamer Nenner der beiden parlamentarischen Lager. Weite Teile der außerparlamentarischen Forderungen an eine demokratische Verfassung blieben unberücksichtigt. Jede Euphorie verbietet sich daher. Im Gegenteil, wenn Präsident Lagos "das Ende der Übergangsperiode" von der Diktatur zur Demokratie herbeihalluziniert und verkündet, nun sei "die Verfassung mit Chile wieder in Einklang gebracht worden", müssen sich all jene Sorgen machen, die für den wirklichen Übergang zu einer demokratischen Gesellschaft eintreten.

So wenig Aufarbeitung wie möglich

Folgerichtig protestierten während der Verabschiedung der Reform im Parlament rund 50 Angehörige des Linksbündnisses "Juntos Podemos" und der Kommunistischen Partei für eine weitergehende Verfassungsreform, die die Abschaffung des binominalen Wahlsystems ebenso umfasst, wie die Anerkennung

der indigenen Bevölkerung und ihrer Rechte. "Juntos Podemos", das bei den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr rund 9% der Stimmen erhielt, ist vom Wahlsystem ebenso negativ betroffen wie die KP. Nach diesem System werden in jedem der 60 Wahlkreise des Landes zwei Abgeordnete mit den jeweils höchsten Stimmanteilen gewählt - in der Regel je ein Mandat für Regierung und Opposition. Auf diese Weise entsteht im Parlament eine strukturelle Pattsituation zwischen Regierungs- und Oppositionsbündnis, mit nur dünnen Mehrheiten. Kleinere Parteien müssen über lokale Hochburgen verfügen, um überhaupt im Parlament vertreten sein zu können. Vor allem die sozialen Basisbewegungen sehen die neue Verfassung außerdem als bloß kosmetische Korrektur unter Fortschreibung des neoliberalen Modells.

Bereits in der Vergangenheit wurde immer gerade so viel Aufarbeitung der Diktatur oder Rücknahme obrigkeitsstaatlicher Kontrolle zugelassen, wie ohne eine grundsätzliche Infragestellung der ökonomischen und sozialen Erblast der Militärdiktatur möglich war. Anlässlich des vom Präsidenten jetzt proklamierten "Endes der Übergangsperiode", fürchten Menschenrechtsorganisationen deshalb jetzt, dass die Verfassungsreform wieder eine Debatte um "Normalisierung" und "Versöhnung" der chilenischen Gesellschaft und einen damit verbundenen Schlussstrich unter die Vergangenheit nach sich ziehen könnte. In diesem Licht wirken die euphorischen Worte des Präsidenten auf all jene, die für eine konsequente Demokratisierung - einschließlich der strafrechtlichen Verfolgung der während der Militärdiktatur begangenen Verbrechen - kämpfen, als offene Drohung.

Versuche, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, hat es in den 15 Jahren seit dem formalen Ende der Militärherrschaft in Chile bereits mehrere gegeben. Im Sommer 2003 waren die Verantwortlichen für die Verbrechen der Militärdiktatur erheblich unter Druck geraten. Die Mechanismen, mit denen sie ihre Straffreiheit strukturell sichern wollten, begannen seit 1999 zu bröckeln. So war es in den Jahren nach der Verhaftung von Pinochet in London auch in Chile zu einer Fülle von Anzeigen gegen den Ex-Diktator und die übrigen Diktaturschergen gekommen. Während Pinochet selbst, dessen Immunität als Ex-Präsident bis heute in vier Fällen aufgehoben wurde, sich den Strafprozessen noch entziehen konnte, indem er sich für altersschwachsinnig erklären ließ, wurden gegen eine Reihe weiterer Militärs Prozesse eröffnet, Hausarreste verhängt und verschiedentlich auch Inhaftierungen vorgenommen. Zwar ist das Ergebnis bis heute inakzeptabel gering, doch die alten Herrschaftseliten der Militärdiktatur fühlten sich dennoch unter erheblichen Druck gesetzt. Die Dämme der Straflosigkeit, allen voran die noch zu Diktaturzeiten erlassene Selbstamnestierung des Militärs, waren rissig und für einzelne Anklagen durchlässig geworden, seit MenschenrechtsanwältInnen die Fälle der in Polizeihaft Verschwundenen als noch immer fortdauernde "Entführungsverbrechen" zur Anzeige brachten.

Seither haben die Verbrecher der Diktatur und ihre politischen UnterstützerInnen immer neue Versuche unternommen, um die Verschwundenen für tot zu erklären und die Akten schließen zu lassen. Mit falschen Listen über Todeszeitpunkte und -orte, scheinbaren Schuldeingeständnissen über geheime Exhumierungen, öffentlichen Demokratiebekenntnissen und moralischen Verurteilungen von Menschenrechtsverletzungen versuchten sich die Militärs der Anklagen wegen Entführung von Oppositionellen zu entledigen. Die Nachfolgepartei der Diktatur, UDI, nahm gar direkten Kontakt mit Angehörigen von Verschwundenen auf, um ihnen im Mai 2003 öffentlich staatliche Entschädigungen anzubieten. Zeitgleich mit den Entschädigungsangeboten forderte die UDI jedoch die Beendigung von Strafprozessen und gerichtlichen Untersuchungsverfahren innerhalb einer festgeschriebenen Zeit. In Kombination mit den Selbstbezichtigungen sollte es so ein Leichtes sein, die Verschwundenen für tot erklären zu lassen und damit die Täter wieder in den Genuss der Amnestie zu bringen.

Die unter Zugzwang geratene Regierungskoalition reagierte mit einem Entschädigungsprogramm. Die von Präsident Lagos einberufene "Nationale Kommission für politische Haft und Folter" nahm im November 2003 ihre Arbeit auf und legte etwa ein Jahr später ihren Abschlussbericht vor. Die nach ihrem Vorsitzenden benannte "Valech-Kommission" hatte die Aufgabe, sechs Monate lang Material und Zeugenaussagen zusammenzutragen und auf dieser Basis einen Vorschlag für ein Entschädigungsverfahren zu erarbeiten. Der "Valech-Bericht" enthält rund 35.000 Zeugenaussagen ehemaliger politischer Gefangener, die in mehr als 1.100 geheimen Haftzentren landesweit gefoltert wurden. 80% der angehörten ZeugInnen wurden als entschädigungsberechtigt anerkannt. Als Entschädigung erhalten sie nun eine Monatsrente von umgerechnet 195 US-Dollar, Krankenversorgung und ein kostenloses Studium. Der Bericht wurde veröffentlicht und stellt ein bedeutendes Dokument zur historischen Aufarbeitung der Diktaturverbrechen an politischen Gefangenen dar.

Namen der Täter auf 50 Jahre unter Verschluss

Gleichwohl kritisieren Menschenrechtsorganisationen vehement das begrenzte zeitliche Mandat der Kommission, das es für schätzungsweise ein Drittel der Überlebenden unmöglich machte, ihre Zeugenaussage abzugeben und Entschädigung zu beantragen. Auch wurden ca. 1.000 Kinder, die seinerzeit mit ihren Eltern festgenommen und teilweise vor deren Augen gefoltert worden waren, nicht oder nur indirekt erfasst. Diese Überlebenden haben sich nach Vorlage des "Valech-Berichtes" zu einer eigenen Organisation zusammengeschlossen, um nun ebenfalls Entschädigung für das Erlittene zu fordern. Juana Aguilera Jaramillo von der Ethischen Kommission gegen Folter (CECT) weist außerdem darauf hin, dass gerade in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre Menschenrechtsverletzungen immer seltener im Rahmen formal-regulärer Haftstrafen stattfanden. "Diese Überlebenden berücksichtigt der Valech-Bericht ebenfalls nicht", kritisiert sie und fordert eine Ausweitung des Mandats.

Die schärfste Kritik aller Menschenrechtsorganisationen richtet sich jedoch gegen die staatliche Verfügung, wonach die der Valech-Kommission bekannt gewordenen Zeugenaussagen anonymisiert wurden und die Namen der Täter auf 50 Jahre geheim gehalten werden. Auf diese Weise ist der Bericht nicht für die strafrechtliche Verfolgung der Verbrechen nutzbar: Die Straflosigkeit dauert trotz detaillierter Dokumentation der Verbrechen auch 32 Jahre nach dem Militärputsch an.

MenschenrechtsaktivistInnen lassen nicht locker

Und je mehr Zeit vergeht, desto weniger Täter werden noch zur Rechenschaft gezogen werden können. Die Regierung Lagos spielt mit diesem Faktor Zeit und hofft auf "Normalisierung". So attestierte der Präsident der Entschädigungskommission, sie habe "die notwendige Harmonie zwischen der Gesellschaft und ihrem Militär wieder hergestellt". Die Entschädigungsmaßnahmen dienten dazu "die Wunden zu heilen und nicht, sie wieder zu eröffnen".

Wer die Aufarbeitung der Vergangenheit aus dieser Perspektive beurteilt, wird auch verfassungsrechtliche Demokratisierungen immer nur so weit voran treiben, wie sie die realen Herrschaftsverhältnisse und die Straflosigkeit der Diktaturverbrechen nicht wirklich in Frage stellen. Die chilenischen Menschenrechtsorganisationen jedoch lassen nicht locker. Täglich werden neue Klagen vorbereitet, jüngst eine gegen JournalistInnen, die seinerzeit willfährig die Propagandalügen der Diktatur publizierten.

Und auch Ex-Diktator Pinochet ist noch nicht wirklich sicher. MenschenrechtsaktivistInnen aus aller Welt rufen den Obersten Gerichtshof Chiles in einer Petition auf, die Verhandlungsfähigkeit des agilen Ex-Tyrannen neu zu prüfen.

Knut Rauchfuss

25. Nach dem Tsunami endlich Aussicht auf Frieden. In der indonesischen Provinz Aceh startet ein neuer Friedensprozess

Autor: Vo · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:15

Die indonesische Provinz Aceh wurde weltweit bekannt, als am Zweiten Weihnachtstag des letzten Jahres ein verheerender Tsunami den Indischen Ozean heimsuchte und Aceh zur am schwersten betroffenen Region wurde. Hier starben mehr als 130.000 Menschen. Vorher war Aceh nur Wenigen außerhalb Indonesiens ein Begriff, und das, obgleich hier seit Jahrzehnten ein verlustreicher innerstaatlicher Krieg ausgetragen wurde. Dieser Konflikt zwischen der indonesischen Zentralregierung und einer separatistischen Guerilla gehörte zu den zahlreichen "vergessenen Kriegen" unserer Zeit. Im Gefolge des Tsunamis und der gesteigerten internationalen Aufmerksamkeit kam es in den letzten Monaten zu Bemühungen um eine Lösung des Konflikts, die am 15. August im Abschluss eines Friedensvertrags mündeten.

Trotz angebrachter Skepsis angesichts mehrerer vorangegangener Ansätze zu einer friedlichen Lösung, die allesamt scheiterten, scheinen die Aussichten auf einen dauerhaften Frieden diesmal nicht schlecht zu stehen. In Aceh wird seit 1976 Krieg geführt. Es bekämpfen sich die Streitkräfte der indonesischen Zentralregierung und die Kämpfer der GAM (Gerakan Aceh Merdeka), der Bewegung Freies Aceh. Der Krieg hat tief in der Geschichte verwurzelte Ursachen. Aceh, westlichste Provinz Indonesiens, gelegen an der nordwestlichen Spitze Sumatras, war seit dem 13. Jahrhundert ein unabhängiges Sultanat und wurde erst am Ende des 19. Jahrhunderts nach einem blutigen Kolonialkrieg Niederländisch-Ostindien einverleibt. Nachdem die Republik Indonesien 1949 unabhängig geworden war, erhofften sich die politischen Eliten Acehs ein hohes Maß an Autonomie innerhalb des jungen Staates. Doch wurde alle politische und wirtschaftliche Macht auf Java konzentriert und Aceh wurde marginalisiert. Das führte zu anti-indonesischen Ressentiments und seit den 1950er Jahren bereits zu separatistischen Unruhen unter den rund vier Millionen AcehnesInnen, die sich kulturell vom Rest der indonesischen Bevölkerung markant unterscheiden, insbesondere durch eine eigene islamische Tradition, die vom sonst in Indonesien mehrheitlich praktizierten Islam abweicht.

Nicht zuletzt geht es in diesem Krieg aber auch um die materiellen Reichtümer der Region. In Aceh finden sich immense Erdgas- und Erdölvorkommen. Diese natürlichen Ressourcen wurden von der indonesisch-javanischen Elite zur eigenen Bereicherung im Verein mit ausländischen Multinationalen Konzernen, allen voran Exxon-Mobil, ausgebeutet. Den Menschen in Aceh brachte der Ressourcenreichtum ihrer Heimat (so gut wie) nichts. Nur etwa fünf Prozent der Erträge blieben in Aceh. Aceh war eine vernachlässigte, unterentwickelte Region, unterdrückt und ausbeutet durch die indonesische Suharto-Diktatur. Angesichts der Unmöglichkeit, an diesen Zuständen mit friedlichen Mitteln etwas zu verändern, militarisierte sich der acehnesische Widerstand. 1976 bildete sich mit der GAM eine bewaffnete Sezessionsbewegung, die die Unabhängigkeit Acehs erkämpfen wollte. Für die indonesische Zentralregierung ein willkommener Anlass zur Verschärfung der Repression. Insbesondere die indonesischen Streitkräfte (TNI - Tentara Nasional Indonesia) sind seither an der Perpetuierung eines Krieges niedriger Intensität interessiert. So lassen sie sich z.B. den Schutz der Erdgasförderanlagen und Pipelines von den multinationalen Konzernen mit viel Geld bezahlen.

Selbstverständlich war dieser Krieg - wie jeder andere auch - mit massiven Menschenrechtsverletzungen, Vertreibungen, Massakern und kriminellen Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung verbunden. Die GAM konnte angesichts des brutalen Vorgehens der indonesischen Truppen Sympathien in großen Teilen der acehnesischen Bevölkerung gewinnen. Auch wenn sie nicht in der Lage war, den Gegner militärisch ernsthaft in Bedrängnis zu bringen, so konnte sie im unwegsamen Landesinneren der Provinz dauerhaft befreite Gebiete etablieren, in denen sie die Verwaltung übernahm. Ein besonders wirksames Mittel der Kriegführung waren Anschläge auf Öl- und Erdgaspipelines, die Exxon-Mobil zeitweise zur Einstellung der Förderung zwangen. Die verlustreichste Phase des Krieges war die Zeit zwischen 1989 und 1998, als die Zentralregierung Aceh zum "Militärischen Operationsgebiet" erklärte und die TNI völlig ungezügelt in der Provinz wüten konnten. Mehr als 12.000 Menschen, zum allergrößten Teil unbewaffnete ZivilistInnen, wurden in dieser Periode getötet.

Kampf für die Unabhängigkeit

Nach dem Ende der Suharto-Diktatur wurde 1998 das Kriegsrecht in Aceh aufgehoben und es kamen - zögerlich - Bemühungen um eine politische Lösung in Gang. Erster Höhepunkt war die Unterzeichnung eines vom Henri Dunant - Zentrum in Genf vermittelten Abkommens über eine "humanitäre Pause in Aceh" im Mai 2000. Diese "Pause" brachte aber nach anfänglicher tatsächlicher Zurückhaltung der Konfliktparteien keine wirkliche Beruhigung der Lage. Vielmehr eskalierten die Kampfhandlungen gegen Ende 2000 wieder auf das Niveau von vor dem Abkommen. Die Gewährung einer "Sonderautonomie" für Aceh im Juli 2001 half nichts; die GAM forderte weiter ein international überwachtes Referendum über die vollständige Unabhängigkeit.

Zweiter Höhepunkt war eine Vereinbarung über die Einstellung der Kampfhandlungen im Dezember 2002. Nach wechselseitigen Vorwürfen, wesentliche Punkte des Abkommens zu verletzen, brach der damalige Friedensprozess allerdings im Mai 2003 zusammen. Am 19. Mai 2003 wurde erneut das Kriegsrecht über Aceh verhängt und es kam zu einer massiven Offensive gegen die GAM. Erneut starben und "verschwanden" Tausende, Zehntausende wurden vertrieben oder flüchteten; Folter, Vergewaltigung und Inhaftierung ohne Prozess waren an der Tagesordnung.

Dann kam der Tsunami des 26. Dezember 2004 und in seinem Gefolge kamen Tausende von ausländischen HelferInnen. Die bis dahin hermetisch von der Außenwelt abgeschottete Provinz musste mithin geöffnet werden. Der verborgene Krieg kam ans Licht. Die ausländischen Geber, die Milliardensummen für den Wiederaufbau bereit stellten, äußerten sich besorgt, dass der anhaltende Gewaltkonflikt den Wiederaufbau behindern könnte. Die indonesische Zentralregierung kam unter massiven Druck, nach einer friedlichen Lösung zu suchen. Und auf der anderen Seite zeigte sich auch die GAM angesichts des unermesslichen Leids, das über ihre eigenen Leute gekommen war, gesprächsbereit.

So fanden sich die Konfliktparteien bald nach der Tsunami-Katastrophe im Januar 2005 unter finnischer Vermittlung in Helsinki zu Verhandlungen zusammen. Als Geste guten Willens befahl Präsident Susilo Yudhoyono am 20. Juli den TNI die Einstellung aller Operationen gegen die GAM. Es war klar, dass die Maximalforderung der GAM nach Unabhängigkeit nicht verhandelbar war, sie wurde von der GAM zu Gunsten der Forderung nach weitgehender Autonomie aufgegeben. Dennoch blieben einige kritische Punkte, in denen nur schwer Übereinkunft zu erzielen war.

Das am 15. August in Helsinki unterzeichnete "Memorandum of Understanding between the Government of the Republic of Indonesia and the Free Aceh Movement" bietet Lösungen der strittigen Punkte - zumindest auf dem Papier. Kampfhandlungen werden mit sofortiger Wirkung eingestellt. Die GAM stimmt der Entwaffnung und Demobilisierung ihrer ca. 3.000 KämpferInnen zu. Dieser Prozess soll am 15. September beginnen und bis zum 31. Dezember 2005 abgeschlossen sein. Die TNI und die indonesische Polizei ziehen den Großteil ihrer Kräfte aus Aceh parallel zur Entwaffnung und Demobilisierung der GAM ab. Das betrifft alle "nicht-organischen" Einheiten; es verbleiben lediglich die "organischen" Kräfte, d.h. jene, die auch in Friedenszeiten normaler Weise in Aceh stationiert wären. Alle KämpferInnen und Gefangenen GAM-Mitglieder kommen in den Genuss einer Amnestie. Als Starthilfen für die Reintegration ins zivile Leben soll ihnen Ackerland zur Verfügung gestellt werden. Auch Zivilpersonen, die durch den Krieg Verluste erlitten haben, sollen entschädigt werden.

Tsunami als Wendepunkt?

Das Recht auf Bildung acehnesischer Regionalparteien, aus Furcht vor Separatismus sonst verboten, wird eingeräumt, d.h. die GAM kann sich nach erfolgter Demilitarisierung zur legalen politischen Partei umformieren. Im April 2006 soll es Wahlen in Aceh geben, und zwar unter internationaler Beobachtung. Aceh bekommt weitgehende Autonomie im Rahmen des indonesischen Staatsverbands und auf Basis der indonesischen Verfassung. Künftig sollen 70 Prozent der in Aceh generierten Ressourceneinkünfte in der Provinz verbleiben. Eine Wahrheits- und Versöhnungskommission zur Aufarbeitung der im Verlaufe des Krieges begangenen Verbrechen wird gebildet. Zur Überwachung der Durchführung der Maßnahmen des Abkommens wird eine internationale Beobachtertruppe in Aceh stationiert, die Aceh Monitoring Mission (AMM). Entsender sind die EU und die Regionalorganisation ASEAN. Der unbewaffneten Beobachtertruppe werden weitgehende Befugnisse in Aceh eingeräumt.

Unter dem Strich hat die GAM relativ viel erreicht. Ihr Führer Malik Mahmood erklärte, dass endlich Gerechtigkeit für das Volk von Aceh hergestellt sei und dass auf der Basis von Gerechtigkeit nun auch ein dauerhafter Frieden möglich sei. Gegenwärtig verläuft die Umsetzung des Abkommens in der Tat viel versprechend. Die inhaftierten GAM-KämpferInnen wurden aus indonesischen Gefängnissen entlassen. Die TNI haben vorfristig mit dem Truppenrückzug begonnen.

Dennoch bleiben Fragezeichen. Es sei daran erinnert, dass zentrale Punkte des jetzigen Abkommens schon früher einmal vereinbart worden waren, aber dann nicht implementiert wurden. Das Misstrauen bei den AcehnesInnen sitzt angesichts früheren Verrats seitens der indonesischen Regierung und Streitkräfte tief. Es bleibt z.B. abzuwarten, ob die indonesische Regierung sich tatsächlich und überprüfbar an die Abmachung hält, 70 Prozent der Ressourceneinkommen der Provinz zu überlassen. Ebenso bleibt abzuwarten, ob die AMM tatsächlich ausreichend Bewegungsspielraum erhält, um die Einhaltung des Abkommens wirksam zu überwachen. Reichlich vage ist auch die Formel von den "organischen" Sicherheitskräften, die in Aceh verbleiben dürfen. Darüber, was das "organische" Maß ist, lässt sich trefflich streiten. Schon jetzt gibt es unterschiedliche "Interpretationen" der die Entmilitarisierung betreffenden Passagen des Abkommens.

Gerechtigkeit und Frieden

In weiten Kreisen der indonesischen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Elite ist das Abkommen nicht besonders beliebt. Dort ist man der Ansicht, der Präsident habe den Separatisten zu große Zugeständnisse gemacht. Am meisten zu verlieren in einem Frieden haben die indonesischen Streitkräfte. Sie würden eine höchst lukrative Einnahmequelle verlieren. Und da sie nach wie vor eine eigenständige Macht in Indonesien sind, haben sie vielfältige Möglichkeiten, den Friedensprozess zu sabotieren. Sie können dabei auf TNI-abhängige Milizen, welche sich bereits in Ost-Timor "bewährt" haben, bauen. Denn schon bei der Sabotage der früheren Abkommen von 2000 und 2002 hatte sich das Militär der von ihm ausgebildeten und ausgerüsteten Milizen bedient. Nachdem man - so die Sicht der indonesischen Militärs und politischen Elite - schon Ost-Timor verloren hat, brät man nun auch noch Aceh eine Extrawurst. Und womöglich kommt als nächstes West-Papua ... In der Tat: Auch am Aceh entgegengesetzten Ende des indonesischen Inselstaats, in der östlichsten Provinz West-Papua, gibt es eine Unabhängigkeitsbewegung, deren bewaffneter Arm, die OPM (Organisasi Papua Merdeka), seit den 1960er Jahren einen Krieg niedriger Intensität gegen die indonesischen Truppen führt. Die UnabhängigkeitskämpferInnen dort dürften die jüngsten Entwicklungen in Sachen Aceh mit Interesse beobachten. In Aceh jedenfalls werden die nächsten Wochen und Monate bis zum Jahresende, in denen Entwaffnung der GAM und Abzug der TNI vollzogen werden sollen, über Erfolg oder Misserfolg des Friedensprozesses entscheiden.

Vo

26. New Orleans heißt jetzt "Lake George". Hurrikan Katrina und die Vorgeschichte

Autor: Max Böhnel, New York · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:24

Im Schnelldurchlauf erhält die schockierte amerikanische Bevölkerung derzeit mit Hilfe der Massenmedien eine Lektion in Sachen Rassismus, Sozialkunde, Geographie und Innenpolitik. Doch die "Spinmaster" der Bush-Regierung stehen längst in den Startlöchern, um dem nackten Kaiser wieder zu seinen Kleidern zu verhelfen.

Der gigantische "Superdome" in New Orleans - jener verfluchte Zufluchtsort für fast 30.000 Menschen, in dem sie fünf Tage lang vom US-Katastrophenschutz vergessen in den eigenen Fäkalien ausharren mussten - wird wahrscheinlich abgerissen. Wer sich jetzt nicht freiwillig aus der Stadt entfernt, wird mit Gewalt evakuiert. Das Wasser, das die Suppenschüssel New Orleans bis zu sechs Meter tief füllte, läuft langsam wieder ab, doch die Stadt ist "völlig zerstört". Suchteams müssen sich vor den tödlichen E.Colibri-Bakterien hüten. Die abfließende Brühe wird in der kommenden Zeit Bilder preisgeben, die "Amerika erneut wachrütteln". Der Chef des Katastrophenschutzes FEMA (Federal Emergency Management Agency) hatte das Heimatschutzministerium erstmals um die Genehmigung zur Entsendung von Katastrophenhelfern gebeten, als "Katrina" seit fünf Stunden im Landesinneren wütete. Und die Mutter von Präsident und Nation, Barbara Bush, meint in einer Flutopferunterkunft in Texas jovial, "viele Leute hier waren sowieso unterprivilegiert, das fügt sich deshalb ganz gut für sie".

Dies sind nur einige und nicht unbedingt die aussagekräftigsten Nachrichten, die die amerikanische Öffentlichkeit eine Woche "danach" erschüttern. Sie zeigen den Kaiser, die amerikanische Gesellschaft und die Funktionsmechanismen ihrer Regierung, ohne Kleider. Selbst denjenigen Amerikanern, die keine Zeitung lesen und Internet und Fernsehen ausschließlich zur Unterhaltung nutzen, ist an den gestiegenen Benzinpreisen schmerzhaft aufgefallen, dass etwas nicht stimmt.

Das System habe versagt, heißt es unverblümt in dem Kommentarspalten selbst rechter, Bush-freundlicher Zeitungen. Wenn dies so sei, "ohne dass es einen Feind gab, wie wird es dann erst im Fall eines großen Terroranschlags sein", fragte die Republikaner-Senatorin Susan Collins, die die "Katrina"-Ermittlungen im Senatsausschuss für Regierungsangelegenheiten vorbereitet. Ihr Kollege, der Demokrat Joe Lieberman, versprach, darin "Fragen zu stellen, wie wir sie nach dem 11. September 2001 gestellt haben".

Der Vergleich von katastrophalen Ereignissen wie "Katrina" mit "9/11" galt bisher allenfalls bei "Pearl Harbour" als legitim, ansonsten aber tabu. Jetzt stört er kaum noch jemanden. Und wenn die abfließenden Wassermassen tatsächlich tausende von Leichen zutage treten lassen - wie der Bürgermeister von New Orleans, Ray Nagin, befürchtet - und für die entsprechende Bilderflut in den Medien sorgen, dann könnte "9/11" als identitätsstiftendes Moment und Propagandainstrument für den "Antiterrorkrieg" zumindest zeitweise in den Hintergrund treten. Die Gedenkfeiern am diesjährigen 11. September dürften im Ausmaß und an Intensität jedenfalls weit unter dem liegen, was an den drei Jahrestagen davor stattfand.

"Sowieso unterprivilegiert, passt schon"

Das Problem liegt auf der Hand: Weshalb versagte das Krisenmanagement knapp vier Jahre nach "9/11" in der "größten Naturkatastrophe der amerikanischen Geschichte", warum wurden dadurch tausende von Menschen zu Opfern, warum ist New Orleans trotz aller Warnungen in den Jahren zuvor untergegangen, wie konnten die Behörden "Katrina" zum Schandmal Amerikas werden lassen ?

"Cutbacks and bureaucratic downgrading" - drastisches Einsparen und Zurückfahren der Bürokratie - lautete die Antwort in der Los Angeles Times auf die Frage, weshalb beispielsweise das Kreuzfahrtschiff U.S.S.Bataan, das zeitgleich mit "Katrinas" Wüten zu Lande mit sechs Operationssälen, hunderten von Patientenbetten und der Kapazität, täglich eine Viertelmillion Liter Wasser zu produzieren, vor der US-Golfküste lag, ohne um Hilfe angefragt zu werden. Die "merkwürdige bürokratische Lähmung" (so Newsweek) des US-Katastrophenschutzes FEMA ging der Zeitung zufolge auf eine Entscheidung Washingtons im Gefolge von "9/11" zurück. FEMA hatte davor relativ zuverlässig in Katastrophenfällen Nahrungsmittel, Wasser, Notunterkünfte und Medizin geliefert, war schnell eingesprungen, als es um den

Wiederaufbau von zerstörter Infrastruktur ging, und hatte, ähnlich wie eine Privatversicherung, Sicherheitsstandards festgelegt und Kommunen und Bundesstaaten mit Präventivplänen für den Katastrophenfall versorgt. Doch nach "9/11" verlor FEMA ihren Status als eigenständiges Ministerium und wurde im Jahr 2003 dem riesigen "Department of Homeland Security" untergeordnet. Es folgten Haushaltskürzungen, die Abschaffung und Verkleinerung wichtiger Kompetenzbereiche sowie, so die Los Angeles Times, ein "Exodus erfahrener Mitarbeiter". Die Behörde wurde um 500 auf gerade 4.735 Mitarbeiter zwangsgeschrumpft. Aus drei Abteilungen, die für Notfälle zuständig waren, wurden zwei. Außerdem ordnete Washington an, drei Viertel des FEMA-Haushalts für örtliche Katastrophenprävention müssten in "Antiterror-Maßnahmen" gehen.

Der vor wenigen Monaten ernannte Chef des Heimatschutzministeriums Michael Chertoff gab am Wochenende in Interviews sogar zu, Washington sei auf den Orkan unzureichend vorbereitet gewesen. Doch gleichzeitig schob er die Verantwortung auf dessen Ausmaß, und - die Krisenbewältigung in erster Linie bei einzelstaatlichen und lokalen Behörden. Die Bundesbehörde reagiere gemäß ihrem Auftrag im Falle von Naturkatastrophen erst auf Anfrage und unterstütze dann die örtlichen Kräfte. Dass die Crux in der Tat im Spannungsverhältnis zwischen Bundes- und einzelstaatlichen Behörden liegt, unterstrich auch Gesundheitsminister Mike Leavitt. Er gestand auf Journalistenfragen ein, die lang anhaltende Überschwemmung der amerikanischen Golfküste könne zu einer ernsthaften Gesundheitskrise größeren Ausmaßes führen. Doch die Frage, ob vor "Katrina" Mitarbeiter seines Amtes in den Süden entsandt worden seien, verneinte und rechtfertigte Leavitt mit der Begründung, die Bundesbehörden seien qua Gesetz zu einem Adhoc-Ansatz gezwungen: "We are organizing them ... as we go" - wir fangen an zu organisieren, wenn's losgeht.

Katastrophe als logisches Resultat von Marktideologie

Die Ableitung solcher Worte aus den zurückliegenden Jahrzehnten US-amerikanischer Geschichte liegt auf der Hand. Spätestens seit den "Cutbacks" sozialstaatlicher Standards in der Reagan-Ära der 80er Jahre und der neoliberalen Philosophie, der Staat ("big government") müsse sich schrittweise von der "sozialistischen" Kontrolle sich angeblich selbst regulierender Marktkräfte zurückziehen, ist die "Verantwortung" der "Kommunen" in den Vordergrund gerückt. Der linke Kolumnist Robert Scheer schrieb in einem aktuellen Beitrag für "The Nation" dazu, die Katastrophe sei "das Resultat eines Feldzugs der meisten Republikaner und allzu vieler Demokraten, die Rolle einer Zentralregierung im amerikanischen Leben systematisch zu verteufeln. Manipulative Politiker haben Weiße aus der Unter- und Mittelschicht davon überzeugt, dass deren wirtschaftliche und soziale Härten von einer ‚quasi-sozialistischen` Regierungspolitik herrühren, die nur armen braun- und schwarzhäutigen Menschen helfe - und das, während gleichzeitig die Profite der Konzerne und die Gehälter von Vorstandschefs in die Höhe schnellen".

Angestellte der Washingtoner Umweltbehörde EPA haben laut Scheer - ob aus Ironie oder aus Loyalität gegenüber ihrem Brötchengeber, lässt er dahingestellt - deshalb den Vorschlag gemacht, das überschwemmte New Orleans einfach umzubenennen in "Lake George".

Max Böhnel, New York

27. Tagebuch aus New Orleans

Autor: Jordan Flaherty · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:27

Die Notizen von Jordan Flaherty, der, wie er sagt, zu den "Glücklichen" in New Orleans gehörte, werfen ein Spotlight auf die "Woche des Desasters". Wir veröffentlichen sie in einer stark gekürzten Fassung.

Samstag, 27. August. Ich bin in New Orleans und dieses Wort "Hurrikan" rückt näher. Ich habe nicht vor, die Stadt zu verlassen. Weil ich kein Auto habe und alle Flüge und Mietwagen ausgebucht sind. Weil die letzten zwei Hurrikan-Alarme letztlich falsche Medien-Alarme waren. Weil ich eine solide Wohnung im zweiten Stock habe und Vorräte, Wasser, Taschenlampen. Weil es keinen wirklichen Evakuierungsplan gibt.

Sonntag, 28. August. Während der Sturm näher kommt, rufen ständig Leute an. "Wo wirst du bleiben?" "Was ist mit deinen Haustieren?" "Was soll ich tun?" Gouverneurin Blanco fordert uns auf, den Hurrikan auf Level 2 "herunter zu beten". Ich ziehe um in eine solidere Unterkunft; ein fünfstöckiges ehemaliges Fabrikgebäude aus Beton und Backstein im Zentrum. Sieben von uns und vier Katzen treffen sich dort in einer Wohnung.

Montag, 29. August. Es ist Morgen, der Sturm ist vorbei und wir betrachten die Straßen draußen. Hochwasser. Mit dem Boot erkunden einige von uns die Nachbarschaft. Wir sehen schwere Schäden, aber insgesamt kommt es uns so vor, als wenn New Orleans einmal mehr dem Schicksal entkommen wäre. Später am Tag hören wir Berichte von schwereren Überschwemmungen und Zerstörungen im neunten Bezirk und den darunter gelegenen Quartieren; die ärmsten Stadtteile in New Orleans. Morgen, so beschließen wir, wird das Wasser gesunken sein und wir werden nach Hause gehen. Es gibt eine Reihe freundlicher, entspannter Unterhaltungen auf dem Dach. Alle Lichter in der Stadt sind erloschen, der Nachthimmel ist wunderschön. Wir liegen auf dem Rücken und beobachten Sternschnuppen.

Dienstag, 30. August. Der Wasserstand ist um einige Meter angestiegen. Bei einigen macht sich Panik breit. Wir überprüfen unsere Nahrungsvorräte und kommen zu dem Ergebnis, dass wir, wenn wir sorgfältig einteilen, genug für fünf Tage haben. "Nicht, dass wir so lange hier bleiben müssen", versichern wir uns immer wieder, "nur für den Fall der Fälle ...". Wieder erkunden wir die Gegend mit dem Boot. Die Atmosphäre draußen: eine Art post-apokalyptischer Welt voller Gefahr; eine Welt, in der die Straßen leer sind und die Zukunft im Nebel liegt. Das Wasser: eine widerlicher Mixtur aus Gas, Öl, Müll, Abwasser und Schlimmerem.

Wir treffen einige unser NachbarInnen. Die meisten Wohnungen sind leer. Es sind vielleicht 200 Menschen im Gebäude, die Hälfte weiß, die Hälfte schwarz. Viele halten sich, wie wir auch, zu siebt oder zehnt in einer Wohnung auf. Ein paar Leute brechen den Bonbonautomaten im Haus auf und verteilen den Inhalt. Wir überlegen, im Café nebenan einzubrechen, die Lebensmittel rauszuholen und zu verteilen. Wir schalten ein Batterie betriebenes Radio ein - und kurz darauf genervt wieder aus. Keine wirklichen Informationen, nur Gerüchte, Vermutungen und Angst. Morgen, so heißt es in den Nachrichten immerhin, wird der Wasserpegel weiter steigen. Gouverneurin Blanco ruft auf zu einem "Tag des Gebets".

Mittwoch, 31. August. Einige Weiße in unserem Haus fangen an, über ihre Angst vor "ihnen" zu reden. Eine Frau beschwert sich über Leute "aus den Siedlungen, die Essen hamstern". Es ist von Banden in den Straßen die Rede, die schießen, stehlen, von gesetzloser Anarchie. Ich habe das Gefühl, dass in dem Bewusstsein vieler Leuten hier ein Kampf tobt - zwischen Mitleid und Panik, zwischen Empathie und Angst. Was wir aber auch sehen, sind Menschen in Booten, die Essen und Informationen bringen. Dennoch. Vor allem liegt Angst in der Luft. Die Leute haben Angst, dass sie nicht weg kommen, sie haben Angst vor Seuchen, Hunger, Kriminalität. Es heißt, ein Soldat wäre von Plünderern erschossen worden, Leichen würden im neunten Bezirk treiben und Menschenmengen (inklusive Polizei) würden den WalMart und die Elektronik-Discounter in der Canal Street leer räumen. In der Entfernung sehen wir mehrere Feuer.

Hubschrauber werfen Essenspakete ab, Leute rennen raus, um so viele wie möglich abzugreifen. Nach dem dritten Abwurf fangen die Menschen in dem Gebäude an, eine gerechtere Verteilung zu organisieren. Auf der anderen Straßenseite ist ein kleines Stück nicht überschwemmtes Land; die Hubschrauber landen nun dort und sammeln Leute ein. Hunderte von Menschen aus dem nahe gelegenen Krankenhaus machen sich auf den Weg dorthin, viele tragen nur dünne Kleidchen, warten in der Sonne. Als mehr Hubschrauber kommen, strömen die Menschen aus allen Richtungen, mit dem Boot, schwimmend. Ein Hubschrauber landet auf unserem Dach und ein Soldat steigt aus und erklärt, morgen würde das ganze Gebäude evakuiert. Auf der

anderen Straßenseite verbringen gut 200 Menschen dicht zusammengedrängt die Nacht, warten auf ihre Evakuierung.

Donnerstag, 1. September. Die Leute in unserem Gebäude wollen raus. Sie stellen sich auf dem Dach in einer Reihe auf. Drei Hubschrauber kommen in der Frühe und nehmen insgesamt neun Personen mit. Vielleicht 75 Leute verbringen die nächsten Stunden wartend auf dem Dach, aber es kommt kein Hubschrauber mehr. Wir hören Geschichten von hunderten von Leuten, die in der Xavier-Universität (eine traditionell schwarze Universität) auf ihre Evakuierung warten.

Zu zweit nehmen wir ein Boot zu einem Hubschrauber zu einem Flüchtlingscamp. Falls man sich je gefragt hat, ob die US-Regierung US-Flüchtlinge genauso behandeln würde, wie sie haitianische oder somalische Flüchtlinge behandelt, dann ist die Antwort: ja, wenn diese Flüchtlinge arm, schwarz und aus dem Süden sind. Der einzelne Soldat oder Polizist ist freundlich und höflich - jedenfalls zu mir. Aber keiner weiß, was läuft. Immer mehr Flüchtlinge kommen an und werden hinter Barrikaden in Schlamm und Dreck und Abwasser zusammengepfercht, davor schwer bewaffnete Soldaten. Alle Flüchtlinge haben eine Geschichte zu erzählen: von einem zerstörten Zuhause; davon, wie sie quer durch die Stadt schwimmen mussten, von Leichen und Schüssen und Plünderei und Angst. Die schlimmsten Geschichten kommen aus dem Superdome. Zu dritt verlassen wir das Lager und beschließen zu trampen. Ein australisches TV-Team nimmt uns mit und fährt uns nach Baton Rouge wo wir auf der Straße sitzen und warten, bis ein Verwandter kommt und uns nach Houston bringt.

In Houston angekommen, kann ich nicht schlafen, obwohl wir die ganze Nacht durchgefahren sind.

Jordan Flaherty

Übersetzung: Stefanie Graefe

Jordan Flaherty ist Redakteur des Left Turn Magazin und Gewerkschafts-Organizer. Das Tagebuch in voller Länge findet sich unter www.leftturn.org; eine Liste mit Basis-Hilfsorganisationen unter www.sparkplugfoundation.org/katrinarelief.html

28. A free paper for free people. The Indypendent - eine Alternative im New Yorker Mediendschungel. Interview mit Ellen Davidson

Autor: Interview: Georg Wissmeier · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:34

Die Redaktionsräume liegen zentral in Manhattan. Es herrscht reges Treiben in den Räumen des Indypendent, der linken Zeitung in New York City. Es ist Dienstagabend, und es kommen die Menschen zusammen, die die nächste Ausgabe des "indy" vorbereiten und sich auch darüber unterhalten, wie das Projekt längerfristig finanziell abgesichert werden kann. 20-mal im Jahr gibt es die Zeitung, die kostenlos in New York City verteilt wird. Und obwohl prekär produziert, macht The Indypendent einen sehr professionellen Eindruck. Die Diskussionen sind denen in der deutschen linken Zeitungslandschaft nicht unähnlich. Für ak sprach Georg Wissmeier mit Ellen Davidson einer Mitarbeiterin des Indypendent und in den 1980er Jahren Redakteurin bei der linken Wochenzeitung The Guardian.

ak: Du bist Mitarbeiterin des Indypendent. Im Untertitel der Zeitung steht "a free paper for free people". Wofür steht das?

Ellen Davidson: Free heißt zum einen kostenlos und zum anderen, dass wir unabhängig sind. Das ist für uns sehr wichtig. Indymedia heißt für uns Unabhängigkeit. Alle Medien in den USA haben irgendeine Form von Abhängigkeit, sei es durch Werbung oder indem sie zu einem großen Medienkonzern gehören, was natürlich Auswirkungen auf die Inhalte hat. Und im Gegensatz zu anderen Medien haben wir bei uns keine Hierarchie, sondern wir sind ein Kollektiv, das die Zeitung macht.

Was war der Grund, den Indypendent zu gründen?

Es gab einfach keine unabhängige linke Zeitung in New York. Und so haben ein paar Leute 2001 mit dem Indypendent angefangen. Das war zeitgleich mit dem Start von Indymedia, der unabhängigen Website. Seit zwei Jahren versuchen wir 20 Ausgaben jährlich zu produzieren. Wir kommen im Wechsel alle zwei oder drei Wochen raus, und das gelingt uns auch regelmäßig, und mit einer Auflage von 10.000 sind wir nicht ganz klein.

Zeitung machen ist teuer. Wie wird das Projekt finanziert?

Nun, das ist ein ständiges und großes Problem. Wir haben einige wenige bezahlten Anzeigen von kleinen Verlagen und von Buchhandlungen. Dann haben wir rund 200 Menschen, die uns durch ein Abo unterstützen. Wir machen viel Fundraising, und unsere großen Partys sind berühmt. Dann haben wir vor dem Beginn des Irakkriegs ein Poster gedruckt, auf dem alle militärischen Waffenstandorte in den USA zu sehen sind. Dieses Poster hat eine irre Verbreitung und hat uns eine große Geldsumme gebracht, die unser Erscheinen für einige Jahre absichert.

Ihr deckt eine erstaunliche Themenpalette auf euren 16 Seiten ab.

Der Schwerpunkt liegt aber auf der lokalen Berichterstattung. Wir schreiben z.B. über Mietentwicklungen, ein riesiges Problem in NYC, wie du dir vorstellen kannst, oder über Umweltprobleme in den Stadtteilen. Wir gehen vor allem in die anderen Stadtteile von New York City, also nach Brooklyn, Queens und in die Bronx. Die anderen großen Zeitungen sind sehr auf Manhattan zentriert. Unsere Leute suchen nach Themen in den anderen Stadtteilen und Themen, die die anderen Medien nicht berücksichtigen. Manchmal gelingt es uns auch Themen zu bringen, die dann von den großen Zeitungen aufgegriffen werden. So haben wir letztens über einen Soldaten geschrieben, der aus dem Irakkrieg zurückkam und in der Zwischenzeit obdachlos wurde. Die New York Post hat diese Story aufgegriffen und sie zwei Wochen später als ihre Exklusivstory verkauft. Das können sie hervorragend, gnadenlos von uns abschreiben und es als Exklusivstory verkaufen.

Großes Thema in allen Medien zur Zeit sind die Neubaupläne für ein neues Stadion in Brooklyn.

Ja, das ist ein wichtiges Thema in der Stadt. In Brooklyn sollen viele Menschen vertrieben werden und viele alte Gebäude und Wohnsubstanz platt gemacht werden. Der Plan ist, zusätzlich eine riesige Kaufhausmeile zu errichten. Nur, wir brauchen absolut kein neues Sportstadion. Für Brooklyn ist darüber hinaus wieder im

Gespräch bzw. in der Planung, neue Wolkenkratzer hinzustellen, was das besondere Flair von Brooklyn radikal verändern würde.

Die Pläne schwirrten im Hinblick auf die Bewerbung von NYC für die Olympiade 2012 herum. Nun hat London den Zuschlag bekommen. Was hat das für Auswirkungen auf die Stadionpläne?

Die Entscheidung für London war hoffentlich gut für uns - schlecht für London. Es gibt aber tatsächlich Pläne für mindestens zwei neue Stadien. Eines in Brooklyn und ein weiteres, das Westsidestadion, in Manhattan. Das Westsidestadion in Manhattan dürfte mit der Olympia-Entscheidung aus dem Spiel sein. Aber für Brooklyn existieren die Vorhaben weiter.

Neben der lokalen Berichterstattung ist ein großer Schwerpunkt der Irakkrieg. Habt ihr dazu in der Redaktion eine gemeinsame Position?

Ja. Wir sind dagegen, das ist klar. (lacht) Viele von uns in der Redaktion, haben neben der Zeitungsarbeit noch andere politische Aktivitätsfelder. Ich selbst bin in der War Resistance League aktiv, andere sind in der Mieterbewegung oder in Gewerkschaften aktiv, aber als Redaktion machen wir keine gemeinsame antimilitaristische Arbeit, außer eben, und das hat einen großen Stellenwert, durch die Zeitung. Wir bringen im Indypendent ganz viel über konkrete Widerstandsaktionen und lokale Proteste gegen den Krieg im Irak. Wir berichten z.B. über die Kampagnen und Aktivitäten gegen die Rekrutierungsversuche der Army an den Highschools. Dagegen gibt es ganz viele Aktivitäten, und die unterstützen wir, indem wir darüber schreiben.

Wie kommen die Leute an die Zeitung? Wie ist euer Vertriebssystem?

Auch da läuft viel durch Eigeninitiative. Die Menschen aus der Redaktion verteilen Exemplare auf Veranstaltungen, Demos, in ihren Stadtteilen. Und wir nutzen die noch existierende linke Infrastruktur wie Buchhandlungen und Kneipen etc.

Und die Verteilung klappt? Bei 20 Ausgaben im Jahr ist das ein erheblicher Aufwand.

Manchmal klappt es, manchmal nicht so. Wie es halt so ist in freiwilligen linken Kollektiven. Wir versuchen das zu verbessern. Aber der Vertrieb ist von so banalen Dingen abhängig, ob jemand ein Auto und gerade Freizeit hat. Na ja, und dann ist es so, alle lieben es zu schreiben, aber beim Vertrieb hapert es dann manchmal.

Immerhin habt ihr auch schon Auflagen von über 100.000 gehabt.

Ja, letztes Jahr beim Kongress der Republikaner in NYC hatten wir so eine hohe Auflage. Da war das mit der Verteilung gar kein Problem. Alle waren motiviert, und bei jeder Demo wurde der Indypendent verteilt. Diese Woche hat richtig Spaß gemacht. Dort kam das Indymedia-Prinzip richtig zum Tragen. Wir haben ein eigenes Mediencenter aufgebaut und haben es bei diesem Event umsetzen können, dass jede/r berichten und seine Eindrücke vermitteln kann. Alle möglichen Medienformen wurden genutzt, und so kam eine unglaubliche Vielfalt zu Stande. Wir hatten die exklusivsten Bilder, und wir waren im Prinzip überall, wo die normalen Berichterstatter nicht hingehen. Die Mainstream-Zeitungen sind damals zu uns gekommen, weil es bei uns Informationen gab, die sie sonst nicht bekamen. Was noch viel wichtiger war: Es gab unglaublich viele positive Rückmeldungen von den NutzerInnen und danach von den LeserInnen des Indypendent.

The Indypendent erscheint nur in New York City?

Im Prinzip ja. Ein paar hundert Exemplare verschicken wir in andere Städte, wo FreundInnen die Zeitung verteilen, aber halt nur ganz wenig.

Gibt es noch ähnliche Zeitungsprojekte in den USA?

Meines Wissens nur noch in Washington D.C. Vielleicht gibt es noch welche in Kalifornien, aber ich weiß es leider nicht. Daran siehst du, dass die Vernetzung nicht sehr gut ist.

Ihr entscheidet alles gemeinsam im Kollektiv. Ein zeitaufwendiger Prozess ...

Wir versuchen alles im Konsens zu regeln. Aber wir haben zur Sicherheit, damit es keine Blockade gibt, eine Regelung, dass Entscheidungen mit mindestens zwei Drittel Mehrheit getroffen werden müssen. Unser größtes Problem ist, dass wir zu wenig Platz bzw. zu viele Artikel haben. Wir diskutieren darüber, was wir bringen, und es kommt fast nie vor, dass wir uns nicht einigen können.

Wie ist euer Arbeitsrhythmus?

Jeden Dienstag haben wir ein offenes Redaktionstreffen, und wenn wir ein Schwerpunktthema in einer Ausgabe haben, treffen wir uns gesondert noch an einem Freitag, um über das Thema zu diskutieren und die Inhalte festzulegen. Wenn die Themen für die Artikel festgelegt sind, entscheidet das verantwortliche Redaktionsteam, wie viel Platz für jeden Artikel zur Verfügung steht. An einem Wochenende wird dann redigiert, korrigiert und am Wochenanfang das Layout gemacht.

Die ganze Arbeit wird von unbezahlten Menschen geleistet, nur ein Mensch hat eine halbe, schlecht bezahlte Stelle.

Wobei diese Stelle keine Redaktionsstelle ist, sondern die Bezahlung ist für die Koordination, Organisation, Verwaltung, Vertrieb etc.

Das ist eine enorme Leistung, seit fast fünf Jahren auf diesem Level das Erscheinen des Indypendent abzusichern. Und ihr habt noch keine Ermüdungserscheinung?

Gar nicht. Mein persönliches Ziel ist es, die Zeitung noch viel besser zu machen, so in Richtung des früheren Guardian, bei dem ich Redakteurin war. Weißt du, das war eine richtige Zeitung. Der Guardian wurde 1948 gegründet und war eine seriöse linke Wochenzeitung mit 20 bis 24 Seiten. Der Guardian bezog sich auf die diversen Bewegungen und hatte eine hervorragende internationale Berichterstattung. Wenn es zum Beispiel eine Kampagne gegen Apartheid gab, hatten die Leute ihre Informationen aus dem Guardian. Als der Guardian 1992 eingestellt wurde, gab es ein riesig großes Loch auf der Linken. The Indypendent ist nicht der Guardian, aber es ist die Zeitung, die dieser guten alten linken Wochenzeitung am nächsten kommt. Eine Zeitung, die die AktivistInnen unterstützt, aber auch offen ist für Debatten. Wobei mir schon sehr daran gelegen wäre, wenn wir im Indypendent mehr Debattenbeiträge hätten und dies Angebot von den AktivistInnen der verschiedenen Bewegungen mehr genutzt werden würde.

Was war dafür verantwortlich, dass es den Guardian nicht mehr gibt?

Das Geld, um es verkürzt zu sagen. Aber teilweise waren wir auch etwas leer gelaufen. Der Guardian wurde ja von der "alten" Linken gegründet und ging dann auf die "neue" Linke in den 1960er/70er Jahre über. Und wir wurden Ende der 1980er logischerweise ebenso wie anderswo in der Welt von der Krise der Linken erfasst, wir waren ein Bestandteil davon.

Die Angestellten des Guardian ab Ende der 1960er Jahre repräsentierten die verschiedenen Strömungen der Linken in den USA. Der Guardian hatte trotzdem oder vielleicht auch gerade deswegen eine "Linie". Das fehlt heute beim Indypendent, da sind die Positionen etwas beliebiger. Die Linie beim Guardian war übrigens nicht die Linie einer Partei, sondern das war die Linie der dort Beschäftigten, und das fehlt mir beim Indypendent.

Deswegen gibt es wahrscheinlich auch wenig Streit, weil man gar keine Perspektive in einer Veränderung sieht?

Ja, mir kommt das manchmal etwas verrückt vor. Das sieht man auch daran, dass wir kein gemeinsames redaktionelles Editorial haben. Logisch, dass alle Menschen beim Indypendent eine Meinung haben, aber wir haben keine Redaktionsmeinung.

Wie willst du dann Debatten organisieren. Mehr extern?

Nun, wir wollen gezielt Menschen ansprechen, die an solchen Diskussionen interessiert sind. Wir wollen gezielt Positionen abdrucken, die innerhalb der Linken unterschiedliche Sichtweisen haben, wie z.B. zu den bevorstehenden Bürgermeisterwahlen in NYC oder zu den unterschiedlichen Vorgehensweisen von Gruppen in der Bewegung gegen den Irakkrieg.

Da sind wir dabei, und ich glaube, dass wir das hinbekommen.

Welche Zukunft gibst du dem Indypendent?

Nun, ich hoffe, dass es uns zunächst gelingt, die finanzielle Situation zu stabilisieren und wir mehr Seiten produzieren können. Der "indy" ist für die New Yorker Linke wichtig, und die Arbeit der jungen GenossInnen

und aller Beteiligten im Indypendent ist einfach erstaunlich. Mit dieser Energie werden wir noch lange eine gute Zeitung machen können.

Anmerkung:

The Indypendent online: http://indypendent.org

29. Jagd auf ein Phantom? Algerien, die "antiterroristische Allianz" und "Al-Qaida in der Wüste"

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Algerien · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:07

Algeriens Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika versucht sich an der Quadratur des Kreises. Während sich die USA seit 2003 in der Sahara und südlich davon verstärkt militärisch engagieren - mit der Begründung, die Etablierung von Al-Qaida im nordwestlichen Afrika zu verhindern - bekennt er sich demonstrativ zur "antiterroristischen Allianz"; gleichzeitig will er durch eine Generalamnestie die "nationale Versöhnung" mit den Islamisten vollziehen und den Einfluss des Militärs eingrenzen. Derweil hofft man in vielen westlichen Hauptstädten darauf, dass die wirtschaftsliberalen Politiker in der Umgebung des Präsidenten mehr Spielraum erhalten.

Schweig still, Du Sprachrohr des Teufels, Du, der Du Blut an Deinen Händen hast, das Blut von Reinen". Diese undiplomatischen Worte eröffnen eine schriftliche Botschaft an das algerische Staatsoberhaupt, Abdelaziz Bouteflika. In ihr rechtfertigt "Al-Qaida im Zweistromland" unter dem Jordanier Abu Musab Al-Zarqawi zum wiederholten Mal die "Hinrichtung" der beiden algerischen Diplomaten Ali Belaroussi und Azzedine Belkadi. Algeriens Botschafter, der kurz vor seiner Pensionierung stand, und der Botschaftsattaché waren Mitte Juli 2005 in Bagdad entführt, durch die Al-Qaida-Gruppe "zum Tode verurteilt" und ermordet worden. Dem Mord, der in der algerischen Öffentlichkeit einhellig verurteilt wurde, ging keine Forderung der Entführer voraus.

Antiterrorismus als neue Staatsräson

Die Rolle Algeriens in der internationalen "antiterroristischen Front" seit dem 11. September 2001 zu betonen, ist zu einem wichtigen Bestandteil der algerischen Staatsräson geworden. Vor diesem Datum war das algerische Regime auf internationaler Ebene oft wie ein Paria behandelt worden. Insbesondere wurden Regierung und Militär beschuldigt, die Massaker der "Bewaffneten Islamischen Gruppen" (GIA, Groupes islamiques armés) an der Zivilbevölkerung selbst angeordnet oder gar durchgeführt zu haben, um sie ihren Gegnern in die Schuhe zu schieben.

Diese Behauptung ist zwar nie auch nur annähernd stichhaltig bewiesen worden (einige Artikel dazu sind als Ergebnisse von Manipulation faktisch widerlegt worden). Sie war jedoch in den späten 1990er Jahren nicht nur in französischen politischen Kreisen und Medien zeitweise en vogue, sondern auch bei manchen Linken und Linksliberalen Kreisen, die glaubten, in Algerien den klassischen Fall einer autoritären Militärdiktatur im Konflikt mit einer progressiveren Opposition als Stimme der Unterdrückten vorzufinden, wie früher in Chile und Argentinien. Dass die Legende jedoch größere Verbreitung auch in bürgerlichen Medien finden konnte, ist besonders vor dem Hintergrund der Rivalität zwischen Frankreich und den USA zu erklären.

In den frühen 1990er Jahren hatte zunächst Paris das algerische Regime gestützt. Washington unterstützte tendenziell den politischen Arm der algerischen Islamisten, die man über den traditionellen Verbündeten Saudi-Arabien zu kontrollieren suchte. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts hatte sich jedoch die US-Administration an das Regime in Algerien angenähert, und nunmehr drohten Franzosen und Europäer ins Hintertreffen zu geraten. Die Drohung mit einer internationalen Diskreditierung des algerischen Staates durch den Vorwurf, dieser selbst (und nicht die GIA) organisiere die Kollektivmassaker, erschien zeitweise als probates Druckmittel, jedenfalls solange Algerien noch um Kredite betteln musste. Die französische Sozialdemokratie und ihr nahe stehende Medien benutzten dieses Druckmittel intensiv, wobei manche Akteure vielleicht unbewusst mitspielten, in dem naiven Glauben, tatsächlich an der Aufklärung eines Jahrhundertskandals mitzuwirken.

Damals lag der Rohölpreis bei 9 Dollar pro Barrel, im Moment übersteigt er 60 Dollar. Damit hat sich die strategische Bedeutung der Beziehungen zu Algier, wo sich das Regime seinerseits stabilisieren konnte, verändert. Frühere Behauptungen über den angeblich vom Staat selbst organisierten GIA-Terror verstummten deswegen weitgehend, und stattdessen wird auf allen Seiten die gemeinsame Frontstellung gegen den Terrorismus betont.

So wird Algeriens Präsident Bouteflika nun, neuerdings vor allem auch in Washington und London, als "Vorbild und enger Verbündeter" gelobt, gepriesen und scheinbar gehätschelt. Doch in Wirklichkeit traut man dem algerischen Staat in den Hauptstädten der westlichen Führungsmächte nicht über den Weg.

Obwohl die algerische Regierung seit mehreren Jahren eine radikale Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik verfolgt hat, konnte sie ihr Ziel, Investoren für den Aufbau eines produktiven Sektors zu gewinnen, nur in geringem Maße realisieren. Auf Grund des hohen Weltmarktpreises für Rohöl wird der strukturell krisenhafte Charakter der ansonsten völlig von Importen abhängigen Ökonomie zwar derzeit überdeckt. Die offizielle Arbeitslosenrate ist von 30,5 Prozent im Jahr 2000 auf noch 17,5 Prozent gesunken - allerdings hat man es auch in Algerien zunehmend gelernt, Arbeitslosenzahlen durch statistische Tricks zu schönen.

Anders als Marokko und Tunesien, die bei den Investitionsflüssen systematisch bevorzugt werden, stand das Land im Kalten Krieg lange Jahre auf der "falschen Seite". Noch bestehen auch Restbestände des staatssozialistischen Gesellschaftssystems, das nach der Befreiung vom französischen Kolonialismus 1962 errichtet wurde. Immer noch gibt es in Algerien ein Gesundheitswesen, das in der gesamten Region vorbildlich und eben nicht privatisiert ist, ein in weiten Teilen öffentliches Transportnetz - und nicht unbedingt gefügige Arbeitskräfte.

Stabilität durch Amnestie?

Die Unmutsanfälle der algerischen Straße sind berüchtigt. Als das Regime im Frühjahr 2002 die kostenlose Gesundheitsversorgung abschaffen wollte, brachen in der ostalgerischen Kreisstadt Ain Fekroun (nachdem dort Patienten ohne Geld aus der Notaufnahme im Krankenhaus abgewiesen worden waren) tagelange schwerste Straßenunruhen aus. Nachdem Staatsgebäude und Gericht der Kreisstadt in Schutt und Asche lagen, wurde landesweit das kostenlose Gesundheitssystem wieder hergestellt. (vgl. ak 494) Solche angeblich "irrationalen" Ausbrüche, die in Algerien auf lokaler Ebene häufig - aber (leider) kaum politisch strukturiert oder koordiniert - sind, bringen das Land bei Investoren in Verruf. Die Umfrage einer Investmentvereinigung ergab zu Jahresbeginn 2005, dass westliche Investoren im Zweifelsfall noch lieber Islamisten in der Regierung sähen als solche "Unordnung".

Auch um dem Vorwurf der "Instabilität" zu begegnen, brachte Bouteflika vor einigen Monaten die Idee einer neuen Generalamnestie für alle Beteiligten am algerischen Bürgerkrieg und der Folgeperiode auf den Weg. Dabei trat jedoch nunmehr ein Zielkonflikt auf. Denn einerseits wurde Bouteflikas Idee einer Generalamnestie als "Schlussstrich unter den Bürgerkrieg" und zur Beendigung der Instabilität von potenziellen westlichen Investoren durchaus begrüßt. Andererseits aber nutzte eine algerische bewaffnete Gruppe die jüngste Situation, um lautstark auf sich aufmerksam zu machen. Es handelt sich um die "Salafistische Gruppe für die Predigt und den Kampf", den GSPC (Groupe salafiste pour la prédication et le combat). Er spaltete sich um 1999 von den - inzwischen weitgehend zerschlagenen - "Bewaffneten islamischen Gruppen" GIA ab. Wahrscheinlich erhielten sie dabei finanzielle Hilfe vom Netzwerk Al-Qaida oder dessen Umfeld. Denn dieser Splitter des saudi-arabischen Establishments verfügt über viel Geld - und er stellt sein Label bereitwillig solchen Gruppen zur Verfügung, die in ihren jeweiligen nationalen Kämpfen um die Macht bereits gescheitert sind.

Der GSPC mit heute schätzungsweise noch 250 bewaffneten Mitgliedern ist die letzte Untergrundorganisation, die in Algerien noch bewaffnet kämpft. Andere bewaffnete Islamistengruppen haben sich selbst aufgelöst, wie die "Islamische Rettungsarmee" AIS oder wurden zerschlagen wie die "Bewaffneten islamischen Gruppen" GIA. Von letzteren sind noch kleinere Banden übrig, die vorwiegend von der Ausplünderung der Bevölkerung leben. Sie können zwar noch beträchtlichen Schaden anrichten, haben aber längst keinerlei "politische" Bedeutung mehr.

Auf internationaler Ebene dient der GSPC dagegen der algerischen Regierung als Aushängeschild, um ihre Rolle im antiterroristischen Bündnis mit den westlichen Führungsmächten auszubauen. Wie in den letzten Julitagen 2005 bekannt wurde, befinden sich 400 Mitglieder US-amerikanischer Spezialkommandos auf einer Basis in Tamanrasset im äußersten Süden Algeriens. Dort sollen sie "Al-Qaida in der Wüste", vertreten durch den GSPC, jagen. Dessen Präsenz in der Sahara scheint jedoch eher ein Phantom zu sein: Während des gesamten Bürgerkriegs der 1990er Jahre konnten bewaffnete Islamisten, die in den meisten Fällen aus den

Großstädten oder Ballungsräumen kommen, nie in der Sahara Fuß fassen. Und die Entführung deutscher Touristen in der Wüste im Jahr 2003, zu der sich der GSPC bekannt hat, scheint eher das Werk von Amateuren gewesen zu sein. Fast liebenswürdig-naiv klangen die späteren Berichte der Entführten, wonach sich die Geiseln und die Entführer gegenseitig Deutsch und Arabisch beibrachten und die gekidnappten Touristen schon mal gefragt wurden, ob sie nicht wüssten, was man in so einen Bekennerbrief denn hineinschreiben könne.

Der Gruppe werden noch weitere Überfälle mitten in der Wüste zugeschrieben. Diese wurden in Wirklichkeit wahrscheinlich von Nomadengruppen auf der Suche nach Einnahmequellen begangen. Die meist aus Großstädten stammenden islamistischen Aktivisten würden allein in der Sahara nicht überleben. Der GSPC ging aber mitunter eine lockere Kooperation mit Nomaden- oder Banditengruppen in der Wüste ein, bei denen er manchmal seine Gewehre einkauft. Dies erlaubte ihm anscheinend, bei manchen Entführungsaktionen sein Label zur Verfügung zu stellen - das klingt auf internationaler Ebene bedrohlicher, vor allem wegen der Connection zu Al-Qaida.

Seitdem ist "Al-Qaida in der Wüste" aber de facto zu einem Phantom geworden, das durch die ganze Region gejagt wird. Auch im Nachbarland Mali trainierten US-Einheiten jüngst zusammen mit einheimischen Truppen nördlich von Timbuktu.

Der GSPC drehte in den vergangenen Wochen seine Propaganda wieder lauter. Im Internet übermittelte er ab dem 23. Juli "seine herzlichen Glückwünsche für unsere Brüder von Al-Qaida für diesen heroischen Akt des Djihad", also die Entführung der algerischen Diplomaten im Irak. Wenig später behauptete er, der kabylische Botschaftsattaché Belkadi (dessen Ermordung am 27. Juli bekannt wurde) sei "Hauptmann der algerischen Geheimdienste" und habe in dieser Eigenschaft "an den Massakern von Raïs und Bentalha teilgenommen, die hunderte von Opfern unter den Kindern des muslimischen Volkes Algeriens hinterließen". Diese beiden Kollektivmassaker wurden im Spätsommer 1997 durch die GIA angerichtet, auch wenn von interessierter Seite und von Dummköpfen verbreitete Legenden etwas anderes behaupten.

Banditen oder Gotteskrieger?

Die Geschichtslüge von der reinen Geheimdienst-Inszenierung, die in der Internetbotschschaft des GSPC aufgewärmt wird, wurde später durch die Gruppe von Al-Zarqawi in ihrer Erklärung zum "Todesurteil" über die "beiden Emissäre des algerischen Staates, der nicht die Scharia anwendet und sich mit Juden und Christen verbündet hat", wörtlich übernommen.

Die Glückwünsche des GSPC und auch der - durch seine Verhaftung vor dem Mikrofon des arabischen Fernsehsenders Al-Djazira unterbrochene - Auftritt des früheren Chefideologen der radikalen Islamistenpartei FIS, Ali Belhadj (der "Al-Qaida im Zweistromland" zur Entführung der Diplomaten im Irak beglückwünschte), konnten in der algerischen Innenpolitik nicht ohne Konsequenzen bleiben. Denn seit dem 31. Oktober 2004 hatte Präsident Bouteflika angekündigt, eine Generalamnestie vorzubereiten, von der alle ehemals bewaffnet kämpfenden Islamisten profitieren sollten.

Dieses Vorhaben, über das am 29. September in einem Referendum abgestimmt werden soll, ist nun stark beschädigt. Ein Großteil der Presse wendete sich nach den jüngsten Ereignissen zunächst gegen die Perspektive, dass auch die Aktivisten des GSPC von einer künftigen Amnestie profitieren könnten.

Bernhard Schmid, Paris

30. Zwischen Tabubrüchen und Herrschaft der Politbüros. Ein Bericht zur aktuellen Entwicklung in Irakisch-Kurdistan

Autor: Haukari e.V. · Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:21

Trotz der angespannten Sicherheitslage im Irak reisten im Sommer MitarbeiterInnen der Arbeitsgemeinschaft für internationale Zusammenarbeit - Haukari e.V. - in den Nord- und Zentralirak. Schwerpunkt der Reise waren die Themen Frauenrechte und Versöhnungsarbeit. Irakische und insbesondere auch kurdische Frauenorganisationen haben die Gefahr thematisiert, dass die in der Verfassung und in den Gesetzen autonomen kurdischen Region festgelegten Rechte der Frauen wieder zurückgedrängt werden. Sie verlangen hingegen eine weitergehende Gleichstellung der Geschlechter und bemühen sich, unterschiedliche Aspekte der Gewalt gegen Frauen in der Öffentlichkeit darzustellen.

Die in Irakisch-Kurdistan im vergangenen Jahr gegenüber den gewaltsamen Auseinandersetzungen in anderen Landesteilen des Iraks noch demonstrativ gezeigte Gelassenheit scheint verflogen zu sein. Auch den kurdischen Verantwortlichen ist bewusst, dass das terroristische Bedrohungsszenario noch längere Zeit andauern wird. Augenfällig wird dies, wenn an den Ausfallstraßen der kurdischen Großstadt Sulaymania die Check-Points durch riesige Abfertigungshallen ersetzt werden. Der Besuch der Stadt gleicht jetzt einem Grenzübertritt. Auf den Straßen Sulaymanias sind heute deutlich mehr bewaffnete Sicherheitskräfte zu sehen als bei den vergangenen Besuchen. Die Hoffnung, dass die Zunahme der Anschläge nach den Parlamentswahlen am 30. Januar diesen Jahres ein letztes Aufflammen des "Widerstandes" sei, ist verflogen. Auch im Norden häufen sich die Anzahl der Anschläge und es mehren sich Meldungen über ausgehobene bewaffnete islamistische Gruppierungen. Dennoch erscheint die Sicherheitslage hier insgesamt stabil, was die meisten Kurdinnen und Kurden der Arbeit der kurdischen Sicherheitspolizei "Asaisch" zuschreiben. Die Anwesenheit südkoreanischer Besatzungstruppen in Arbil wird eher symbolisch gewertet.

Die Bedrohung wird von außen kommend wahrgenommen, was eine Haltung der Abgrenzung und Abschottung gegenüber dem restlichen Irak begünstigt. Dies drückt sich in täglichen Gesprächen aus oder zeigt sich auch in der Forderung nach einem in der neuen Verfassung verbrieften Sezessionsrecht Irakisch-Kurdistans, wie sie von 1,9 Mio. UnterzeichnerInnen in einer Petition an das Parlament kundgetan wurde. Dies war denn auch eines der wenigen Themen der Verfassungsdebatte, die breit in der Bevölkerung diskutiert wurden.

Die Bedrohung durch die Gewalt hat allerdings das Leben keineswegs ersticken können. Der im Herbst 2003 im Nordirak einsetzende Wirtschaftsboom ist ungebrochen. Überall wird gebaut, viele Geschäfts- und Privathäuser, aber auch Überlandstraßen, Krankenhäuser und weiterführende Bildungseinrichtungen. Ganze Stadtviertel werden aus dem Boden gestampft. Nicht nur symbolträchtig ist der Ausbau der Flugpisten von Arbil und Sulaymania zu Flughäfen, die Standards des internationalen Flugverkehrs erfüllen. Forciert wird der Aufbau einer eigenständigen petrochemischen Industrie. Ansonsten sind industrielle Unternehmungen eher die Ausnahme. Die Bauvorhaben werden in der Regel von ausländischen, meist türkischen, aber auch russischen und chinesischen Baufirmen ausgeführt. Die ökonomische Entwicklung erreicht dort ihr Limit, wo weitergehende Voraussetzungen wie ausreichende Energieressourcen fehlen, wie die täglichen Stromsperren auch im Nordirak zeigen.

Abgrenzung gegenüber dem Irak

Umfangreiche Einstellungen in den Öffentlichen Dienst, verbunden mit einer deutlich spürbaren Erhöhung des Reallohnes, sorgten dafür, dass der materielle Lebensstandard der Bevölkerung sich trotz einer noch bestehenden Arbeitslosenquote in Irakisch-Kurdistan von ca. 15% (im gesamten Irak wird sie auf 25-40% geschätzt) unbestreitbar verbessert hat. Mit den Einnahmen aus den Ölverkäufen und Überweisungen der US-Regierung wurde der öffentliche Dienst bis ins Absurde aufgebläht, so dass selbst dort Beschäftigte über die ständige Unterbeschäftigung klagen. Bisher gesellschaftlich marginalisierte Gruppen, wie beispielsweise Familien, die während der Anfal-Operationen - 1988 durchgeführte Militäroperation gegen die kurdische

Landbevölkerung - den Großteil ihrer männlichen Angehörigen verloren, erhalten jetzt eine bescheidene Rente.

In dem Prozess der nachhaltigen Kapitalisierung des täglichen Lebens gewinnt man den Eindruck, dass die gesamte Gesellschaft einmal umgekrempelt wird und keiner scheint es so richtig zur Kenntnis zu nehmen. Zu hinterfragen ist darüber hinaus, was das im Kern an der für den Mittleren Osten klassischen Rentenökonomie orientierte Wirtschaften dauerhaft zu leisten vermag oder ob es sich nicht eines Tages als große Luftblase entpuppt. Dies wird spätestens dann der Fall sein, wenn die angestrebte Weltmarktorientierung zu greifen beginnt.

Gesellschaft wird umgekrempelt

Die politische Sphäre entzieht sich zunächst dieser Dynamik. Hier versuchen die beiden dominierenden Parteien Demokratische Partei Kurdistans (DPK) und Patriotische Union Kurdistans (PUK) gemäß ihrem lange Zeit praktizierten Politikverständnis in den von ihnen kontrollierten Provinzen hegemonial zu wirken und die zentralen gesellschaftlichen Felder zu kontrollieren. Sie achten eifersüchtig darauf, dass der Konkurrentin kein wie auch immer gearteter Vorteil entsteht. So hält die seit über einem Jahrzehnt bestehende politische Blockade an. Die schon lange geplante Zusammenlegung der beiden kurdischen Verwaltungen kommt trotz massiven Drucks seitens der US-Administration allenfalls zögerlich voran. Dieses gegenseitige Blockieren führt beispielsweise dazu, dass es mittlerweile vom nordirakischen Sulaymania einfacher ist telefonisch Bagdad oder Basra zu erreichen, als die kurdische Hauptstadt Arbil, da beide kurdischen Verwaltungen unterschiedliche Telefongesellschaften präferieren.

Von vielen Kurdinnen und Kurden wurde bereits zu den Wahlen am 30. Januar 2005 kritisch angemerkt, dass zum kurdischen Regionalparlament eine Einheitsliste, die neben der DPK und PUK, die Islamische Liga, die Kommunistische Partei Kurdistans, die Partei der Werktätigen sowie kleinere christliche und turkmenische Parteien umfasste, antrat. Dabei war die Sitzverteilung zwischen DPK und PUK schon vor der Wahl festgelegt. Als einzige Opposition fungieren jetzt die nicht auf der Einheitsliste angetretenen Islamisten, die sechs von 111 Sitzen erhielten. Dennoch trat das neugewählte Parlament erst am 4. Juni zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Sie wurde erst möglich, nachdem sich die beiden Parteiführungen über eine langfristige Besetzung der Führungspositionen in der kurdischen Region geeinigt hatten und gab erneut ein Beispiel der Herrschaft der Politbüros über das Parlament. Anhänger der Parteien äußern ihre Unzufriedenheit mit dem schleppenden Fortgang des Demokratisierungsprozesses. Die Parteiloyalitäten sind aber noch so übermächtig, als dass sich bereits jetzt ein Umschwung an der Basis abzeichnen würde.

Dem Hegemoniebedürfnis der Parteien werden allerdings zunehmend Grenzen gesetzt. Mit Internet und Satelliten-TV ist den meist von Parteien kontrollierten lokalen Medien eine wichtige Konkurrenz erwachsen. Viele aus dem europäischen oder amerikanischen Exil Zurückkehrende nehmen häufig dank ihrer Ausbildung und Berufserfahrung zentrale Positionen in Behörden und öffentlichen Institutionen ein. Sie bringen auch andere Erfahrungen über Diskussions- und Entscheidungsprozesse mit. Während diese strukturellen Veränderungen erst zukünftig gesellschaftliche Widersprüche erzeugen mögen, haben Studierende in Sulaymania im Frühjahr diesen Jahres durch einen Streik schon deutlich gemacht, dass für sie die Bevorzugung von Parteikadern und Kinder reicher Familien bei der Studienplatzvergabe nicht akzeptabel ist.

Parteiloyalität trotz Einheitsliste

Wie steht es um den von kurdischer Seite häufig deklamierten Anspruch, vorbildlich für den gesamten Irak wirken zu können? Trotz aller Schwierigkeiten konnten sich in den kurdischen Gebieten in den letzten Jahren Ansätze einer Zivilgesellschaft, wie Frauen- und Menschenrechtsgruppen entwickeln. In mühseliger Kleinarbeit ist es gerade in den letzten Jahren gelungen, Freiräume für gesellschaftliche Diskussionen tabuisierter Themen zu schaffen. Tabus, deren Bruch oftmals mit einschneidenden gesellschaftlichen Sanktionen belegt wurde. Momentan wird eine Diskussion über weibliche Genitalverstümmelung geführt. Als gesichert kann gelten, dass sie in ländlichen Gebieten Irakisch-Kurdistans durchgeführt wird. Diskutiert wird hingegen, welches Ausmaß die Genitalverstümmelung heute hat. Da gehen die Bewertungen unterschiedlicher Studien und Berichte auseinander. Inzwischen gibt es zahlreiche Berichte in den Medien zu diesem Thema. Selbst Mullahs sollen sich in die Kampagne gegen Genitalverstümmelung eingeklinkt haben. Die Frauenorganisationen sind sich einig, dass diese Form der öffentlichen Diskussion vor zehn Jahren nicht

denkbar gewesen wäre. Neben den sowieso vorhandenen Tabuwächtern, versuchten damals die auf dem Hintergrund innerkurdischer Auseinandersetzungen erstarkten islamistischen Gruppierungen sich als Sachwalter traditioneller Lebensweisen aufzuspielen und durchaus auch militant jegliche Diskussion über solche Themen zu unterdrücken. Dabei ist die weibliche Genitalverstümmelung nicht einmal originär eine islamische Erscheinung. Die Parteiführungen gaben damals diesen Druck nach und reagierten repressiv in die Gesellschaft hinein.

Ähnlich gelagert sind die Erfahrungen beim Kampf gegen Morde aus Ehrgründen, die formal jetzt wieder juristisch geahndet werden, wenn auch die Strafverfolgung de facto insbesondere in ländlichen Gebieten kaum stattfindet. Im Irak des Baath-Regimes wurde das Konzept der Ehre 1990 in das Strafgesetzbuch aufgenommen. Damals kam es zu zahlreichen Konflikten, als hunderttausend Soldaten nach dem irakisch-iranischen Krieg in das zivile Leben zurückkehrten. Das Gesetz 110 stellte Männer, die Frauen "wegen unmoralischen Handelns" bestraften, straffrei.

Nach Erfahrungen mit der Schwierigkeiten der Durchsetzung von Frauenrechten gibt es nicht wenige Befürchtungen in der relativ säkularen kurdischen Gesellschaft, dass diese Erfolge in dem gesamtirakischen Prozess rückgängig gemacht werden könnten. Zahlreiche kurdische Frauenorganisationen versuchen, sich in der Verfassungsdiskussion Gehör zu verschaffen, plädieren für eine Trennung von Staat und Religion, sowie für den Stellenwert der Sharia als einer Quelle der Rechtsprechung unter mehreren anderen. Gerade diese Erfahrungen in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen könnten von kurdischer Seite in den gesamtirakischen Demokratisierungsprozess eingebracht werden. Dem steht derzeit allerdings eine Politik der mentalen Abschottung im Wege.

Haukari e.V.

31. Die geheimnisvolle BIZ. Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich wird 75

Autor: Gian Trepp · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:12

Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) mit Sitz in Basel feierte in diesem Sommer ihr 75-jähriges Bestehen. Die BIZ gilt als älteste und zugleich geheimnisvollste internationale Finanzinstitution. Sie ist die Bank der Zentralbanken und Treffpunkt der ZentralbankerInnen aus den wichtigsten und reichsten Ländern. Über ihre Gründung, ihre Funktion und das Club-System als besondere Methode der BIZ sprach Ariane Brenssell mit dem Schweizer Finanzexperten Gian Trepp. Gian Trepp ist Volkwirt, freier Journalist und Buchautor in Zürich. 1993 hat er ein Buch zur Geschichte der BIZ mit dem Titel "Bankgeschäfte mit dem Feind. Von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans" verfasst. Sein Spezialgebiet ist der Finanzplatz Schweiz.

ak: Die BIZ wird in diesem Jahr 75. Was waren 1930 die Gründe zur Schaffung der BIZ?

Gian Trepp: Im Wesentlichen gab es zwei Gründe für die Schaffung der BIZ als einer neuen internationalen Finanzinstitution: Zum einen war das die deutsche Reparationsfrage. Die BIZ hatte die Aufgabe, die Reparationszahlungen abzuwickeln, die Deutschland laut Versailler Vertrag nach dem Ersten Weltkrieg bezahlen musste. Diese flossen von der Reichsbank in Berlin nach Basel in die BIZ und wurden von dort aus weiterverteilt an die Siegermächte des Ersten Weltkriegs. Die zweite Aufgabe war ihre Funktion als Bank der Zentralbanken. Die BIZ bot den einzelnen Zentralbanken die Möglichkeit, eine gewissermaßen eigene Außenpolitik zu führen. Dazu brauchten sie eine Institution, faktisch ein Haus. Das war der zweite Grund, der 1930 zur Gründung der BIZ geführt hat.

Die BIZ ist auch wegen Nazi-Raubgold in die öffentliche Kritik gekommen. Welche Funktion hatte das Nazigold für die BIZ?

Für Devisenbeschaffung und als Abgeltung von BIZ-Investitionen vor 1933 in Deutschland lieferte die Reichsbank im Zweiten Weltkrieg gestohlenes Zentralbankengold aus Frankreich und Holland nach Basel, ein kleiner Teil davon könnte Totengold aus dem Holocaust gewesen sein. Rein zahlenmäßig war die BIZ als Finanzdrehscheibe und Devisenbeschafferin der deutschen Kriegswirtschaft weniger wichtig als die Schweizer Banken. Wichtiger war ihre Rolle als Informationsdrehscheibe und Verbindungsglied zwischen den Zentralbanken der Alliierten und der Achsenmächte. In Basel arbeiteten deutsche, italienische und japanische Zentralbanker friedlich mit ihren englischen und US-amerikanischen Kollegen zusammen. Für das ökonomische Überleben der BIZ von 1939 bis 1945 war das Raubgold wichtig. Die Bank beschäftigte damals etwa 110 Personen, die alle gut verdienten; diese Löhne, die Mieten und sonstige Kosten mussten bezahlt werden. Vereinfacht gesagt, zahlte die BIZ in jenen Jahren mit dem Raubgold aus Berlin, das sie Schweizer Banken gegen Schweizer Franken verkaufen konnte.

Wie haben sich die Aufgabenstellungen der BIZ historisch von damals bis heute verändert?

Sehr kurzgefasst könnte man sagen, dass die Funktion der Bank der Zentralbanken geblieben ist: Über Krieg und Frieden, über den Zweiten Weltkrieg und über den Kalten Krieg bis heute haben sich da die Zentralbanken der verfeindeten Mächte auf neutralem Boden in Basel getroffen. Unkontrolliert von Öffentlichkeit und Politik, konnten sie dort sprechen, über was immer sie wollten. Das ist eigentlich geblieben in diesen 75 Jahren und das ist vielleicht der rote Faden.

Wie kann man sich die Zusammenarbeit der Notenbanken im Rahmen der BIZ heute konkret vorstellen?

Der wesentliche Beitrag der BIZ ist nach wie vor, dass sie eine Möglichkeit zur Verfügung stellt, wo sich die Notenbanker treffen können, sie stellt dafür den institutionellen Rahmen. Eine eigene Agenda hat sie selber nicht, sie macht die Dienstleistungen dafür, damit eben die Zentralbanker ihre Sitzungen abhalten und ihre Diskussionen führen können.

Welche Zentralbanken sind in der BIZ heute vertreten und welche Struktur hat die Zusammenarbeit genau?

Heute hat die BIZ 55 Mitgliedsbanken, darunter sind alle wesentlichen Global Player, also wenn man so will fast alle Großen und Reichen. Alle zwei Monate finden die Sitzungen der Notenbankgouverneure statt. Es ist aber auch jederzeit möglich, dass sie sich außer der Reihe in der BIZ treffen. Sie können jederzeit dort formlos ein Meeting anberaumen.

Ganz obenauf in den Aufgabenstellungen der BIZ seit 1990 steht die Einbeziehung der aufstrebenden Volkswirtschaften in die Kooperation der Notenbanker. Welche Länder sind in den letzten Jahren dazu gekommen?

Die wichtigsten sind sicher China und Russland, die waren vorher natürlich außen vor, weil sie kommunistisch waren und die wollte man nicht, weil die BIZ ja seit 1930 eine Hochburg des Kapitalismus war. Des Weiteren sind die großen und wichtigen Wachstumsländer dazugekommen: Indien, Brasilien, Südkorea und Thailand. Man kann sagen, jetzt sind alle großen und reichen Länder dabei. Und das ist auch die Politik der BIZ. Sie will nicht universal sein, das heißt, sie will gar nicht alle, sie will die, die groß und wichtig sind. Es gibt vielleicht zwei, drei, die noch fehlen. Nigeria als Ölproduzent ist beispielsweise nicht dabei.

Sie haben im Zusammenhang mit der BIZ einmal das Stichwort Club-Politik ins Gespräch gebracht. Was meinen Sie damit?

Die Methode, die da in der Finanzdiplomatie angewendet wird, könnte man als Club-System bezeichnen. Denn wie schon erwähnt, gibt es da keine Tagesordnungen und auch kein großes Drumherum, sprich Presse oder Öffentlichkeit. Die Notenbanker kennen sich, sie treffen sich persönlich und sie machen ja auch sozusagen das gleiche Geschäft, denn sie regeln das Geldsystem ihres jeweiligen Landes. In der BIZ und in diesem Club-System sind sie unter sich. Es ist auch eine Art Männerbund, es gibt da ganz wenige Frauen, es sind vielleicht zwei, drei. In Schweden ist der Notenbankgouverneur eine Frau und ich glaube auch in Malaysia. Da wird im Club-System und unter Vertrauen verhandelt. Vertrauen ist ein wichtiges Stichwort, weil es das braucht, um über die Probleme, die es gibt, oder auch über die Ängste, die die Gouverneure haben, zu reden: Über Ängste beispielsweise vor dem nächsten Finanzcrash, über die Frage auch, wer dann die Verluste tragen muss. Ein anderes wichtiges Thema ist die Wechselkursfrage, wo die US-amerikanische und die Chinesische Zentralbank über den Kurs der chinesischen Währung streiten. Über so etwas wird dann dort informell verhandelt.

Was sind aktuell die konkreten Themen der Notenbanker?

Jetzt gerade zur Generalversammlung Mitte Juni ist wieder der Jahresbericht herausgekommen und da sieht man, dass sich die Notenbanker große Sorgen machen über die Ungleichgewichte, die bekanntlich in der Weltwirtschaft existieren. Darüber zum Beispiel, dass die USA über ihre Verhältnisse leben, was sich in ihrem Zahlungsbilanzdefizit zeigt. Sie importieren auf Pump, während andere Länder, zum Beispiel China oder auch Deutschland einen Exportüberschuss haben. Und diese Ungleichgewichte machen die Finanzmärkte zur Zeit sehr labil. Andere Aspekte sind die Finanzderivate, also gewisse Finanzinstrumente, die explosionsartige Volumenzuwächse bekommen haben. Alles in allem kann man davon ausgehen, dass in der BIZ heute die Angst vor einem Finanzcrash das große Thema ist.

Was sind weitere Funktionen und Arbeitsfelder der BIZ?

Zum einen ist es die Verwaltung der Währungsreserven. Es gibt kleinere Mitgliedsbanken, die ihre Währungsreserven nicht selber verwalten können, weil sie die technischen Möglichkeiten und das Know-how dazu nicht haben. Weil sie als Notenbank nicht mit einer privaten Bank arbeiten können, brauchen sie die Beratung einer überstaatlichen Finanzinstitution. Diese Funktion erfüllt die BIZ und mit den damit erzielten Einnahmen finanziert sie sich auch. Ein weiteres Arbeitsfeld ist die Zentralisierung der Publikationen von Zentralbanken, die gesammelt und ins Internet gestellt werden. In der eigenen Küche produzieren die BIZ-Ökonomen einen ausführlichen Jahresbericht, der den Gang von Weltwirtschaft und Weltfinanz gewissermaßen aus der Sicht eines universellen Gesamtkapitalisten darstellt und bei Volkswirten und Finanzanalysten einen guten Ruf als Informationsquelle besitzt. Des Weiteren erstellt die BIZ Finanzmarktstatistiken. Sie hat den direkten Zugang zu den Rohdaten der privaten internationalen Großbanken, die gesammelt und aufbereitet werden.

Ein weiteres Arbeitsfeld der BIZ ist die Modernisierung der internationalen Finanzarchitektur, zum Beispiel die Schaffung von Finanzinstrumentarien wie Basel II. Welche Bedeutung hat dies?

Das ist eine Frage der Banküberwachung. Die BIZ macht hier Empfehlungen, wie der Bankensektor überwacht und reguliert werden soll. Basel II ist aktuell die wichtigste, damit wird festgelegt, wie viel Eigenkapital eine Bank haben muss, damit sie auch im Falle größerer Kreditverluste liquide bleibt.

Es gibt in Deutschland eine Kritik an Basel II, weil dadurch kleine Kreditnehmer benachteiligt werden, gibt es die auch in der Schweiz?

Ja. Basel II wird weltweit kritisiert, weil damit kleine und mittlere Unternehmen benachteiligt werden, insofern dass sich ihre Kreditaufnahme bei den Banken verteuert. Denn Basel II geht davon aus: Je größer ein Kreditnehmer ist, desto sicherer ist er. Doch viele meinen, dass das gar nicht stimmt. Es gibt auch Kritiker, die sagen, dass damit vor allem die großen international tätigen Banken wie etwa die Deutsche Bank oder UBS in der Schweiz oder die Citibank in den USA bevorteilt werden, und dass es eben diese Banken sind, die Basel II gepusht haben. Die lokalen und regionalen Banken hingegen, genossenschaftliche Banken, Sparkassen und Staatsbanken, die es in Deutschland, Frankreich und in der Schweiz gibt, die werden durch Basel II benachteiligt: Je näher eine Bank an der Realwirtschaft der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) operiert, desto weniger verdient sie, weil sie Kredite für die KMU mit mehr teurem Eigenkapital unterlegen muss als Kredite großer Banken für Großunternehmen. Das ist ein wichtiger Kritikpunkt an Basel II.

Welche Rolle spielt die BIZ mit solchen Empfehlungen in den weltweiten Privatisierungsprozessen?

Sie spielt eine Rolle im Hintergrund, keine direkte Rolle. Denn sie gewährt keine direkten Kredite an Staaten mit der Bedingung, öffentliche Betriebe zu privatisieren und die Binnenmärkte zu deregulieren wie die Weltbank oder der IWF. Die BIZ stellt die Koordination der Zentralbanken sicher. Die Bedeutung der BIZ für die neoliberale Privatisierung und Deregulierung der Märkte besteht weniger in Empfehlungen und Interventionen, sondern in der Funktion als institutionalisierte Informationsbörse für Zentralbankgouverneure.

Würden Sie sagen, dass die BIZ mit Treffen wie dem WEF in Davos oder der Sicherheitskonferenz (SIKO) in München vergleichbar ist?

Die angesprochene Methode des Club-Systems ist auch im WEF in Davos oder in München bei der NATO-Tagung zu finden. Die Leute kennen sich, vielleicht vertrauen sich einige, aber auch nicht alle. Das ist sicher eine bestimmte vertrauliche Atmosphäre und die ist auch so gewünscht. Mit dem Club-System wird eine Re-Feudalisierung der Politik betrieben, die bei der BIZ eine lange Tradition hat. BIZ, WEF oder NATO-Tagung spuren in ihren Aktionsfeldern wichtige Entscheidungen vor, ohne dass eine Überwachung durch demokratisch gewählte Parlamente stattfindet. Manche meinen, diese Art der Politik sei das Modell der Zukunft.

32. ... scheiß auf deutsche Texte. Musiksampler gegen ein entspanntes Verhältnis zu Deutschland

Autor: Jonas Füllner · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:35

Im Sommer 1996 wollte der Musiksender VIVA während der Musikmesse PopKomm Tocotronic mit einem Preis in der Sparte "jung, deutsch und auf dem Weg nach oben" auszeichnen. Tocotronic lehnten freundlich aber bestimmt ab. "Jung" und "deutsch" seien schließlich keine Auszeichnungen, die man stolz entgegennehmen könne. Wiglaf Droste kommentierte damals begeistert, dass "die Nischen-Angeberei", in anpolitisierten Hamburger Musikerkreisen sonst Konvention, "Tocotronic offensichtlich angenehm fremd" sei.

Bald zehn Jahre sind seitdem vergangen, die Hamburger Schule hat nach der Neuen Deutschen Welle die zweite große Phase Popmusik "made in germany" ermöglicht. Silbermond, Sido, Rammstein und Mia. tummeln sich heute in den deutschen Charts. Trotzdem wurde im vergangen Jahr der Ruf nach einer "quotengeregelten Sprach- und Kulturpflege per Gesetz" in Funk und Fernsehen laut. Mehr als 500 MusikerInnen, unter ihnen Smudo und Max Herre, unterzeichneten den Aufruf "Musiker in eigener Sache". Die Debatte ist nicht neu, schließlich wurde dazu schon viel diskutiert und geschrieben. Nun hat sich das Label unterm durchschnitt der Sache angenommen und ein Buch mit einer formidablen Musikcompilation unter dem Titel "I can't relax in Deutschland" zusammengestellt.

Neben den üblichen Verdächtigen der ehemaligen Hamburger Schule, Tocotronic, Kettcar, Stella, Die Goldenen Zitronen, Knarf Rellöm, Bernadette La Hengst und Die Sterne finden dort auch wunderbare Bands, die man bisher kaum politisch verordnet hätte, wie Lali Puna, Von Spar und The Robocop Kraus zusammen, um dem "aufkeimenden Nationalismus in Musik, Film usw." etwas entgegen zu setzen. Schick verpackt kommt die CD daher, in einer roten Fibel, in der sich auf 55 Seiten mit der "Normalisierung der deutschen Nation" kritisch auseinander gesetzt wird. Ein kleiner Erfolg für die umsonst-Kampagnen findet sich direkt in der Einleitung, denn ein positiver Bezug auf Aneignung ist auch in der Pop-Linken wohl inzwischen Pflicht. So beglückwünscht man die "Zielgruppe", die "Platte im Recordstore erworben, im Netz ersteigert oder sie irgendwo geklaut" zu haben.

Die Idee ist gut ...

Dachten Tocotronic 1995 noch, man könne "von bestimmten Dingen (über Sex und Sehnsucht) nur auf englisch singen", wird inzwischen deutlich weitergehender auf Deutsch gesungen. Mia. betraten, über die Nationalfarben in "Was es ist" singend, die Charts und Rammstein nutzen Filmszenen von Leni Riefenstahl für ihren Musikclip zu "Stripped". Folglich feierte im Januar 2004 die Deutsche Stimme das als Erfolg, "für ein entspannteres Verhältnis zur eigenen Nation."

Dagegen setzen sich im Booklet des Samplers die Gruppe sinistra!, Martin Büsser und Roger Behrens zu Wehr. Martin Büsser macht sich dabei Gedanken über "die Entstehung einer Elitenkultur" und "Kultur als nationales Konstrukt". Dabei erläutert er den Rahmen für eine "Gegenkultur", die sich "deutschfühlender" Kultur widersetzen müsse und sich nicht über die Nation definieren dürfe. In der Frage der Gegenkultur durchzieht das Buch jedoch eine gewisse Unentschlossenheit. Ist widerständige Kultur nun möglich, oder sind Pop und Nationalismus untrennbar verknüpft? Dass Popmusik kein "national gewachsenes Kulturgut" sei, behauptete am 2.10.04 Rezzo Schlau in der taz und bezog so deutlich Position gegen die Quotenverfechterin Claudia Roth. Roger Behrens dagegen sieht eben eine Verschmelzung von "Nationalismus, Popgesellschaft und Kapitalismus". Weiter warnt er vor der Gefahr, auf "die Dummheit und Belanglosigkeit des Kulturpatriotismus" hereinzufallen. Bemüht versuchen sinistra! dem "romantischen Antikapitalismus" die offene Flanke zum Antisemitismus nachzuweisen, der im modernen Antiamerikanismus seine Erscheinungsform fände.

Leider nur akademisch und ohne Bezug zur realen Welt des Pop, nimmt ihr Text daher leicht verschwörungstheoretische Züge an. Dabei gäbe es interessante Beispiele zu analysieren. Schafften es gerade während des letzten Golfkriegs erschreckend viele Songs in die Charts, deren vermeidlicher Pazifismus sich vor allem gegen die USA richtete und die getränkt waren mit einem positiven Bezug auf Deutschland.

Mit solchen Liedern gelang sonst unbedeutsamen Künstlern manch denkwürdiger Verkaufserfolg. So sah Mellow Mark 2004 z.B. "weltweit US-amerikanisches Fast Food, weltweit amerikanisches Gedankengut". Simple Antworten auf komplexe Fragen sind der "linken" Popkultur allerdings noch nie fremd gewesen. Dass dabei ein Anknüpfungspunkt für Patriotismus und Nationalismus gegeben ist, ist nicht von der Hand zu weisen. Inzwischen spielen Nazis auf ihren antiamerikanischen Gedenkmärschen den Hit "Yankees raus" der ehemaligen Vorzeigepunker Slime.

... doch die Welt noch nicht bereit

Wo verlaufen also die Grenzen zwischen unüberlegtem Pop und nationalem Gedankengut? Gerade hier fehlt dem Booklet eine ernste Auseinandersetzung mit der deutschen Musikszene. Die pauschale Behauptung, die Umkehrung des "Täter-Opfer-Verhältnisses" im Land der "Aufarbeitungsweltmeister" spiegle sich in der Popkultur wider, mag nicht gänzlich falsch sein, sie wird aber nicht weiter konkretisiert. Auch Tocotronic steuerten schließlich zwei Lieder auf den kritisierten Samplern der Reihe "Neue Heimat" bei. Hier zeigen sich die Schwierigkeiten einer Bestimmung, "wie sehr deutsch" Kultur sein darf. So bleibt der Sampler "Positionsbestimmung und Verweis darauf, dass Pop sich zumindest der Rolle, die Nation offensiv zu legitimieren entziehen kann".

So richtig das Anliegen auch sein mag, einem "positiven Heimatbezug" etwas entgegenzusetzen. Das Booklet verharrt auf einem akademischen Niveau, das dem aufklärerischen Charakter der Platte völlig entgegen läuft. Daher kommt die Platte über einen Szene-selbstbestätigenden Rahmen nicht hinaus. Was bleibt, ist ein sich "Auf-der-richtigen-Seite-wähnen". So lauscht man teils unentspannt, teils beglückt der CD und freut sich. Schließlich zeigt sich in Frankreich, wie furchtbar die Folgen einer Radioquote seien können. Dort schallt Robbie Williams mit schlecht akzentuiertem Französisch aus dem Sender. Nebenbei hat sich, auf Hot-Rotation laufend, eine andere CD in meinem Player verfangen. Eben nicht aus deutschem Lande und mit einem Titel, der nicht zu viel verspricht. Irgendwo zwischen Stevie Wonder und The Roots findet sich die Platte von K-OS: "joyful rebellion".

Jonas Füllner

"I can`t relax in Deutschland", unterm durchschnitt, www.icantrelaxin.de

33. Archäologe und Archivar der Revolution. Ausstellung des peruanischen Künstlers Fernando Bryce in Berlin

Autor: Matthias Reichelt · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:32

Kürzlich hat der lateinamerikanische David, Fidel Castro, dem Goliath des amerikanischen Kontinents, den USA, großzügig und propagandistisch klug Hilfe für die Opfer des Hurrikans in New Orleans angeboten. 46 Jahre alt ist die kubanische Revolution mittlerweile und den USA nach wie vor ein Dorn im Auge. Trotz aller konterrevolutionären Projekte und vielen gescheiterten Attentatsversuchen seitens der USA gegen Castro wäre das revolutionäre Projekt bereits zu purer Geschichte geronnen, wenn da nicht ab und an sich eben jene legendäre und mythenumrankte Figur des Comandante Fidel zu Wort melden würde.

An die kubanische Revolution erinnert derzeit in Berlin Fernando Bryce in der Galerie Barbara Thumm. Bryce, 1965 in Lima, Peru geboren, setzt sich in seiner Kunst seit vielen Jahren mit den revolutionären Prozessen nicht nur Lateinamerikas auseinander. In ausführlichen Recherchen sammelt Bryce Druckerzeugnisse wie Zeitungen, Filmplakate, Briefe und Werbung, um sie auf ca. DIN-A4-große chamoisfarbene Blätter zu zeichnen. Auf diese Weise entstand zum Beispiel 2001 der Peru-Atlas mit 494 einzelnen Tuschezeichnungen, der auf der Istanbul Biennale 2003 zu sehen war. In der gegenwärtigen Ausstellung in Berlin werden zwei neue und nicht ganz so umfangreiche Serien präsentiert. Zum einen der 219 Zeichnungen umfassende und nach der kubanischen Zeitung der 1960er Jahre benannte Zyklus "Revolución" und zum anderen die 44 Blätter des Zyklus "Américas" mit Covern der gleichnamigen, monatlich erscheinenden Zeitschrift der Organisation amerikanischer Staaten.

Gleich einem Fries der Geschichte zieht sich das breite Band der gerahmten Zeichnungen die Galeriewände entlang und lädt ein zum Lesen und Studieren. In seinem Bild-und-Text-Atlas "Revolución" folgt Bryce verschiedenen kulturellen Strängen und fügt sie gleichberechtigt in seinen "Ma(h)lstrom" der Geschichte ein. Das Material, aus dem er schöpft, besteht aus Werbung, Filmplakaten, offiziellen Verlautbarungen, Titelseiten von Zeitschriften, Konzertankündigungen, Ikonen der Pressefotografie und Reflexionen internationaler Geschehnisse in der Presse Kubas. Die von Bryce sehr bewusst vorgenommene Auswahl wirkt auf das Publikum zuerst zufällig und regt dazu an, Verbindungslinien und Kontexte herzustellen. Die mediale Brechung durch die Rückführung von Printmedien in das subjektive und älteste Medium der Menschheit, die Zeichnung, ist eine Art der Verfremdung und Ästhetisierung zugleich.

Bryce begibt sich mit einem an Walter Benjamin im Passagenwerk erinnernden Blick durch die Archive der Revolution und fördert ausgewählte Bilder und Nachrichten zu Tage. Übrigens widmete er Walter Benjamin 2002 eine zehnteilige Serie, der 2003 eine ausführliche Beschäftigung mit dem Spanischen Bürgerkrieg folgte. Seine historisch anmutenden Zeichnungen von Fernando Bryce erinnern an Comics der 1920er und 1930er Jahre.

Gegenläufige Tendenzen, repräsentiert durch die verschiedenen Kategorien von Bildern und Texten sowie den diversen Zeitungsrubriken, kommentieren sich auf scheinbar zufällige Weise gegenseitig und spielen auf das unkoordinierte Arsenal der medialen Alltagswelt an. Während in dem Zyklus "Revolución" (2004) ein erfolgreicher Aus- und Aufbruch aus der herrschenden Geschichte Lateinamerikas mit seinen Widersprüchen zu sehen ist, sind die Titelblätter des "Américas"-Zyklus (2005) Ausdruck der konservativen Geschichtsschreibung mit ihrer Reduktion auf die herrschende Klasse der lateinamerikanischen Staaten und ihre Politiker.

Die Verbindung von Kapitalismus mit einer noch nicht an der Theologie der Befreiung sondern obrigkeitsstaatlicher Akzeptanz orientierten Ideologie der Bigotterie kommt besonders in einem Titelblatt von 1954 in bizarrer Weise zum Ausdruck. Dort wird eine kniende und betende Puppe als der neueste Schrei in der Welt des Kinderspielzeugs angepriesen. Aus dem "Revolución"-Zyklus dagegen sticht eine modisch und sportlich gekleidete Kubanerin auf dem Titel der Zeitschrift Trabajo (Arbeit) heraus. Der vorrevolutionäre Inselstaat Kuba unter Fulgencio Batista war das Refugium der latein- und US-amerikanischen Bourgeoisie, die sich dort mit Festen, Sex, Skandalen und Casinospielen einem dekadenten Dolce Vita hingaben, während die

arme Bevölkerung in der medialen Welt kaum ein Gesicht hatte. Auf dem Trabajo-Titelblatt wird nun der modische Chic mit der Sozialisierung von Freizeiteinrichtungen für die arbeitende Klasse auf attraktive Weise verknüpft.

Matthias Reichelt

Fernando Bryce, bis zum 22. Oktober, Di.-Fr. 11-18 h, Sa. 13-18 Uhr, Galerie Barbara Thumm, Dircksenstr. 41, 10178 Berlin, www.bthumm.de

34. Stell dich an und das Handy aus. Eine Ausstellung in Berlin zeigt Werke der US-Künstlerin Martha Rosler

Autor: Bettina Klix · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:23

"If not now, when?" Dieser scheinbar ungeduldige, politische Satz stammt überraschenderweise von einem jüdischen Schriftgelehrten, Hillel, der Zeitgenosse von Jesus v. Nazareth war. Er gibt den Titel für eine Ausstellung von Foto- und Video-Arbeiten Martha Roslers, und der Satz ist auch als Motto dem Künstlerbuch vorangestellt, das statt eines Katalogs herausgegeben wurde. Davor stehen die dahin führenden Fragen: "If I'm not for myself, who will be for me? If I'm only for myself, what am I?" Das kann als ihr Credo betrachtet werden.

Die US-Amerikanerin Martha Rosler ist eine der engagiertesten Künstlerinnen ihrer Generation. Politisiert wie viele durch den Vietnamkrieg, reagierte sie darauf - oder auf ihr eigenes Entsetzen - mit einer berühmt gewordenen Collage-Arbeit "Bringing the war home" (1967-72). Ursprünglich nicht für den Kunstkontext gedacht, sondern als Intervention, und in Untergrundmagazinen veröffentlicht, verarbeitete Rosler den Schock, als sie zum ersten Mal Kriegsbilder aus Vietnam im Fernseher sah.

Politisierung durch den Vietnamkrieg

Die Überschreitung dieser Schwelle ins Heim hinein thematisierte sie in Collagen, die eher auf surrealistische Weise gearbeitet sind. Denn eins ihrer großen Vorbilder war Max Ernst, dieser hatte in einigen seiner Collagen den Einbruch von Gewalt in den bürgerlichen Salon ins Bild gebracht und diese Methode dadurch als taugliches Mittel erprobt, ein "Hier" und ein "Woanders" zusammenzubringen. Rosler nimmt Fotos vom idealen Heim und lässt hinter einem Vorhang oder einem Fenster Ausschnitte des Krieges hinein, auf eine geradezu elegante Weise. Die Methode ist so subtil wie effektiv und selbst ihre eigenen Collagen zum Irakkrieg können da nicht mithalten. Sollte es daran liegen, dass die neuen Arbeiten am Computer entstanden sind oder hat es mit der völlig veränderten Rolle der Medien in der Gesellschaft zu tun, wo eine Durchlässigkeit schon gegeben ist, die nicht mit surrealistischen Mitteln erst beschworen werden kann?

Schon vor dem Irakkrieg hatte Rosler die Gruppe Artists against the War (www.aawnyc.org) mit gegründet. Aus Protest gegen Bush's Außenpolitik veranstaltete die KünstlerInnen-Initiative im New Yorker Metropolitan Museum ein "Draw in". Einen Tag lang zeichneten die AktivistInnen Ausstellungsstücke der Mesopotamischen Abteilung, um darauf hinzuweisen, dass durch einen Krieg im Irak nicht nur die dortige Kunst in Gefahr sei. Von dieser Aktion berichtet Rosler bei einem Gespräch in Berlin, bei dem sie oft sehr humorvoll, Auskunft über ihre Arbeit gibt. Nachdem die Künstlerin auf dem Podium Platz genommen hat, macht sie als erstes Fotos vom Publikum, dies auf eine ganz unaggressive Weise. Und als sie bei einer schwierigen Antwort von einem Handyklingeln unterbrochen wird, fordert sie freundlich den Vergesslichen auf, dies als Signal zu betrachten, sich selbst anzustellen.

Die Tatsache, dass sie eine Lehrende geworden ist und dass ihr Werk inzwischen so viel Respekt genießt, verurteilt Martha Rosler zum Reisen. Ihre neuen Bilderserien thematisieren deshalb das Unterwegssein und dessen Reglementierung. Viele der neuen Arbeiten sind auf subtilere Weise politisch als die frühen Werke. Das komischste von den auch manchmal sehr didaktischen alten Videos ist "Semiotics of the kitchen" (1975), wo sie das Alphabet anhand von Küchengeräten durchgeht. Sich selbst eine Schürze wie eine Rüstung anlegend, benutzt sie die Werkzeuge der Unterdrückung martialisch oder geringschätzig, während sie die Namen voller Verachtung ausruft.

Bettina Klix

"If not now, when?" Ausstellung der NGBK (davor in Hannover, Sprengelmuseum), Haus am Kleistpark, Grunewaldstr. 6-7, 10823 Berlin, Di-So 14-19 Uhr, bis 23. Oktober. Martha Rosler: Passionate Signals, Hg. Inka Schube, Sprengel Museum Hannover, dt./engl. Hatje Cantz Verlag 2005, 288 Seiten, 29,80 EUR. Mit Texten von Beatrice von Bismarck und Inka Schube, sowie einem Gespräch zwischen Martha Rosler, Molly Nesbit und Hans Ulrich Obrist, zahlreichen farbigen Abbildungen.

35. Die "dritte Transformation" der deutschen Sozialdemokratie

Autor: Martin Dieckmann · Rubrik: SPD; PDS; Deutsche Linke allgemein; Linkspartei · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:16

Noch Ende der 1990er Jahre sah man in Deutschland für ganz Europa ein neues sozialdemokratisches Jahrhundert aufscheinen. "New Labour" als Dritter Weg der Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts bot sich in Deutschland als Vermittlung von neoliberaler "Marktgesellschaft" und "sozialer Gerechtigkeit" an. Zeit für einen kritischen Rückblick auf dieses Projekt: Wo steht die Sozialdemokratie heute, wenige Jahre später? Und welche Möglichkeiten eröffnen sich für Alternativen links von ihr? Martin Dieckmann zieht Bilanz.

Man wolle "Marktwirtschaft", aber keine "Marktgesellschaft", lautete das Credo, das in einem gemeinsamen richtungweisenden Papier von Tony Blair und Gerhard Schröder hinterlegt worden war. Dabei stützte sich New Labour durchaus auf eine entscheidende Prämisse des Neoliberalismus, nämlich auf die weitgehende Implementierung von Marktbeziehungen in sämtliche soziale Prozesse. So wie das Account-Management eines Unternehmens die Arbeits- und Wertschöpfungsprozesse in dezentrale Märkte zerlegt und indirekt steuert, sollte der Staat zwar mehr hervorgehoben werden, als es in der rein negativen Staatstätigkeit neoliberaler Ideologie der Fall ist, doch reduzierte sich die Staatstätigkeit bei New Labour auf ein Account-Management in sozialen Angelegenheiten. Gleichzeitig wurde sie nach ihrer autoritären Seite hin ausgeweitet: als repressives System von Instanzen und Apparaten des "Workfare" an Stelle der vormaligen, an Bürgerrechten ausgerichteten "Welfare"-Konzeption von Old Labour und traditioneller Sozialdemokratie.

Einigermaßen anspruchsvoll wurde dieses Konzept nur in Großbritannien, dort namentlich von Anthony Giddens vorgetragen: An die Stelle von "unbedingten sozialen Rechten", die zum Kernbestand der traditionellen Sozialdemokratie gehörten, müssten nun zuallererst die bürgerlichen Pflichten gestellt werden. "Keine Rechte ohne Pflichten", so Giddens, müsste zum Leitsatz der neuen Sozialdemokratie werden.

Paradigmenwechsel innerhalb des Reformismus

Dies kam und kommt einem Paradigmenwechsel innerhalb des sozialdemokratischen Reformismus gleich. Ohne Vorläufer ist der auch in Deutschland nicht, hatte doch schon der frühere Kanzler Helmut Schmidt (SPD) davon geredet, Menschen- und Grundrechten müssten "Pflichten" entgegengestellt werden. Es blieb ausgerechnet einem alten Liberalen, Ralf Dahrendorf, überlassen, in den Konzepten von New Labour einen merkwürdig autoritären Anflug festzustellen, vor allem aber das Fehlen jeder Dimension von Freiheit.

Als reine Doktrin, also programmatische Festlegung, lasen und lesen sich die Konzepte von New Labour in Deutschland wie ein Programm der dritten historischen Transformation der deutschen Sozialdemokratie. Hatte sie sich Ende des 19. Jahrhunderts im Erfurter Programm einem extrem orthodoxen und daher auch steril akademischen Marxismus verschrieben, erfolgte Anfang der 1960er Jahre die zweite programmatisch begründete Transformation zur "Volkspartei" - also die Absage an jegliche Bindung an eine antagonistische Klassenpolitik zu Gunsten eines Konzepts des Demokratischen Sozialismus, der sich schon zu Zeiten kapitalistischer Vorherrschaft im System des "Welfare" ausbreiten würde. Tatsächlich hatte sich die SPD ja mit dieser Transformation zur klassenneutralen Volkspartei als Regierungspartei empfohlen und nach 1945 trat sie erstmals 1966 in eine Bundesregierung ein, um sich schließlich von 1969 an mit einer Reihe von Reformen als Sozial- und Wohlfahrtsstaatpartei zu profilieren.

Thatcher und Blair in einem sein

Wer, wenn nicht die Sozialdemokratie, hätte also besser den erneuten Paradigmenwechsel auch in der Sozial- und Wirtschaftspolitik am Ende des 20. Jahrhunderts vollziehen können? Die Parallele schien sich geradezu aufzudrängen: So wie man sich mit Hilfe des Godesberger Programms Anfang der 1960er Jahre als zukünftig entscheidend gestaltende Regierungspartei neu formiert habe, so würde man nunmehr Ende der 1990er Jahre mit dem Regierungsantritt von SPD und Grünen New Labour auch in Deutschland als Regulationsmodell des 21. Jahrhunderts durchsetzen.

Dass es anders kam und kommen musste, haben Kritiker schon früh vorher gesagt: Schröder hat es zuletzt im Vergleich mit seinem großen Vorbild Tony Blair einräumen müssen: dass dem Erfolg von New Labour in

Britannien schließlich die Radikalkur des Thatcherismus vorangegangen sei. In Deutschland allerdings habe Ähnliches nicht stattgefunden. Die Ära Kohl, das sieht man erst heutzutage, hatte zwar ein weitgehendes Rollback der "Anspruchsinflation" nach 1968 zu Stande gebracht. Mit dem institutionellen Gefüge des "Rheinischen Kapitalismus" allerdings, der spezifischen Gestalt des Wohlfahrtsstaates in Deutschland, hatte sie nicht aufräumen können. Das, so sieht es selbst Schröder, sei nun das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie: Thatcher und Blair in einem zu sein.

Gewerkschaften - kurzer Frühling der Autonomie

Kohl scheiterte letztlich an der Aufgabe, nach einer Serie von Teilmanövern, die in der Hauptsache soziale Spaltungen und erneute Hierarchisierungen in "Kerne" und "Ränder" der Gesellschaft nach sich zogen, das gesamte System des "sozialen Rechtsstaates" in Deutschland anzugreifen. Sein einziger Versuch, mit dem Sparprogramm 1996, endete im Fiasko von Protest und erstmals wieder stattfindenden spontanen, "wilden" Streiks - ausgerechnet im Herzen des Co-Managements, der Automobilindustrie. Genau dieses Scheitern eines Frontalangriffs hat 1998 SPD und Grüne in die Regierung gebracht. Während die Repräsentanten des Kapitals auf weitergehende Deregulierung drängten, war mit der Wahl die Botschaft nach mehr "sozialer Gerechtigkeit" verbunden. Und die SPD glaubte im marktkonformen Regulierungsmodell von New Labour - freilich "im Konsens der entscheidenden Akteure", wie es Schröder immer wieder propagierte - den richtigen Weg für die marktgerechte Modernisierung des "Modell Deutschlands" gefunden zu haben. Doch war die Konzeption von New Labour in Deutschland zu keinem Zeitpunkt wirklich strategisch ausgerichtet, genau so wenig, wie es in der Führung der SPD einen geschlossenen Kader mit einer langfristigen kohärenten Strategie gegeben hat, vergleichbar dem Anfang der 1970er Jahre gebildeten strategischen Kader rund um Kohl. Schröder begann in der Einsamkeit eines Solitair der Macht, in der Kohl zuletzt seinem politischen Ende entgegen gegangen war.

Eine schlüssige Konzeption von New Labour in Deutschland hätte eine soziale Gruppe oder Zentralfigur zur Voraussetzung gehabt, eben Protagonisten einer neuen Bündniskonstellation, in der verschiedene Klassenfraktionen zusammengeschlossen worden wären. Die Zielgruppe von New Labour in Deutschland, die "neue Mitte", erwies sich allerdings in sozialer und ökonomischer Hinsicht als fragiles, wenn nicht sogar vollständig hybrides Konstrukt. Unter dem langjährigen konservativen Regime Kohls hatte man sorgfältig darauf geachtet, zwar die "Ränder" der Gesellschaft - und damit die Prekarität - auszuweiten, hatte dabei aber den "Kernen" immer wieder Stabilität angeboten. Die "neue Mitte" war dagegen entweder nur die virtuelle Trägerschicht der New Economy oder aber doch die "alte Mitte" neuer wie alter Mittelschichten, die nunmehr selbst ins Räderwerk postfordistischer Neustrukturierung von Unternehmen und Märkten gerieten. Was somit Schröder und der Sozialdemokratie noch blieb, waren die traditionellen "Akteure" - in der Hauptsache Unternehmerverbände und Gewerkschaften, deren "Bündnis für Arbeit und Gerechtigkeit und Wettbewerbsfähigkeit" der Regierung seit 1998 als zentrale Plattform diente. Daneben wucherte ein System von Experten-Kommissionen, Projektgruppen zur "Modernisierung des Sozialstaates", das insgesamt schon deutlich machte, wie sich die politische Macht sogar von ihrer formellen Legitimation durch das Parlament zu emanzipieren trachtete.

Die Jahre 2002/2003 markieren hier die entscheidende Wende. Parallel erarbeiteten Experten-Kommissionen Vorschläge zur "Mordernisierung" des Sozialstaates und des Arbeitsmarktes - dies ganz im Geiste von New Labour -, während das "Bündnis für Arbeit" ergebnislos tagte. Eigentlich bereit bis zur letzten Demütigung, waren die Gewerkschaften in diesem Bündnis dann doch nicht bereit, sich die Lohnpolitik auch von diesem korporativen Bündnis vorschreiben zu lassen. Nicht aus strategischer Weitsicht und zudem extrem schlecht vorbereitet, erklärte die Regierung dann im März 2003 das Bündnis für gescheitert. Und im April 2003 erfolgte die programmatische Festlegung auf die so genannte "Agenda 2010" und damit die totale Durchsetzung von "Workfare" zu Lasten des "Welfare". Gleichzeitig wurde eine deutliche Drohung den Gewerkschaften gegenüber ausgesprochen: Sollten sie nicht zur freiwilligen Deregulierung der Tarifpolitik bereit sein, würde die Regierung dies notfalls per Gesetz erzwingen.

Abgekoppelt von sozialen Bewegungen

Die Agenda 2010 stellt nun alles andere als ein zeitweiliges Notprogramm dar. Vom Kern her setzt sie die historisch durchgesetzte Interpretation von Grundrechten auch als soziale Grundrechte zur "Teilhabe" aller - also ein bürgerrechtliches Verständnis des Sozialstaates - außer Kraft und damit einen grundlegenden

Systemwechsel in Gang, der ein Rollback nicht bloß gegenüber 1968, sondern auch gegenüber all dem, was bislang das Selbstverständnis eines "nationalen Konsenses" seit 1949 darstellt, in Frage stellt. Das Dilemma der Sozialdemokratie wird dabei offenkundig: Zum einen setzt man den Paradigmenwechsel des Grundrechtsverständnisses im Sinne von New Labour als Ersatz des "Welfare" durch den "Workfare" durch. Zum anderen entledigt man sich dabei der letzten sozialen Basis, über die man bislang politisch noch verfügen konnte. Die Serie der Wahlniederlagen, hervorgerufen weniger durch den Wechsel sozialdemokratischer Stammwähler zu den anderen Parteien, als vielmehr durch massive Wahlenthaltung, belegt diese Entwicklung genau so wie der fortlaufende Verlust an Mitgliedern, insbesondere in den traditionellen Zentren der Sozialdemokratie.

Wachsende Akzeptanz von sozialem Protest

Diese Entwicklung, die man zunächst euphorisch als Transformation der Sozialdemokratie begrüßt hat, gerät mehr und mehr zur Erosion des gesamten sozialdemokratischen Lagers. Zu diesem zählen ja nicht nur Regierungsfraktion und Partei, also die SPD im engeren Sinne, sondern auch die Gewerkschaften des DGB, deren Mitglieder mitsamt der fragil gewordenen Wählerbasis der SPD. Während der politisch bedeutenden Jahreswende 2003/2004 stand der Bruch zwischen Gewerkschaften und SPD nur scheinbar auf der Tagesordnung. Die sich erstmals in einem Netzwerk organisierende Gewerkschaftslinke glaubte erneut von einer "Autonomie" der Gewerkschaften träumen zu können - wie zuvor, allerdings viele Jahre zurück, schon einmal: Ende der 1970er und Anfang 1980er Jahre, als der Austeritätskurs der damaligen SPD-Regierung zu Mobilisierungen des DGB auch gegen die Regierungspolitik führte. Dagegen meinte ein früherer, linker Gewerkschaftsführer Anfang 2004 nüchtern: Die Gewerkschaften hätten sich von der Sozialdemokratie nicht emanzipiert, sie seien "lediglich übrig geblieben". Doch auch das ist nicht die ganze Wahrheit. Denn im heftigen Richtungskampf, der allerdings nicht offen ausgetragen wurde, setzte sich sehr bald wieder die Anpassung der Gewerkschaften an die SPD - trotz Agenda 2010 - durch. Der kurze Frühling der Autonomie dauerte gerade mal ein halbes Jahr. Spätestens seit dem Sommer 2004 waren die Reihen von Regierung und Gewerkschaften, wenn auch nur vorläufig, wieder geschlossen. Die Gewerkschaften des DGB widmeten sich nun vorrangig der "Verbesserung" der Agenda 2010 und anderer Gesetze.

Geradezu skandalös entwickelte sich dabei das Verhältnis der Gewerkschaften zu den - in Deutschland sehr aktiven, dennoch quantitativ schwachen - sozialen Initiativen und Bewegungen. Zum einen sind die Gewerkschaften sicherlich darin überfordert, quasi als "Ersatzpartei" die Rolle einer politischen Repräsentanz des sozialen Protestes allein zu übernehmen. Zum anderen haben sie aber immer noch Macht genug, im Bündnis mit sozialen Initiativen den Protest wirkungsvoll werden zu lassen - zumindest im Westen Deutschlands. Und auch das Gegenteil gilt: Halten sich die Gewerkschaften zurück, können sie sozialen Initiativen die politische Wirksamkeit erheblich erschweren.

Am besten lässt sich dies mit Hilfe einer Chronologie illustrieren: Auf die Verkündung der Agenda 2010 im April 2003 folgten erste Aktionen des DGB im Mai 2003, wenn auch ohne den erhofften Grad an Mobilisierung. Danach wurden alle Aktionen eingestellt und hinter verschlossenen Türen verhandelte man mit Vertretern der Unternehmerverbände über einen möglichen Kompromiss in der Tarifpolitik. Als dann im November 2003 unabhängige Initiativen immerhin 100.000 Menschen nach Berlin mobilisieren konnten, gerieten die Gewerkschaften auch von innen unter erheblichen Druck. Die Stimmung in der Bevölkerung kippte zu diesem Zeitpunkt ganz gegen die Agenda 2010 um, die Gewerkschaften suchten nun das Bündnis mit den Initiativen und mobilisierten zu einem großen Aktionstag im April 2004. Kaum waren die Gewerkschaften beteiligt, versuchten sie so gut wie alle Veranstaltungen zu dominieren. Schon im Mai 2004 waren sie wieder mehr oder weniger abgekoppelt von den Initiativen, der Richtungskampf innerhalb der Gewerkschaftsführungen wurde vorerst zu Gunsten eines kooperativen Umgangs mit der Regierung entschieden.

Linke Alternativen - Alternativen der Linken?

Dabei brachte der kurze Frühling der Autonomie durchaus Erstaunliches hervor. Die Ablehnung der Arbeitsmarktpolitik der Regierung in der Bevölkerung wuchs im selben Maße, wie man die Breite der Betroffenheit feststellte. Mühsam versuchte die SPD ihr "soziales Profil" zu beleben. Schließlich kam es in der Metallindustrie zu heftigen Arbeitskämpfen gegen Erpressungen durch die Konzernleitungen. Und es begannen in Ostdeutschland jene mehrmonatig anhaltenden Demonstrationen gegen die Agenda 2010, in denen sich ein neues Selbstbewusstsein zeigte - auch und gerade im Widerstand gegen politische

Instrumentalisierungsversuche. Hass, Wut und Furcht zog sich diese Bewegung in Ostdeutschland gerade in Regierungskreisen zu, knüpfte man im Osten doch selbstbewusst an die Bewegungen von 1989 - "Wir sind das Volk!" - an und erklärte stolz den neuen Protest als die "zweite Etappe der demokratischen Revolution von 1989". Weder haben die Gewerkschaften diesen wichtigen Impuls aus dem Osten im Westen nachhaltig aufgegriffen, noch haben sie ihre eigenen Anliegen in einem kohärenten politischen Mobilisierungskonzept gebündelt.

Daraus darf aber nicht gefolgert werden, eine "verräterische" Führung habe sich von einer aktionsbereiten "Basis" abgekoppelt. Die Krise des sozialdemokratischen Lagers ist nicht allein von der Führung geprägt. Die Frage: Anpassung an eine Regierung, die "nicht so schlimm" wie die parlamentarische Opposition ist oder Emanzipation von der Sozialdemokratie als gewerkschaftlicher Leitfigur? sowie die daraus resultierenden Widersprüche durchziehen gleichermaßen Führungen wie betriebliche Funktionärsschichten, und dies nach Branchen sehr unterschiedlich. So sind auch viele Hoffnungen, die Initiativen oder Linke in die Gewerkschaften setzen, trügerisch, denn diese könnten jederzeit ihren Rest an Macht in eine soziale Opposition einbringen. Hartnäckig hält sich hier die Illusion am Leben, es gäbe so etwas wie einen "originären" Auftrag der Gewerkschaften - als seien Gewerkschaften nicht jederzeit eingebunden in politische Konstellationen. Und wer in Deutschland gewerkschaftlich eine linke Strömung entwickeln will, wird dies als Strömung der Linken (auch) in den Gewerkschaften tun müssen. Eben eine solche Linke ist freilich kaum ausgebildet, weil sie sich jeweils auf die verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren verteilt, ohne ein programmatisches Zentrum für die verschiedenen Netzwerke und Bündnisse außerhalb wie innerhalb der Gewerkschaften bilden zu können.

Allen Transformationsvisionen zum Trotz belegt die Demoskopie für Deutschland seit Jahren die hartnäckige Vitalität einer Grundhaltung in der Bevölkerung, die man auch "sozialdemokratische Grundströmung" nennt. Diese macht sich fest an bestimmten Gerechtigkeitsvorstellungen, auch an einer schon länger immer wieder festgestellten Aversion gegenüber aggressiven Unternehmenspolitiken. Letztlich ist sie aber keine sozialdemokratische, sondern eine "sozialstaatliche" oder besser: "wohlfahrtsstaatliche" Grundströmung. Belegbar ist diese Haltung auch durch eine wachsende Akzeptanz von sozialem Protest und sogar "wilden" Streiks und anderen Aktionen. Damit ist aber nicht mehr gesagt, als dass es den bisherigen Transformations- und Modernisierungsprojekten an einer glaubwürdigen Alternative fehlt. New Labour in Deutschland begleitet damit dasselbe Dilemma, das dem Neoliberalismus als Wesensmerkmal eingeschrieben ist: ein Kampfprogramm zur Destruktion der traditionellen Wohlfahrtstaatssysteme zu sein, aber mit seinem Programm totaler Ökonomisierung aller sozialer Beziehungen kein erneutes Integrationsprojekt anbieten zu können.

Dieses Dilemma prägt nicht nur die Sozialdemokratie, sondern mindestens im selben Maße die Konservativen aus CDU und CSU. Schließlich haben SPD auf der einen Seite, CDU und CSU auf der anderen Seite jahrzehntelang darum konkurriert, wer denn die prägende Kraft für den "Rheinischen Kapitalismus" gewesen ist. Zudem ist die Agenda 2010 auf Grund der besonderen parlamentarischen Konstellation ein gemeinsames Programm aller Parlamentsparteien geworden. So wird die Distanz zur "Politik" geradezu maßlos erweitert, ohne dass der Raum zwischen der sozialen Lebenswelt einerseits und der Welt der "Politik" gefüllt würde. Exakt diese Distanz drückt aber auch die Reichweite vormaliger Integrationsideologien aus: Das politische Vakuum, von dem allenthalben die Rede ist, bezieht sich keineswegs auf diese oder jene politische Richtung beziehungsweise Strömung, sondern auf den Bruch mit dem historischen sozialen Klassenkonsens, in dem schon immer die "Sicherheit" vor der "Freiheit" stand.

Strategische Orientierung auf Globalisierung

Insofern hat man es in Deutschland mit einer zwiespältigen "moral economy" im Volk zu tun, ein Amalgam von Normen und Maßstäben sozialer Gerechtigkeit, das seiner politischen Repräsentanz - in den großen Volksparteien der Linken wie der Rechten - beraubt worden ist. Und da in dieser "moral economy" die soziale Sicherheit vor der Freiheit steht, verbinden sich in ihr fortschrittlich-demokratische Tendenzen mit Tendenzen einer autoritären Sozialstaatlichkeit. Allem Optimismus zum Trotz, den auch viele Linke angesichts der Bewegungen 2004 zeitweise erfasst hat, ist der Konflikt zwischen Grundrechten als autoritärem Versorgungsanspruch (oft genug mit nationalistischen Konnotationen versehen) und freiheitlichen Entfaltungsrechten zur politischen Teilhabe innerhalb der so genannten "sozialdemokratischen Grundströmung" keinesfalls aufgelöst. So stehen sich auch in den Kräften einer sozialen Opposition gänzlich unterschiedliche Traditionen gegenüber. Dort der traditionelle, durchweg etatistische "Ouvrierismus" der

Gewerkschaftslinken, hier die emanzipativen Entwürfe einer nur schwach entwickelten alternativen Linken. Ganz zu schweigen von der völlig anderen "Alternative" in Gestalt der vor allem in Ostdeutschland äußerst erfolgreichen extremen Rechten, der es in einigen Regionen gelungen ist, den Diskurs über Wohlfahrt und Sicherheit auf reaktionäre Weise hegemonial zu besetzen.

Jede Debatte über linke Alternativen ist in Deutschland konfrontiert mit der Diskrepanz zwischen der extremen Beschleunigung des Umbruchs einerseits und nur schwach ausgebildeten Bewegungsansätzen andererseits. Angesichts der Dramatik des Umbruchs kann überhaupt nicht bestritten werden, dass es einer entschiedenen politischen Intervention und auch neuer Allianzen bedarf. Allerdings gehört zu diesem Realismus auch das Eingeständnis, dass grundlegende strategische Fragen noch gar nicht kohärent formuliert worden sind. Dies macht die eklatante programmatische Schwäche der Linken - und zwar in allen ihren Strömungen - in Deutschland aus.

Im Fokus der Debatte über Alternativen stand und steht seit dem Frühjahr 2004 die Notwendigkeit und reale Chance einer erneuten parlamentarischen Vertretung der Linken, und zwar nicht nur als Sprachrohr, sondern durchaus auch als Stütze der sozialen Opposition. Seit dem Frühjahr 2004 hat sich aber aus ehemals sozialdemokratischen Kreisen, zudem noch unterstützt von Teilen der traditionellen Gewerkschaftslinken, die so genannte "Wahlalternative" gebildet. Nach anfänglichen, vor allem durch Medienöffentlichkeit geförderten Erfolgen geriet die neue Partei allerdings in den Sog der üblichen Selbstverständniskonflikte. Im Kern handelt es sich dabei um einen programmatischen Konflikt, der sich manifestiert im Verhältnis zum Sozial- als Wohlfahrtsstaat. Reduziert sich die eine Strömung auf eine Rekonstruktion der "alten" Sozialdemokratie, kamen natürlich andere - eher linke - Strömungen hinzu, die sich nun eine neue Linkspartei neben der PDS erhofften.

Wie schon bei früheren Parteigründungen in Deutschland handelt es sich bei der WASG um eine Selbstmandatierung in Bezug auf die sozialen Bewegungen. Sie ist eher ein Produkt der Krise des sozialdemokratischen Lagers sowie der Linken als eine plurale Plattform der sozialen Opposition im politischen Raum. Einige ihrer Protagonisten erklären auch ganz offen als Ziel dieser Partei die Wiederherstellung der politischen Vermittlung, wobei völlig unklar bleibt, in welche Richtung diese Vermittlung primär erfolgen soll. Aus Sicht der schwachen, aber hartnäckig arbeitenden Basisinitiativen dürfte es völlig belanglos werden, welche innerparteiliche Machtkonstellation nun gerade Konjunktur hat. Entscheidend ist allein die Chance, auch im politischen Raum wieder "Luft zum Atmen" zu spüren - und damit stehen auch die Chancen nicht schlecht, dass jede linke Repräsentanz im Parlament letztlich von den Bewegungen und Initiativen instrumentalisiert werden wird und nicht umgekehrt.

Zur programmatischen Debatte haben bislang weder WASG noch PDS Bedeutendes beitragen können. Die PDS ist zudem schwer belastet durch ihre Regierungsbeteiligungen in Berlin und im Norden der ehemaligen DDR - wo sie jeweils mit der SPD Koalitionen eingegangen ist und sich auch teilweise am aggressiven Kurs gegen die Gewerkschaften beteiligt hat. Auf der grundsätzlichen Ebene zerfällt jede linke Programmatik heute noch immer in drei, einander nicht vermittelte Teile: Zum einen ein tagespolitischer Katalog, zum anderen ein in der Hauptsache links-keynesianischer Ordnungsrahmen zur Wiederherstellung nationalstaatlicher Regulierung fordistischen Typs, und, mehr oder weniger davon gänzlich abstrahierend, eine allgemeine deklamatorische Kritik an der "Globalisierung" und der diffuse Appell an Demokratie und Grundrechte. Eine strategische Orientierung innerhalb der EU-Integration als praktischen Bezug auf die so genannte Globalisierung fehlt so gut wie vollständig. In der Hauptsache handelt es sich hierbei um Positionen, die man so auch in der Programmatik der Gewerkschaften wiederfindet.

Keineswegs nur in allgemeiner und langfristiger Sicht, also auch nicht reduzierbar auf einen Grundwertekatalog der Linken, sondern durchaus als Problem alltäglicher Praxis wird die Linke in Deutschland wie anderswo immer dann scheitern, wenn sie auf "die soziale Frage" lediglich eine andere Antwort geben will, als es bürgerliche Parteien oder auch die extreme Rechte tut. Nicht abstrakt, sondern bis in die politischen Details hinein durchziehen die Linke in der Debatte politischer und sozialer Alternativen Konfliktlinien, die nicht einfach auf Traditionen zurückzuführen sind, sondern auch der "sozialdemokratischen Grundströmung" mit eingeschrieben sind. Es geht bei der "sozialen Frage" darum, wonach gefragt wird - etwa nur nach den allgemeinen Bedingungen sozialer Sicherheit, wie sie durchaus im Einklang stehen kann mit autoritärer Staatlichkeit, oder aber weitergehend nach den Bedingungen emanzipativer Entwicklung der Einzelnen. Die größte Gefahr, nicht nur für die Linke in Deutschland, besteht darin, sich zu beschränken auf die Durchsetzung

eines neuen Verteilungsmodus "zwischen den Klassen" - ohne zugleich einen alternativen Verteilungsmodus "in der Klasse" zu thematisieren.

Keine Rückkehr zum Sozialstaat alten Typs

Bis in die Details der aktuellen wie vergangenen Sozialpolitik - dem System der Sozialversicherungen, der Struktur der Arbeitsmärkte, sogar der Systematik der Tarifverträge - wird deutlich, dass die Alternative der Linken eine radikale Alternative gerade zum Sozial- und Wohlfahrtssystem alten Typs sein muss. Sämtliche, von der Linken in der Vergangenheit durchweg kontrovers diskutierte Fragen, wie die der Geschlechterdemokratie, der Migration, der Staatsbürgerschaft etc., fallen hier mit grundsätzlichen und alltagspolitischen Fragen, auf die es emanzipative Antworten zu finden gilt, zusammen. Dies impliziert von Anfang an eine andere, eine alternative Kultur des Austauschs und der Auseinandersetzung innerhalb der Linken, sofern sie prägende Kraft für soziale und politische Initiativen werden will. Die Logik der Parteibildung und -politik, ihre habituelle Ausstattung und die dazu gehörende Enge der Diskurse, stellt hier eher ein Hemmnis als eine fortschrittliche Kraft dar. Gerade angesichts der offensichtlichen Schwäche der sozialen Initiativen in Deutschland und auch einer bislang nur marginal wirksamen alternativen Linken wird es darum gehen müssen, gegenüber den - durchaus sinnvollen, weil notwendigen - Anstrengungen zu Gunsten einer neuen Linkspartei weitgehende Autonomie zu wahren.

Martin Dieckmann

Dieser Text basiert auf einem Vortrag, den der Autor im Oktober vergangenen Jahres im "éspace marx" in Paris gehalten hat. Er erscheint zugleich in der französischen Zeitschrift variations.

Wie und warum Linkspartei?

Die Linke steht mit dem Auftauchen der Linkspartei auf der politischen Bühen vor neuen Herausforderungen. Das innerlinke Kräfteverhältnis wird neu bestimmt - und zwar ganz unabhängig vom Abschneiden des Wahlbündnisses aus PDS und WASG bei der Bundestagswahl. Auf welchen gesellschaftlichen Grundströmungen die Formierung der Linkspartei fußt, skizziert Martin Dieckmann. Dabei geht er der Frage nach, welche Möglichkeiten sich nach der neoliberalen Wende der Sozialdemokratie für Alternativen links von ihr eröffnen. Vor Euphorie warnen Henrik Lebuhn und Ingo Stützle. Sie befürchten, dass durch den Erfolg der Linkspartei die zaghaften Ansätze sozialer Opposition wieder in den parlamentarischen Raum integriert werden.

Die Fotos von Elke Stolzenberg auf den folgenden Seiten entstammen Antje Vollhardts Buch "Flamenco"; sie zeigen bekannte spanische Flamenco-KünstlerInnen.

36. Vorsicht Linksdings. Die neue Linkspartei und die außerparlamentarische Linke

Autor: Henrik Lebuhn, Ingo Stützle · Rubrik: PDS; Deutsche Linke allgemein; Linkspartei · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:33

Was die Gründung einer Oppositionspartei links der SPD angeht, hat die vorgezogene Neu-wahl in der parlamentarischen und in der außerparlamentarischen Linken eine Dynamik erzeugt, die noch im Juni dieses Jahres kaum jemand für möglich gehalten hätte. Binnen kürzester Zeit hat sich das Wahlbündnis zwischen PDS und WASG gegründet. Auch in der außerparlamentarischen Linken werden große Hoffnungen in das neue Parteiprojekt gesetzt. Öffentliche Diskussionsveranstaltungen zur Wahl stoßen selbst in der radikalen Linken auf breites Interesse. Wahlappelle werden formuliert, Allianzen geschmiedet und lebhaft über das Verhältnis zwischen außerparlamentarischer und parlamentarischer Linke debattiert. Das neue Projekt sorgt für Furore.

Ausgelassene Euphorie für das neue Linksdings ist also nicht nur bei der sozialen Basis der PDS und der WASG zu registrieren. Auch Teile der außerparlamentarischen und radikalen Linken, die schon lange keinen Sinn mehr in parteiförmiger Organisierung sehen, scheinen wieder Hoffnung in ein parlamentarisches Projekt zu setzen. Während die Entstehung der Linkspartei bei ersteren verständlicherweise begrüßt wird, bleibt die Zustimmung bei den letzteren eher befremdlich.

Parteien sind mächtige Realität

Es fragt sich: Entsteht hier tatsächlich eine "Partei neuen Typs", die eine neue Dynamik in den Kampf gegen das neoliberale Einheitsdenken bringt? Worauf gründet sich die Hoffnung gerade der außerparlamentarischen Linken, dass sich die Linkspartei als erfolgreiches oppositionelles Parteiprojekt erweist und sich dabei auch noch positive Effekte für soziale Bewegungen ergeben? Kann aus einer antikapitalistischen und emanzipatorischen Perspektive davon ausgegangen werden, dass Parteipolitik im Parlament zukünftig dazu beitragen wird, die Verhältnisse grundlegend zu verändern? Völlig auszuschließen ist dies sicherlich nicht. Doch die Erfahrungen mit der PDS in den Landesregierungen und mit den Grünen seit 1998 auf Bundesebene geben allen Grund zur Skepsis. Und dabei hatten letztere in ihrer Gründungsphase zumindest noch den Wind einer starken sozialen Bewegung im Rücken. Die neue Linkspartei dagegen ist ein Projekt der Funktionäre.

Auch theoretische Überlegungen legen nahe, dass die jüngsten Anpassungsleistungen (ehemals) unbequemer Parteien an die parlamentarische Realität der Bundesrepublik mehr als nur historische Zufälligkeiten waren. Vielmehr muss die "materielle Dynamik organisatorischer Formen als dauerndes Problem" emanzipatorischer Politik unter bürgerlichen Verhältnissen begriffen werden. (1) Ein Grund für uns, bei der existenten Euphorie eine eher grundsätzliche Auseinandersetzung zu führen. Zwar wissen wir, dass auch vom Standpunkt einer staats- und kapitalismuskritischen Linken die Politik der Parteien als mächtige Realität akzeptiert werden muss. Das heißt jedoch nicht, den Parlamentarismus auch als Form der Politik, als Modus der gesellschaftlichen Konfliktaustragung und vor allem als Herrschaftsinstitution zu akzeptieren.

Staatszentrierheit vs. Bewegungsorientierung

Spätestens seit 1998 wird die systematische Entsicherung aller Lebens- und Arbeitsverhältnisse als gesamtparlamentarisches Projekt betrieben. Die Entstehung der Linkspartei ist vor allem Ausdruck eines in seiner Bedeutung wohl kaum zu unterschätzenden Bruchs zwischen SPD und Gewerkschaften. Zum ersten Mal in der Geschichte des DGB spricht dieser zur Bundestagswahl keine Wahlempfehlung aus. Mit ihrer unverfrorenen Politik zu Gunsten der Kapitalseite hat die SPD ihre eigene Basis mittlerweile zutiefst verunsichert. Und nicht nur die. Das Vertrauen in die Politik der großen Parteien scheint durchgängig erschüttert. Erstmals seit Gründung der Grünen im Jahr 1980 fühlen sich große Teile der Wähler und Wählerinnen mit ihren Interessen durch keine der etablierten Parteien mehr vertreten und suchen nach einer neuen Repräsentation im parlamentarischen System. Das neoliberale Einheitsprogramm der "virtuellen Gesamtpartei" (Agnoli) im Bundestag trägt Früchte.

Vor diesem Hintergrund kann die in den vergangenen eineinhalb Jahren zunächst in semi-klandestinen Zirkeln diskutierte und dann offensiv vorangetriebene Gründung einer Sozialstaatspartei also eigentlich gar nicht

überraschen. Die neue Linkspartei könnte das Dilemma lösen, dass sich den von der Sozialdemokratischen Partei Enttäuschten schon seit geraumer Zeit keine wahlpolitische Alternative mehr bietet. Deutlich drückt sich die abgrundtiefe Verunsicherung vieler Wähler gegenüber allen parteipolitischen Alternativen in den Gründungsdiskussionen und -konzepten der Linkspartei aus.

Aber allein ein Vergleich der ersten Papiere zu einer Wahlalternative und der gegenwärtigen Ausrichtung der Linkspartei zeigt, dass Skepsis angesagt ist. So wurde im ersten Papier "Für eine wahlpolitische Alternative 2006" deutlich der Anspruch formuliert, "die intellektuellen und strukturellen Kapazitäten für Opposition zu stärken" und "nicht etwa ‚regierungsfähig` zu werden". Für viele Gruppen und Einzelpersonen aus dem außerparlamentarischen Spektrum knüpft sich unter anderem daran die Hoffnung, dass sich im Windschatten einer solchen Oppositionspartei auch wieder eine starke soziale Bewegung formieren, zumindest aber von einer Diskursverschiebung nach links profitieren könnte. Die Entstehung einer "Partei neuen Typs", wie es sie in Italien mit der Rifondazione Comunista im Ansatz gibt, konnte man zumindest zeitweise für möglich halten. Auch wenn die Linkspartei sich dies nicht selbst auf die Fahne geschrieben hat.

Doch nach dem wahlkampftaktischen Zusammenschluss von WASG und PDS ist die neue Linkspartei von der Umsetzung des schwierigen Balanceaktes zwischen Stärkung außerparlamentarischer Gegenmacht und parlamentarischer Opposition, wie er in den frühen Strategiepapieren noch proklamiert wurde, leider meilenweit entfernt. In Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sitzt die PDS derzeit mit in den Landesregierungen und setzt vor allem in Berlin massive Sozialkürzungen rigoros durch. Eine systematische Kommunikation mit Aktivisten aus sozialen Bewegungen kommt in der PDS kaum zu Stande, obwohl in der Partei des demokratischen Sozialismus seit Jahren über mehr Bewegungsnähe diskutiert wird.

Staats- und Kapitalismuskritik - Fehlanzeige

Bisher waren es vor allem Einzelpersonen, die sich trotz ihrer Parteipolitik den sozialen Bewegungen verbunden fühlten. Wann immer sie damit parlamentarisch unbequem wurden, gab's Schelte von oben: So etwa im Mai 2002 als der Fraktionschef der PDS, Roland Claus, sich bei George Bush für den Protest von Ulla Jelpke, Winfried Wolf und Heidi Lippmann entschuldigte, die im Bundestag ein Transparent gegen den Krieg in Afghanistan entrollt hatten. Ein Schlag ins Gesicht der Antikriegsbewegung. Auch die WASG bleibt bislang ein Projekt "von oben". Von einer systematischen Einbeziehung sozialer Bewegungen ist auch hier nicht viel zu sehen.

Genau dies sind jedoch die neuralgischen Punkte, wenn es um die zukünftige Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Deutschland geht. Werden außerparlamentarische Selbstorganisationsprozesse weiter angeregt? Wird sich die allgemeine Unzufriedenheit mit neoliberalen Regierungsprogrammen ausdehnen und radikalisieren? Oder werden die jüngsten Ansätze einer Basisbewegung von der neuen Linkspartei einfach "geschluckt". Sowohl in der PDS als auch in der WASG stoßen in dieser Hinsicht unterschiedliche Politikvorstellungen und Selbstverständnisse aufeinander. Der Konflikt zwischen eher traditionalistischen Parteikonzepten und einer zumindest programmatisch verkündeten Nähe zu sozialen Bewegungen ist noch nicht entschieden. Aber mit den populistischen Zugpferden Lafontaine und Gysi bedarf es kaum noch einer sozialen Verankerung in sozialen Bewegungen. Ein Vorteil für die Traditionalisten. Zudem werden mit der zunehmenden Integration von PDS und WASG in die parlamentarische Verantwortung die Chancen eher abnehmen, dass sich mit der neuen Linkspartei auch ein starkes und radikales Bündnis linker Kräfte herausbildet, das mehr als nur parlamentarische Beatmungen bewirkt.

Was also, wenn die neue Linkspartei am Ende doch nur "die richtige Vertretung" sozialdemokratischer Wählerinteressen im Bundestag anstrebt? Was, wenn die zaghaften Ansätze eines gewerkschaftlichen Bruchs mit der Sozialdemokratie nicht in ein breites Bündnis mit sozialen Bewegungen münden, sondern sogleich in der Bindung an eine neue sozialdemokratische Kraft aufgefangen werden? Dann wäre damit auch der Staatszentrismus der deutschen Gewerkschaften aufs neue zementiert. So würde sich bestätigen, was Bodo Zeuner bereits vor dreißig Jahren an der deutschen Gewerkschaftsbewegung kritisierte: "Dass das Fortdauern der SPD-Bindung vor allem mit einer in der bürgerlichen Gesellschaft von Beginn an angelegten, in der deutschen Geschichte besonders ausgeprägten Staatsfixierung der Arbeiterklasse erklärt werden kann. Damit ist die (...) Überzeugung gemeint, dass das Handeln des Staates für die eigene Lebenslage als Arbeiter wesentlich entscheidender ist als alle Formen des eigenen organisierten Widerstands gegen das Kapital." (2) Der so skizzierte Staatszentrismus zeigt sich auch immer dann, wenn soziale Bewegungen nur als

einsetzbares Druckventil staatlicher Politik verstanden werden und ihre Organisationsmacht auf die Funktion verkürzt wird, staatliche Programme durchzusetzen.

Entscheidender als das Wahlprogramm der Linkspartei ist daher die Frage, ob sich die Gewerkschaften weiterhin in ihrer institutionellen Form als konstruktiver Bestandteil des "Modell Deutschland" verstehen oder sich im Sinne eines Social Movement Unionism als Teil sozialer Bewegungen sehen, und außerparlamentarischen Druck auf alle Parteien ausüben werden. Diese Diskussion wird in linksgewerkschaftlichen Kreisen bereits seit längerem geführt, und auch Horst Schmitthenner, Vorstandsmitglied der IG Metall, klagt bei der Linkspartei ein, dass außerparlamentarische Bewegungen "als notwendiger Teil eines erfolgreichen alternativen Projekts, als Gleiche unter Gleichen, nicht nur anerkannt, sondern auch herbeigesehnt, ja sogar befördert werden". (Freitag, 2.9.05)

Mit der Gründung der Linkspartei könnte jedoch genau diesem Projekt der Wind (wieder) aus den Segeln genommen werden. Bietet sich doch nun wieder eine parlamentarische und innerinstitutionelle Alternative zur Bewegungsorientierung an. Gewerkschaftliche Forderungen und Strategiebestimmungen würden mit einer engen Ausrichtung an der Linkspartei wieder parlamentarisch vorformiert; ihre Politik an Parteidebatten und Gesetzesvorschlägen orientiert, anstatt mit anderen außerparlamentarischen Kräften eine Gegenmacht aufzubauen. Zurzeit sieht es tatsächlich so aus, als wenn die Linkspartei bei großen Teilen der Gewerkschaftsbasis auf distanzlose Zustimmung stößt. Mit ihrem Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine läuft die Linkspartei hier offene Türen ein, und vieler Orts stößt sie dabei auf eine gefährliche linksnationalistische Stimmung. Eigentlich nichts Neues für deutsche Verhältnisse. Bereits seit den 1980ern wird die Gewerkschaftskrise vor allem zu Gunsten der weißen, männlichen Kernbelegschaft verarbeitet. Auch wenn mit den ersten Versuchen einer gewerkschaftlichen Organisierung von Wanderarbeitern im Rahmen der IG BAU eine zaghafte Öffnung zu verzeichnen ist. (vgl. ak 486)

Überraschender ist da schon, dass auch große Teile der radikalen Linken sich aufgeschlossen bis distanzlos gegenüber dem parlamentarischen Linksprojekt zeigen. Dies wiederum scheint uns vor allem ein Indikator dafür zu sein, wie weit der öffentliche Diskurs mittlerweile nach rechts gerutscht ist und wie isoliert staats- und kapitalismuskritische Positionen trotz Münteferings Manager-Hetze hier zu Lande derzeit sind. Angesichts bundesdeutscher Bewegungsarmut versprechen sich viele von einer Orientierung an dem neuen parlamentarischen Akteur zumindest minimale politische Erfolge - wie trügerisch diese auch immer sein mögen.

Für die Annahme, dass mit Integration in den parlamentarischen Alltag die Umtriebigkeit eines neuen Linksprojekts abnimmt, gibt es nicht nur empirische Hinweise, sondern auch theoretische Argumente. Damit ist freilich eine Ebene der Kritik angesprochen, die nicht nur auf die Linkspartei zutrifft, sondern "zeitlos" und unabhängig von den spezifischen politischen Konstellationen an allen parlamentarischen Projekten formuliert werden kann. Parteien als "extrastaatliche Teilverwaltungen" (Narr) unterliegen in ihrer parlamentarischen Politik engen Restriktionen. Diese sind vor allem durch zwei Momente bestimmt: zum einen durch ganz grundlegende Merkmale von Staatlichkeit in kapitalistischen Gesellschaften und zum anderen durch die spezifische Funktionsweise parlamentarischer Demokratie. Beiden Momenten sind Parteien unterworfen - auch wenn sie sich in der Rolle der Opposition befinden und das Personal für die Regierung möglicherweise gar nicht stellen (wollen).

Bewegungsnähe trotz Parteipolitik

Das "Formprinzip der Konkurrenzpartei" (Offe) legt eine Logik nahe, nach der die Parteien Wählerstimmen suchen, wo immer sie zu bekommen sind. Mit zunehmender Integration ins parlamentarische System enthalten sie sich dabei immer mehr der Bezugnahme auf klassenmäßige, konfessionelle oder sonst wie spezialisierte Partikularinteressen. Statt dessen wird der "Bürger als abstraktes Willenssubjekt, als ein mit Stimmrecht ausgestatteter Jedermann angesprochen". (3) Unter dem (Konkurrenz-)Druck, möglichst große Wählergruppen ansprechen zu müssen, werden spezifische Interessen und (Klassen-)Konflikte ausgeblendet und eine Politik für "die Mehrheit der Bevölkerung" formuliert.

Deutlich zeigt sich dieser staatstheoretische Befund auch im Falle der neuen Linkspartei bzw. in den programmatischen Statements ihrer frisch gebackenen Funktionäre. So äußerte sich etwa ein Mitinitiator der WASG in Berlin zur Niederlage des Wahlbündnisses Regenbogen bei den letzten Hamburger

Bürgerschaftswahl wie folgt: "Meiner Meinung nach hat Regenbogen einen grundsätzlich falschen, einen typisch linken Milieuwahlkampf geführt. Sie haben die Probleme nicht zugespitzt, die die Hamburger bewegen. Wenn man solche Punkte aufgreift, dann hätten auch Wahlalternativen Erfolgsaussichten." (Neues Deutschland, 3.3.04) Dass "die Hamburger" in zentralen politischen Fragen vielleicht gar keine gemeinsamen Probleme haben, die die Wahlalternative zuspitzen könnte, sondern vielmehr unvereinbare Interessengegensätze, welche es zu benennen gilt, scheint dem Mitbegründer der WASG gar nicht in den Sinn zu kommen.

Dieses Diktat, im Namen des Allgemeinwohls alles besser machen zu wollen, dem alle Parteien in der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie unterliegen, hängt untrennbar mit den grundlegenden Bestimmungen von moderner, d.h. kapitalistischer Staatlichkeit zusammen. Als "ideeller Gesamtkapitalist" muss "der Staat" das kapitalistische Gesamtinteresse formulieren, um so die allgemeinen Produktionsbedingungen zu garantieren. Gerät die kapitalistische Akkumulation in die Krise, stehen die materiellen Reproduktionsbedingungen des "Steuerstaates" selbst auf dem Spiel. Stets bleibt er daher "Staat des Kapitals", wie Johannes Agnoli es formulierte.

Formprinzip: Konkurrenzpartei

Freilich ist staatliche Politik nie durch die ökonomische Situation vollständig determiniert. Aus der allgemeinen Reproduktionserfordernis, die kapitalistische Verwertung aufrecht zu erhalten, lassen sich noch keine konkreten politischen Maßnahmen ableiten. Das kapitalistische Gesamtinteresse muss im politischen Prozess immer wieder neu ermittelt und der Konsens der Subalternen darüber organisiert werden. In diesem Zusammenhang verkörpert "das Parteiensystem (...) den Teil des regulativen Institutionenkomplexes, in dem antagonistische-plurale Interessen und Handlungsweisen in der Weise produziert, artikuliert, gerichtet, geformt, gefiltert und miteinander verbunden werden, dass ein relativ kohärentes, die gesamtgesellschaftliche Reproduktion gewährleistendes staatliches Handeln sowohl ermöglicht als auch legitimiert wird". (4)

Das Feld staatlicher Politik ist also immer schon vorstrukturiert und nicht allein von Kräfteverhältnissen abhängig. Dabei lässt die Ermittlung des kapitalistischen Gesamtinteresses nicht nur Raum für konflikthafte Dynamiken, sondern bringt diese selbst hervor und macht ihre geregelte politische Bearbeitung möglich und nötig. Hier wird es auch für außerparlamentarische Akteure interessant. Denn natürlich können unterschiedlich politische Strategien der systemimmanenten Konfliktbearbeitung für die Betroffenen zu wesentlichen Verbesserungen ihrer Lebenslagen führen. Die Einführung von Hartz IV etwa unterlag natürlich keinem Sachzwang, sondern war den konkreten politischen Kräfteverhältnissen und Akteurskonstellationen geschuldet. In diese gilt es für eine außerparlamentarische Linke zu intervenieren. Zugleich müssen sich gerade Akteure, die sich mit fundamentalkritischen Positionen in die politische Arena begeben, der engen Grenzen staatlicher Politik bewusst sein. Für Hartz IV etwa gilt, dass die Ausweitung eines staatlich subventionierten Niedriglohnsektors und der Zwang zur (Lohn-)Arbeit gegen eine starke parlamentarische Linke vielleicht in dieser Form nicht durchzusetzen gewesen wäre. Zentral war in diesem Fall die Kooperation der Gewerkschaften. Doch globaler Standortwettbewerb, strukturelle Massenarbeitslosigkeit und leere Steuerkassen setzen auch einer Linkspartei enge sozialpolitische Handlungsspielräume, zumindest solange die Grundprinzipien kapitalistischer Vergesellschaftung nicht zur Disposition stehen. Sozialpolitik des bürgerlichen Staates bleibt eben immer die "Bearbeitung des Problems der Transformation von Nicht-Lohnarbeitern in Lohnarbeiter". (5) Lohnarbeit als zentrale Vergesellschaftungsinstanz wird mit staatlicher Sozialpolitik nicht überwunden werden.

Dass der systemische Anpassungsdruck, den die Handlungsrationalität parlamentarischer Politik auf ihre Akteure ausübt, kaum zu unterschätzen ist, zeigt ein Blick auf die jüngste Vergangenheit bundesdeutscher Parteipolitik. Etwa auf die Grünen, die bis 1998 stets einen unversöhnlichen Pazifismus vertraten und nach den Bundestagswahlen - in "Regierungsverantwortung" wie es so schön heißt - den grundgesetzwidrigen Einsatz der Bundeswehr im Kosovo maßgeblich mittrugen.

Johannes Agnoli, der die Mechanismen der parlamentarischen Anpassung an realpolitische Erfordernisse bereits Ende der 1960er Jahre brillant beschrieben hat, meinte, dass eine emanzipative Politik im Parlament nur dann Aussicht auf Erfolg hätte, wenn die betreffende Partei eine konsequente Strategie der Fundamentalopposition verfolgt und dabei von einer starken sozialen Bewegung gegen den parlamentarischen Anpassungsdruck gestützt und gewissermaßen auf einer radikalen Linie gehalten wird. In einer solchen

Situation bestimmt "der Kampf selbst, und nicht das konstituierte Regelsystem" die Politik. (6) Keine dieser Bedingungen ist heute erfüllt.

Doch der Parlamentarismus richtet seine Akteure nicht nur inhaltlich an den Erfordernissen der kapitalistisch-nationalstaatlichen Realität aus, sondern setzt auch seine eigenen Formen durch. Populismus, Konkurrenzverhalten, personalisierende und reduzierende Wahlkampfpolitik - all das bringt die Logik des Parlamentarismus selbst hervor; keine Partei, die dieses Verhalten nicht an den Tag legte. Ein linkes Projekt aber, das diesen Namen verdient, zeichnet sich durch das genaue Gegenteil aus: bedacht sollte es sein, aufklärerisch, strategisch und dabei doch kompromisslos.

Fallstricke des Parlamentarismus

Nun beabsichtigt die neue Linkspartei freilich gar nicht, kapitalismus- und staatskritische Positionen ins Parlament zu tragen. Doch auch wenn man die Linkspartei "nur" am eigenen Anspruch misst, bleibt Grund zur Skepsis. Worin besteht angesichts eines strikt sozialdemokratischen Programms eigentlich das kritische Potenzial der neuen Linkspartei? Selbst für den Fall, dass sich die Linkspartei "erfolgreich" durchsetzt, wird dies "bestenfalls" zur Aushandlung eines neuen Klassenkompromisses zwischen Kapital und Arbeit führen. Faule Kompromisse und Zugeständnisse wird es geben.

Sicherlich: Für die Betroffenen können parlamentarisch erkämpfte Freiräume und kleine Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsverhältnisse einen wesentlichen Unterschied machen. Doch aus einer emanzipatorischen Perspektive muss es darüber hinaus immer auch darum gehen, ob und wie sich daraus weitergehende Proteste entwickeln und Gegenmacht aufgebaut wird. Es geht nicht nur um das Ausschöpfen von Handlungsspielräumen, sondern auch um die Frage, inwieweit damit bessere Rahmenbedingungen für weitergehende soziale Kämpfe geschaffen werden. Dass sich die Linkspartei dies zukünftig zur Aufgabe macht, ist aber alles andere als wahrscheinlich.

Zum einen, weil sie sich nach den Wahlen ihrer sozialen Basis erst einmal sicher sein kann. Zum anderen, weil eine kämpferische Klassenpolitik zu sperrig ist, um breite Wählerschichten anzusprechen. Eine Unterstützung der Linkspartei - entgegen aller Skepsis - muss deshalb ihren Maßstab darin finden, welche Relevanz die Verbesserung der Rahmenbedingungen für außerparlamentarische Politik für die Linkspartei selbst hat. Dies reicht von der politischen Ausrichtung der Rosa-Luxemburg-Stiftung über die öffentliche Distanzierung von widerständigen Praxen bis hin zur Rolle, die die Linkspartei in lokalen und regionalen Bündnissen spielen wird. Eine klare Ausrichtung auf mehrheitsfähige Politik wird außerparlamentarische linke Politik und Organisierung von Widerstand gegen die Verhältnisse erschweren.

Das Worst-Case-Szenario: Enttäuschte SPD-Wähler und Gewerkschafter, die noch im letzten Herbst erbost gegen Hartz IV auf die Straße gingen, werden ihre Interessen im Parlament vertreten und aufgehoben sehen. Die Notwendigkeit einer starken außerparlamentarischen Opposition wird vielen nicht mehr einsichtig sein und die eh schon schwachen Proteste gegen Arbeitszwang, Lohnsenkung und Sozialabbau endgültig erstickt. Am Ende könnte die außerparlamentarische Linke mit weniger dastehen als zuvor.

Wenn jetzt zu viele Hoffnungen auf die Linkspartei gesetzt werden, könnte dies, so unsere These, der außerparlamentarischen Linken - vom radikalen Flügel der Gewerkschaften über attac bis hin zu Antifa-Gruppen - möglicherweise mehr schaden als nützen. Um unsere beiden Kritiklinien noch einmal explizit zu machen:

1. Inhaltlich wird die Linkspartei im Bundestag bestenfalls sozialdemokratische und gewerkschaftliche Positionen vertreten, die der SPD abhanden gekommen sind. Von einem staats- und kapitalismuskritischen Projekt ist sie weit entfernt. Radikale Ecken und Kanten werden sich im parlamentarischen Prozess schnell abschleifen.

2. Aus Sicht einer grundlegenden Gesellschaftskritik bleibt die strategische Hoffnung, dass im Zuge der Neuformierung des parlamentarischen Feldes auch wieder eine starke soziale Bewegung entsteht. Doch weder löst die Linkspartei bislang ihren programmatischen Anspruch auf eine Zusammenarbeit und Stärkung sozialer Bewegungen ein, noch ist zurzeit eine außerparlamentarische Kraft in Sicht, die die Linkspartei auf einem oppositionellen Kurs halten könnte und so aus der neuen politischen Situation Kraft schöpfen könnte.

Statt Euphorie ist daher Skepsis angesagt. Wo es inhaltliche Gemeinsamkeiten gibt, ist gegen eine Zusammenarbeit zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Linken wenig einzuwenden. Aktivisten aus sozialen Bewegungen und Anhänger der Linkspartei werden zukünftig - wie ja auch schon in der Vergangenheit - in vielen Bündnissen und Kampagnen am gleichen Strang ziehen. Nichts spricht dagegen und vieles dafür. Eine radikale Linke kann sich ihrer schwierigen Aufgabe nicht einfach so entledigen: Einfluss auf "Realpolitik" zu nehmen, und sich dabei weder institutionell inkorporieren zu lassen, noch in ein linkes Ghetto zurückzuziehen. Trotz globalisierungskritischer Bewegung und Hartz-IV-Protesten bleiben die Zeiten in Deutschland bewegungsarm. Gerade deswegen muss das außerparlamentarische Feld weiter bearbeitet werden, anstatt die Gründung einer Linkspartei abzufeiern.

Henrik Lebuhn/Ingo Stützle

Anmerkungen:

1) Wolf-Dieter Narr: Zum Politikum der Form - oder warum fast alle Emanzipationsbewegungen Herrschaft nur fortlaufend erneuern, allenfalls besänftigen, in: Leviathan, Heft 2/1980

2) Bodo Zeuner: "Solidarität" mit der SPD oder Solidarität der Klasse? Zur SPD-Bindung der DGB-Gewerkschaften, in: Prokla 26/1976

3) Claus Offe: Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität, in: Roland Roth (Hg.): Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen, Campus, Frankfurt am Main 1980

4) Jürgen Häusler/ Joachim Hirsch: Regulation und Parteien im Übergang zum "Postfordismus", in: Das Argument 165/1987

5) zit. nach Stephan Lessenich: Vorwärts - und nichts vergessen. Die neue deutsche Sozialstaatsdebatte und die Dialektik sozialpolitischer Intervention, in: Prokla 116/1999

6) Johannes Agnoli: Wahlkampf und sozialer Konflikt, in: Transformation der Demokratie (Gesammelte Schriften, Bd.1), Freiburg/Br. 1990

37. "Sei guten Muts, kleiner Kamerad..." Ursel Hochmuth veröffentlicht Biogramme und Briefe von Hamburger Widerstandskämpfern

Autor: Susann Witt-Stahl · Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak498/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:25

Die Nationalsozialisten hatten sich einfach das Recht genommen "zu entscheiden, wer die Erde bewohnen soll und wer nicht", schrieb Hannah Arendt in ihrem "Bericht von der Banalität des Bösen" - die Menschen, denen sie die Aufenthaltsgenehmigung auf dem Planeten entzogen hatten, wurden zu bloßen Exemplaren verdinglicht.

Die Entindividualisierung der NS-Opfer in der Erinnerungskultur zu revidieren, ist eine dringliche historische Mission, der sich die Historikerin und Dokumentarin Ursel Hochmuth verschrieben hat. Die Kommunistin war Vorsitzende der Landesgeschichtskommission der VVN Hamburg und wirkte in der Redaktion der Ravensbrückblätter mit, die von der Lagergemeinschaft des ehemaligen Frauenkonzentrationslagers herausgeben wird. Sie veröffentlicht Bücher über den kommunistischen Widerstand wie "Illegale KPD und Bewegung ‚Freies Deutschland` in Berlin und Brandenburg 1942-1945" und ist Mitherausgeberin von "Schule unterm Hakenkreuz".

40 Jahre Recherche ...

Aber Ursel Hochmuth verarbeitet die Ereignisse und biografischen Daten aus zwölf Jahren Nazi-Barbarei nicht nur aus dem nüchternen Blickwinkel einer Geschichtswissenschaftlerin, sondern auch aus dem der unmittelbaren Nähe einer leiderfahrenen Zeitzeugin: Ursel Hochmuth wird 1931 in Hamburg geboren. Ihr Vater, Walter Hochmuth, ist Bürgerschaftsabgeordneter der KPD. 1933 muss er aus Deutschland fliehen. Während seiner Flucht bittet er Ursels Mutter Katharina um die Scheidung. 1941 heiratet die Kommunistin den Schlosser Franz Jacob. Der KPDler hatte seine Partei nach dem Reichstagsbrand zusammen mit Widerstandskämpfern wie Fiete Schulze und Anton Saefkow in den Untergrund geführt. Nach seiner Verhaftung 1933 wurde er schwerer Folter unterzogen. Die Jahre 1934 bis 1940 hatte er im Zuchthaus Bremen-Oslebshausen und im KZ Sachsenhausen verbracht. Nach seiner Entlassung arbeitet er am Aufbau einer KPD-Betriebszellenorganisation für mehr als 30 Fabriken und Werften. 1942 verfolgt ihn die Gestapo erneut. Jacob muss Hamburg verlassen; er taucht in Berlin unter. Im Juli 1944 wird er ein zweites Mal verhaftet - kurz darauf auch seine Frau. Trotz Freispruch durch den Volksgerichtshof wird Katharina Jacob in das KZ Ravensbrück deportiert, wo sie die Befreiung durch die Rote Armee Ende April 1945 erlebt.

"Und an Franz brauchst Du nun nicht mehr schreiben", war auf einem Zettel zu lesen, den die Mutter der 13-jährigen Ursel aus der Haft zukommen ließ. "Da wusste ich Bescheid", erinnerte sich das junge Mädchen zwei Jahre später in ihrer Biografie, die sie für das Komitee ehemaliger politischer Gefangener niederschrieb - ihr Stiefvater Franz Jacob war im September 1944 zum Tode verurteilt und im Zuchthaus Brandenburg-Görden enthauptet worden.

Ursel Hochmuths jüngste Veröffentlichung "Niemand und nichts wird vergessen" ist den Hamburger Widerstandskämpfern gewidmet, die Opfer des NS-Staats geworden waren und in der Begräbnisstätte Ehrenhain auf dem Ohlsdorfer Friedhof beigesetzt sind. Der Autorin geht es ebenso darum, "die zwölfjährige Kontinuität des Arbeiterwiderstands gegen Faschismus und Krieg" zu zeigen wie "die Vielfältigkeit oppositionellen Verhaltens, die von individuellem Protest über Desertion aus der Wehrmacht bis hin zum organisierten Widerstand reicht".

Hochmuths Dokumentation enthält eine ausführliche Chronik der Geschichte des Ehrenhains. 1946 hatten ehemalige politische Gefangene und Hinterbliebene damit begonnen, die Urnen mit der Asche von ermordeten Antifaschisten wie Franz Jacob und Bernhard Bästlein nach Hamburg zu überführen. Die Historikerin zeichnet alle wichtigen Stationen der Entwicklung vom Gräberfeld zur Gedenkstätte nach: vom Zusammenschluss ehemaliger Häftlinge 1945, über die Gründung des Kuratoriums Ehrenhain 1962, bis zum Ehrenhain-Treffen der VVN am Gedenktag für die Opfer des Faschismus 2004. Auch die traurigen Kapitel der Geschichte der Gedenkstätte sind detailliert festgehalten: 1962, in der heißesten Phase des Kalten Krieges, wurde der

Ehrenhain auf Veranlassung der Hamburger Behörden verlegt und die sterblichen Überreste der Widerstandskämpfer gegen den Willen der Hinterbliebenen umgebettet: "Der geschichtlich stimmige Platz neben Denkmal und Gräbern der Revolutionsgefallenen, der repräsentative Standort im Eingangsbereich des Friedhofs musste aufgegeben werden", berichtet Hochmuth. Der neue Ehrenhain war nur noch für Eingeweihte als Gedenkstätte erkennbar. Das änderte sich erst, als die Pläne des Kuratoriums, die Errichtung einer Mauer mit den Worten des tschechischen Widerstandskämpfers Julius Fuèik "Menschen, wir hatten Euch lieb - seid wachsam" als Inschrift, eine Bronzefigur und ein Portalstein mit der Aufschrift "Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer", - ohne Unterstützung des Senats - umgesetzt werden konnten.

... für 56 Porträts von AntifaschistInnen

Das Herzstück der Dokumentation bilden die Biogramme von 56 Hamburger Widerstandskämpfern, die eines gewaltsamen Todes starben und im Ehrenhain bestattet sind. Um den Antifaschisten ihre Namen, ihre individuelle Lebens- und Leidensgeschichte, ihr menschliches Antlitz, derer sie von den Nazis beraubt wurden, zurückzugeben, hat Ursel Hochmuth während ihrer 40-jährigen Recherche nicht nur Fotos von den 53 Männern und drei Frauen sowie Informationen über ihren politischen Werde- und Opfergang zusammen getragen. In dem Wissen, dass es zum Wesen von Herrschaft gehört, die Erinnerung des Leidens, das sie hervorbringt, auszulöschen, hat die Historikerin auch (Abschieds-)Briefe der Widerstandskämpfer aus der Haft angehängt.

"Sei guten Muts, kleiner Kamerad", schrieb Katharina Jacob ihrer Tochter 1944 aus dem Gefängnis - Worte, die für Ursel Hochmuths Leben Programm geworden sind: Repressionen wie das Verbot der VVN Hamburg und der KPD in den 1950er Jahren oder die Verlegung des Ehrenhains haben ihr schwer zugesetzt, aber Resignation betrachtet die streitbare Kommunistin als Luxus, den sie sich nicht leisten will: "Zuerst wurde mir der Platz verboten, an dem ich kämpfe, dann der Platz an dem ich gedenke - vom Friedhof vertreiben sie mich zuletzt".

Susann Witt-Stahl

Ursel Hochmuth: Niemand und nichts wird vergessen. Biogramme und Briefe Hamburger Widerstandskämpfer 1933 - 1945. Eine Ehrenhain-Dokumentation in Text und Bild. VSA-Verlag, Hamburg 2005, 254 Seiten, 17,80 EUR

38. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak498/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:10

Justiz und NS-Verbrechen

Joachim Perels hat sein Buch "Entsorgung der NS-Herrschaft?" dem hessischen Generalstaatsanwalt und Initiator des Auschwitz-Prozesses, Fritz Bauer, gewidmet. Ebenso wie Bauer geht es ihm darum, die kritische Selbstaufklärung über die NS-Vergangenheit im Hinblick auf eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft voran zu treiben. In dem mit "Verdrängung und Aufarbeitung der NS-Herrschaft" überschriebenen Einleitungsaufsatz zeigt Perels die mit hohem Aufwand betriebene Integration von Akteuren des NS-Regimes in die Funktionseliten aller gesellschaftlichen Sphären der BRD. Sodann wendet er sich den Prozessen gegen Akteure der Kriegsverbrechen in der Sowjetunion zu. Auf der einen Seite würdigt Perels das Engagement einzelner Staatsanwaltschaften, auf der anderen Seite konstatiert er jedoch einen Unwillen der Gerichte, sich in die Lage der Opfer zu versetzen, und findig erdachte Strategien zur Entlastung der Täter und ihrer Helfer. Die mit juristischer Sorgfalt betriebenen Bemühungen vor allem der USA um die Reetablierung rechtsstaatlicher Normen und die Verfolgung von NS-Verbrechen stehen im Kontrast zu den von hochrangigen NS-Funktionsträgern ins Werk gesetzten und weitgehend erfolgreichen Amnestie-Kampagnen für Kriegsverbrecher. Entgegen dem Mythos von der Wehrlosigkeit der Justiz unter der NS-Herrschaft betont Perels die Bereitschaft einer Mehrheit im Justizapparat, sich den NS-Normen in teilweise vorauseilendem Gehorsam anzupassen. Einen ganzen Abschnitt widmet er dem Denken so unterschiedlicher NS-Gegner wie dem evangelischen Theologen H.J. Iwand oder dem marxistischen Politologen Wolfgang Abendroth. Perels Buch ist eine lesenswerte Einführung in den Themenkomplex juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen im Kontext der bundesrepublikanischen Geschichte - und ein Plädoyer für eine radikaldemokratische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Christian Grünert

Joachim Perels: Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime. Offizin Verlag, Hannover 2004, 384 Seiten, 22,90 EUR

Sowjetische Kriegskinder

Das Gedenkjahr 2005 stand in Deutschland zumindest teilweise im Zeichen eines (nicht immer) neuen Opferdiskurses. Dabei drängte auch die Gruppe deutscher Kriegskinder an die Öffentlichkeit. Das ist nicht verwerflich - Traumatisierungen durch Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung sind ebenso wenig zu leugnen wie das Leiden an den Verbrechen der Eltern- und Großelterngeneration. Dabei sollte allerdings nicht vergessen werden, dass die Kinder in der von Nazi-Deutschland überfallenen Sowjetunion noch viel Schlimmeres erleben mussten. In ihrem Buch "Die letzten Zeugen" dokumentiert Swetlana Alexijewitsch Erinnerungen von 101 Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion, die bei Kriegsbeginn Kinder waren. "Ich habe gesehen, was ein Mensch nicht sehen kann ... nicht sehen darf", beginnt der damals achtjährige Jura Karpowitsch seine Beschreibung deutscher Kriegsgräuel. Daneben stehen Schilderungen von Glücksmomenten: das Ende der Blockade von Leningrad, gelungene Partisanenaktionen, schließlich der Sieg über Nazi-Deutschland. Aber bei den allermeisten Texten fragt man sich, wie Menschen mit Erinnerungen an das Grauen des Vernichtungskrieges leben können. Einige sprechen ganz offen davon, wie sie durch das Erlebte tagtäglich belastet werden. Dem Buch ist eine große Verbreitung zu wünschen: Weil es Maßstäbe gerade rückt und in Zeiten der "Opferkonkurrenz" den Blick auf die Leiden der Schwächsten lenkt, die dafür zudem nicht einmal symbolisch entschädigt worden sind.

Js.

Swetlana Alexijewitsch: Die letzten Zeugen. Kinder im zweiten Weltkrieg. Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2005, 320 Seiten, 8,95 EUR

Militarismus im Museum

Mit den Stimmen aller Parteien - bei Enthaltung der Grünen - hat die Hamburger Bürgerschaft im Februar 2004 die Einrichtung des "Internationalen Schifffahrts- und Meeresmuseums Peter Tamm" beschlossen, dafür 30 Mio. Euro und für 99 Jahre kostenlos ein Gebäude in der Hafencity zur Verfügung gestellt. Aller Voraussicht

nach wird dieses Museum, das spätestens 2008 eröffnet werden soll, "ein Ort für Seekriegsnostalgie und Marinepropaganda" werden, schreibt Friedrich Möwe in einer höchst informativen Broschüre. Der Namensgeber, lange Jahre Axel Springers letzte Hand, hieß im Verlagshaus nur "der Admiral" - wegen seiner "Marinemeise" (Tamm über sich selbst) und seiner stramm rechten Gesinnung. Springer selbst bezeichnete ihn zuweilen als Rechtsradikalen. Was Tamm unter Schifffahrts- und Marinegeschichte versteht, ist seit Jahren in seiner privaten Sammlung an der Elbchaussee zu besichtigen. Die drei "programmatischen" Porträts im Eingangsbereich zeigen den Großen Kurfürsten, der mit der preußischen Kriegsflotte höchst profitabel Sklavenhandel betrieb; Bismarck, in dessen Zeit als Reichskanzler die Marine gewaltsame Strafexpeditionen in den Kolonien unternahm; Wilhelm II., die Symbolfigur des deutschen Imperialismus schlechthin. Die Sammlung enthält unzählige Modelle von Kriegsschiffen, Waffen, Uniformen, Orden und sonstige Militaria sowie "die wohl größte in Hamburg zugängliche Ansammlungen von Hakenkreuzen und anderen Zeugnissen der NS-Zeit", so Möwe. Auf Schlachtengemälden wird der Seekrieg idealisiert, Kriegsverbrecher werden als Helden präsentiert und die "Leistungen" der deutschen Rüstungsindustrie herausgestellt. Dass in dem staatlich geförderten Museum die gleiche militaristische und pro-nazistische Propaganda betrieben wird, ist mehr als wahrscheinlich: Denn über Konzeption, Auswahl der Exponate und Ausstellungen entscheidet allein Peter Tamm. Vielleicht gelingt es - auch mit Hilfe der Broschüre, die demnächst in vierter Auflage erscheint - ein Museum zu verhindern "das Militaristen, Heldenverehrer und Waffennarren anzieht und in ihrem Weltbild bestärkt".

Js.

Friedrich Möwe: TAMM-TAMM. Eine Anregung zur öffentlichen Diskussion über das Tamm-Museum. GNN Verlag, Hamburg 2005, Bestelladresse: GNN, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel.: 040/43188820, eMail: gnn-hhsh@hansenet.de., 83 Seiten, 5 EUR

Kreativer Straßenprotest

Kreativer Straßenprotest ist mittlerweile ein Massenphänomen, das droht, gelegentlich in der Eventkultur unterzugehen. Das ist das Fazit des kürzlich erschienenen Buches "go.stop.act! Die Kunst des kreativen Straßenprotests" des Tübinger Künstlers und Diplompsychologen Marc Amann. Er ist selber erklärter Anhänger der Kommunikationsguerilla und will mit seinem lesefreundlich gestalteten, mit vielen Linksammlungen und Lesehinweisen gespickten Buch zu deren Verbreitung und Popularisierung beitragen. Aber er ist bei aller Sympathie nicht blind für die Grenzen des kreativen Straßenprotestes. Auch der kann genau zu der Langeweile beitragen, die man den traditionellen Protestformen vorwirft. In dem Buch finden sich viele Beispiele. So galt die Aktion "Reclaim The Street" um 2000 als Highlight der Protestkultur. Schließlich scheint es einfach gute Laune zu verbreiten, wenn ein Soundsystem auf einem belebten Ort aufgestellt und somit eine "temporäre autonome Zone" geschaffen wird. Trotzdem ist die Protestform in der letzten Zeit in der Krise: "Das subkulturelle Umfeld der Party-Szene hat sich wieder in Nischen und legalisierten Clubs eingerichtet." Einen ähnlich kurzen Hype gab es bei der Aktionsform "Critical Mass", wo sich Menschen spontan im dichtesten Straßenverkehr zum gemeinsamen Fahrradfahren versammelten und damit dem Automobilverkehr Grenzen setzten. Nach anfänglicher Euphorie ist es wieder ruhig um die Aktionsform geworden. Bleibt davon ein wöchentliches genehmigtes Skatertreffen übrig, könnte man fragen. Auch die Aktionsform "Flashmob" wird in dem Buch behandelt, obwohl die AktivistInnen in der Regel keinerlei politische Absichten verfolgen, wenn sie Menschen per SMS an einen bestimmten Ort zu einer bestimmten Handlung motivieren wollten. Eindeutig politisch ist die Straßenmusik. Doch auch diese Szene hat sich schon lange ausdifferenziert. Waren Straßenmusiker anfangs oft ein Ärgernis für die Geschäftswelt und wurden polizeilich vertrieben, so werden sie heute schon mal als Werbeträger eingesetzt.

Peter Nowak

Marc Amann: go.stop.act! Die Kunst des kreativen Straßenprotests. Geschichten, Aktionen, Ideen. Trotzdem Verlag, Grafenau, Frankfurt am Main 2005. 229 Seiten, 18 EUR

39. KALENDER

ak-Party

CD-Datei: daten/aksuche/ak498/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:30

Was ist Biopiraterie?

Ein Referent des Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik berichtet über die Aneignung der genetischen Ressourcen durch private Konzerne, einzelne Personen oder staatliche Institutionen.

Bernau, 21.9.05, Dosto, Breitscheidstr. 43a, Kulturhof

Meine hundert Leben ...

Drei Konzentrationslager - Buchenwald, Auschwitz und Mittelbau-Dora - hat der in Bremen lebende Sinto Ewald Hanstein überlebt, ebenso den Todesmarsch und den Verlust von Freunden und Verwandten durch die Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus. Das Buch "Meine hundert Leben" führt den Alltag einer ethnischen Minderheit vor Augen, deren Diskriminierung auch nach der Nazi-Verfolgung nicht aufhörte. Gesprächspartner ist Ralf Lorenzen, Autor und Journalist aus Hamburg, der die Erinnerungen Hansteins aufgezeichnet hat. Der musikalische Teil des Abends verspricht virtuose klassische Gitarrenkompositionen, romantische und feurige Gipsysongs aus Russland, Spanien und Ungarn und Sinti-Jazz. Eine Veranstaltung in Kooperation mit Tornado Rosenberg, der Interessenvertretung der Sinti und Roma, Gipsy and Friends und der Katholischen Akademie Hamburg.

Hamburg, 30.9.05, 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34

Handel global - Menschen egal?

Die Konferenz soll dazu dienen, eine Bilanz nach 10 Jahren WTO zu ziehen, die aktuellen Entwicklungen zu studieren und den gemeinsamen Widerstand und den Einsatz für Alternativen bei den kommenden entscheidenden WTO-Sitzungen (6. WTO-Ministerkonferenz in Hongkong, 13.-18.Dezember) zu organisieren.

Stuttgart, 30.9.-2.10.05, Johanneskirche, Feuerseeplatz

Von Mauern in Favelas

Marcia lebt in einer Favela Rio de Janeiros. Ihr Sohn gehört zu den 1193 Menschen, die im Jahr 2003 in der berühmten Stadt des Karnevals von der Polizei ermordet wurden. Obwohl Brasiliens Polizei seit langem als eine der gewalttätigsten Ordnungsmächte weltweit gilt, stieg die Mordrate, insbesondere in den letzten Jahren, noch weiter sprunghaft an. Betroffen sind vor allem junge Schwarze aus den Armengemeinden. In dieser Dokumentation aus dem Jahr 2005, einer deutsch-brasilianischen Koproduktion der Filmkollektive AK KRAAK (Berlin), aTreVer und TV Tagarela (Rio de Janeiro), reden vor allem Favelabewohner und Aktivisten gegen Gewalt über ihre Erlebnisse, Drogenkommandos, Polizei und ihren Kampf um Gerechtigkeit. Dieses sehr persönliche Dokument beeindruckt durch seine Nähe und gibt denen eine Stimme, die sonst nie gehört werden. Regie führten Susanne Dzeik, Kirsten Wagenschein, Marcio Jeronimo.

Berlin, 2.10.05, Lichtblickkino, Kastanienallee 77

Internationalismus - Von Vietnam bis Genua

Die "Bewegung für eine andere Globalisierung" hat die politischen Debatten der letzten Jahre stark beeinflusst. In ihr bündeln sich auch die Erfahrungen, Wege und Irrwege von 40 Jahren Solidaritäts- und Internationalismusbewegung seit den Protesten gegen den Vietnamkrieg. Referent Moe Hierlmeier , (BUKO-ASWW und Redaktion Fantômas) und Autor des Buches "Internationalismus" wird die Hintergründe der Bewegung herausarbeiten und ihre Stärken und Schwächen verdeutlichen.

Nürnberg, 4.10.05, 19.30 Uhr, Friedensmuseum, Kaulbachstraße 2

Rechte Strukturen in Hamburg

Der Journalist Andreas Speit wird über Netzwerke und Strukturen der Hamburger Neonazis berichten. Neben dem Landesverband der NPD gibt es auch in Hamburg sog. "freie Kameradschaften", in denen sich militante Neonazis organisieren. In den letzten Monaten ist gerade im Raum Harburg ein verstärktes Auftreten von Neonazis rund um Christian Worch zu bemerken. Andreas Speit wird einen Überblick geben, sowie über die Möglichkeiten nötiger Intervention informieren. Der Eintritt ist kostenlos.

Hamburg, 17.10.05, 20.00 Uhr, Neuer Gemeindesaal, Stiftstr. 15

Für eine Zukunft ohne Krieg

Das Friedensprojekt "Heilungsbiotop I Tamera" in Portugal lädt zu einer Tagung in Deutschland ein, auf der der aktuelle Stand des Projektes in all seinen Aspekten vorgestellt wird. Für das ab 2006 geplante Zukunftsexperiment "Monte Cerro" für den Aufbau globaler Friedensdörfer werden noch weitere Fachkräfte und Kooperationspartner gesucht.

Belzig, 28.10.-1.11.05, ZEGG, Rosa-Luxemburg-Str. 89

Imperialismus, Empire und Hegemonie

"Kapitalismus reloaded" ist eine internationale Konferenz unterstützt durch ak und Fantômas. Sie fragt nach der neuen Struktur des internationalen Kapitalismus, nach Politik und Macht, Produktion und Kämpfen. Sie wird die linke Debatte um Konzepte wie Imperialismus, Empire, Hegemonie und Neoliberalismus miteinander ins Gespräch bringen und anhand dessen Kampflinien und Möglichkeiten des Eingreifens deutlich machen.

Berlin, 11.-13.11.05, Fachhochschule FHVR, Alt-Friedrichsfelde 60

ak-Party

500 x ak ist Grund genug zum Feiern. Den Termin daher im Kalender schon mal blocken, denn wir laden groß zum Tanz.

Hamburg, 19.11.05, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34

40. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak498/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:498:40

Der schon abgeschriebene Sommer hat uns nun doch noch mit ein paar warmen Sonnenstrahlen beglückt. In der Redaktion würdigt man daher die Souterrainlage mit "Blick" in den Innenhof nach Norden. So wird die Arbeitsmoral nicht gestört, und in den Mittagspausen ist die Freude über einen Platz in der Sonne um so größer. Teilen konnten wir Glück und Arbeit während der Produktionstage jedoch nur mit wenigen. Die Grippewelle hat in der Redaktion und in Unterstützerkreisen grassiert und zu einer dünn besetzten Belegschaft geführt. Kurzzeitige Überlegungen, dem Praktikanten die Mittagspause zu streichen, wurden trotzdem verworfen. Schließlich sind wir nette Menschen, und so haben wir uns tapfer durch die Woche gearbeitet, um wieder eine schöne Zeitung zusammen zu stellen.

Dass die Bundestagswahl nun mal das beherrschende Thema ist, schlägt sich auch in ak 498 nieder. Mit Blick auf das "Neue" bei der Wahl beschäftigt sich der Schwerpunkt mit der Linkspartei.PDS. Über die vielen kleinen Geschichten um die Wahl herum wird man dagegen nichts finden. Auch nach Dresden, dem möglichen "Zünglein an der Wage", haben wir keinen Korrespondenten entsandt. Denn statt uns mit verstorbenen NPD-FunktionärInnen zu beschäftigen, beobachten wir vielmehr mit Sorge, wie antifaschistisches Engagement im Wahlkampf kriminalisiert wird. Deshalb wünschen wir viel Spaß beim antifaschistischen Cocktailschlürfen während der Antifa-Gala in Berlin.

Einigermaßen gespannt warten wir auf den 18. September, denn selten steuert man so hoffnungsvoll schadenfroh einem Wahlabend entgegen wie dieses Jahr. Rot-Grün bekommt endlich die Quittung, Guido Westerwelle wird bedröppelt aus der Wäsche schauen, und nervös werden Parteien und ModeratorInnen die "erschreckend" hohen Werte der Linkspartei.PDS kommentieren. Oder kommt es am Ende doch ganz anders, und aus dem netten Abend vor dem Fernseher wird wieder nix? Ablenkung vom allgemeinem Wahlwahn bieten die viele anderen Artikel in dieser Ausgabe.

Viel Spaß beim Lesen wünscht eure,

ak-Redaktion